

Stenografischer Bericht

4. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 22. September 2015

Beginn: 10.03 Uhr

D1. Einl.Zahl 245/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Seitinger betreffend
Bauernsterben verhindern, steirische Landwirte unterstützen!

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Kunasek (487)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Seitinger (493)

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (502), LTAbg. Kunasek (509), LTAbg. Dr. Murgg (512), LTAbg. Cramer (515), LTAbg. Karl Lackner (516), LTAbg. Bauer (521), LTAbg. Royer (522), LTAbg. Cramer (525), Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (527), LTAbg. Gangl (528), Landesrat Seitinger (531)

Beschlussfassung: (537)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gemäß § 39 Abs. 1 GeoLT (377)

1. Einl.Zahl 10/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Honoraren gemeinnütziger Wohnbauträger - Folgeprüfung*

Beschlussfassung: (379)

2. Einl.Zahl 220/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Grenzen schützen! Einführung temporärer Grenzkontrollen*

Wortmeldungen: LTAbg. Kunasek (379), LTAbg. Schnitzer (383), LTAbg. Anton Lang (385), LTAbg. Ing. Jungwirth (388), LTAbg. Tschernko, MSc. (393), Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (395), LTAbg. Triller, BA (398), Landesrätin Mag. Kampus (401), Landeshauptmann Schützenhöfer (403), LTAbg. Schweiner (406), LTAbg. Schönleitner (409), LTAbg. Ing. Jungwirth (413), LTAbg. Dr. Murgg (416), LTAbg. Kunasek (419), LTAbg. Krautwaschl (421), LTAbg. Dr. Murgg (423)

Beschlussfassung: (423)

3. Einl.Zahl 11/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu BH Graz-Umgebung - ausgewählte Leistungsbereiche im Anlagenreferat*

Wortmeldungen: LTAbg. Bauer (425), LTAbg. Riener (427)

Beschlussfassung: (429)

4. Einl.Zahl 165/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden*

Wortmeldung: LTAbg. Mag. (FH) Hofer (429)

Beschlussfassung: (430)

5. Einl.Zahl 172/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, Landeslehrerpensionen*

Wortmeldungen: LTAbg. Schartel (430), LTAbg. Anton Lang (431), LTAbg. Riener (433), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (434)

Beschlussfassung: (435)

6. Einl.Zahl 134/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa

Betreff: *Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über "Entwicklungen in der Europäischen Union" betreffend das erste Vierteljahr 2015 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG*

Wortmeldungen: LTAbg. Ing. Jungwirth (435), LTAbg. Amesbauer, BA (437), LTAbg. Fartek (443), LTAbg. Lercher (445), Landesrat Mag. Leichtfried (447), LTAbg. Amesbauer, BA (449), LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (451), Landesrat Dr. Buchmann (453)

Beschlussfassung: (456)

7. Einl.Zahl 126/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Gesundheitszentren Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Riener (457), Mag. (FH) Dr. Wieser (459), LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (460), LTAbg. Moitzi (461), LTAbg. Krautwaschl (462), Landesrat Mag. Drexler (463)

Beschlussfassung: (469)

8. Einl.Zahl 127/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Steiermärkische Medizinarchiv GesmbH (marc)*

Wortmeldung: Dr. Wallner-Liebmann (469)

Beschlussfassung: (472)

9. Einl.Zahl 166/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Aufwind – Das Zentrum für Wohnen und Ausbildung“ (Einl.Zahl 2915/5, Beschluss Nr. 1079) Regierungsvorlage*

Beschlussfassung: (472)

10. Einl.Zahl 163/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. 4 des L-VG zu dem Bericht des Landesrechnungshofes betreffend "Schulsozialarbeit in der Steiermark" EZ. 3072/3 (Beschluss Nr. 1104)*

Wortmeldungen: LTAbg. Amesbauer, BA (473), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (474)

Beschlussfassung: (475)

N1. Einl.Zahl 170/6

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Regionen

Betreff: *Selbstständiger Ausschussantrag gemäß § 22 GeoLT betreffend Novellierung des Baugesetzes betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen*

Wortmeldungen : (siehe Tagesordnungspunkt N2)

Beschlussfassung: (486)

N2. Einl.Zahl 170/7

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Regionen

Betreff: *Erledigung des Antrages betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen unter erleichterten bau- und raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen*

Wortmeldungen: LTAbg. Petinger (475), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (476), LTAbg. Ing. Jungwirth (479), LTAbg. Dirnberger (481), Landesrat Mag. Leichtfried (485)

Beschlussfassung: (486)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es findet heute die vierte Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle, die hier erschienen sind, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Ich darf auch noch zwei besondere Begrüßungen vornehmen und zwar die Schülerinnen und Schüler der landwirtschaftlichen Fachschule Halbenrain unter der Leitung von Fachschuloberlehrerin Maria Pein - herzlich willkommen bei uns im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*) Und auch bei uns sind heute die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Dienersdorf unter der Leitung von Ortsgruppenobmann Alois Cividino - herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*)

Wir sind heute sozusagen vollständig. Es liegen mir keine Entschuldigungen vor. Alle gesund, das ist schön.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Es hat gestern vor der heutigen Landtagsitzung, am Montag, dem 21. September um 14.00 Uhr, der Ausschuss für Regionen getagt und zwar über den Antrag, Einl.Zahl 170/1, der Abgeordneten von den Grünen betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen unter erleichterten bau- und raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen. Der Ausschuss hat beraten und zu diesem Antrag den Selbstständigen Ausschussantrag, Einl.Zahl 170/6, und den Abänderungsantrag, Einl.Zahl 170/7, gefasst.

Die Präsidialkonferenz hat vor der Sitzung getagt und im Einvernehmen mit dieser schlage ich vor, die genannten Tagesordnungspunkte an den folgenden Stellen zu behandeln: Tagesordnungspunkt N1 (Einl.Zahl 170/6) nach TOP 10; Tagesordnungspunkt N2 (Einl.Zahl 170/7) nach TOP N1.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen.

Ich sehe die einstimmige Zustimmung. Danke schön.

Ich darf außerdem darauf hinweisen, dass eine Dringlichen Anfrage eingebracht wurde und zwar am Donnerstag, dem 17. September, von Abgeordneten der FPÖ an Herrn Landesrat Johann Seitinger betreffend „Bauernsterben verhindern, steirische Landwirte unterstützen“.

Ich werde die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage im Anschluss an die Tagesordnung durchführen. Sollte die allerdings um 16.00 Uhr noch andauern, dann wird die Dringliche Anfrage jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen. Nach der Beantwortung des zuständigen Regierungsmitgliedes wird die Wechselrede stattfinden.

Ich darf eine Bekanntgabe seitens des Landtagsklubs der SPÖ vorbringen und dem Hohen Haus mitteilen, dass der SPÖ-Landtagklub in seiner Sitzung am 15. September 2015 folgende Abgeordnete zu Stellvertreterinnen und Stellvertretern des Klubobmannes gewählt hat: Und zwar ist das Karl Petinger, Helga Ahrer, Gabriele Kolar und Klaus Zenz.

Es sind Mitteilungen nach dem Unvereinbarkeitstransparenzgesetz vorzubringen und zwar hat der Ausschuss für Verfassung in seiner Sitzung am 15. September beraten und folgende Anträge genehmigend beschlossen:

Anzeige, Einl.Zahl 228/1, der Frau LTAbg. Riener betreffend „Anzeige einer Tätigkeit im Landesdienst“; Anzeige, Einl.Zahl 229/1, der Frau LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann betreffend „Anzeige einer Tätigkeit im Bundesdienst“; sowie Anzeige, Einl.Zahl 225/1, der Frau LTAbg. Bauer; Anzeige, Einl.Zahl 226/1, der Frau LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko und Anzeige, Einl.Zahl 227/1, des Herrn LTAbg. Mag. (FH) Dr. Wieser alle drei betreffend „Anzeige einer leitenden Tätigkeit in der Wirtschaft“.

Ich darf außerdem mitteilen: Es sind fünf Anfragebeantwortungen eingelangt und zwar mit den Einl.Zahl 145/2, Einl.Zahl 150/2, Einl.Zahl 155/2, Einl.Zahl 160/2 sowie Einl.Zahl 210/2.

Nach diesen Bekanntgaben gehe ich nunmehr zur Tagesordnung über und ersuche in gewohnter Weise um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 10/3, über den Prüfbericht zu Honoraren gemeinnütziger Wohnbauträger – Folgeprüfung.

Ich darf fragen, ob es Wortmeldungen gibt? Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 10/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 220/1, der Abgeordneten Hannes Amesbauer, BA, Christian Cramer, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Erich Hafner, Herbert Kober, Anton Kogler, Helga Kügerl, Mario Kunasek, Dr. Gerhard Kurzmann, Liane Moitzi, Albert Royer, Andrea-Michaela Schartel, Dipl.-Ing. Hedwig Staller und Marco Triller, BA betreffend „Grenzen schützen! Einführung temporärer Grenzkontrollen“.

Ich frage auch hier, gibt es Wortmeldungen? Mir liegt als erste Wortmeldung Klubobmann Kunasek vor.

LTabg. Kunasek - FPÖ (10.10 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir beschließen oder debattieren heute ja nicht nur über unseren Antrag, über unsere Anträge, wir debattieren ja auch über einen Antrag der Regierungsfractionen, nämlich auf Wiedereinführung von temporären Grenzkontrollen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Auf der einen Seite freut es mich, dass wir jetzt nach ca. zwei Wochen nach der Sonderlandtagsitzung, die wir ja initiiert haben, bei den Regierungsfractionen hier ein Umdenken erzeugen haben können, wenn es jetzt darum geht endlich auch unsere Positionen anzunehmen und auch heute hier zu beschließen. Auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich mich an die Wortmeldungen der Regierungsfractionen, auch des Landeshauptmannes hier erinnere, am vorletzten Dienstag, dann überkommt mich schon irgendwie das Gefühl, dass vielleicht die Trendumkehr oder der Gesinnungswandel in der Bundesregierung, vor allen Dingen bei der ÖVP beginnend mit dem Außenminister, der bei der Sendung „Im Zentrum“ auch plötzlich von einer Verschärfung der Kontrollen gesprochen hat, auch endlich die Position eingenommen hat einmal nachzudenken die Außengrenzen entsprechend auch zu sichern, um

dieser modernen Völkerwanderung auch irgendwie Herr zu werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ja, es waren wortreiche Argumente, wie man damals vor 14 Tagen unseren Antrag abgelehnt hat. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie gesagt, es hat einmal jemand gesagt: „Man darf ja auch gescheit werden.“ Wir werden diesen Antrag natürlich unterstützen, werden aber auch weitreichendere Anträge bringen und möchten das auch begründen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben vor einigen Tagen erlebt, und die meisten von Ihnen werden auch die Bilder gesehen haben, nämlich aus Radkersburg, wie dort vier oder fünf Polizeibeamte, Exekutivkräfte auf der Brücke gestanden sind und eine Hundertschaft von – ich sage ganz offen – illegalen Einwanderern hier versucht hat aufzuhalten, Kontrollen durchzuführen, den Reisepass zu kontrollieren und den Rechtsstaat zu leben. Und nach einigen Minuten der Diskussion mit diesen Polizeikräften, dann diese Einwanderer, die die Polizeikräfte ignoriert haben und ganz einfach durchmarschiert sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine sehr geschätzten Abgeordneten und Kollegen, da fragt man sich dann schon: In welchem Rechtsstaat leben wir eigentlich noch? Für wen gilt gültiges Recht überhaupt? Gilt gültiges Recht nur für die österreichische Bevölkerung oder haben wir auch die Pflicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Gesetzgeber einzufordern, dass gültiges Recht auch umzusetzen ist? Ich sage hier auch deshalb ganz klar: Es kann und darf nicht sein, dass der Rechtsstaat weiter ausgehöhlt wird. Ich sage das ganz offen, auch systemisierter Rechtsbruch passiert, und dass anscheinend auch unsere Polizeikräfte nicht mit dem klaren Auftrag ausgestattet werden, auch seitens der Politik, diese Grenzkontrollen so durchzuführen, wie es das Fremdenpolizeigesetz auch vorsieht. Nämlich mit Kontrollen und entsprechendem Ahnden auch von Vergehen, wenn jemand keine Reisedokumente mit hat und damit auch ein illegaler Grenzgänger, ein illegaler Einwanderer in unserer Republik ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und da kann es nicht sein, dass wir jetzt die Augen verschließen und dass wir sagen: „Nein, man kann nichts machen. Bei diesem Ansturm, bei dieser Völkerwanderung sind unsere Polizeikräfte überfordert.“ Ja, das sagen wir doch schon seit Wochen, seit Monaten, ja seit Jahren, dass wir eine Aufstockung der Exekutive endlich brauchen. Dass wir auch einen Assistenzinsatz des Bundesheeres brauchen. Lassen Sie mich vielleicht einen Satz dazu auch sagen. Wir werden auch hier einen Antrag einbringen, den heute der Abgeordnete Triller einbringen wird. Ich war selbst sieben oder acht Mal an der Staatsgrenze im Einsatz vor dem Jahr 2007 im Rahmen des Assistenzesatzes. Unser Auftrag war klar. Der Auftrag hat gelautet: Überwachung der

Grünen Grenze und Anhalten und Festnehmen von illegalen Grenzgängern. Und wenn man jetzt sagt: „Na ja, jetzt machen wir einen Assistenzeinsatz des Bundesheeres“, und dann erkundigt man sich bei den Kameraden: „Was ist eigentlich euer Auftrag?“ Dann sagen dir die Kameraden: „Wir tun Tee verteilen“, was auch gut ist, weil wir haben ja auch ein Herz und wollen helfen. Dieser Tee wird aber, nur am Rande bemerkt, oftmals nicht angenommen, weil es kein Schwarztee sondern ein Früchtetee ist. „Dann tun wir Jausensackerl'n verteilen“, da sage ich auch ganz offen: Das kann nicht der Auftrag des Österreichischen Bundesheeres sein, wenn wir diese Grenzkontrollen ernst nehmen. (*Beifall bei der FPÖ*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil da aufgelacht wird, na klar, Kollege Schönleitner, lieber Lambert, du hast eine andere Idee. Die Idee der offenen Grenzen, die Idee: „Kommt doch alle herein.“ Wenn man sich die Ideen anschaut, auch was das Mittelmeer betrifft, dann sage ich: „Ja, da kann man darüber nachdenken, dass man dort natürlich dem Schlepperunwesen einen Riegel vorschiebt“, aber nicht mit der Politik der offenen Türen dann auch noch diese illegalen Einwanderer auf Militärboote zu geben, nach Italien in die Europäische Union zu bringen und die Politik der offenen Türen weiterzuleben. Zu was das führt, das sehen wir jetzt schon. Und es muss auch erlaubt sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur darauf hinzuweisen, dass jetzt bereits Problemstellungen auftreten, die wir vor Wochen und Monaten schon erkannt haben und jetzt plötzlich auch in den Köpfen der ÖVP und der SPÖ angekommen sind, sondern es muss auch erlaubt sein darauf hinzuweisen, vor allen Dingen heute, wenn sehr viele junge Menschen heute auch hier sind und uns zuhören, die Fragen der Zukunft zu stellen. Ich wiederhole sie, die habe ich nämlich vor 14 Tagen auch schon gestellt: Wie viel Zuwanderung verträgt unsere Republik, unser Bundesland? Wie geht es weiter im Bildungsbereich? Weil wir heute eine Schule hier sitzen haben. Wie geht es weiter im Sozialbereich, wie gestaltet sich das am Arbeitsmarkt und, und, und? Alles Fragen, die bis heute nicht beantwortet werden.

Aber lassen Sie mich zurückkommen zum eigentlichen Thema, nämlich zu der Farce, die sich hier abspielt an den Grenzen zu Österreich, wo in einer Showmaßnahme Grenzkontrollen durchgeführt werden, wo wir alle wissen, dass sie nicht effizient sind. Jetzt kann man das kritisieren oder nicht, aber eines darf nicht sein: Dass wir als Gesetzgeber es dulden, dass weiterhin Rechtsbruch passiert. Und da appelliere ich wirklich auch einmal den Verstand einzusetzen. (*Beifall bei der FPÖ*) Den Verstand wieder einzusetzen und zu sagen: „In welche Richtung soll die Reise eigentlich gehen?“ Ich sage es noch einmal hier von diesem Rednerpult aus: Hilfe, wer Hilfe braucht. Eine klare Trennung von illegalen

Masseneinwanderern, die ein besseres Leben haben wollen, aber die Nicht-Mehr-Aufnahme, wo die Kapazitäten einfach nicht ausreichen werden in Österreich und in Europa. (*LTabg. Schwarz: „Wo machst du die Unterscheidung an der Grenze?“*) Und auf der anderen Seite von Genfer Konventionsflüchtlingen, wo jetzt die ÖVP plötzlich erkannt hat, dass es ein Asyl auf Zeit geben muss. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war immer ein Recht auf Zeit. Nämlich so lange, solange die kriegerischen Auseinandersetzungen, die Verfolgungen der Personen im Heimatland passiert sind, so lange bekommen sie Asyl und wenn diese Verfolgungen beendet sind, die kriegerischen Auseinandersetzungen beendet sind, ja dann ist ganz klar, dann sind diese Menschen auch wieder rückzuführen. Das ist also nichts Neues, was dieser Aktionsplan jetzt ist. Es ist einfach das Einschalten des Verstandes wieder, das wir schon vor 14 Tagen eingefordert haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den Antrag einbringe, möchte ich nur aus dem Fremdenpolizeigesetz zitieren, nämlich aus dem § 35, um auch wieder in Erinnerung zu rufen, dass wir in einem rechtsstaatlichen System stehen. Da steht: „Die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes sind ermächtigt“ ich zitiere „die Rechtmäßigkeit der Einreise und des Aufenthalts von Fremden zu überprüfen, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Fremde rechtswidrig in das Bundesgebiet eingereist ist oder sich in diesem rechtswidrig aufhält, sofern dies nicht schon durch die Identitätsfeststellung mit der nötigen Sicherheit festgestellt werden kann.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gültiges Recht. Das ist Recht, das wir uns selbst auferlegt haben. (*Beifall bei der FPÖ*) Und dieses Recht ist auch entsprechend umzusetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich bitte deshalb, auch den Antrag, den ich jetzt einbringe, entsprechend zu unterstützen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die konsequente Vollziehung des Fremdenpolizeigesetzes einzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist höchst an der Zeit wieder Rechtsstaatlichkeit auch in Österreich umzusetzen. Ich sage es auch mit aller Deutlichkeit: Sollte das parlamentarisch nicht mehr möglich sein hier im Landtag den Rechtsstaat einzufordern, sollte es nicht mehr möglich sein parlamentarisch auch im Parlament den Rechtsstaat einzufordern, bei der Sondersitzung, die heute stattfindet, dann sage ich auch ganz offen, dann muss man auch mit Aktionismus noch einmal die Menschen darauf hinweisen, aber vor allen Dingen auch einmal prüfen, wie weit kann eine Bundesregierung überhaupt gehen, wenn es darum geht, permanenten Rechtsbruch zu betreiben. Da werden wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen. (*Beifall bei der FPÖ - 10.19 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Lukas Schnitzer von der ÖVP, bitte.

LTabg. Schnitzer - ÖVP (10.19 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Zuseherinnen und Zuseher!

Es freut mich ganz besonders, dass bei meiner ersten Rede hier im Steiermärkischen Landtag auch eine Besuchsgruppe aus meinem Heimatbezirk vom Seniorenbund aus Dienersdorf zu Gast ist. Normal treffe ich sie immer am Sonntag. Es freut mich ganz besonders, dass ihr heute hier im Landtag zu Gast seid.

Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Ja, sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen als europäische Gesellschaft, aber auch als politische Verantwortungsträger vor einer der wohl größten Herausforderung unserer Zeit. Millionen von Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen. In einer solch herausfordernden Zeit braucht es eine ehrliche und eine ordentliche Sachpolitik und nicht Angst- und Panikmache, Herr Kollege Kunasek, wie Sie das wieder zum Besten gegeben haben. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen)* Es braucht eine ordentliche Sachpolitik und die steirische Landesregierung hat in den letzten Tagen, Wochen und Monaten beginnend eine sachliche Politik gemacht. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen, Herr Landeshauptmann, aber auch bei der zuständigen Landesrätin für ihren Einsatz herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen als Politiker in dieser entscheidenden Frage vor einer zweifachen Verantwortung. Auf der einen Seite die Verantwortung zur humanitären Hilfe, aber auf der anderen Seite auch vor der Verantwortung, die hier lebende Bevölkerung und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Erstens, es muss für uns klar sein, dass wir jenen Menschen, die von ihrer Heimat auf Grund Krieg, Terror flüchten müssen – Kinder, Frauen, junge Männer, die vor dem IS flüchten – hier in Österreich, hier in Europa Schutz und Hilfe zu gewährleisten haben. Es muss aber auch klar sein, dass wir Menschen, die nur aus rein wirtschaftlichen Überlegungen oder Gründen nach Europa oder nach Österreich flüchten möchten, auch sagen, dass es hier keine Perspektive auf dauerhaften Aufenthalt geben kann. Insofern ist es auch notwendig, dass Asylverfahren rasch abgewickelt werden, damit man eben sofort feststellen kann, ob ein Asylgrund vorliegt oder eben nicht. Und das dient letztendlich der Klarheit und Sicherheit beiderseitiger Interessen. Es geht auch darum bei der Frage, wenn Menschen zu uns flüchten, dass einige davon wahrscheinlich auch hierbleiben

dürfen und auch hierbleiben wollen. Auch hier braucht es eine verantwortungsvolle Politik, um jene Menschen bestmöglichst und auch raschest möglichst hier bei uns zu integrieren. Da braucht es möglichst schnell das Erlernen der deutschen Sprache, aber auch das Mittragen und das Mitleben des österreichischen und des europäischen Werte- und Rechtsfundamentes. Das ist ganz, ganz notwendig. Nur dann, geschätzte Damen und Herren hier im Landtag, kann es uns gelingen ein gelebtes Miteinander, statt ein offenes Gegeneinander hier in der Steiermark zu schaffen und das muss unser Ziel sein. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Zweitens, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir als Politiker aber auch eine Verantwortung gegenüber der hier lebenden Bevölkerung und wir müssen ihre Sorgen ernst nehmen. Die jüngsten Entwicklungen in Deutschland, aber auch in Ungarn mit der geänderten Rechtslage, zeigen es deutlich, dass wir im Gleichklang, auch mit der Bundesrepublik, agieren müssen und insofern war es notwendig, die Grenzkontrollen auch vorübergehend in der Steiermark auf die Südgrenzen auszuweiten. Ich bin froh darüber, dass diese Landesregierung – wir haben vorige Woche im Ausschuss einen Abänderungsantrag eingebracht, *(LTabg. Kunasek: „Abgelehnt!“)* Herr Kollege Kunasek, und bereits zwei Tage später, also seit fünf Tagen gibt es dieses Ersuchen der Steiermärkischen Landesregierung, um temporäre Grenzkontrollen auch hier in der Steiermark durchzuführen. Das zeigt, die Steiermärkische Landesregierung, die zuständigen Behörden haben rasch und effizient gehandelt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Es geht aber auch darum, vor Ort, dass wir Schleppern keine Chance geben und wir müssen auch teilweise die Zustände, die herrschen, somit berücksichtigen, um jenen Menschen, die vielleicht diese chaotischen Zustände ausnutzen, um hier in die Europäische Union einzuwandern, auch klar zu sagen, dass das nicht geht. Dies hat auch der Chef des UNO Flüchtlingshochkommissariats vergangene Woche im Europäischen Parlament ganz eindeutig festgestellt. Ich glaube, es ist auch hier im Landtag an der Zeit, jenen, die in den letzten Tagen und Wochen im Einsatz waren – sei es die Rettung, die Zivildienstler, die Polizei, aber auch das Österreichische Bundesheer – für ihren großartigen Einsatz zu danken. Sie leisten an der Grenze und auch im humanitären Bereich Großartiges. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen)*

Sehr geehrte Damen und Herren, heute beschäftigen nicht nur wir uns im Landtag Steiermark mit den Auswirkungen der Flüchtlingsthematik, sondern auch die europäischen Innenminister tagen heute in Brüssel und morgen die Staats- und Regierungschefs. Ich selbst bin 1988 geboren und aufgewachsen in einem Europa ohne Grenzen. Herr Kunasek, wenn Sie die

vielen jungen Menschen angesprochen haben: Ja, ich glaube, jeder junge Mensch möchte dieses Europa ohne Binnengrenzen weiterbehalten und deshalb braucht es auch eine ordentliche Sicherung unserer Außengrenzen, an denen wir auch Schutzräume aufstellen müssen, um eben Menschen auch hier ... (LTAbg. Kunasek: „Schutzzäune wie der Orbán!“) Schutzräume – feststellen müssen, um dort auch die Erstversorgung von Flüchtlingen durchzuführen, um eben auch hier bereits die Möglichkeit zu geben, dass auch dort vor Ort bereits Asylanträge gestellt werden können. Ja, geschätzte Damen und Herren, wir können hier auch nur darauf drängen, dass wir ein klares Bekenntnis zur europäischen Solidarität brauchen. Wir brauchen auch ein Bekenntnis aller europäischen Regierungs- und Staatschefs zu einer gemeinsamen europäischen Lösung und wir brauchen auch eine faire Verteilung innerhalb der Europäischen Union. Und es ist auch entscheidend, dass wir als Europäische Union, und wir als Österreichische Volkspartei sind immer eine klar bekennende Europapartei gewesen, auch vor Ort helfen. Dass wir Friedensinitiativen vor Ort unterstützen, damit den Menschen dort, wo sie herkommen, auch wieder Hoffnung, Stabilität und Zukunft ermöglicht wird. Eines, geschätzte Damen und Herren, muss uns klar sein: Die enormen Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen, werden auf Dauer nicht mit nationalstaatlichen Einzelmaßnahmen zu lösen sein, sondern nur dann, wenn alle europäischen Staaten gemeinsam an einer Lösung arbeiten, denn die richtige Antwort auf diese Frage kann nicht ein Weniger, meine Damen und Herren, sondern nur ein Mehr an Europa sein. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ)

Daher ist es auch notwendig, dass wir auf allen politischen Ebenen Verantwortung übernehmen, um eben unsere Verantwortung auf der einen Seite: humanitäre Hilfe, aber auch auf der anderen Seite: Sicherheit in Europa, Sicherheit in den Nationalstaaten und Sicherheit in den Regionen, garantieren zu können. Wir müssen, geschätzte Damen und Herren hier im Landtag, jetzt gemeinsam entschlossen handeln, mit Herz und mit Verstand. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen - 10.28 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Anton Lang von der SPÖ.

LTAbg. Anton Lang - SPÖ (10.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, die Jahrtausend alte Geschichte hat schon gezeigt, dass sich Länder nur temporär durch Schutz und Befestigungsanlagen schützen können. Das, was jetzt hier in Ungarn passiert, finde ich persönlich schlichtweg unmenschlich. Ich bin überzeugt, dass vielleicht der kurzfristige Erfolg, den sich vielleicht so mancher Populist wünscht, dass der letztendlich dem Staat Ungarn mehr schaden wird als nutzen. Wie schaut es aber jetzt in Österreich aus? Die Polizei hat zusammen mit den vielen Hilfsorganisationen und den unzähligen freiwilligen Helfern bisher hervorragende Arbeit geleistet. Zusammen mit dem Bundesheer soll diese Arbeit also weiter fortgesetzt werden. In Österreich wird derzeit wirklich alles unternommen, um Menschlichkeit, Ordnung und Kontrolle zusammenzubringen. Jeder Mensch hat auch künftig die Möglichkeit um Asyl in Österreich anzusuchen. Die Polizei wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesheer Grenzkontrollen durchführen. Die Dichte und die Notwendigkeit dieser Grenzkontrollen im Rahmen von Schengen werden von der Polizei festgelegt. Das Dublin-Abkommen wird also nicht außer Kraft gesetzt. Herr Klubobmann Kunasek, auch der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres und dessen humanitäre Unterstützung ist zu diesem Zweck geboten und notwendig und findet auch statt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Es muss in Österreich auch weiterhin der Grundsatz der humanitären Hilfe gelten. Jedoch muss auch gewährleistet sein, dass Asylverfahren geregelt und rasch abgewickelt werden können. Zur Erstprüfung, ob ein Anspruch auf Asyl besteht, *(LTabg. Kunasek: „In Spielfeld!“)* ist es in der aktuellen Lage daher notwendig im Bedarfsfall temporär und schwerpunktmäßig Grenzkontrollen, auch in Spielfeld, an den Landesgrenzen durchzuführen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das oft gezeichnete Bild von der Festung Europas, sollte wohl jede Bemühung die Außengrenze der EU gegen illegale Immigration zu sichern, schlecht machen. Wenn es Europa nicht gelingt seine Außengrenzen zu sichern, sehe ich die große Gefahr, dass die alten Staatsgrenzen zum Teil von selbst wiederkehren. Und das ausgerechnet zum 30. Jahrestag des Schengener Abkommens zum Abbau der Grenzen. Ich bin der Meinung, um in der Flüchtlingsfrage Gerechtigkeit zu schaffen, braucht es eine EU-weite Flüchtlingsquote. Die Menschen müssen aber auch in ihren Heimatregionen in Form von humanitärer Hilfe unterstützt werden. Es ist daher unbedingt notwendig die Errichtung von Hotspots an den EU-Außengrenzen in Griechenland, in Italien finanziell zu unterstützen, die UNHCR-Aufnahmezentren in den Nachbarländern, Syrien finanziell und humanitär zu unterstützen sowie eine engere Kooperation mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage einzugehen. Ich halte ein gemeinsames Vorgehen Europas in der Flüchtlingsfrage als unerlässlich. Gemeinsame Standards in der EU

und eine europäische Vorgehensweise sind von drängender Wichtigkeit. Wir können nicht abwarten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bis sich Menschen bis zu uns vorkämpfen und sich dann einfach aufhalten. Das würde aus meiner Sicht in eine humanitäre Katastrophe führen. Man dürfe Menschen auf der Flucht nicht in Stich lassen, müsse allerdings auch weiter und wieder zu einem „Normalbetrieb“ kommen. Wir sehen schon an der Grenze zu Deutschland die ersten Auswirkungen für unsere Industrie, vor allem für unsere exportorientierte Industrie in der Steiermark. Nämlich die langen Wartezeiten von LKWs. Die wirken sich sicher negativ für unsere Wirtschaft aus. Alles Dinge, die wir in den letzten Jahren nicht mehr gewohnt waren. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Flüchtlingsfrage stürzt die EU in die schwerste Krise ihrer Geschichte, aus meiner Sicht. Weil die Grundwerte, die Europa zusammenhalten, allesamt ins Wanken geraten. Grundwerte wie Solidarität, Rechtsstaatlichkeit, Friedens- und Konsenskultur. Die Konturen dessen, was die EU ausmacht, werden gerade neu gezogen mit höchst ungewissem Ausgang. Die Flüchtlingsfrage fordert daher eine europäische Lösung, denn wir können diese Asylfrage der ganzen Welt weder in Österreich noch in Deutschland lösen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Der Gedanke eines vereinten Europas beruht auf die vier Grundfreiheiten: Freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und freier Personenverkehr ohne Grenzkontrollen. Die Hälfte dieser Grundfreiheiten ist derzeit außer Kraft gesetzt. Als glühender Europäer rufe ich alle Verantwortlichen auf alles zu unternehmen, um den freien Kapitalverkehr und vor allem den freien Personenverkehr ohne Grenzkontrollen, wieder herzustellen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich mich bei allen Einsatzorganisationen, bei allen NGOs, bei allen freiwilligen Helferinnen und Helfern und bei allen Menschen in der Steiermark, in Österreich, die dazu beitragen, diese humanitäre Katastrophe zu meistern, sehr, sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich möchte mit den Worten von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in der Sondersitzung des Landtages endet, wo er sagt: „Man muss sich dem Flüchtlingsthema mit Herz und Verstand nähern.“ Beides vermisse ich derzeit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bei der FPÖ, aber ich hoffe, das wird sich noch ändern. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - 10.35 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Abgeordnete Jungwirth von den Grünen, bitte.

LTabg. Ing. Jungwirth - Grüne (10.36 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kollege Kunasek, Sie haben am Beginn Ihrer Ausführungen ein Bild gezeichnet und versucht darzustellen, dass Radkersburg quasi überrannt werden wird oder wurde von Flüchtlingen. (LTabg. Kunasek: „Das ist schon passiert“ - LTabg. Amesbauer, BA: „Das hat der ORF mitgefilmt!“) Ich finde, dass es genau anders ist. Es stimmt, dass sehr viele Menschen gekommen sind, weil sich der Flüchtlingsstrom verlagert hat – das stimmt. Es wird wahrscheinlich auch so gewesen sein, dass diese vier Polizisten in der Situation nicht genau gewusst haben, wie sie jetzt damit umgehen sollen. Ja, es mag punktuell dazu kommen, dass vielleicht einzelne Personen ja nicht genau wissen, wie jetzt gerade vorzugehen ist. Aber in Wahrheit ist das bitte doch ganz, ganz anders. Bleiben wir bitte bei den Tatsachen. Ich möchte mich da anschließen an das, was Kollege Lang gerade gesagt hat. Unsere Exekutive und auch unser Bundesheer leisten wirklich enorm viel in den letzten Tagen und Wochen und das auf eine höchst professionelle Art und Weise. Ich bin wirklich stolz darauf, was hier die Einsatzkräfte, was das Bundesheer und was auch die Exekutive in unserem Land leistet. Denn in Wahrheit ist es so, dass die Versorgung der Menschen, die hier ankommen, wirklich gut funktioniert. Das möchte ich an dieser Stelle einmal betonen. Mir ist es wirklich wichtig, das zu sagen. Herr Kollege Kunasek, ich weiß ja nicht, ob Sie überhaupt dort waren in Radkersburg oder sonst irgendwo. Schauen Sie sich bitte einmal vor Ort an, was wirklich passiert an den Hotspots. Ja, es sind viele Menschen, aber ja, es funktioniert auch im Großen und Ganzen. Ich war gestern erst wieder in Wien, weil ich einen Termin draußen hatte und bin natürlich dort über den Bahnhof gekommen. Es sind viele Flüchtlinge dort, aber es ist kein Chaos. Die Menschen stellen sich an bei den Schaltern, versuchen ihre Fahrkarten zu checken und das, obwohl sie ganz, ganz viele Kinder dabei haben, ganz kleine Kinder, viele hochschwängere Frauen usw. usf. – Menschen, die tatsächlich Unterstützung brauchen. Ich finde, es ist eine humanitäre Verpflichtung für unser Land, dann auch einzuspringen und Hilfe zu leisten soweit wir es können und vermögen. Und nein, wir sind noch längst nicht an der Grenze angekommen. Einzelne sind erschöpft und dann springen wieder andere ein. Es funktioniert, es funktionieren die Telefonketten, es funktionieren die Aufrufe auf social media wirklich sehr gut. Wer sich beschäftigt und verfolgt, kann sehen, dass die Bevölkerung hier wirklich zusammenhält und angreift wo Not ist. Das ist ein sehr, sehr positives Zeichen für unser Land. Um die Tatsachen vielleicht noch einmal zu verdeutlichen möchte ich Ihnen ... – Herr Kollege Kunasek, ich rede mit Ihnen. Bitte hören Sie zu! Ich möchte Ihnen nämlich

schon noch ein paar Tatsachen darlegen, die Sie offensichtlich immer versuchen zu ignorieren. Michel Reimon hat in „Im Zentrum“ vor etwas mehr als einer Woche (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Wer ist das?*“) sehr deutlich gemacht, was eigentlich die Situation ist. Nämlich, dass die Europäische Union jahrelang eine Politik der Abwehr betrieben hat und auch eine Politik, die genau niemanden unterstützt hat in den Nachbarländern von Syrien. Es wurde mit den Hilfsgeldern sehr, sehr vorsichtig und sparsam – würde ich jetzt einmal sagen – umgegangen. Das heißt, wir haben eigentlich die UNO, die UNHCR, die UNICEF im Stich gelassen als Europäische Union bei der Versorgung der Menschen vor Ort. Denn eines ist auch klar, die meisten sind einmal über die Landesgrenze geflohen in die Nachbarstaaten, um abzuwarten, ob sich die Situation nicht wieder stabilisiert und um zurückzukehren. Das ist es nämlich, was die meisten wollen. Aber, nach jahrelangem Warten ..., also ich kann es schon verstehen. Wenn ich mir vorstelle, ich bin eine Mutter und bin mit kleinen Kindern im Libanon beispielsweise in einem Flüchtlingslager untergebracht und es tut sich einfach nichts, es entsteht keine Perspektive, dann mache ich mich irgendwann einmal auf den Weg und versuche in eine Welt zu kommen, wo für die Kinder eine Chance besteht vielleicht doch eine Zukunft zu haben und nicht in einem Lagerleben groß zu werden. Also ich habe Verständnis dafür, dass die Menschen sich auf den Weg machen. Die Tatsache ist, dass in den Nachbarländern ungefähr fünf Millionen syrische Flüchtlinge derzeit untergebracht werden. Der Libanon, der vier Millionen Einwohner hat, hat derzeit zwei Millionen Flüchtlinge im Land. Also praktisch die Hälfte der Bevölkerung ist das, was an Flüchtlingen dazugekommen ist. Die Türkei hat 1,8 Millionen und Jordanien hat 800.000 Flüchtlinge im Land. Insgesamt sind das ca. fünf Millionen Flüchtlinge auf eine Bevölkerungsgruppe von 26 Millionen in diesen wenigen, armen Nachbarländern. Und dem gegenüber steht eine Europäische Union mit 28 reichen Mitgliedsstaaten und 500 Millionen Einwohnern. Also, bitte führen Sie sich einmal diese Relationen vor Augen und wie absurd es eigentlich ist, dass Europa nicht bereit ist hier dann einzuspringen und dann auch Menschen aufzunehmen, die in Not sind. Diese armen Länder haben gestemmt, was sie konnten und haben natürlich mit der Unterstützung von UNHCR und Unicef einiges geleistet, aber die Situation in den Lagern ist einfach katastrophal und deswegen sind diese Menschen auf der Reise. Es gibt im Endeffekt nur wenige Gründe, die herangezogen werden können und die einem eigentlich logisch vorkommen, warum hier so eine Abwehrpolitik gemacht wird. Und das ist genau das was Sie tun, nämlich Rassismus auf der einen Seite. Man will nicht, dass Fremde kommen. (*LTA*bg. Kunasek: „*Rechtsstaat leben!*“) Das ist das, was Sie die ganze Zeit machen. Und das andere

ist, dass man das Geld nicht ausgeben will. Und das ist aus meiner Perspektive nicht einzusehen, denn wir können uns das leisten. Es ist nicht wahr, wir haben auch im eigenen Land Baustellen und auch wir haben im eigenen Land Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Aber für mich ist das kein entweder-oder, sondern ein sowohl-als auch. Beides muss man angehen. Man muss die humanitäre Hilfe leisten bei denjenigen, die auf der Flucht sind und wir müssen auch, selbstverständlich, dort hinschauen und dort Lösungen suchen, wo es unserer eigenen Bevölkerung auch nicht gut geht. Das stimmt, da haben wir auch etwas zu tun. Aber beides ist möglich, denn im Endeffekt ist es so, dass wir hier in Österreich ein enorm reiches Land sind, wir sind nach wie vor eines der reichsten Länder dieser Erde und es ist im Endeffekt eine Verteilungsproblematik, die wir hier im Land haben, um die es geht. Arme Menschen in Österreich brauchen auch Unterstützung, brauchen auch Sozialleistungen und wenn es irgendwo nicht funktioniert, dann muss man das System ändern. Da bin ich ganz Ihrer Meinung, aber deswegen werde ich nicht hergehen und werde bei den Flüchtlingen sagen: „Aber euch können wir nicht mehr helfen, weil es geht sich nicht aus“. Das ist einfach nicht wahr. Was also ist zu tun, konkret jetzt in Bezug auf die Flüchtlinge, um bei der Fragestellung zu bleiben: Das eine ist natürlich, dass die Europäische Union sich endlich dazu bekennen muss solidarisch Lösungen zu suchen. Das ist bis jetzt nicht passiert. Jeder schiebt den Ball hin und her, wie es halt leider oft passiert in der Politik und die Europäische Union führt das im Moment gerade wieder wunderbar vor Augen, wie man sich zwar nach außen hin als Friedensunion tituliert und einen Friedensnobelpreis bekommen hat, aber gemeinsam keine Verantwortung wahrnehmen möchte. Das ist nicht in Ordnung und da bin ich enttäuscht von dieser Union, wenn das am Ende herauskommt. Österreich hat eine Tradition, nämlich eine Tradition in der humanitären Hilfe und auch eine Tradition in der Außenpolitik. Es hat in den letzten Jahren leider wenig stattgefunden. Aber wir könnten dort anschließen, wo Österreich schon einmal eine Rolle hatte und die auch verantwortungsvoll wahrgenommen hat in der Vergangenheit. Das ist das, was ich mir wünsche und das ich mir vorstelle, dass es passiert, dass Österreich aktiv in der Europäischen Union versucht anzuschließen, dass eine gemeinsame Lösung gefunden wird. Und das bedeutet auf der einen Seite, dass die Europäische Union sich zu Menschlichkeit bekennen muss und zwar alle Staaten müssen das tun und das andere ist, dass eine gemeinsame Flüchtlingspolitik her muss. Und das bedeutet, dass es auf der einen Seite eine solidarische Teilung der Lasten braucht – ich sage ganz bewusst, eine solidarische Teilung der Lasten –, denn ich glaube, dass auch die Quote nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Es wird schwierig sein und man muss natürlich darauf

hinarbeiten, sich auf eine Quote zu einigen, aber es wird auf Punkt und Beistrich nicht durchführbar sein und deswegen müssen Länder, die letztlich die Quote nicht erfüllen, wenn wir uns auf eine solche einigen sollten, dann eben finanziell einen Beitrag leisten. Dann muss es einen europäischen Fonds geben, in dem eingezahlt wird und aus dem heraus wieder ein Ausgleich geschaffen wird für diejenigen Länder, die mehr Verantwortung wahrnehmen und die Last stärker tragen. Dazu muss sich die Europäische Union aber bekennen und das findet momentan leider noch nicht statt. Aber wie gesagt, Österreich könnte hier auch einen Beitrag dazu leisten und aktive Politik, Europapolitik und aktive Außenpolitik betreiben. Das bedeutet aber, dass es so etwas wie eine Konferenz braucht, eine Geberkonferenz auf der europäischen Ebene und für die Hilfsorganisationen, wo man sich darauf auch einigt, als zweiten Schritt, für UHNCR, Unicef, also für die Vereinten Nationen entsprechende Hilfsgelder gemeinsam zur Verfügung zu stellen und gemeinsam zu stemmen, damit eben auch vor Ort mehr Hilfe passieren kann und damit Flüchtlinge in nicht so großen Mengen zu uns kommen müssen, weil sie einfach vor Ort nicht mehr gut versorgt werden können. Also auch das ist eine Aufgabe, die die Europäische Union erfüllen muss und wo Österreich eben etwas zu tun hat.

Ein wesentlicher Punkt in der europäischen Politik ist das Dublin-III-Verfahren, das Dublin-III-Abkommen, wo ja Deutschland sich dazu bekannt hat, das für syrische Flüchtlinge aufzuheben. Österreich zögert und zaudert da wieder herum, also wir lavieren da irgendwie dazwischen herum, wie wir jetzt tun sollen und ich halte es für verfehlt in dieser Lage, in der wir momentan sind. Ich denke, dass Deutschland den richtigen Weg geht, denn wenn klar ist, dass es in einem Land Krieg gibt, ja warum muss ich dann lange herumprüfen? Das ist äußerst fragwürdig. Es ist uns ja schon in der Vergangenheit gelungen, als in Bosnien der Krieg war in den 90er-Jahren, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das kann man nicht vergleichen!“*) da hat Österreich es sehr wohl zustande gebracht, zu sagen: „Ja, dort ist Krieg, dort sind unhaltbare Zustände und da müssen wir etwas tun und da müssen wir uns auch dazu bekennen.“ Die Frage der Zukunft, die Sie angesprochen haben: Ja, das sind schwierige Fragen. Wir haben tatsächlich Probleme am Arbeitsmarkt, auch jetzt schon. Aber ich war gestern am Abend, ich bin u. a. auch deswegen gestern nach Wien gefahren, ich war bei einer Podiumsdiskussion bei der NZZ, wo AMS-Vorstand Johannes Kopf am Podium gesessen ist. Ich wollte mir das unbedingt anhören, was er dazu zu sagen hat, denn die Podiumsdiskussion hatte den Namen „Asyl und was dann?“. Natürlich ist es uns bewusst, dass wir Schwierigkeiten haben, aber auch er hat gesagt, dass es im Endeffekt für ihn keine Option ist, dass Menschen an den Grenzen erschossen werden – was nämlich die letzte Konsequenz ist,

wenn wir dort dicht macht. Das Zweite, dass es sehr wohl möglich ist, die Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber wesentlich dabei ist eines, nämlich nicht ewig in Verfahren Menschen verharren zu lassen, ihnen keine Möglichkeit zum Arbeitsmarktzugang zu geben, denn eine sehr wesentliche Aussage von ihm war die: „Wenn jemand Monate lang, also langzeitarbeitslos war auf Grund von ewig dauernden Verfahren, dann ist es sehr, sehr schwer die Menschen zu integrieren. Genau das ist das Problem, das wir haben. Ich bin durchaus auch der Meinung, dass wir rasche und faire Verfahren brauchen, wo bei „rasch“ natürlich die Frage ist, was kann rasch sein? Rasch heißt trotzdem ordentlich die Verfahren durchzuführen und eine ordentliche Prüfung zu machen, wo es notwendig ist bzw. dort, wo wir es einfach wissen, dass die Anerkennung sowieso stattfinden muss, diese Verfahren (*LTA*bg. *Kunasek*: „Prüfen!“) mehr oder weniger über den Schreibtisch zu erledigen, so wie es bei den syrischen Flüchtlingen eben der Fall wäre. Wir prüfen dort, wo es notwendig ist. Das heißt, bei den Ländern, wo es nicht eindeutig klar ist, muss geprüft werden, aber bei syrischen Flüchtlingen ist es klar, dass sie aus Kriegsgebieten kommen; rasche Verfahren und einen raschen Zugang zu einem Arbeitsmarkt ermöglichen. Mir ist jede Person lieber, die für sich selbst sorgen kann, als wir haben sie im Sozialsystem. Und die Situation wird auf die Dauer immer schlechter für sie. Das ist die Tatsache. Ja, wir müssen auch für unsere Leute Arbeitsplätze schaffen. Das ist auch eine große Aufgabe und eine große Herausforderung, vor der wir stehen, aber über das Thema Arbeitsmarktpolitik haben wir uns an anderer Stelle schon öfters unterhalten. Heute geht es um die Asylpolitik. Wir bekennen uns dazu, dass Menschen in Not geholfen werden muss und dass Menschen in Not auch, wenn sie dann da sind, integriert werden sollen, denn das ist für mich eine Frage der Menschenwürde.

Ich bringe deshalb auch einen Entschließungsantrag ein, der da lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass

1. Flüchtlinge legal in Europa einreisen dürfen, um Asyl beantragen zu können;
2. ein sicherer Schutzkorridor durch das Mittelmeer geschaffen werden muss, damit Flüchtlinge nicht mehr ertrinken und Schleppern ausgeliefert sind;
3. das Dublin-III-System abgeschafft werden muss, um eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge in Europa sicherstellen zu können, und
4. auf der Grundlage eines EU-weiten Asylverfahrens ein europaweites Resettlement-Programm für vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge geschaffen werden soll.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, diese Grundsätze einer solidarischen Flüchtlingspolitik in Europa auf Bundes- und europäische Ebene zu vertreten.

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen - 10.51 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Peter Tschernko von der ÖVP.

LTabg. Tschernko, MSc – ÖVP (10.51 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesrätinnen und Landesräte!

Wir diskutieren heute zu einem Tagesordnungspunkt oder zu einem Abänderungsantrag, den die Parteien gemeinsam unterzeichnet haben, der sich an sich schon fast erledigt hat und dennoch beschäftigt uns die Flüchtlingspolitik nicht nur im Augenblick, sondern diese wird uns auch in Zukunft noch längere Zeit beschäftigen. Ich darf Ihnen nur Folgendes sagen: Durch diese Kriegsschauplätze, die Flüchtlinge in Bewegung setzen, das sind Dimensionen, die Österreich und Europa mehr als herausfordern. Ich denke, dass wir mittlerweile schon überfordert werden und daher ist es auch im Sinne der Menschenrechte und auch im Sinne der Flüchtlinge den Menschen jetzt Schutz zu bieten vor Terrorverfolgung und Gewalt. Ich bin jetzt hier anderer Meinung, wie Klubobmann Kunasek gemeint hat in seiner Rede oder davon ausgeht, dass fast alle nur illegale Einwanderer sind. Das unterscheidet uns. Das sind nämlich Flüchtlinge und das kann schon sein, dass auch Auswanderer aus wirtschaftlichen Gründen hier mit einwandern. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Mehrheitlich!“)* Das muss uns auch klar sein, dass wir auch diese Probleme jetzt nicht alleine lösen können. Selbstverständlich ist es aber so, dass wir für Not leidende Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten und um ihr Leben und Überleben kämpfen, natürlich unsere Solidarität bieten müssen und auch bieten werden. Ich war am Sonntag persönlich vor Ort in Spielfeld, weil es ja hier um die temporären Schwerpunktkontrollen an den südlichen Grenzen der Steiermark geht oder auch im Bedarfsfall um den Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres, was ja im Antrag hier steht und auch um die enge Zusammenarbeit und die Abstimmung mit den benachbarten EU-Staaten. Ich kann nur sagen, mein Bild vor Ort war nämlich jenes, dass hier die Polizei und auch das Bundesheer nicht nur beste Arbeit geleistet haben, sondern auch, wie es heute in dem Entschließungsantrag heißt, nicht Gesetzesbruch begangen haben oder der Vorwurf auf Gesetzesbruch lautet, sondern dass sie hier gehandelt haben, wie man auch handelt oder wie es der Polizei und dem Assistenzeinsatz vorgegeben ist. Wir wissen, dass derzeit vom

Bundesheer-Assistenzeinsatz in Österreich 1.600 Bedienstete zur Verfügung gestellt sind oder Assistenz leisten und davon sind aber schon im Vorfeld 500 für die humanitäre Hilfe sozusagen, zur Verfügung gestellt worden auch für die Versorgung. Das ist aber auch notwendig, denn wenn ein Schwung von Flüchtlingen kommt, dann gibt es zu wenige Freiwillige an den Grenzen, ob das Nickelsdorf ist oder auch jetzt an den anderen Grenzen, die sofort hier eingreifen können oder unterstützen können. Also mein Bild von Spielfeld und auch von den kleineren Grenzübergängen in Langeegg war ein anderes, als es vorhin gezeichnet wurde. Natürlich haben wir das Bild von Radkersburg auch gesehen, aber offensichtlich hat es hier in Spielfeld und anderen Grenzübergängen mit dem Assistenzeinsatz, und mit der Polizei wunderbar geklappt und es ist alles sehr geregelt abgelaufen. Was mein Kollege Schnitzer schon angesprochen hat, möchte ich auch noch einmal vertiefen und wiederholen. Was ist zu tun in Europa? Wir brauchen europäische Lösungen. Einzelstaatliche Lösungen, wie es jetzt in Europa teilweise vonstattengeht, von Ungarn über auch anderen Ländern, werden uns zu keiner Lösung bringen. Das heißt, wir werden in Kürze, oder wenn das die einzige Lösung ist, dass wir nur Grenzzäune bauen, dann werden wir mit Europa in einem Gefängnis sitzen. Das heißt, wir brauchen einen verstärkten Schutz der EU-Außengrenzen, um auch diesen unkontrollierten Zustand in diese geregelten Bahnen zu lenken, oder wir brauchen auch eine gemeinsame starke europäische Politik, die gegen die Gründe von Flucht und Vertreibung auch vorgeht und ebenso diese Flüchtlingsströme, die in der Region auch sind und aufhalten, auch bewältigbar machen. Und wir brauchen diese UNHCR-Anlaufstellen, auch von der Kollegin der Grünen schon erwähnt worden, in den Regionen, denn wie es derzeit ist, machen zehn EU-Länder, darunter auch Österreich, die Flüchtlingsaufnahme und bewältigen 92 % dieser Asylanträge. Das heißt, wir brauchen auch eine verpflichtende europäische Quotenregelung. Meine Hoffnung fußt jetzt darin, wenn morgen der Sondergipfel in der Europäischen Union tagt, dass es hier zu Lösungen kommt und hoffentlich zu ordentlichen Lösungen kommt, denn wir brauchen das für die Menschen, für uns und für die Menschen, die hier auf der Flucht sind, denn für mich gibt es keine Alternative zur Europäischen Union. Das haben auch meine Vorredner bekräftigt. Wenn wir nämlich wieder in Nationalstaaten zerfallen, dann sage ich nur „Gute Nacht Österreich und Europa“, wenn wir hier zurückfallen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur kurz auf den Entschließungsantrag der FPÖ eingehen. Also der hebt sich jetzt meiner Meinung auf, weil wir diese Punkte im Abänderungsantrag ja verfasst haben oder enthalten sind, in unserem gemeinsamen Antrag,

und möchte auch noch kurz Stellung nehmen zum Entschließungsantrag der Grünen. Da fordere ich eine punktuelle Abstimmung.

Vielen Dank und ich wünsche uns ein gemeinsames Vorgehen in Österreich, in der Steiermark und in Europa, um diese Flüchtlingssituation zu bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – (10.58 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Gerhard Kurzmann von der FPÖ, bitte.

Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann – FPÖ (10.58 Uhr): Danke! Herr Landeshauptmann – telefoniert gerade –, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 07. September hat ein Sonderlandtag über Initiative der Freiheitlichen Partei hier stattgefunden. Ich habe für meine eigene Fraktion den Antrag zum Schutz der Grenzen eingebracht, der von Ihnen damals mehrheitlich abgelehnt wurde. Heute liegt uns, aus meiner Sicht, ein verwässerter Antrag vor, den wir als Freiheitliche aber trotzdem unterstützen werden, weil er immerhin noch besser ist als gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine Damen und Herren, uns liegt auch ein zweiter Antrag von der KPÖ vor. Der Antragstext lautet: „Der Landtag bekennt sich dazu, dass in einzurichtenden Aufnahmezentren in von Flucht betroffenen Regionen Asylanträge gestellt werden können. Asylberechtigten ist dann eine legale Einreise zu gewährleisten“, den unterstützen wir selbstverständlich auch. Wir können nur nicht mit Ihrem Motivenbericht mit, denn wir wollen nicht, dass bei jeder österreichischen Botschaft Asylanträge gestellt werden können. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Warum nicht?“)* Aber dem Antrag selbst werden wir zustimmen. Meine Damen und Herren, in aller Klarheit und Deutlichkeit weise ich als Parteiobmann der Freiheitlichen Partei den Rassismus Vorwurf der Abgeordneten Jungwirth zurück und ich wundere mich, dass es dafür nicht einen Ordnungsruf gegeben hat. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine Damen und Herren, die Freiheitliche Partei ist eine disziplinierte Truppe, aber wenn das so ist, dass man uns gegenüber jedes Schimpfwort in den Mund nehmen kann, jeden Vorwurf vorbringen kann, *(LTAbg. Schwarz: „Eine Truppe!“)* dann werden wir uns in den nächsten Tagen auch nicht mehr zurückhalten. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. *(LTAbg. Lercher: „Das ist eine Frechheit.“ – Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, wir fragen uns, was bei Ihnen heute, vor allem von SPÖ und ÖVP, diesen Gesinnungswandel, der sich in den letzten zwei Wochen abgespielt hat, wirklich ausgelöst hat? Ist es bloß die Angst vor den Landtagswahlen in Oberösterreich und in Wien

oder ist es die Sendung, die der ORF übertragen hat – „Im Zentrum“ –, wo ein junger Außenminister besser als alle anderen ÖVP-Politiker auf den Punkt gebracht haben, die Rechtsgrundlagen einmal offensichtlich seiner eigenen Partei erklärt hat; oder tragen Sie einfach nur dem Stimmungsumschwung in der österreichischen Bevölkerung Rechnung?

Meine Damen und Herren, mit mir hat vor wenigen Tagen ein bekannter Jurist dieses Landes, der mich gebeten hat seinen Namen nicht zu nennen, weil er nicht meinem politischen Lager angehört, Kontakt aufgenommen und mich gefragt, warum ich und meine Fraktion zusehen, wie offenbar auf Weisung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung das Sicherheitspolizeigesetz einfach ausgehebelt wird? Das finden viele Juristen, Rechtskundige in diesem Land unglaublich. Und ähnlich denkt die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Dieser Jurist, aber auch viele andere Rechtskundige, auch Angehörige der Universität, haben mir als Historiker und Germanist ein bisschen juristischen Unterricht erteilt und haben gesagt, ich soll einmal fragen § 302 Abs. 2 Strafgesetzbuch, warum wird das nicht beachtet? Aber alle diese Dinge, meine Damen und Herren, prüfen natürlich unsere Juristen. Und so, wie Mario Kunasek das bereits angekündigt hat, wenn wir den Eindruck haben, dass von der Staatsspitze die Gesetze nicht mehr beachtet werden, werden wir selbstverständlich weiter agieren und, so wie das Mario Kunasek gesagt hat, auch wirklich politische Aktionen auf der Straße setzen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, das, was sich an der Grenze in Radkersburg, dort wo ich noch meine Grundausbildung erhalten habe, abgespielt hat, das hat vor laufender Fernsehkamera stattgefunden, meine Damen und Herren. Die Kapitulation des Rechtsstaates vor einer Masse *(LTabg. Schönleitner: „Geh, bitte!“)* von Asylwerbern aus Asien, meine Damen und Herren. Da sind vier Polizisten hilflos vor mehreren hundert Illegalen gestanden, die einfach durchgebrochen sind. *(LTabg. Ing. Jungwirth: „Die verzweifelt waren!“)* Das, meine Damen und Herren, ist ein Bild der Anarchie und der Kapitulation der Staatsgewalt vor Illegalen. Das, meine Damen und Herren, ist aber die Folge Ihrer Politik, Ihrer Politik der Schwäche. *(LTabg. Schwarz: „Das ist ein Präsident des Landtages Steiermark. Das ist ja unglaublich!“)* Sie haben das Bundesheer zerschlagen, Sie haben den Polizeiapparat ausgedünnt. Jetzt ist es offensichtlich, dass die Exekutive, Polizei und Bundesheer ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen können, *(LTabg. Schwarz: „Wer hat die Polizei geschlossen? Das war Schwarz/Blau!“)* und dafür tragen Sie die politische Verantwortung, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Da können Sie protestieren wie Sie wollen. Das weiß die

österreichische Bevölkerung. (*LTabg. Schwarz: „Sie wollen ja protestieren!“*) Und denken Sie daran, der Wähler hat immer Recht. Ich habe Ihnen das schon beim letzten Mal versucht zu erklären. Sie haben es noch immer nicht verstanden. Dieser Wähler wird auch die richtigen Antworten in Oberösterreich und Wien geben. Mein Vertrauen in die österreichische Demokratie und in die österreichische Bevölkerung ist unerschütterlich. Und noch eines, meine Damen und Herren, Josef Pühringer sagt heute in der Kleinen Zeitung und ich habe Ihnen diese Zeitung mitgebracht: „Ich bin ein Typ, der still leidet.“ Meine Damen und Herren, ich kann ihn verstehen, den Herrn Landeshauptmann aus Oberösterreich. Er leidet wahrscheinlich vor allem unter dem merkwürdigen Zick-Zack-Kurs seiner Bundespartei, die ungefähr auf den Punkt zu bringen ist: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ Er leidet, weil er fürchtet die Zeche für die schwächliche Politik seiner Innenministerin zahlen zu müssen. Er leidet, weil er weiß, dass die öffentliche Stimmung, die nicht gleich ist mit der veröffentlichten Stimmung, meine Damen und Herren, er weiß wie die öffentliche Stimmung wirklich ist und er leidet wahrscheinlich, weil er, so wie wir Freiheitliche, unterscheiden möchte zwischen Konventionsflüchtlingen und denen, die als Scheinasylanten in Massen in unser Land eindringen. Herr Landeshauptmann, Sie haben das letzte Mal meine Frage nicht beantwortet, weil es mich doch interessieren würde: Sie haben Orbàn als Despoten bezeichnet. Bis heute keine Entschuldigung, nichts. Meine Damen und Herren, das ist unglaublich. Herr Landeshauptmann, ich halte es für unglaublich, dass Sie einem erfolgreichen Ministerpräsidenten, der noch dazu der „Fidesz“, einer Schwesterpartei Ihrer ÖVP, angehört, Despotie unterstellen. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber Sie haben natürlich in einem Recht, Sie haben heute gesagt, auch in der Kleinen Zeitung und ich darf Sie zitieren: Sie orten, dass ein Riss durch das Land geht. (*LTabg. Karl Lackner: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, die Lautstärke spricht noch nicht für die Realität Ihrer Wortmeldung. Dass das richtig ist, das wird Ihnen auch das nächste Mal noch Ihr Wähler bestätigen, Herr Kollege. Sie haben völlig Recht, aber ich sage acht Zehntel der steirischen Bevölkerung stehen hinter der Linie der Freiheitlichen Partei, vielleicht 20 % hinter Ihnen. Und wir haben das beim „Aufsteuern“ vor wenigen Tagen gemerkt, meine Damen und Herren. Mario Kunasek, Mario Eustaccio und ich sind da mit einer ganzen Formation Freiheitlicher Funktionäre durch die Menschenmenge gegangen und die haben uns bestärkt. Die haben gesagt: „Macht weiter so. Ihr dürft nicht aufgeben, weil wir uns auf euch verlassen.“ Und diesen Auftrag, meine Dame und Herren, den erfüllen wir und nichts anderes. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich danke Ihnen für Ihre fast ungeteilte Aufmerksamkeit. Glückauf. (*Beifall bei der FPÖ – 11.07 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Marco Triller von der FPÖ, bitte.

LTabg. Triller, BA – FPÖ (11.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren in den Zuschauerreihen und vor dem Bildschirm!

Kollege Schnitzer, du hast das richtig angesprochen, Europa steht vor einer großen Herausforderung. Nur eines ist auch ganz klar, das auf allen politischen Ebenen – begonnen von der EU über die Bundesregierung bis zur Landesregierung – alle versagt haben und als angehender Jurist solltest du genau wissen, dass gesetzliche Bestimmungen eingehalten werden müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Dass sich Österreich in Bezug auf den Grenzschutz lächerlich macht, beweisen uns eindeutig die Bilder vom 19. September, die man auch im ORF gesehen hat. Wie Sie alle wissen, hat der Flüchtlingsstrom eben in der letzte Woche die Steiermark erreicht. Am 19. September gelangten rund 400 Asylwerber über die Murbrücke bei Bad Radkersburg über in die Grüne Mark. Vier vor Ort eingesetzte Polizisten waren redlich bemüht nur jene Flüchtlinge nach Österreich zu lassen, die über die gültigen Papiere wie z. B. Reisepässe verfügten. Als sich aber die aufgebrachte Menge in Bewegung setzte, wurden die Polizisten förmlich überrannt und konnten nichts tun außer tatenlos zuzusehen. Und wenn man so etwas hört bzw. sieht und anhand diesem Taferl *(zeigt ein vergrößertes Foto)* sieht man ganz genau, dass die Polizisten die Flüchtlinge eigentlich aufhalten wollten, aber es nicht geschafft haben, weil vier gegen 400 wird ein wenig schwierig sein. Man sieht dann an diesem Bild, *(zeigt ein vergrößertes Foto)* dass die aufgebrachte Menge die vier Polizisten eben überrannt haben. Sie haben nichts dagegen tun können. Da muss ich mich ehrlich fragen, wo da wirklich dieser vom Landeshauptmann hoch gepriesene Verstand geblieben ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Herr Landeshauptmann – er ist jetzt nicht mehr da – der Herr Landeshauptmann hat ja angesprochen, dass er jedes Gasthaus in der Steiermark kennt oder besucht hat, was ja im Großen und Ganzen vorbildhaft ist, aber schwer zu glauben ist – meines Erachtens. *(LTabg. Karl Lackner: „Fast, hat er gesagt!“)* Jedoch ist eines auch ganz klar: Anstatt im Gasthaus zu sitzen, sollte der Herr Landeshauptmann besser die steirischen Sicherheitsorgane vor Ort besuchen. *(Landesrat Mag. Drexler: „Jetzt mäßigen Sie sich aber!“)* Diesbezüglich sollten sich die Vertreter der Landesregierung definitiv ein Beispiel an unserem Klubobmann Mario Kunasek nehmen, der Polizeiinspektionen besucht und mit den Ordnungsorganen vor Ort spricht, um die Probleme anzuhören. *(Beifall bei der FPÖ)* Leider jedoch erwartete ihn anstatt

einer vollen Dienststelle eine leere. Und warum eine leere? Weil die meisten Polizisten an der Grenze zu Ungarn eingesetzt ist und im Endeffekt dann die Polizisten vor Ort nicht mehr die Sicherheit gewähren können, wenn nur mehr vier Polizisten in einer Polizeiinspektion Dienst versehen. Was muss jedoch noch passieren, wenn ein Ernstfall eintritt, die Polizei einschreiten muss und wo ist dann unser Freund und Helfer? An den Grenzen bringen sie uns leider sehr wenig, da sie sowieso keinen Auftrag haben oder den Auftrag haben, einfach Flüchtlinge durchzulassen. Wieder einmal wird das Wohl der eigenen Bevölkerung hintangestellt. Die Polizisten in der Steiermark warten im Übrigen noch immer auf die 300 Kollegen, die der Landeshauptmann vor Jahren schon versprochen hat und da frage ich mich auch: Diese 300 Polizisten, wo sind sie? Wir brauchen sie bei uns in den Städten und in den Gemeinden. *(Beifall bei der FPÖ)* Als weiteren Punkt möchte ich als Offizier des Bundesheeres auch auf das Bundesheer eingehen. Laut dem Stand vom 20. September befinden sich derzeit 330 Soldaten im Assistenzeinsatz in der Südsteiermark. Diese sind lediglich für Versorgungstätigkeiten, Transportaufgaben, Betreuungsmaßnahmen für Asylsuchende betraut. Für den Schutz der Staatsgrenzen, die ureigenste Profession des Bundesheeres, werden sie nicht eingesetzt. Liebe Kollegen, letzte Woche erreichte mich auch eine Nachricht eines Kameraden des Österreichischen Bundesheers: In einer großen Wiener Kaserne wurden 4.000 Portionen Hühnergeschneitztes zubereitet und zur Ausgabe an die Grenze gebracht, wo sie an die Flüchtlinge verteilt hätte werden sollen. Von diesen 4.000 Portionen wurde fast die Hälfte, knapp 2.000 Portionen entsorgt. Die Spitze des Eisberges dabei ist aber, die Begründung der Flüchtlinge, warum sie das Essen nicht wollen. Auf gut steirisch - „was der Bauer nicht kennt, isst er nicht“, obwohl eigens ein Dolmetscher dort vorhanden war und den Flüchtlingen mitgeteilt hat, dass es sich hier um Hühnerfleisch handelt und das mit dem Islam absolut vereinbar ist. Ebenfalls wurden Unmengen an Obst weggeschmissen. Aber damit nicht genug, 2.000 Liter Früchtetee wurde gekocht, ebenfalls zur Verteilung an die Grenzen gebracht. Ca. 1.800 Liter davon wurden weggeleert, da die Flüchtlinge lieber Schwarztee trinken. Und die einzige Konsequenz, die das Bundesheer daraus gezogen hat war, natürlich Schwarztee zu kochen und hat diesen dann bereitgestellt. Liebe Kollegen, stellen Sie sich bitte vor, diese Leute kommen in unser Land, verlangen, nein, sie fordern unsere Hilfe und anstatt die Hilfe dankend anzunehmen, tanzen sie auf unserer Nase herum, nützen unsere Gastfreundschaft aus und sind an Dreistigkeit zum Teil nicht zu überbieten. *(Beifall bei der FPÖ)* Wobei ich natürlich klar betonen möchte, dass es sich auch um Flüchtlinge handelt, die wirklich verfolgt sind aus politischen, rassistischen,

ethnischen Gründen. Keine Fragen, wir sind gerne bereit diesen zu helfen, aber was wir nicht brauchen (LTAvg. Klimt-Weithaler: „Flüchtlinge, die keinen Tee trinken!“) sind Wirtschaftsflüchtlinge, die unser Land überschwemmen und im Endeffekt den Sozialstaat ausnützen. (Beifall bei der FPÖ) Es kann nicht sein, dass unsere österreichischen Soldaten zu Aushilfstätigkeiten degradiert werden. (LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Was sollen sie tun? Schießen?“) Eine essenzielle Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres ist die Landesverteidigung und nicht das Transportkommando für irgendwelche Regierungen. (LTAvg. Schwarz: „Was sollen sie tun?“) Die Vorfälle vom 19. September in Bad Radkersburg haben eindrucksvoll gezeigt, dass eine professionelle Sicherung (LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko und LTAvg. Schwarz: „Was sollen sie tun?“) südlich der Staatsgrenzen notwendig und unabdingbar ist. (Beifall bei der FPÖ – LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Was sollen die tun? Bekommen wir noch eine Antwort?“) Auf Grund der sicherheitspolitisch bedenklichen Lage erscheint es umso mehr notwendig, die Soldaten des Österreichischen Bundesheeres zum Schutz der eigenen Landesgrenzen einzusetzen. Dem Schutz der eigenen Grenze muss angesichts dieser dramatischen Entwicklungen der letzten Tage im südsteirischen Grenzraum Priorität eingeräumt werden. Und, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, anstatt Ihre Zeit in Wirtshäusern abzusetzen oder Herzerl für Flüchtlinge zu bemalen, (Landesrat Mag. Drexler: „Was Sie aufführen als Jungabgeordneter ist unakzeptabel.“ – LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das ist ja ungeheuerlich!“ – Unruhe bei der ÖVP und SPÖ) fordere ich Sie auf, handeln Sie endlich und schauen Sie nicht tatenlos zu. Es wird daher folgender Entschließungsantrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für einen Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres zum Schutz und zur Sicherung der südlichen Staatsgrenze einzusetzen. Unsere Soldaten sind dafür da, um zu kontrollieren. Wissen Sie warum? Weil sie es gelernt haben in Auslandseinsätzen, sie haben die Erfahrung, sie haben die Ausbildung und deshalb brauchen wir die Soldaten vor Ort zur Kontrolle an der Grenze. Bitte um Annahme. Danke. (Beifall bei der FPÖ – 11.16 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Landesrätin Mag. Doris Kampus. Ich erteile ihr das Wort.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (11.17 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen!

Erlauben Sie mir vorab eine persönliche Bemerkung. Ich freue mich wahnsinnig, dass Sie heute hier bei uns sind, aber ich bedauere es zutiefst, dass Sie Situationen erleben, die dieses Hauses nicht würdig sind. Und es tut mir wirklich leid, dass die Diskussion auf diese Ebene abgelenkt und ich werde jetzt wieder versuchen die Diskussion dort hinzuführen, wo sie hingehört, nämlich dass sachlich Argumente ausgetauscht werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Und wenn Sie glauben, Herr Abgeordneter, es wird dadurch besser, dass Sie Mitglieder der Landesregierung persönlich angreifen, dann haben Sie sich getäuscht. Damit ist diesen Menschen überhaupt nicht geholfen und auch nicht den Steirerinnen und Steirern. Erlauben Sie mir, dass ich das ausführe. Das war mir jetzt wichtig, das klarzustellen und wir sollten versuchen, wieder auf eine sachliche Diskussion zurückzukommen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich werde immer wieder, erlauben Sie mir das, persönlich Partei ergreifen für jene, die Sie in Ihrer Diskussion so gerne vergessen. Ich werde immer wieder ausführen, dass ich nicht über die Menschen rede, sondern mit den Menschen. Ich war am Sonntag persönlich vor Ort, um mich im Namen des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landeshauptmannstellvertreters und der gesamten Regierung zu bedanken. Von Ihnen habe ich dort niemanden gesehen. Ich habe dort Bilder erlebt, die konträr zu dem sind, was Sie jetzt hier schildern. Also anscheinend leben wir in einer unterschiedlichen Steiermark. Ich bin froh, dass ich Teil dieser Steiermark sein darf, wo es Menschen gibt, die helfen, wo es Einsatzkräfte gibt, die Großartiges leisten und wenn Sie als gewählte Mandatäre dieses Landes das in Abrede stellen und sagen, dass das Bundesheer ja nur mehr Tee austeilte und die wissen überhaupt nichts und die Einsatzkräfte sind permanent überfordert, dann ist das nicht die Steiermark, in der ich lebe und die ich kenne und für die ich einstehe. Das tut mir wirklich leid. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Wissen Sie, was ich vor Ort erleben durfte? Das Bundesheer kontrolliert die Grüne Grenze und dass Menschen, die über die Grüne Grenze gekommen sind, natürlich zur Polizei nach Spielfeld gebracht wurden. Und ich habe dort gesehen, dass die Polizisten mehr als bemüht sind, der Herr Abgeordneter Tschernko war dabei, die Frau Abgeordnete Kerschler war dabei, dass diese Menschen natürlich bemüht sind diese Situation bestmöglich zu lösen. Das sind

unsere Staatsorgane. Sie vertreten und schützen die Menschen in diesem Land und ich ersuche Sie, nicht ein anderes Bild zu skizzieren. Das ist nicht das, was die Steirerinnen und Steirer verdienen. Sondern sie verdienen das Beste von den Einsatzorganisationen und diese leisten auch das Beste, und deshalb immer wieder die Worte von mir. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Sie haben mit einem Recht, und ich möchte heute nicht zu lange werden - es ist schon so viel zu diesem Thema gesagt worden und auch so vieles, was leider die sachliche Ebene verlassen hat. Sie haben in einem Recht, es stehen große Aufgaben vor uns. Ich kann nur immer wieder darum ersuchen und auffordern: Widmen wir uns gemeinsam diesen großen Aufgaben. Wir haben derzeit gerade, nur um ein Beispiel zu nennen, einen Betrieb in der Obersteiermark, der große Probleme hat. Was haben wir gemacht? Wir haben eine Stiftung eingerichtet. Ohne groß darüber zu reden, ohne große Töne zu sagen. Wir haben es einfach getan, weil die Steirerinnen und Steirer unsere Unterstützung brauchen. Jawohl, wir brauchen Arbeitsplätze, jawohl, wir haben Probleme am Arbeitsmarkt, aber wir tun ganz schlicht. Wir tun, wir reden mit den Menschen und wir begnügen uns nicht damit hier Dinge zu verbreiten, wo man auch die andere Seite immer so gerne vergisst, und das ist etwas, was mich wirklich stört. Das tut mir wirklich leid. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Sie haben Recht, wir haben Probleme bei den Sprachen. Wir haben die Deutschkurse massiv aufgestockt. Das heißt, Sie sehen, wir tun. Die Landesregierung erkennt die Probleme, sie redet mit den Menschen und sie handelt entsprechend. Die Kollegin Bildungslandesrätin hat ganz massiv ein Programm auf die Beine gestellt, um die Schulen zu unterstützen. Das heißt, wir sind uns bewusst und immer wieder das Ersuchen von mir, kommen Sie, kommen Sie mit uns gemeinsam auf diesen Weg, dass wir alle gemeinsam, alle Steirerinnen und Steirer und alle, die zu uns kommen, bestmöglich unterstützen. Und das reicht nicht, indem man hier immer nur die eine Seite der Wahrheit beleuchtet. Das ist ganz schlicht zu wenig. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ich möchte mit einem Bild schließen, auch das ist mir ein Anliegen: Es gibt vieles, was wir im Land tun können. Wir dürfen nicht aufhören, auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass Maßnahmen gesetzt werden. Ich habe auch mit Freude vernommen, von Frau Abgeordneter Jungwirth, der Europäische Fonds ist ein Thema, das wir schon lange unterstützen, aber wir sollten das tun, was wir in der Steiermark tun können, und aus meiner Sicht werden da erste, richtige Maßnahmen seitens der Landesregierung gesetzt. Zum Schluss von mir eine Botschaft: Es gibt nichts im Leben, das nicht Licht und Schatten hat. Sie

begnügen sich leider damit, über den Schatten zu reden. Und wissen Sie, wer für das Licht sorgt? Für das Licht sorgen Tausende von Menschen in der Steiermark, die Ehrenamtlichen, die Einsatzorganisationen. Das sind jene, die die Steiermark zum Leuchten bringen in einer unglaublich schwierigen Situation. Solange von Ihnen nur der Schatten beleuchtet wird, werde ich nicht aufhören, über jene Menschen zu reden, mich bei ihnen zu bedanken und zu sagen: „Ja, es ist schwierig, aber gemeinsam können wir die Situation lösen“, denn die Steirerinnen und Steirer leisten Großartiges. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen – 11.22 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer. Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (11.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, dieses Land, diese Republik befindet sich in einer krisenhaften Situation. Die Flüchtlingsproblematik hat ein Ausmaß angenommen und wird es noch annehmen, dessen Dimension wir bisher nicht kannten. Es gibt viele Fragen, die wir nach bestem Wissen und Gewissen versuchen zu beantworten und zu lösen. Es gibt aber auch Fragen, auf die wir keine Antwort wissen. Ich spüre es selbst, ich höre es täglich, wo immer ich bin: „Wie viele noch? Wie geht das weiter?“ Und jede und jeder, der darauf eine exakte Antwort hat, sagt nicht die Wahrheit. Weil Europa so etwas bisher nicht kannte. Ich kann Ihnen nur sagen, ich weiß, in einer solchen Zeit hat man vordergründig kurzfristig, möglicherweise auch einen mittelfristigen Zeitraum Erfolg, wenn man Öl ins Feuer gießt, hat man Erfolg, wenn man versucht politisches Kleingeld zu wechseln. Aber ich bitte Sie dringend und ich appelliere an alle im Hohen Hause, wir alle, die wir hier stehen oder sitzen, sind demokratisch in dieses Haus oder in diese Regierung gekommen. Wenn die Gefahr besteht, dass sich die Gesellschaft spaltet – und Risse sind da –, dann hätten wir die staatsbürgerliche Pflicht alles zu tun, das Gemeinsame zu suchen und nicht auseinanderzuidividieren, wer es wirklich ernst nimmt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Was in einigen Wortmeldungen heute hier schon gesagt wurde, hat die große Mehrheit am Stammtisch. Aber es ist ein gefährliches Spiel. Was tun wir denn, wenn die Dämme endgültig brechen? Laufen wir dann alle davon? Geben wir doch zu, dass wir an der Grenze zur Überforderung sind und suchen wir gemeinsam einen Weg, hier in

dieser kleinen Welt etwas zu tun, was die große Welt bisher nicht schafft. Und ich sage Ihnen, die Haltung der Steiermärkischen Landesregierung ist felsenfest klar. Wir möchten, wir wollen und wir werden Menschen, die nur durch Flucht ihr Leben und das Leben ihrer Kinder retten können, möglichst auf kurze Zeit helfen, weil wir das als unsere humanitäre Pflicht erachten. Wir werden sie nicht alleine lassen, aber wir sind für Krieg und Terror auf der Welt nicht verantwortlich. Deutschland, Schweden Österreich und ein paar andere können nicht alles Leid dieser Welt lösen. Wir tun was wir tun können, aber es ist die Weltgemeinschaft und es ist Europa gefordert, und deshalb fordern wir mit Nachdruck weltweite friedensstiftende Initiative. Wir fordern mit Nachdruck Hilfe vor Ort und wir fordern mit Nachdruck von der Europäischen Union auch die Sicherung der Außengrenzen. Was heute in diesem Antrag zum Tagesordnungspunkt 2 gefordert wird, das findet statt. Wir haben das am Donnerstag letzter Woche in der Regierung beschlossen, mit der Bundesregierung vorher Kontakt aufgenommen und sie haben hier diesen Brief, unterschrieben von Michael Schickhofer, Doris Kampus und Hermann Schützenhöfer, wo wir darauf hinweisen, dass sich die Route geändert hat, dass wir eine neue Flüchtlingsbewegung erleben, wo wir ganz deutlich den Assistenzeinsatz fordern, nicht wegen der armen Teufel, die um ihr Leben rennen, sondern um den Schleppern klar zu machen, dass sie die Rechnung ohne den Wirt machen, um auch klar zu machen, dass wir uns selbstverständlich darum kümmern müssen, zu unterscheiden zwischen Flüchtlingen und denen, die jetzt die Gunst der Stunde ergreifen wollen, um sozusagen in ein anderes Land zu kommen. Die Bundesregierung hat auf der Stelle reagiert und diesen Assistenzeinsatz über Nickelsdorf hinaus auch auf den Süden, auf die Steiermark und Kärnten, ausgeweitet. Wir haben ebenso einen außerordentlichen EU-Gipfel verlangt, morgen findet er statt, und wir haben geeignete Aufnahmeeinrichtungen an einer gestärkten EU-Außengrenze gefordert und dass Österreich sich insgesamt auch in der Weltunion stärker für friedenssichernde Maßnahmen einsetzen soll. Was wir in der Steiermark tun und tun müssen, ist, das ist die einzige Quote mit der ich insgesamt einverstanden bin, über alle anderen Quoten kann man ja reden, nämlich dass wir in der Summe diese 14,29 % erfüllen. Wir sind mit heutigem Tag bei 93,34 % - 6.907; das ist unsere Aufgabe. Da passieren hin und wieder Fehler, ja, die haben ja jetzt das Tausendfache zu tun. Der werfe den ersten Stein, aber da sind wir auf einem guten Weg und täglich finden Konferenzen der Bezirkshauptleute statt im Auftrag der Landesrätin mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und wir bekommen gute Rückmeldungen. Die Flüchtlinge an der Grenze, da helfen wir mit, so gut wir es können. Auch ich danke dem

Roten Kreuz, auch der Feuerwehr, allen, die da mithelfen, aber Polizei und Bundesheer sind eine reine Aufgabe des Bundes, auch was die Anforderungen anlangt, auch was die Befehle anlangt, was zu tun ist. Wir haben klar gemacht, dass etwas gegen die Schlepper zu tun ist und dass wir zwischen Flüchtling und Wirtschaftsflüchtling zu unterscheiden haben.

Ich komme schon zum Schluss und sage Ihnen: Ja, die EU ist spät dran. Ich hoffe, mehr können wir nicht tun als hoffen, dass es am Mittwoch zu einem Durchbruch kommt, dass es einen fairen Aufteilungsschlüssel in Europa gibt und ich weiß, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil Sie das vorhin so angesprochen haben: Ja, die Stimmung ist schlecht, die Stimmung ist gegen die Regierungspartei schlecht und möglicherweise werden am Sonntag und auch 14 Tage später manche Regionalregierungen Rechnungen zu bezahlen haben, deren Inhalt sie nicht bestellt haben.

Ich weiß, wovon ich rede. Aber ich weiß auch, dass wir momentan über die EU nicht abstimmen können. Aber wissen Sie, wir brauchen einen langen Atem. Was wäre denn Österreich ohne Europa? Haben Sie sich überlegt, was es hieße, wenn dieses Europa der Union mit seinen 504 Millionen Einwohnern, ein Sechzehntel der Weltbevölkerung, wenn das Europa als Ganzes – wenn ich die dazu nehme, die noch nicht bei uns sind und wenn ich bis Weißrussland gehe, 700 Millionen stellen und das sind ein Zehntel der Weltbevölkerung –, wenn wir zurückfallen würden in ein Europa, das auseinanderbricht; in ein Europa, das es nur wieder in den Nationalstaaten gibt, dann ist Europa in der Entwicklung der Welt verloren. Und deshalb möchte ich am Ende auch sagen: Die Gemeinschaft in Europa und das entschlossene Handeln der EU ist bei allen Irritationen, die uns alle erfasst haben, täglich und täglich aufs Neue, das Gebot der Stunde, wenn Europa nicht dauerhaft zum Nachteil aller Menschen, die in diesem Europa leben, beschädigt werden sollte. Und deshalb sage ich als einer, der in diesem Hohen Hause schon, ich weiß nicht wie viele Debattenbeiträge in allmöglichen Funktionen abgegeben hat: Das freie Wort, die Freiheit der Gesinnung ist unantastbar, aber jede und jeder von uns hat auch das Gewicht der Stimme. Und in solchen Situationen sollte man aufpassen, dass man mit dem, was man sagt, nicht am laufenden Band sprachliche Grenzüberschreitungen vollzieht, denn Gewalt beginnt in der Sprache. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen – 11.34 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Cornelia Schweiner, bitte.

LTabg. Schweiner – SPÖ (11.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der steirischen Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag!

Kollege Triller, was ich mich frage, wenn ich Sie draußen höre, ist es: Wissen Sie überhaupt wovon Sie sprechen? Haben Sie eine Ahnung, in welcher Ausnahmesituation sich die Hilfskräfte, egal ob staatlich, mit den Einsatzorganisationen, mit dem Bundesheer, aber auch die vielen Freiwilligen, befinden, was die Übermenschliches leisten? Glauben Sie, es gefällt einem Polizisten zu sehen, dass dieses elf Monate alte Kind dehydriert, kurz vor dem Kollabieren ist? Glauben Sie, das macht irgendjemandem Spaß, das zu vollziehen und nicht hier mit Menschlichkeit und Humanität zu reagieren? Das muss ich Sie wirklich einmal fragen. Geschichten über Geschichten zu erzählen, dass Sie wer angerufen hat, das ist einfach und bequem. Das ist einfach und berührt nicht. (*Präsident LTabg. Dr. Kurzmann: „Aber es ist die Wahrheit!“*) Die Wahrheit mag es schon sein, aber glauben Sie, dass es den Polizeikollegen mit dem Früchtetee gegangen ist, zu sehen, dass die Menschen das nicht kennen und daher nicht trinken. Das will doch niemand. Und jetzt erklären Sie mir, was das Problem ist, statt einem Früchteteesackerl ein Schwarzteesackerl reinzuhängen. Das ist doch das ganz Gleiche. Sie werden das machen und das Problem wäre somit gelöst. Aber worum es Ihnen hier geht, ist Hetze zu betreiben, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Hören Sie einmal damit auf!“*) ist das, was Menschen tagtäglich leisten, in Abrede zu stellen und Menschen Angst davor zu machen. Glauben Sie, die Polizisten und Polizistinnen in Bad Radkersburg hatten ein gutes Gefühl, als sie da so gestanden sind? Sicher nicht. Sie waren nicht dort, ich war dort. Ich war eine Woche am Schwarzl als ehrenamtliche Mitarbeiterin und ich war zuvor in der Entwicklungshilfe tätig. Sie alle können mir glauben, ich habe menschliches Leiden in anderen Kontinenten gesehen. Ich hätte mir niemals vor zehn Jahren, als ich von der Entwicklungshilfe zurückgekommen bin, zu hoffen gewagt oder überhaupt zu denken gewagt, dass ich so ein Leid hier vor Ort sehen werde. Ich sehe aber das viele Licht, von dem die Frau Landesrätin gesprochen hat. Ich sehe Ärztinnen und Ärzte die anrufen, einfach kommen und zupacken. Ich sehe Polizistinnen und Polizisten, die weit über ihre Grenze hinaus, menschlich mit Menschen umgehen, die unmenschlich behandelt wurden, nämlich von dem, den Sie gutheißen, von Ungarn. Zwei Drittel der Menschen, die im Schwarzl angekommen sind, hatten massive Verletzungen von Schlagstöcken, von Gewehren, die sie auf den Kopf bekommen haben, (*LTabg. Triller, BA: „Das sind Geschichten, die Sie gehört haben!“*) und das ist keine Lüge und keine Erfindung. Das wurde Menschen angetan. Und dann haben sie

Angst vor unserer Polizei, was ich verstehe, wenn ich so ein Erlebnis gemacht habe. Und unsere Polizei versucht mit allen Mitteln den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie hier ein Stück weit einmal durchatmen können und medizinisch versorgt werden, um mehr geht es überhaupt nicht. Hier bekommt niemand eine Luxusbehandlung. Ich weiß nicht, was ein Bett in einer Halle mit Tausend anderen als irgendwas zu viel oder zu gut sein sollte. Ich lade Sie alle ein, nicht kommen Sie zu Besuch, greifen Sie mit an, unterstützen Sie die freiwilligen Organisationen, denn nur dann können wir als Politiker und Politikerinnen, die vor Ort tätig sind, auch das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Sich hierher zustellen und große Reden zu schwingen, ist total einfach. Ist auch ziemlich entspannend, es löst aber nicht die Probleme, die Europa und die Österreich dieser Tage zu bewältigen hat. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Lösen Sie irgendwelche Probleme?“*)

Frau Abgeordnete Jungwirth, ich stimme Ihnen nicht zu, wenn wir übergehen sollen einfach Menschen, die aus Syrien kommen, hier pauschal Asyl zu gewähren. Wir haben ein klares Gesetz, das sieht Verfahren vor und ich bin für einen Rechtsstaat, in dem Verfahren ordentlich abgewickelt werden. Viele derer, die kommen, kommen mit total falschen Erwartungen. Es ist mir total klar, wenn ich in Afghanistan mit 19 Euro im Monat leben kann, dann sind 40 Euro Taschengeld in der Grundversorgung zuerst einmal wie das Paradies. Es muss sich aber jeder auch klar und real werden, was das dann heißt, was ich mir mit diesen 40 Euro bei uns leisten kann. Also keine falschen Versprechungen. Die Menschen haben Informationen, die nicht den realen Gegebenheiten entsprechen, weil sie über das Internet, über Schlepper und andere einfach Illusionen aufsitzen. (*LTAbg. Schartel: „Deswegen brauchen wir die Grenzkontrollen!“*) Wir brauchen Grenzkontrollen, zu denen stehe ich auch. Wir brauchen Grenzkontrollen, die das Menschliche und den Menschen nicht außer Acht lassen. Weil was wollen Sie? Das würde ich gerne noch hören von Ihnen. Sind Sie dafür, dass an den Grenzen geschossen wird? Denn ich sehe keine Möglichkeit, wie ich Menschen, die nichts mehr haben und auch nichts mehr zu verlieren haben, zurückhalten sollte, wenn es zum Grenzübertritt an der Grünen Grenze kommt. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das heißt, Sie wollen jeden reinlassen?“*) Dafür müssen Sie sich klar positionieren, wie Sie sich das vorstellen. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Sie wollen jeden reinlassen. Haben Sie ja gerade gesagt!“*)

Als Letztes erlaube ich mir hier noch einen Dank auszusprechen an die vielen jungen Migranten und Migrantinnen in der Steiermark, in Graz, die neben ihrer Erwerbstätigkeit tagein tagaus am Bahnhof, am Schwarzl, in der Praktiker-Halle unsere Einsatzorganisationen unterstützen. Wissen Sie warum? Weil sie der Sprache der Personen mächtig sind. Unsere

Polizei kann einpacken, wenn sie diese Menschen nicht anruft und aktiviert, sie zu unterstützen. Die Polizei ist dafür dankbar. Ich kenne Männer und Frauen, die verzichten auf ihre Erwerbstätigkeit, um hier Hilfe zu leisten. Hilfe für das Rote Kreuz, Hilfe für den Arbeitersamariterbund, Hilfe für die Polizei und das Bundesheer. Ich kann hundert Freiwillige vor mir haben, wenn ich niemanden habe, der die Sprache spricht, kann ich niemanden helfen. Und deshalb gilt mein größter Dank heute diesen jungen Männern und Frauen, die längst Österreicher und Österreicherinnen sind, die die Staatsbürgerschaft hier haben und die eine Ressource einbringen über ihre Mehrsprachigkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zum Schluss möchte ich noch kurz begründen, warum wir von der Sozialdemokratischen Fraktion nur teilweise dem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen werden. Wir können kein System, das Dublin-III heißt, außer Kraft setzen, wenn es keine Alternative gibt. Wir sind ganz klar dafür, dass es erst dann ein neues solidarisches Rechtssystem in Europa geben kann, wenn es dazu eine Alternative gibt. Wenn wir Dublin-III außer Kraft setzen, ist es so, jeder darf sich aussuchen wo er hin will. Und das ist eine Illusion. Natürlich ist Slowenien ein sicheres Drittland, natürlich können in Slowenien auch Asylanträge abgewickelt werden und müssen es auch, natürlich sind auch Polen und andere Länder in der Verantwortung einer solidarischen, gemeinschaftlichen Abwicklung der Asylverfahren in Europa. Und erst dann, wenn es ein neues System gibt, kann man Dublin-III, das natürlich seine Mängel hat und wie wir es gerade erleben, auch in gewissen Bereichen nicht durchführbar ist, abgelöst werden. Aber ganz klar sind wir für Resettlement-Programm. UNHCR prüft die Menschen in den Camps. Wir müssen Wege schaffen, dass diese Prüfung derer, die besonders schutzbedürftig sind, so steht es auch in den Resettlements – es geht nämlich darum, vergewaltigte Frauen und Kinder aus den Camps zu kriegen und nach Europa zu bekommen. Hier stimmen wir zu, wenn das ganze Europa weit und in Abstimmung mit UNHCR möglich gemacht wird. Auch dem gesamten Punkt 2 Ihres Antrages werden wir zustimmen, aber einen Schutzkorridor am Mittelmeer, so schön das klingt, sehen wir einfach nicht realistisch, vor allem wenn es Resettlement-Programme in den Camps vor Ort gibt, brauche ich keinen Schutzkorridor über das Mittelmeer. Ich wünsche uns allen eine faire, natürlich emotionale Debatte. Ich denke, Sie merken auch, dieses Thema berührt und kann uns gar nicht kalt lassen. Aber dennoch bin ich dankbar in einem Land zu leben, in dem ich einen Landeshauptmann und eine gesamte Landesregierung vorfinde, die Haltung zeigt und beweist, auch wenn der Wind manchmal weit von rechts bläst. Und darum geht es. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.44 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Lambert Schönleitner von den Grünen hat sich zu Wort gemeldet.

LTabg. Schönleitner – Grüne (11.44 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Damen und Herren!

Es ist viel Richtiges gesagt worden und ich möchte beginnend noch einmal betonen, wie wichtig es ist, auch anlässlich der heutigen Wortmeldungen der FPÖ, dass die anderen Kräfte hier herinnen im Landtag diesen Schulterschluss halten, dass wir keinen Schritt entgegengehen diesen Formulierungen, dieser Stimmung, die ihr in dieses Haus hereinbringt und in die Steiermark, weil dann wird es euch nicht gelingen und das ist das Wichtigste, mit euren unentwegten, unwahren Behauptungen, (*LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Was ist unwahr?“*) und das sind viele unwahre Behauptungen, die auch heute wieder gefallen sind oder die Bilder, die ihr verstärkt die Bevölkerung auseinanderzuidividieren. Darum bin ich ausgesprochen froh, das möchte ich an den Beginn meiner kurzen Wortmeldung stellen, dass die Soziallandesrätin heute erneut hier ganz klar Stellung bezogen hat, dass sie das Bild wiedergegeben hat, wie es in der Steiermark aussieht und es ist wirklich die Geschichte, wie ihr die Radkersburger Situation dargestellt habt, das ist unverantwortlich. Das ist als Abgeordnete unverantwortlich, denn das hat mit der Realität – Kollege Kunasek, da kannst du schon den Kopf schütteln – überhaupt nichts zu tun gehabt. Selbst die Bilder, die der Kollege Priller – (*LTabg. Amesbauer, BA: „Triller!“*) vielleicht kann er sie noch einmal hochhalten, wenn er da hinten sitzt – Triller, Entschuldigung, ich werde es mir merken, der Kollege Triller hier heraußen am Rednerpult gezeigt hat, diese zwei Bilder, ich habe hingeschaut ganz bewusst, und habe mir das angeschaut, was sieht man auf diesen Bildern. (*LTabg. Kunasek: „Kennen Sie das Video dazu, noch dazu vom ORF?“*) Kollege Kunasek, ich verfolge die Medien, ich schaue mir die Bilder an, aber die Bilder, und von denen rede ich jetzt, die haben überhaupt keine dramatische Situation dargestellt. Das war so, das ist richtig, so sind auch die Berichte herübergekommen, dass letztendlich eher wenige Exekutivbeamte einer Menge an Flüchtlingen gegenüber gestanden sind. Aber das, was entscheidend ist – es muss ja dann entschieden werden, wie reagiert man darauf, auf eine solche Situation. Ich sage, dass grundsätzlich richtig reagiert geworden ist. Man hat gewusst, das ist keine Bedrohungssituation. In der Sicherheitspolitik muss man immer abschätzen, ist es eine Bedrohungssituation. Man hat aber ganz genau gewusst, es ist keine Bedrohungssituation in dem Sinn, sondern sie ist handelbar, man wird die Menschen aufnehmen, man wird mit ihnen

in Kontakt treten und man wird das tun, was viele Steirerinnen und Steirer derzeit tun, nämlich im Sinne der Menschenrechte, im Sinne eines guten Miteinanders, versuchen eine Lösung herbeizuführen. Das ist gelungen, es ist ja nichts passiert. Du tust so, als wäre da weiß Gott was passiert, als hätte es Verletzte gegeben. Es war handelbar und das muss man schon anders darstellen, als ihr das unentwegt macht. Genauso die Geschichte mit dem Tee. Ja, das war vielleicht ein Detailereignis, aber man kann doch nicht so eine Geschichte hier herinnen erzählen, als wären das lauter unmögliche Menschen, die letztendlich überhaupt mit unserer Hilfe nichts anfangen können. Wir wissen doch ganz genau, es hat genügend Interviews gegeben, es gibt genügend Berichte, wie dankbar die Menschen für die Hilfe, die ihnen von der Bevölkerung zugute gekommen ist, von den Einsatzorganisationen. Wir waren gut vorbereitet in der Schwarzl-Halle draußen - Conny Schweiner hat es gesagt -, mit der zweiten Aufnahmestelle in Graz, die vorbereitet wurde. Wir waren eben nicht überfordert. Trotz der schwieriger Situation, ist mein Eindruck, das was Kalcher macht, was die Landesrätin macht, was die Landesregierung macht, ist es ein überhaupt nicht chaotischer Umgang, sondern ist es letztendlich ein organisiertes Vorgehen, wie es in der Situation eigentlich sehr, sehr professionell war, auch menschlich war – das ist sehr, sehr wichtig – und letztendlich, und das ist mir auch wichtig, für die Sicherheit der Steiermark angebracht war. Das war richtig, wie wir hier vorgegangen sind.

Conny Schweiner, das mit Dublin-III habe ich nicht ganz verstanden, warum ihr das nicht mit unterstützen könnt. Der Grund, warum wir sagen, dass wir diese Regelungen nicht mehr wollen, ist letztendlich ein einziger: Weil es nicht mehr funktioniert, weil wir letztendlich im Mittelmeer wirklich unzählige Menschen, Kinder haben, die ertrinken; weil wir wissen, dass die Leute vor den Grenzen stehen und wir irgendwann einmal einen menschenrechtswürdigen Zugang in die Europäische Union schaffen müssen. Wir haben erkennen müssen in den letzten Wochen und Tagen, dass die Dublin-III-Regelung, dass Dublin nicht funktioniert. Es ist letztendlich nicht umsetzbar auf diese Art und Weise dem Problem zurande zu kommen. Und das ist natürlich eine europäische Tragödie, das muss man ganz offen und ehrlich sagen, vielleicht passiert ja morgen endlich einmal was. Aber es ist wirklich ein Drama für europäische Integrationspolitik, für die europäische Idee, wenn wir es nicht schaffen hier eine gemeinsame Vorgangsweise festzulegen. Es wird in der Folge noch viel dramatischer sein, wie bei Griechenlandkrisen oder anderen Dingen, es werden sich dann zu Recht viele Bürgerinnen und Bürger die Frage stellen: Was bringt uns Europa, wenn wir in solchen zentralen Fragen der Politik, der Integration, der Menschenrechtspolitik, des Umgangs

miteinander keine Antwort finden? Da ist die Zeit wirklich knapp und darum haben wir gesagt, die Erklärung dazu, dass wir das eigentlich weg haben wollen, denn es muss ohnehin eine neue Regelung her, weil es nicht mehr funktioniert und letztendlich für Menschen bedeutet, wenn sie nicht hereinkommen, dass sie eigentlich vor den Toren Europas auf fürchterliche Art und Weise ums Leben kommen.

Der Grund meiner Wortmeldung ist aber eigentlich ein ganz anderer gewesen und da wende ich mich noch einmal an den Dritten Präsidenten des Landtages, Herr Kollege Kurzmann. (*Präsident LTAvg. Dr. Kurzmann: „Ich höre zu, bitte!“*) Ich glaube, wir haben letztes Mal schon die Debatte hier herinnen gehabt, wie Sie agieren als Dritter Präsident dieses Hauses und es gibt seit gestern eine Verschärfung. Das wissen Sie ganz genau. Sie haben an den ungarischen Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, gemeinsam mit dem Kollegen Kunasek, wo Sie sich bedanken für die Politik Orbàn, für das was er in Ungarn gemacht hat. (*Präsident LTAvg. Dr. Kurzmann: „Als Landesparteiobmann der FPÖ!“*) Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn wir sehen, es war völkerrechtswidrig, es war menschenrechtswidrig, es war nicht mit dem Europarecht gedeckt, wie er umgegangen ist. Er hat Menschen mit Wasserwerfern jenseits der Staatsgrenze bearbeitet, er hat letztendlich bei der Essenverteilung – wir haben die Bilder gesehen – eine wirklich unmenschliche Art und Weise der Politik in seinem Land verankert. Das war so. Was mich so schockiert, und ich spreche Sie jetzt als Dritter Präsident des Landtages an, dass Sie so einen Brief, und hier ist er, Kollege Kurzmann, da steht drinnen: „Im Namen Tausender Steirer, aber auch im eigenen Namen danken wir Ihnen für Ihre klare Haltung“ – in Richtung Orbàn gerichtet – „beim Schutz der Außengrenze der EU vor dem Massenansturm illegaler Zuwanderer aus Asien und Afrika.“ Was ich Ihnen wirklich zur Last lege, wenn Sie so etwas machen, dann machen Sie es als FPÖ-Politiker, aber da unten steht darauf: Dritter Präsident des Landtages Steiermark. So haben Sie da gezeichnet und das ist aus meiner Sicht eine Grenzüberschreitung. Ich richte ganz bewusst an alle Abgeordneten hier herinnen in diesem Haus die Frage, ob es gut ist für dieses Land nach außen von einem Präsidenten vertreten zu werden, der derartige Dinge gut heißt, der sich bedankt für menschenrechtswidriges Vorgehen und es wird letztendlich die Frage sein, Herr Präsident Kurzmann, ob Sie als Präsident dieses Hauses geeignet sind. Ich sage Ihnen ganz klar aus Grüner Sicht, Sie sind als Dritter Präsident, was Ihren Umgang mit Ihren öffentlichen Äußerungen, auch hier heraußen am Rednerpult, aber speziell diesen Brief anlangt, sind Sie nicht geeignet der Dritte Präsident des Landtages zu sein. (*Präsident LTAvg. Dr. Kurzmann: „Passt schon!“*) Ich fordere Sie deshalb auf: Legen Sie dieses Amt zurück.

Machen Sie mit Ihrer FPÖ Politik, aber tun Sie eines nicht: Bringen Sie nicht den gesamten Landtag mit dieser unwürdigen Politik in Misskredit. (*Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ*)

Ich glaube, dass die nächsten Wochen, und das hat der Landeshauptmann völlig richtig gesagt, nicht ganz klar ist, was kommen wird. Wir wissen es natürlich nicht genau, das ist richtig. Aber ich glaube, die Linie, die wir gegangen sind, dass wir eben hier Menschlichkeit walten lassen, dass wir versuchen auf europäischer Ebene endlich eine Politik voranzutreiben, die einen Umgang mit der gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik findet, dass das letztendlich derzeit der einzig richtige und mögliche Weg ist. (*LTabg. Kunasek: „Ihr spielt das runter!“*)

Ich würde mir einfach wünschen, auch hier für den Landtag, dass wir, und es wird noch viele Sitzungen natürlich in dieser Debatte, in dieser Problematik geben, dass wir es schaffen, jenseits der FPÖ, jenseits der Freiheitlichen Partei, hier einen Schulterchluss zu haben für den Zusammenhalt. Das muss durchgetragen werden. Ich glaube, man hat in den letzten Wochen gesehen, dass sich die Stimmungen im Land doch im Vergleich zu früheren Zeiten, wesentlich geändert haben. Es ist unglaublich, wenn man mit den Menschen draußen spricht. Freilich gibt es Ängste, Kollege Amesbauer, das wird ja keiner in Abrede stellen, aber es ist immer die Frage, wie man damit umgeht. Und die Verantwortung der Politik ist genau, wenn es so eine Bruchlinie gibt, wenn sie droht zu kommen, wenn es da so eine Gruppe gibt, die sagt, dass alles so fürchterlich und schlimm ist, dass man letztendlich mit der Problematik umgeht. Dass es Antworten gibt. Der Landtag hat letztes Mal und das freut uns Grüne natürlich sehr, der Grünen Initiative zugestimmt hier konkrete Schritte zu setzen. Na selbstverständlich, wenn Menschen bei uns da sind, und es wird über kurz oder lang nicht um die Durchreise gehen, sondern es wird auch darum gehen, dass wir Plätze für Flüchtlinge hier in der Steiermark zur Verfügung stellen, dann muss es natürlich Anliegen der Politik sein, bestmögliche Strukturen auf die Reihe zu bringen. Und das ist ganz etwas anderes als ihr tut. Ihr nehmt jedes kleine Problem her, blast es auf zu einem Riesenstück. (*LTabg. Kogler: „Kleines Problem?“*) Ihr blast die Dinge auf, wie z. B. die Bildergeschichte, die der Kollege Kunasek gebracht hat. Da wäre ja ein Bild gefälscht gewesen und das hat ja gar nicht der Realität entsprochen, (*LTabg. Kunasek: „Das hat die Zeitung selbst bestätigt!“*) dieses Beispiel legst du hierher, ich möchte das nur erklären, mag durchaus so gewesen sein in diesem Fall, ich habe es selbst nicht kontrolliert, ist aber belegt, hast du gesagt. Das glaube ich dir sogar, aber weißt du, was das Problem ist? Die hundert anderen Bilder, die authentisch sind, von Flüchtlingskindern, die am Strand liegen, ertrunken, die vielen Bilder, die über die

Fernsehstationen gehen, die blendest du alle aus, aber das eine spielst du hoch. Und das ist letztendlich auch für die Steiermark, und das sage ich dir, weil ihr immer sagt, ihr seid die soziale Heimatpartei, das ist auch für die Steiermark keine Politik der Sicherheit. (*Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Abgeordneter, ich bitte Sie auf die Redezeit zu achten, sie ist abgelaufen!“*) Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin. Wenn man Menschen derartig auseinanderdividiert, wenn es keine Lösungsvorschläge gibt, um mit einem Problem umzugehen, dann passiert eines, Kollege Kunasek, dann schaffst du auch Unsicherheit in der Steiermark, du schaffst Unsicherheit für unsere Bevölkerung, du schadest auch unserer Wirtschaft natürlich mit diesem dauernden Hineinstoßen und diesem Spalten und es ist nicht gut für die Steiermark. Ich glaube, wir brauchen einen gemeinsamen Ansatz, und der kann nur heißen: Die Probleme bewältigen, damit umgehen, Stück für Stück mit dieser Situation eigentlich im guten Umgang gemeinsam mit der steirischen Bevölkerung, die sehr, sehr hilfsbereit ist, hier einen guten Weg zu gehen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ – 11.56 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Abgeordnete Jungwirth von den Grünen bitte.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (11.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich wollte mich eigentlich nur melden, um eine kleine Korrektur vorzunehmen bei meinem Entschließungsantrag und zwar beim Punkt 1 unter Punkt 4 anstelle des Wortes Asylverfahrens „Asylpolitik“ aufzunehmen.

Aber inzwischen sind natürlich wieder ein paar Dinge gesagt worden, die nicht unkommentiert bleiben können. Lambert, du bist schon eingegangen auf die Wortmeldung der Kollegin Conni Schweiner, die jetzt nicht mehr da ist, aber ich möchte dazu auch noch etwas sagen, weil sie ein paar Dinge angesprochen hat, wo ich glaube, dass man die Dinge schon auch anders beleuchten muss. Ich finde es einfach schade, dass offensichtlich unserem Entschließungsantrag nicht als Gesamtpaket zugestimmt wird, denn die Dinge gehören zusammen. Es hat alles miteinander zu tun und es muss alles bearbeitet werden. Dublin-III ist eine Sackgasse und ehrlich gesagt, ich habe mich von Anfang an gewundert, wie man auf so eine absurde Idee überhaupt kommen kann, dass man sagt: „Dort, wo die Menschen einreisen, müssen sie dann auch aufgenommen werden, weil ...“ Ich meine, das ist dann zwangsläufig so, dass die Länder am Rand der Europäischen Union wesentlich stärker betroffen sind und wesentlich mehr Menschen aufnehmen müssen, weil die Leute können ja nicht in der Mitte

vom Himmel fallen. Also, insofern war das von Anfang an klar, dass hier ein Abschieben der Belastungen an Länder stattgefunden hat, die aber über kurz oder lang scheitern müssen. Weil es einfach nicht geht. Griechenland beispielsweise gilt nicht einmal mehr als ein Land das ein Asylwesen hat, wo man Menschen hinschicken kann. Da hat die Union ja inzwischen sogar ihr internes Scheitern erkennen müssen. Und dass auch Italien alleine die Menschenmassen nicht stemmen kann, ist auch klar. Und so gesehen finde ich es sehr wohl wichtig, dass Dublin fallen muss. Wir hier in Österreich können ein Zeichen setzen, indem wir das einfach für uns einmal so handhaben und sagen: „Nein, wir führen hier dieses Verfahren in dieser Form nicht mehr durch und zwar bei den Syrern ganz im Besonderen.“ Denn das war gestern nämlich auch Teil der Diskussion in Wien bei der NZZ und AMS-Chef Kopf hat gesagt, dass 80 % der Syrer sowieso die Anerkennung bekommen und die 20 %, die bei uns nicht aufgenommen werden, die werden deswegen nicht aufgenommen, wie sie nämlich genau wegen Dublin-III wo anders schon registriert worden sind, aber sie bleiben auch in der Union. Das heißt, die Union nimmt 100 % der Syrer und Syrerinnen sowieso auf. Also, was soll das Theater, bitte sehr? Und ein anderer Punkt noch zum Thema Resettlement. Mir ist es schon wichtig dazu etwas zu sagen, weil auch Resettlement-Programme alleine nicht die Lösung sein können, denn ich kann ein bisschen auf eine persönliche Erfahrung zurückgreifen. Mein Vater und seine Frau haben jahrelang für die UNHCR in Malaysia gearbeitet und haben dort Menschen, die in Resettlement-Programme aufgenommen worden sind in den Lagern, die es dort gibt, dort kommen jedes Jahr zig-Tausende Menschen aus Myanmar, nach wie vor kommen die, und da gibt es Lager mit 100.000 Menschen und mehr, haben dort die Personen, die in andere Ländern transferiert wurden, auf ihren Transfer begleitet. In der medizinischen Versorgung die Frau meines Vaters, mein Vater in den organisatorischen Belangen. Ich muss Ihnen sagen, es dauert Jahre. Die Flüchtlinge, die dort in diesen Lagern sitzen, sitzen jahrelang dort fest und es sind Zustände, das können und wollen wir uns gar nicht vorstellen. Weil ein so ein riesengroßes Lager ist einfach schwer zu handhaben, die UNO ist schlecht ausgestattet mit Mitteln. Das ist einfach kein Honigschlecken dort, sondern das ist wirklich eine Minimalversorgung. In der Not fangen die Menschen dann an irgendwie zu versuchen, sich noch etwas dazu zu verdienen, was in der letzten Konsequenz heißt, dass Prostitution gang und gäbe ist. Es gibt unglaublich viele Menschen, die sich dann in solchen Lagern beispielsweise dann Aids holen, weil Prostitution stattfindet, illegale Prostitution natürlich. Aber was sollen sie denn machen, sie müssen überleben. Sie kämpfen wirklich ums Überleben. Und das macht das Ganze nicht einfacher, denn welches Land will Aids kranke

Menschen aufnehmen. Es gibt sie Gott sei Dank. Ich habe mich total gewundert zu hören, dass beispielsweise die USA, denen ich das ehrlich gesagt nicht zugetraut hätte, aber die USA nehmen vorbehaltlos Aids kranke Flüchtlinge auf. Das finde ich wirklich großartig, das ist eine hohe Leistung. Da kann die Union sich nämlich auch noch was abschneiden, was das anbelangt. Aber Resettlement alleine ist das halt leider auch nicht, denn das ist ein äußerst zäher Prozess. Aber es ist ein wichtiger Baustein und deshalb sind alle Elemente gemeinsam einfach wichtig und notwendig, dass man gemeinsam angeht. Deswegen, wie gesagt, hätte ich mir gewünscht, dass Sie allen unseren Punkten zustimmen.

Eine andere Sache noch zum Entschließungsantrag der KPÖ. Wir werden diesem Antrag zustimmen, da geht es darum in Aufnahmezentren Asylanträge stellen zu können, also Aufnahmezentren vor Ort. Wie wohl ich persönlich der Meinung bin, dass Anträge in EU-Botschaften schon noch einmal etwas anderes sind und die noch bessere Lösung sind. Aber es ist auch eine Möglichkeit, wie soll ich sagen, in geordnete Bahnen die Dinge zu lenken. Insofern werden wir zustimmen, aber ich möchte an dieser Stelle schon noch auf eines eingehen, nämlich auf das Verhalten der KPÖ im letzten Finanzausschuss, wo es darum ging, Nachfinanzierung zu stellen für das Asylwesen und wo ich mit Erstaunen festgestellt habe, dass die KPÖ diesem Antrag nicht zugestimmt hat, mit dem Argument, dass dann möglicherweise Gelder der Wohnbeihilfe nicht zur Verfügung stehen. Dabei war es ganz klar formuliert, dass es genau so nicht ist. Es ist nämlich so – nein, Claudia du brauchst nicht den Kopf schütteln, es ist im Antrag 6 genauso drinnen gestanden, dass es nur eine Zwischenfinanzierung ist, wo vom einen Konto des Landes Steiermark auf ein anderes Konto transferiert wird und das wieder zurückgeführt wird, sobald die Gelder des Bundes da sind. Das bedeutet aber nicht, dass irgendjemand keine Wohnbeihilfe bekommt in der Zwischenzeit. Und das ist schon auch heuchlerisch. Auf der einen Seite sich hier herzustellen und so zu tun als ob man für die Flüchtlinge kämpft und auf der anderen Seite aber genauso an der Spaltung teilzuhaben, wie es auch die FPÖ tut. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Das ist eine harte Aussage, Frau Kollegin!“) Ja, das ist so. Ihr schaut auch mehr auf unsere eigenen Leute, um diese Sätze zu bemühen, die ich selbst nie in den Mund nehmen würde. Und ich finde das problematisch. Ich habe es vorher schon gesagt. Es ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als auch. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 12.03 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, möchte ich mich als Präsidentin kurz zu Wort melden. Es ist ein emotionales Thema, es ist eine emotionale Debatte, nur, ich ersuche wirklich, und das geht jetzt in alle Richtungen hier im Hohen Haus, ich ersuche bitte bei der Wortwahl zu achten, dass wir auch der Würde dieses Hauses gerecht bleiben, auch in dieser emotionalen Debatte.

Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Werner Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (12.04 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zuerst sei mir eine Bemerkung gestattet – geht das schon? – eine Bemerkung sei mir gestattet, wo ist die Kollegin Jungwirth? Ich muss sagen, wir haben aus dem Grund nicht zugestimmt, weil wir es, ich sage es sehr offen, extrem dumm finden, wenn man die Wohnbeihilfe mit der Flüchtlingsproblematik verknüpft. Das ist nämlich genau Mühlen auf die Wasser derer, wo sie Sie kein Wasser hin haben wollen. Aber wir haben auch einen Fehler gemacht – wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. Wir wollten nämlich im Landtag einen Antrag einbringen, dass das ganz klar geregelt ist, und dass wir selbstverständlich für die Aufstockung dieser Flüchtlingshilfe sind, aber dass nicht nur gesichert sein muss, dass von der Wohnbeihilfe nichts abgezweigt wird, sondern auch von anderen sozial wichtigen Dingen. Wir haben nicht gewusst, dass dieser Antrag nur im Ausschuss behandelt werden kann. Ein Lapsus, der uns passiert ist. Aber noch einmal: Wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. Leider.

Jetzt zu meiner eigentlichen Wortmeldung. Ich glaube, ich brauche da nichts zu prophezeien, dass uns diese Problematik „Flüchtlinge, Völkerwanderung“ noch in vielen Landtagen in den nächsten Monaten, und ich fürchte auch, Jahren, beschäftigen wird. Deswegen werde ich hier jetzt kein Grundsatzreferat halten, ich möchte nur zu den Anträgen einige Worte sagen. Im Übrigen hat die Frau Kollegin Klimt-Weithaler das letzte Mal auf eines hingewiesen, was heute noch niemand gesagt hat, dass nämlich die Fluchtgründe sehr wohl solche sind, wo die EU und die sogenannte westliche Wertegemeinschaft sehr viel dazu beigetragen hat, dass es diese katastrophalen Zustände in den Krisenländern gibt. Denn überall dort, wo die USA und in vielen Fällen mit den USA auch die Europäische Union ihre Bomben „geschmissen“ haben und ihren sogenannten Menschenrechtsimperialismus durchgesetzt haben, ist heute ein Trümmerhaufen. Ob das im Irak ist, ob das in Afghanistan ist, ob das in Libyen ist oder ob das in Syrien ist. Das kann man nicht oft genug sagen.

Aber jetzt zu den Anträgen. Wir werden selbstverständlich dem SPÖ/ÖVP-Antrag, der im Ausschuss schon beschlossen worden ist, und der auf einem ursprünglichen FPÖ-Antrag fußt und abgeändert wurde, zustimmen, wir werden auch dem neuerlich dazu angehängten FPÖ-Antrag mit dem Assistenzeinsatz des Bundesheeres zustimmen, das ist eigentlich alles vernünftig, nur bräuchten wir die Anträge gar nicht stellen, weil das passiert, sage ich, glücklicherweise ohnehin. Natürlich ist die KPÖ Steiermark für Grenzen, weil wir für Nationalstaaten sind, weil wir fest davon überzeugt sind, dass der Nationalstaat auf, ich meine einmal, noch lange Zeit hin das Gebilde und der Körper ist, wo die demokratischen und sozialen Rechte, die sich die Arbeiterbewegung in hundert oder mehr Jahren erkämpft hat, gesichert durchgesetzt werden können und bewahrt werden können. Aber für Grenzen zu sein, heißt nicht unbedingt für geschlossene Grenzen zu sein. Es gibt auch Türen und jeder, der legal kommen wird und kommen kann, muss durch die Tür gehen und nicht durch die Mauer. Das ist ganz einfach und für das sind wir. Auch da ist heute viel geheuchelt worden. Wenn Ministerpräsident Orbán wegen seiner Grenzsicherung geprügelt wird und gleichzeitig der Kollege Lang und ich glaube auch der Kollege Tschernko sagen: „Ja, das ist alles fürchterlich, aber die EU-Außengrenzen müssen wir sichern.“ Das klingt gut, aber dann sagen Sie bitte, wie Sie diese EU-Außengrenzen sichern wollen? Das ist nämlich immens schwierig, weil Sie wissen, Griechenland hat 80 % mehr als Grenze und Italien genauso. Aber da kann man nicht einfach so etwas in den Raum hineinwerfen und das klingt gut und nicht dazusagen oder sich nicht überlegen, wie diese Grenzsicherung eigentlich passieren soll. Und bevor ich dann zu diesem Grünen Antrag komme, warum wir eben eins und zwei nicht zustimmen und einen eigenen gestellt haben, möchte ich noch ein paar Dinge anreißen, die diskutiert gehörten. Bevor ich das mache, gestatten Sie mir, dass ich auch zwei Zitate bringe. Der Kollege Drexler hat das letzte Mal aus der Süddeutschen Zeitung sehr interessant vorgelesen, so lange lese ich nicht vor. Da brauchen Sie keine Angst zu haben (*allgemeine Heiterkeit*). Aber ich habe zwei kurze Zitate, das erste nämlich – ich bringe die, um zu versuchen, diese Dinge auch von verschiedenen Seiten zu beleuchten und dass die vermeintliche Hetze nicht unbedingt von einer Seite her kommt. Ich möchte zuerst ein Zitat einer angeblichen „Linken“, also die Betonung liegt auf angeblich, eines doch österreichischen Qualitätsjournals zitieren. Da heißt es: „Es ist zum Heulen. Die Menschen, die ihm zukreiseln“ – gemeint ist der HC Strache und wie sie aussehen. „Es sind die hässlichsten Menschen Wiens, ungestalte, unförmige Leiber, strohige, stumpfe Haare, ohne Schnitt, ungepflegt, Glitzer-T-Shirts, die spannen, Trainingshosen, Leggings, Pickelhaut, schlechte Zähne, ausgeleierte Schuhe. Die Flüchtlinge

aus dem Nahen Osten sind ein schönerer Menschenschlag.“ Das ist nicht nur unappetitlicher Rassismus – unappetitlicher Rassismus, sondern das ist auch ein Schlag ins Gesicht eines Teils der österreichischen Arbeiterbewegung, weil diese Menschen, die heute FPÖ wählen, haben vorgestern vielleicht SPÖ gewählt und werden morgen, wenn man sie versucht zu überzeugen, das hoffe ich, zumindest ein Teil von ihnen, auch KPÖ wählen. Und so kann man mit einem Teil der österreichischen Arbeiterklasse nicht umgehen. Jetzt bringe ich Ihnen einen Ausschnitt aus einem Blog einer wirklich „Linken“, nämlich der Doris Pamphrey. Dieser Artikel in dem Blog Arbeiterfotografie ist überschrieben mit „Über das emotionale ‚Flüchtlinge willkommen‘ hinaus denken, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge aufzeigen“ und da heißt es unter Anderem: „Ist es nicht gerade Aufgabe der linken Kräfte, hierzulande über das emotionale ‚Flüchtlinge willkommen‘ hinaus zu denken? Sich mit den entscheidenden Fragen und mit der Vereinfachung der Problematik, die in den eigenen Kreisen im Augenblick noch vorherrscht, auseinanderzusetzen? Politische und wirtschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen und die Interessen aller einzubeziehen? Nicht nur der Flüchtlinge, sondern auch der Einheimischen, deren Arbeitskraft auch nur der kostengünstigsten Verwertung dient oder die unverwertbar ganz an den Rand gedrängt werden.“ Ja, so ist es. Und jeder, der darüber nachdenkt, ist nicht automatisch ein Rassist. Auch das muss man hier einmal klar aussprechen. Jetzt komme ich zu dem Antrag der Grünen. Es ist ja heute bereits mehrmals und auch von unserem Zusatzantrag gesprochen worden, wir können den Punkten eins und zwei nicht zustimmen, weil was würde das heißen? Wenn man das wirklich eins zu eins umsetzt, das würde heißen, dass wir in Europa nicht mit vier-, fünfhunderttausend Flüchtlingen konfrontiert werden, sondern vermutlich mit Millionen, weil natürlich, so wie Sie das hinein schreiben, ja der zu uns Kommende sich selbst als Flüchtling mandatiert und dann wird bei uns entschieden, ob er ein Flüchtling ist oder nicht. Das heißt, Sie würden das Problem, das wir jetzt bereits haben, multiplizieren, ich würde fast sagen, hoch vier machen. Deswegen muss man vorher, und das ist unser Vorschlag, vor Ort, meinerwegen auch in den Botschaften, wie Sie sagen, das haben wir nicht hinein geschrieben, aber wir haben nichts dagegen, wir haben das letzte Mal Ihrem Antrag zugestimmt, aber vor allem in Aufnahmezentren in den Krisenregionen entscheiden, welcher Mensch Anrecht auf Asyl hat und wenn er ein Anrecht hat, das kann auch ein temporäres Asyl sein, dann ist dem Menschen eine legale – und legal heißt sicher – Einreise zu ermöglichen. Ich werde dann unseren Antrag vorstellen, damit es nicht wieder in die falsche Kehle kommt, dass wir da irgendwie einseitig wären. Punkt drei und vier Ihres Antrages

können wir zustimmen, bei drei stört mich eines: Es wird immer so getan, als ob das ein Problem der EU wäre – ist es natürlich jetzt für uns, weil wir in einem EU-Staat leben. Ich habe es dem Kollegen Schönleitner schon am Rande der Ausschusssitzung gesagt, es ist in erster Linie ein Weltproblem. Die Weltgemeinschaft hat sich damit zu beschäftigen und es ist auch nicht einzusehen, dass 80 % der Flüchtlinge in die USA und nach Westeuropa auswandern, was ist mit Japan? Was ist mit Singapur? Was ist mit Malaysia? Was ist mit Chile? Das sind alles Staaten, die ein recht gut funktionierendes soziales, wirtschaftliches System haben und die sich vollkommen ausblenden. Ich war erfreut zu lesen, dass Venezuela dieser Tage, prüfen Sie mich jetzt nicht, aber 5.000 oder 10.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen hat, allerdings haben die vor Ort geschaut, in den Lagern in Jordanien und in der Türkei, wo sind die Ärmsten der Armen und da ist eben ein gewisses Kontingent aufgenommen worden und die sind von Venezuela übernommen worden. Das ist vorbildlich. Ganz zum Schluss, damit sich die FPÖ auch nicht zu früh freut, weil sie jetzt bei mir teilweise auch mit diesem Sager aus dem Profil vielleicht ganz gut weggekommen ist, habe ich noch eine Frage an den Kollegen Kunasek oder an den Kollegen Kurzmann. Sie kennen ja den Herrn Schürz, der wird Ihnen ja was sagen. Jetzt frage ich Sie, aber vielleicht sagen Sie etwas darauf: Die sitzen in der Landesregierung. Was ist der Unterschied an der Grenze in Nickelsdorf zur Grenze in Slowenien? Weil Sie immer sagen, wir müssen dort unbedingt in der Regierung sein und dann ist irgendwie alles anders. Ich sage Ihnen, da ist überhaupt nichts anders. Die haben dieselben Probleme, die wir in der Steiermark haben, haben die in Ungarn, obwohl die FPÖ dort in der Landesregierung sitzt. Vielleicht können Sie noch irgendetwas sagen, also was dort auf wunderbare Weise gelöst wurde. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.15 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitteschön.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (12.16 Uhr): Danke, Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur noch ein paar Anmerkungen treffen, weil auch für uns hat es hier in dieser Debatte durchaus Anmerkungen gegeben, die wir so hier nicht stehenlassen können, meine sehr geehrten Damen und Herren – vor allen Dingen, Frau Präsident, jetzt ist die Präsidentin Vollath nicht da. In Permanenz, bei der letzten Sitzung, waren es Vorwürfe,

nationalsozialistische Maßnahmen, Nazi-Methoden, heute Rassismus gegen die gesamte Fraktion, in Permanenz der Vorwurf der Hetze, und das Ganze bleibt ohne Konsequenz. Und dann kommt der Herr Landeshauptmann und mahnt, vielleicht auch zu Recht, ein, und sagt, Worte erzeugen Gewalt, denken wir nach, was wir sagen – das gilt aber anscheinend nur für eine Fraktion, nämlich, dass wir den Mund halten sollen und alle anderen können sagen und behaupten und können uns auch beschimpfen, wie sie wollen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, das werden wir nicht dulden. Und Kollege Lambert Schönleitner, schau, ich werde dir jetzt die Redezeit auf das Wahlergebnis quasi anpassen, nämlich 6,63 % meiner Redezeit werde ich jetzt dir widmen, das war euer Wahlergebnis. Der Kollege Schönleitner und die grüne Fraktion wird nicht festlegen, wann ein Dritter Präsident seinen Rücktritt bekannt gibt, kommt, geht, oder was er sagt. Garantiert nicht. Es wird sich der Dritte Präsident als Mitglied dieses Hauses, als frei gewählter Mandatar, den Mund nicht verbieten lassen müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn wir jetzt schon beim Mund verbieten lassen sind, jetzt sage ich, wir müssen nicht einer Meinung sein, aber von Abgeordneten zu Abgeordneten oder unter Abgeordneten ist es in diesem Haus ja auch erwünscht, dass man diskutiert, debattiert, vielleicht auch emotional wird, aber was ich für mich und für meine Fraktion in Anspruch nehme, ist schon, dass wir Regierungsmitglieder, die hier sind, sicherlich nicht als Oberlehrer zur Kenntnis nehmen, die mit dem erhobenen Zeigefinger vielleicht uns belehren, was wir hier sagen oder nicht sagen dürfen, und auch, wenn sie jetzt nicht da ist, dieser Gruß richtet sich an die Frau Landesrat Kampus. Das wollen wir auch nicht, es ist unser Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren *(Beifall bei der FPÖ)*, da brauchen wir die Belehrungen von der Regierungsbank aber wirklich nicht. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren, kommen wir zum Abschluss wahrscheinlich der Debatte, ich glaube, ich bin bis jetzt der letzte Redner, ich nehme jetzt Folgendes zur Kenntnis: Wieder einmal sind wir zwar ein Stück gescheiter geworden, sage ich jetzt einmal, was die SPÖ und die ÖVP betrifft, weil wir uns in der Argumentation jetzt zumindest annähern. Aber wieder einmal müssen wir feststellen, dass der Rechtsstaat und die Rechtsstaatlichkeit wieder mit Füßen getreten werden. Dass wir nicht zur Kenntnis nehmen wollen, Kollege Schönleitner, dass das, was diese vier Polizisten, die, ich sage es ganz offen, armen Teufeln, die unsere Unterstützung brauchen würden, nämlich in Form von Verstärkung, die wir seit Jahren einfordern, die unsere Unterstützung brauchen würden den Rechtsstaat auch zu leben, im Stich gelassen werden und dann irgendwelche Bilder, quasi skizziert werden, wo man diesen armen Polizisten Dank und Anerkennung aussprechen muss.

Ja, natürlich muss man das, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil sie dort unten von Ihnen ja auch im Stich gelassen werden und das tagtäglich. Tagtäglich erleben wir das, dass der Rechtsstaat ausgehöhlt wird, unsere Exekutivkräfte und das Bundesheer, und Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko, die Frage an den Abgeordneten Triller, ja, was soll das Bundesheer machen, das Bundesheer soll die Grenzen sichern, so wie es auch anscheinend Intention Ihrer Fraktion ist (*Beifall bei der FPÖ*). Ich meine, ich weiß nicht, wie lange die ÖVP in der Zweiten Republik den Verteidigungsminister gestellt hat, ich will nicht immer sagen, den glorreichen Verteidigungsminister, aber was die Aufgaben des Bundesheeres sind, glaube ich, brauchen wir da herinnen nicht zu besprechen. Dass die SPÖ mit dem Bundesheer ein wenig Schwierigkeiten hat, das wissen wir ohnehin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Sie nur noch einmal auffordern, diesen Antrag, dass wir wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückkehren, den systematischen Rechtsbruch auch entsprechend beenden und das Fremdenpolizeigesetz eingehalten wird, dieser Antrag ist klarerweise von einem Gesetzgeber, von einer gesetzgebenden Körperschaft zu unterstützen und der Antrag, dass das Bundesheer seinen Auftrag zu erfüllen hat, normalerweise auch, aber anscheinend ist normalerweise nur für unsere Fraktion gültig. (*Beifall bei der FPÖ – 12.20 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitte.

LTAbg. Krautwaschl - Grüne (12.20 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Regierungsmitglieder und Abgeordnete, vor allem liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Eigentlich wollte ich mich heute gar nicht zu Wort melden, aber es hat aufgrund dessen, wie die Debatte gelaufen ist, einfach in mir doch einiges an Emotionen geweckt und diesem Aufruf, die Sprache dennoch sorgfältig zu wählen, dem will ich auf jeden Fall nachkommen, weil ich glaube, was alles jetzt diese Debatte noch mehr aufheizt, das schadet genau dem, was mir extrem wichtig ist und ich will daher auch nur kurz zwei Dinge heute noch los werden, weil einfach schon wieder sehr viel gesagt wurde. Zum Thema Normalbetrieb, das ist jetzt mehrmals gefallen und zum Normalbetrieb passt dann auch wieder dieses „Grenzen schützen“ und wir müssen unsere Grenzen vom Bundesheer verteidigen lassen, ja, schützen, aber die Frage ist nur, wie können wir glauben oder sagen wir einmal so, wir Grünen werden ja oft so dargestellt, als hätten wir lauter Illusionen, wären Träumer, blauäugig und so weiter, wie man auf der Welt vielleicht friedlich miteinander leben kann. Ich frage mich eben, wie man einen

Normalbetrieb herstellen soll oder wie Sie sich das wirklich ernsthaft vorstellen, in einer Situation, wie wir sie jetzt haben, wie sie vielfach heute geschildert wurde, wo Millionen von Menschen auf der Flucht sind und jetzt sollen wir in der Steiermark Normalbetrieb herstellen. Alles, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, ist nicht mehr Normalbetrieb. Wir würden uns das alle wünschen. Aber wie es dazu gekommen ist, das muss man einfach einmal noch einmal sagen, oder das ist mir extrem wichtig, noch einmal zu sagen. Es ist dazu gekommen, weil die EU, weil die Nationalstaaten, wir alle, viel zu lange zugeschaut haben, was da passiert. Ich habe es bei meiner letzten Rede beim Sonderlandtag schon gesagt und es ist nochmal wieder da. Wir haben viel zu lange zugeschaut, und jetzt Normalbetrieb zu fordern, ist aus meiner Sicht auch eine Illusion. Das kann so nicht funktionieren. Wir werden die Grenzen nicht schützen können, oder zumindest nicht in irgendeiner Weise mit unseren Werten vereinbaren, mit Zäunen, mit Gewalt, mit Waffen, so wird es nicht funktionieren. Wir müssen alles daran setzen, dass es wieder geregeltere Bahnen nimmt. Aber jeder, der in diese Richtung geht, kann sehr viel in Zukunft dahingehend tun, dass unser ganzes System gerechter wird. Diese Menschen sind jetzt auf der Flucht vor Krieg, vor Zerstörung in ihren Heimatländern, aber es ist trotzdem aus meiner Sicht nur eine Spitze des Eisberges. Wir werden noch viel in diese Richtung zu bewältigen haben, wenn wir nicht daran arbeiten und das können und müssen wir auf allen Ebenen tun und da gehört die Steiermark genauso dazu, dass wir ein gerechteres System unterstützen in Zukunft. Und für mich ganz wichtig, weil das heute immer wieder gefallen ist, die Angst und die Ängste. Ich habe jetzt gerade erst vor einigen Tagen ein Posting gelesen, dass sich der Herr Kunasek wirklich Sorge gemacht hat, als er bei einem der Notquartiere war und ich möchte – weil ich dafür bekannt bin, Barrieren nicht noch höher zu bauen, sondern eher abzureißen – dem Herrn Kunasek ein Angebot machen, ich würde gerne mit ihm, genau um diese Ängste abzubauen, vor allem, Sie haben da auch geschrieben, da sind so viele junge Männer, die gut gekleidet sind und Handys haben, ich möchte gerne mit Ihnen gemeinsam einmal hinfahren, mit einem Dolmetscher und mit denen reden. Ich habe in den letzten Tagen sehr viel mit genau vielen Menschen geredet, die vielleicht auch in dieses Bild fallen und es hat diese große Verzweiflung und Angst dieser Menschen im persönlichen Gespräch, im Gespräch mit Menschen, zum Verständnis beigetragen. Wenn man will, kann man sich nämlich verstehen. Es gibt Möglichkeiten. Und ich mache Ihnen das Angebot, ich organisiere einen Dolmetscher, wir fahren gemeinsam hin, wir reden und ich hoffe, dass auch Ihre Ängste damit abgebaut werden können. Ein bisschen zumindest. Und ich glaube, Sie könnten, wenn Sie so etwas machen, wirklich auch viel mehr

dazu beitragen, die Ängste in der Bevölkerung zu reduzieren, als wenn Sie jetzt von Demonstrationen und Aktionen auf der Straße reden. Ich glaube nicht, dass das den Menschen, die bei uns vielleicht auch teilweise berechtigt Angst haben, in irgendeiner Weise wirklich hilft. Also das Angebot steht und damit mache ich Schluss, obwohl ich noch vier Minuten hätte. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.25 Uhr)*

Präsidentin Khom: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Murgg. Bitteschön.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (12.25 Uhr): Danke. Ich habe tatsächlich vergessen, den von mir angekündigten Entschließungsantrag einzubringen. Er lautet folgendermaßen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich dazu, dass in einzurichtenden Aufnahmezentren, in von Flucht betroffenen Regionen Asylanträge gestellt werden können. Asylberechtigten ist dann eine legale Einreise zu gewährleisten.

Ich glaube, eine punktuelle Abstimmung beim Antrag der Grünen ist bereits verlangt worden. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Danke, Herr Dr. Murgg. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 220/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig. Mehrheitlich ohne Stimmen der Grünen Fraktion.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 220/6 betreffend „Assistenzeinsatz zur Sicherung der südlichen Staatsgrenze“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Hat keine mehrheitliche Zustimmung gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 220/7 betreffend „Konsequente Vollziehung des Fremdenpolizeigesetzes“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Dann kommen wir zur nächsten Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Entschließungsantrag der Grünen in der Fassung des mündlichen Abänderungsantrages betreffend „Flüchtlinge schützen – für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa“ ihre Zustimmung geben, wieder um ein Zeichen mit der Hand. Wir haben uns auf eine punktuelle Abstimmung geeinigt. Das heißt:

1. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass Flüchtlinge legal in Europa einreisen dürfen, um Asyl beantragen zu können.

Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

2. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass ein sicherer Schutzkorridor durch das Mittelmeer geschaffen werden muss, damit Flüchtlinge nicht mehr ertrinken und Schleppern ausgeliefert sind.

Bitte ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

3. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass das Dublin-3-System abgeschafft werden muss, um eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge in Europa sicherstellen zu können.

Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

4. Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, dass auf der Grundlage einer EU-weiten Asylpolitik ein Resettlement-Programm für die vom UNHCR anerkannten Flüchtlinge geschaffen werden soll.

Wer damit einverstanden ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat eine Mehrheit gefunden.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, diese Grundsätze einer solidarischen Flüchtlingspolitik in Europa auf Bundes- und europäischer Ebene zu vertreten.

Wer dem zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat eine Mehrheit gefunden.

Dann kommen wir zum Entschließungsantrag der KPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 220/8 betreffend „Sichere Einreise von Flüchtlingen ermöglichen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag findet keine Mehrheit.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle mit der Einl.Zahl 11/2 über den Prüfbericht zur BH Graz-Umgebung – ausgewählte Leistungsbereiche im Anlagenreferat.

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Renate Bauer. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Bauer – SPÖ (12.30 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Herren Landesräte, werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf jetzt zu einem sicher weniger emotionalen, aber ich würde sagen, dafür nicht weniger wichtigem Thema sprechen. Der Landesrechnungshof hat das Anlagenreferat der BH Graz-Umgebung überprüft. Im Speziellen die Leistungsbereiche Gewerbeberechtigungen und Betriebsanlageverfahren und dies für den Zeitraum 2011 bis 2014. Im Großen und Ganzen wurde diese Prüfung vom Landesrechnungshof als positiv bewertet. Probleme bzw. Verbesserungsvorschläge gibt es im Bereich des Personalmanagements sowie im Verfahrenscontrolling im Bereich der Anlageverfahren. Betonen möchte ich schon eingangs, dass dieses Anlagenreferat für den Wirtschaftsstandort Graz-Umgebung ein sehr wichtiges ist, aber auch eine aufwändige und anspruchsvolle Tätigkeit in der Bezirkshauptmannschaft. Der Bezirk Graz-Umgebung ist die zweitgrößte Beschäftigungsregion in der Steiermark, 2014 gab es im Bezirk GU 628 Unternehmensgründungen. Das Anlagenreferat gliedert sich in Anlagen- und Gewerbebereich. Zum Zeitpunkt der Prüfung waren 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Aufgaben bei den Gewerbeberechtigungen reichen eben von Gewerbebeanmeldungen, Gewerbelöschungen, bis hin zu Betriebsverlegungen. Die Gewerbebeanmeldungen stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an und zwar von 1.270 im Jahr 2011 auf 1.483 im Jahr 2014. Stichprobenprüfungen ergaben, dass die Gewerbebeanmeldungen rasch abgewickelt werden. Kommt es doch zu Verzögerungen, liegen die Gründe hierfür immer bei fehlenden oder unvollständigen Unterlagen des Antragstellers. Auch die äußerst geringe Anzahl an Berufungen und Beschwerden sind ein Qualitätsmerkmal

der guten Arbeit in diesem Referat. Im Bereich der Betriebsanlagenverfahren wurden 40 stichprobenartige Überprüfungen durchgeführt. Hinsichtlich des Ablaufes dieser Verfahren stellte der Rechnungshof fest, dass die Vorgabe im Prozessablauf im Wesentlichen eingehalten wurde. Natürlich wieder im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Graz-Umgebung ist die kurze Verfahrensdauer von großer Bedeutung. Die Zielvorgabe ist mindestens 80 % aller Verfahren innerhalb von 12 Wochen abzuschließen. Auch hier sind Verzögerungen zum Teil oft durch fehlende Unterlagen der Bewilligungswerber bedingt, allerdings auch die Personalfuktuation ist ein Grund der Verzögerungen. In diesem Zusammenhang hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass es einige Langzeitkrankenstände gibt und dadurch bedingt überdurchschnittlich viele Überstunden. Hierzu ist nochmals anzumerken, wie ich eingangs schon gesagt habe, eine anspruchsvolle Tätigkeit und dadurch bedingt, dauert natürlich die Einschulung der Mitarbeiter, die Einarbeitung, extrem lange. Es ist aber auch legitim, wenn Mitarbeiter, die dann speziell ausgebildet sind, toll eingearbeitet sind, weitere Herausforderungen suchen und dadurch die Abteilung wieder wechseln und es müssen wieder neue Mitarbeiter eingeschult werden. Der Landesrechnungshof empfiehlt in diesem Zusammenhang, natürlich alles daran zu setzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach langen Einschulungsphasen auch in der Abteilung bleiben. Aber es ist natürlich auch verständlich, dass, wenn 16 MitarbeiterInnen in der Abteilung sind und es zwei Langzeitkrankenstände gibt, diese sich natürlich auswirken. Auswirken, indem die anderen MitarbeiterInnen umso mehr Arbeitsbelastung haben, viele Überstunden anfallen, in weiterer Folge führt dies zu Überlastung, die wiederum krank macht. Es wird in diesem Zusammenhang empfohlen zu überprüfen, ob nicht langfristig der Einsatz zusätzlicher MitarbeiterInnen im Vergleich zu den hohen Überstundenzuschlägen wirtschaftlicher wäre. Meine persönliche Meinung dazu ist auch, unabhängig vom wirtschaftlichen Faktor, vor allem auch unter dem gesundheitlichen Aspekt, dass eine Verstärkung der dort Beschäftigten auf alle Fälle hilfreich wäre. Ich bin aber diesbezüglich zuversichtlich, dass es zu einer Verbesserung kommt, hat bereits im Ausschuss der zuständige Landesrat Drexler uns in Aussicht gestellt, dass es bereits Gespräche gegeben hat mit dem Bezirkshauptmann und dass Personal aufgestockt wird.

So möchte ich die Gelegenheit ganz einfach nützen, um mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung für die tolle Leistung, die sie täglich bringen, sehr herzlich zu bedanken und natürlich auch für die gute Arbeit beim Landesrechnungshof. Ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.36 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Barbara Riener. Bitteschön.

LTabg. Riener – ÖVP (12.36 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier bzw. via Livestream liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Kollegin Bauer hat schon einiges Grundsätzliches ausgeführt bezüglich der Überprüfung des Landesrechnungshofes BH Graz-Umgebung mit dem Anlagenreferat. Sie hat auch schon die Leistungen auseinander dividiert, nämlich bezüglich der Gewerbeberechtigungen und des Betriebsanlagenverfahrens. Eben beim Betriebsanlagenverfahren, wo es dann auch zu einigen Verzögerungen gekommen ist, weil die viel komplexer aufgestellt sind, weil es hierbei zu Vorbereitungshandlungen kommt, weil es um Mehrparteiverhandlungen geht und letztendlich auch Amtssachverständige gebraucht werden, die nicht immer dann Zeit haben, wenn sie benötigt werden. Ich möchte besonders hervorheben, dass bei den Gewerbeberechtigungen es exzellente Leistungen und auch letztendlich eine gute Aufgabenerfüllung gegeben hat. Das wurde explizit vom Landesrechnungshof dargestellt. Auch im Hinblick darauf, dass eben bereits eine Umstellung auf ein neues Gewerberegister, sprich auf das Gewerbeinformationssystem Austria in die Umsetzungsphase parallel zum ELAK erfolgt ist, wird auch vom Landesrechnungshof ein Effizienzvorteil erwartet. Bezüglich der Verfahrensdauer, wo es eine Richtlinie der Landesamtsdirektion gibt, möchte ich ein bisschen nachschärfen, was Kollegin Bauer gesagt hat. Es ist nämlich auch erstaunlich: Trotz der Personalfuktuation und der Krankenstände ist es hier nicht zu erheblichen Verzögerungen gekommen, sondern hauptsächlich, weil die Unterlagen nicht dargebracht wurden, oder weil die Gutachten nicht in dieser erforderlichen Zeit beigebracht wurden von den Sachverständigen. Also das ist auch etwas, was man besonders hervorheben muss und deswegen kann ich mich dem Dank nur anschließen, aber nicht nur in der BH Graz-Umgebung, sondern ich möchte besonders hervorstreichen, dass sämtliche Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst, vor allem in den Bezirkshauptmannschaften, wirklich ausgezeichnete Arbeit leisten. Sie sind quasi in der Auslage, im Schaufenster, weil sie direkt in der Konfrontation mit den, hier in dem Fall mit den Anlagewerbern, sind, aber auch sonst. Ob es das Sozialreferat ist, ob es die Sozialarbeiter sind, ob es der Amtsarzt ist, der direkt mit der Bevölkerung zu tun hat und wirklich da hier hervorragende Arbeit geleistet wird. Das möchte ich einmal besonders betonen und ich sage recht herzlichen Dank den Kolleginnen und Kollegen draußen in den Bezirkshauptmannschaften. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wie

schwierig das oft ist für die KollegInnen, die ja direkt an der Basis arbeiten, zeigt auch ein Phänomen, nämlich es gibt zwei Projekte, die aufgestellt wurden, um zu Kriterien zur Festlegung von Prioritäten bei der Überprüfung von Betriebsanlagen zu kommen. Vor allem diejenigen, wo es eben um gefährlichere Anlagen geht, da wurden zwei verschiedene Projekte aufgestellt. Es gab einen Testlauf im Herbst 2013 und trotzdem sind schon wieder soweit Veränderungen da, dass das zu aktualisieren wäre. Also insofern betreffend des Zeitraums der Überprüfung von 2011 bis 2014 sind wir jetzt 2015 im Herbst nicht mehr auf dem aktuellsten Stand, d.h. mit der Empfehlung des Landesrechnungshofes, das einzubeziehen, bedarf es auch einer Vorstufe, nämlich der Aktualisierung, auf die der Bezirkshauptmann extra auch schon hingewiesen hat. Bezüglich der Personalsituation vor Ort: Natürlich hat es auch, und die Kollegin Renate Bauer hat das schon angeführt, Veränderungswünsche beim Personal gegeben, und ich glaube, das sollte man auch zulassen. Eine Zufriedenheit im Landesdienst steht auch unter dem Stern, dass eben Bedienstete, die sich eine Verbesserung erhoffen, auch tatsächlich diese Verbesserungen, wenn sie genommen werden - und es gibt ja ohnehin ein Auswahlverfahren, das auch erfolgen darf. Da muss man sagen, in diesem Fall waren ja auch die Ausschreibungen um die Positionen im Landesverwaltungsgericht, wo eben genau dieses praxisbezogene Erfahrungswissen auch eingebracht werden soll und da waren eben tolle Leute im Anlagenreferat der BH Graz-Umgebung, die diese Aufstiegsmöglichkeit auch genutzt haben. Aber bevor man jetzt neue Dienstposten schafft – was natürlich immer wünschenswert wäre und zu Verbesserungen und zu mehr Personal führt – müssen wir zuerst einmal schauen, wie läuft das Anlagenreferat, wenn eine Besetzung auf allen bestehenden Dienstposten erfolgt, d.h. eine Vollbesetzung besteht? Denn die Überstunden haben sich ja dadurch ergeben, dass immer wieder Krankenstände, da die Nachbesetzungen nicht nahtlos erfolgt sind, die Folge waren. Wenn jetzt eine Vollbesetzung gewährleistet ist, sowohl im Referenten- und Juristenbereich, als auch im Assistenzbereich, müssen wir einmal schauen, ob nicht das auch ausreichend wäre. Also das Ziel ist einmal vorrangig, dass eine Vollbesetzung stattfindet und das kontinuierlich. Dann, glaube ich, wird es schon besser laufen, weil die Kolleginnen und Kollegen, die bleiben und die Lücken in der Arbeit schließen müssen, sonst oft überlastet sind, weil sie für die Anderen die Arbeit mitmachen müssen. Wenn aber eine Vollbesetzung da ist, dann kann es auch sein, dass alle sagen: „Wunderbares Arbeiten, super, ich bleibe.“ Also wir sollten beide Gesichtspunkte im Kopf haben und deswegen noch einmal danke an die KollegInnen, vor allem, wenn sie auch in schwierigen Zeiten, wenn es Langzeitkrankenstände gibt, das auch auffangen und die

Kolleginnen und Kollegen so auch unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.43 Uhr*)

Präsidentin Khom: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 11/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle mit der Einl.Zahl 165/1 über den „Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden“.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stefan Hofer.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (12.44 Uhr): Werte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich nur kurz zu diesem Rechnungshofbericht zu Wort melden. Grundlage für diesen Rechnungshofbericht waren ja die Bestimmungen im Österreichischen Stabilitätspakt, und die Empfehlungen, die der Bundesrechnungshof hier abgibt, spiegeln auch den Österreichischen Stabilitätspakt und die Bestimmungen hier wider. Der Rechnungshof empfiehlt gesamtstaatliche Haftungsobergrenzen und auch eine einheitliche Ermittlungsmethodik. Kritik übt der Rechnungshof auch daran, was die Risikogruppen betrifft. Hier meint er, dass die Risikogruppen das Haftungsrisiko nicht abbilden. Das ist allerdings in allen Bundesländern so. Für die Steiermark kann man sagen, dass der Rechnungshof keine Auffälligkeiten gegenüber anderen Bundesländern festgestellt hat. Es gibt demnach auch keine speziellen Empfehlungen, was die Steiermark betrifft. Bei den tatsächlichen Haftungen und auch bei den Haftungsobergrenzen ist es sogar so, dass die Steiermark weit unter dem Schnitt der anderen Bundesländer liegt und Auffälligkeiten im Prüfungszeitraum hat der Rechnungshof nur was Kärnten betrifft festgestellt und hier hieß ja im Prüfungszeitraum im Jahr 2012 der Landeshauptmann bekanntlich Gerhard Dörfler.

Insgesamt kann man sagen, dass der Rechnungshofbericht und auch die Empfehlungen nach Vereinheitlichung nach den Haftungen jedenfalls zu begrüßen sind. Danke fürs Zuhören.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.45 Uhr)

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 165/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle mit der Einl.Zahl 172/1 über den „Bericht des Rechnungshofes betreffend Konsolidierungsmaßnahmen der Länder- und Landeslehrerpensionen“.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Andrea Michaela Schartel. Bitte.

LTAbg. Schartel – FPÖ (12.45 Uhr): Herzlichen Dank, Frau Präsident! Werte Herren der Landesregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Man kann natürlich so einen Rechnungshofbericht bezüglich der Länderlehrerpensionen als ernüchternden Maßnahmenbericht von Faktenaufzählungen sehen, man kann aber auch daraus, weil es ja doch einige kritische Anmerkungen waren, den Auftrag ableiten, Maßnahmen zu setzen. Ein wesentlicher Kritikpunkt in diesem Rechnungshofbericht betrifft die zusätzlichen, auf uns zukommenden Mehrkostenausgaben von zwei Milliarden Euro aufgrund der vermehrten Ruhestandsversetzungen aufgrund der Hacklerregelungen. Und jetzt stellt sich für mich schon die Frage, dass wir auf der einen Seite merken, dass wir einen akuten Lehrermangel, vor allem im ländlichen Raum, haben, und auf der anderen Seite hochqualifizierte, erfahrene, gute, engagierte Lehrer in Frühpension schicken. Das heißt, es passt da für mich das Gleichgewicht nicht zusammen und es ist außerdem für mich auch ein zusätzlicher Indikator, dass man bedauerlicherweise gerade im ländlichen Raum beginnt Infrastruktur wegzunehmen und so teilweise jungen Menschen gar nichts anderes mehr übrig bleibt, als in die Städte sozusagen zu flüchten. Deswegen hätte es mich besonders interessiert,

aber die Frau Landesrat ist leider jetzt momentan nicht anwesend, welche Maßnahmen sie sich in diesem Zusammenhang vorstellt, wie wir auf der einen Seite dem drohenden Lehrermangel entgegenwirken können, aber auch auf der anderen Seite natürlich die Kostenexplosionen eindämmen können. Ich hoffe wirklich sehr, sehr stark, dass in Ihrem zukünftigen Maßnahmenpaket nicht ausschließlich wieder dahingehend etwas getan wird, dass man mit neuerlichen Schulschließungen in der Steiermark darauf antwortet. *(Beifall bei der FPÖ – 12.48 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Anton Lang.

LTAbg. Anton Lang – SPÖ (12.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist dies ein zweigeteilter Rechnungshofbericht. Im ersten Teil geht es also hier um die Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, und es ist ein fast 200 Seiten starker Rechnungshofbericht. Also ich maße mir jetzt nicht an, hier diesen Rechnungsbericht in dieser kurzen Redezeit zu besprechen. Ich möchte nur ein paar Thematiken anschneiden, die also vor allem im ersten Teil vom Rechnungshof aufgezeigt wurden und die eigentlich zeigen, wie wichtig die Entscheidungen der Steiermärkischen Landesregierung bzw. des Landtages waren in den letzten Jahren, hier Änderung fortzuführen. Ein Punkt war nämlich, dass also hier angeführt wurde, dass die bisher gültigen Regelungen für das Rechnungswesen den Ländern viel Freiraum gegeben haben und dass die Darstellung der Haushaltsgebarung, insbesondere der Vermögens- und der Verschuldungssituation uneinheitlich waren in Österreich und in den einzelnen Bundesländern, also oft auch unvollständig abgebildet wurde und diese Intransparenz, wie es genannt wird, entspricht nicht den Anforderungen eines modernen Rechnungswesens und steht dem Ziel entgegen, die Bürger über die finanzielle Situation des Landes zu informieren und daher bin ich sehr froh, dass man also hier den Schritt gesetzt hat im Land Steiermark, hier auf die Doppik umzustellen. Ein weiterer Schwerpunkt war natürlich das Thema „Rückgang der Einnahmen“ und nicht überraschend, weil der Prüfungszeitraum war von 2008 bis 2013 und wie wir alle wissen, waren das die schwierigsten Zeiten in den letzten Jahrzehnten, was nicht nur die Wirtschaft in Österreich betroffen hat, sondern in ganz Europa und der ganzen Welt. Hier wurde natürlich zum Ausdruck gebracht, dass also von den Ländern die Ausgaben, die getätigt wurden, nicht durch

die Einnahmen kompensiert werden konnten. Es gibt da interessante Statistiken, aber es gibt, und das möchte ich hier vor allem festhalten, es gibt für unser Land, also für die Steiermark, keine speziellen Empfehlungen. Es ist nicht wegzuleugnen, dass es hier in den Jahren 2008 bis 2013 eine doch massive Schuldenzunahme gegeben hat, aber das ist auch leicht zu erklären und es gab da mannigfaltige Gründe, aber Hauptgrund aus meiner Sicht war eben diese Weltwirtschaftskrise und es wurden Maßnahmen gesetzt vom Bund, aber vor allem von den Ländern, und auch hier vom Land Steiermark, und ich bin im Nachhinein gesehen sehr froh, dass diese Maßnahmen gesetzt wurden und das hat natürlich Geld gekostet. Aber man hat damals schon gewusst, dass man auch im Zuge mit Reformen und Einsparungen natürlich auch diese Schuldenaufnahme in den nächsten Jahren tilgen muss und es sind dann die Jahre 2014/2015 und Folgejahre dafür vorgesehen. Interessant ist vielleicht noch, das sollte man hier anführen, dass also die Steiermark im Schnitt der Pro-Kopf-Finanzverschuldungen im Jahr 2013 deutlich unter den Bundesländern Wien, Salzburg, Niederösterreich und Kärnten liegt, aber auch unter dem Schnitt in Österreich der Bundesländer. Ich glaube, dieser Rechnungshofbericht zeigt, wie richtig diese Reformen waren, die die Reformpartnerschaft in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen haben und zum Teil sind sie ja erst in Umsetzung bzw. werden die Effekte erst schrittweise spürbar sein im heurigen Jahr und in den nächsten Jahren. Allgemein, und das möchte ich hier auch noch anführen, werden im Prüfbericht auch Vereinheitlichungen, Strukturreformen, Eindämmung der Kostensteigerungen bei Krankenanstalten und Umsetzung einer Haushaltsreform empfohlen. Alles, was bei uns in der Steiermark entweder zum Teil schon passiert ist, oder im Laufen ist. Aber lassen Sie mich diesen Rechnungshofbericht zum Anlass nehmen, doch ein paar persönliche Bemerkungen zur allgemeinen Finanzsituation im Jahr 2015 und in den Folgejahren zu sagen. Ich bin der Meinung, es ist um nichts leichter geworden und es wird um nichts leichter. Wir haben gesehen, dass uns im Rechnungsabschluss 2014 schon ein zweistelliger Millionenbetrag fehlt, rund 260 Millionen Euro. Diese Lücke ist zum Teil durch die steigende Arbeitslosigkeit und die leider sich nur langsam erholende Wirtschaft manifestiert. Es kommen natürlich noch zusätzliche Kosten, ist heute schon angesprochen worden, in kleineren Bereichen dazu, Mindestsicherung, Sozial- und Flüchtlingskosten und, was man nicht vergessen darf, im Jahr 2016 werden auch neue Belastungen von etwa 100 Millionen Euro mindestens durch die Steuerreform auf uns zukommen. Das heißt, das Jahr 2016 wird für die Steiermark eine große Herausforderung. Es wird vieler Anstrengungen bedürfen, ich glaube, wir müssen auch wieder über das Sparen diskutieren, aber auch das

Wort Neuverschuldung darf kein Tabuwort mehr sein in so einer schwierigen finanziellen Situation. Und ich kann Ihnen sagen, für mich ist völlig klar und das kann man in der Wirtschaft nachvollziehen, zu Tode gespart ist auch kaputt. Wenn die Konjunktur nicht anspringt, wenn es keine größeren Zuwächse mehr gibt, dann sehe ich die Notwendigkeit, dass das Land Investitionen vorzieht. Wir müssen unsere Unternehmen fördern, in Form von Wirtschaftsförderungen, denn unser Land braucht unbedingt Beschäftigung. Ich gehe noch einen Schritt weiter und glaube, auch die Gemeinden müssen wieder vermehrt darauf übergehen, Investitionen zu tätigen und auch dort brauchen die Gemeinden die Unterstützung des Landes. Und ich glaube, wir müssen in so schwierigen Zeiten auch über Maastricht-Defizite, Maastricht-Schulden diskutieren. Die Steiermark kann sich wirtschaftlich von Europa nicht abkapseln. Ich glaube, wir brauchen Impulse für unser Heimatland, und wir brauchen Arbeit und soziale Absicherung. Aus meiner Sicht soll dieser Rechnungshofbericht auch dazu dienen, die gesetzten Maßnahmen zu evaluieren und aus den gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechende Schlüsse für die zukünftig zu setzenden Maßnahmen zu ziehen. Ganz kurz noch zum zweiten Teil, der schon angesprochen wurde. Ich glaube, es geht hier um die Landeslehrerpensionen. Ich glaube, auch hier ist das Land Steiermark auf dem richtigen Weg. Es haben schon viele Maßnahmen gegriffen, es ist aber noch vieles zu tun und so glaube ich, sollte man auch diesen Rechnungshofbericht zum Anlass nehmen, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.55 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Barbara Riener. Bitte.

LTAbg. Riener – ÖVP (12.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich möchte nur zur Kollegin Schartel ganz kurz zur Darstellung etwas sagen. Ich glaube, Andrea, du weißt, dass diese Hacklerregelung eine seinerzeitig, 2004, beschlossene Regelung war, die dann adaptiert wurde, die für den gesamten Bundesdienst gilt und diese Grundsatzgesetzgebung, also diese rechtliche Grundlage, wird im Bund beschlossen und nicht bei uns. Nummer eins.

Das weite ist, dass das Budget auch im Bund zur Verfügung gestellt wird. Es wird bei uns verwaltet, aber es ist jetzt nicht das Landesbudget als solches und wenn es da Veränderungswünsche gibt, bitte dann auch über die Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat kann man ja Anträge stellen, aber Maßnahmen auf Landtagsebene zu setzen, ist diesbezüglich nicht möglich, weil es eben eine andere rechtliche Grundlage ist. Zusätzlich zu den Junglehrern, ich halte nichts davon, wenn man Gruppen ausspielt. Also, das heißt so, die sind jetzt in Pension. Wie soll ich mit denen, die in Pension sind, die jetzt einen Anspruch haben, einen Rechtsanspruch auf eine Pensionszahlung haben, machen? Die haben diesen Anspruch und das ist auch vom Bund zu bezahlen. Die Junglehrer – und das ist nämlich die Verknüpfung jetzt zu dem – sind etliche voriges Jahr angestellt worden, wie auch im Rechnungshofbericht nachlesbar, in Pension gegangen und da sind auch Junglehrer angestellt worden, da es in der Steiermark doch einige Pensionierungen gab. Aber die grundsätzliche Anzahl der Lehrer begründet sich auf die Schülerzahlen. Das heißt, letztendlich gibt es einen ganz klaren Schlüssel in ganz Österreich, je nachdem, wie viele Schülerinnen und Schüler da sind, auch in den Regionen, sind eben die Lehrer nach den Schülerzahlen zu bestellen und anzustellen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir die ländliche Struktur mitdenken, da bin ich bei dir, mitdenken, dass wir nachhaltig schauen, dass wir auch alles tun, damit möglichst viele Familien in den Regionen bleiben, um dort auch die Schülerinnen und Schüler zu haben, um dann auch in den Regionen Lehrerinnen und Lehrer beschäftigen zu können. Das ist der Ansatz, der langfristig unser Ziel sein sollte, dafür steht auch die ÖVP: Regionen stärken. Das wollte ich nur dazu noch sagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.58 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Alexandra Pichler-Jessenko. Bitteschön.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko - ÖVP (12.58 Uhr): Kollege Hubert Lang ist ja schon sehr ausführlich auf den Rechnungshofbericht eingegangen. Grundsätzlich wird für mich in dem Bericht der Steiermark, Entschuldigung, nicht Hubert Lang, der Kollege von der SPÖ, der Hubert hat so strafend zu mir geblickt, nein Hubert, das darf ich so sagen. Konsolidierung eingeleitet in der Steiermark, meiner Meinung nach sollten wir auf diesem Weg unbedingt bleiben, auch, wenn es sicher die nächsten Jahre nicht einfacher werden wird. Ich bin kein Fan von Konjunkturpaketen, die rein jetzt, sage ich einmal, vom Staat bzw. Bund oder Land ausgehen. Ich glaube, und das gelingt in der Steiermark sehr gut, Landesrat Buchmann ist

jetzt momentan nicht hier, wir müssen schauen, dass wir die Investitionstätigkeit der Unternehmen, sei es jetzt aus dem Industriebereich, aber auch bei KMU's und auch EPU's sozusagen ins Laufen bringen und hier über diesen Weg eben Wertschöpfung ins Land bringen. Es war heute auch ein sehr positiver Bericht in der Kleinen Zeitung zum Thema Südachse, werden vielleicht einige gelesen haben, ich war vor zwei Wochen bei der Infineon in Kärnten auch in einer anderen Sache, wollte mir dieses wirklich sehr fortschrittliche Paradeunternehmen anschauen. Also diese Südachse, wo wir jetzt mit Kärnten sozusagen auch eine Connection bilden, wo eben AT&S, AMS in Unterpremstätten und die Infineon hier auch eine Plattform bilden, wo eben auch der Herr Landesrat sehr stark vertreten ist bzw. wir ja auch im Regierungsübereinkommen diesen Forschungsfonds für die nächsten fünf Jahre mit 50 Millionen dotiert auch drinnen haben. Also in diesem Sinne glaube ich, sind wir auf einem guten Weg, es wird nicht leichter werden und wesentlich wird sein, dass wir versuchen, die Wirtschaft durch Rahmenbedingungen und gezielte Fördermaßnahmen hier wieder sozusagen voranzubringen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.00 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 172/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Europa über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 134/1 betreffend „Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über Entwicklungen in der Europäischen Union betreffend das 1. Vierteljahr 2015 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG“.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Sabine Jungwirth. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (13.01 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Europabericht beginnt dieses Mal damit, dass darauf hingewiesen wird, dass die Europäische Union das Jahr 2015 zum Jahr der Entwicklung ausgerufen hat und in dem Zusammenhang Entwicklungszusammenarbeit der EU erstmals Thema auch eines Jahresschwerpunktes ist und Entwicklungszusammenarbeit ist natürlich auch eng verknüpft mit der gesamten Problematik, die wir heute schon am Morgen hier diskutiert haben, nämlich Fluchtbewegungen, Fluchtnotwendigkeiten, denn Entwicklungszusammenarbeit kann natürlich präventiv wirken, damit Fluchtnotwendigkeiten gar nicht erst entstehen und Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Baustein, um diese Welt gerechter zu machen, denn Gerechtigkeit ist etwas, was uns, glaube ich, allen am Herzen liegt, aber die Problematik, mit der wir befasst sind, ist die, dass es offensichtlich sehr, sehr schwierig ist, alle Länder eben dazu zu bringen, sich hier auch zu beteiligen. Es hat 2005 eine Übereinkunft der europäischen Unionsstaaten, der Mitgliedsstaaten gegeben, dass bis 2015 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben sind und Fakt ist, es sind bisher nur vier Länder so weit, dass sie das dann auch tatsächlich tun, nämlich Dänemark, Luxemburg, Schweden und Großbritannien. Österreich fällt hier leider wieder negativ auf und investiert bei Weitem nicht das, was vereinbart war. In Wahrheit ist sogar viele Jahre bei den Mitteln gekürzt worden und ich finde, dass wir uns das schon, gerade angesichts der großen Bewegungen, der großen Migrationsbewegungen, die derzeit auf der Welt unterwegs sind, sehr genau anschauen müssen und sehr zu Herzen nehmen sollten, dass das ein Themenbereich ist, wo es notwendig ist, einfach Geld zu investieren.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, in einem Stufenplan die Mittel für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen und rasch zusätzliche Mittel für die Flüchtlingshilfe der UNO, das sind also UNHCR, WFB und UNICEF, in den betroffenen Regionen zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 13.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer. Bitte.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Herren Landesräte, sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseher!

Der aktuelle Europabericht über das Vierteljahr 2015, da stehen Berichte darüber über die Termine des Steiermarkbüros in Brüssel, über Regionen, interessante Dinge, dem Bericht ist so zuzustimmen. Es ist aber auch ein Punkt, der angeführt wurde und wird, nämlich 20 Jahre Mitgliedschaft Österreichs in eben der Europäischen Union und ich möchte da den Schwerpunkt meiner Wortmeldung darauf aufbauen, was diese 20 Jahre für Österreich bedeutet haben. Es wird Sie nicht wundern, wenn ich da ein bisschen einen Ausbruch mache von der allgemeinen, unreflektierten Glorifizierung der EU, fast schon religiösen Götzenanbetung der europäischen Institutionen vor allem durch die ÖVP, aber natürlich auch durch die SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren. Also ein bisschen ein differenzierter Blick auf manche Dinge schadet ja auch oft nicht und tut einer politischen Debatte auch gut, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ*) Beginnen wir mit Entwicklungen in der jüngeren Geschichte, drei Buchstaben, ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus. In der letzten Landtagsperiode auch in diesem Haus ist hier heftig und intensiv diskutiert worden. Dieser ESM, der sich Europäischer Stabilitätsmechanismus nennt, ist in Wahrheit nichts anderes, und das wissen Sie, als ein europäischer Schuldenmechanismus, der die Nationalstaaten, die Mitgliedsstaaten, in dem Fall die Nettozahler, zu denen Österreich ja gehört, quasi zu Bankomaten degradiert, um immer wieder frisches Geld für bankrotte Banken und Pleitestaaten zu generieren. Der Fiskalpakt, der eine massive Einschränkung der Budgethoheit der Nationalstaaten mit sich bringt, alle geehrten Damen und Herren. Der Euro, der sich immer mehr zum „Teuro“ und zur Krisenwährung entwickelt. Ich kann mich noch genau erinnern bei der massiven Kampagne damals für den EU-Beitritt, als auch von Regierungsseite, damals von Kanzler Vranitzky, ausgetönt und ausgerufen wurde, ja, ein starkes Europa, Österreich in der EU mit einem starken Schilling. Die Wahrheit sieht anders aus, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen das, der Euro ist schon längst kein Erfolgsmodell mehr und es wundert auch nicht, dass starke Volkswirtschaften in Europa, wie etwa Großbritannien oder auch Schweden, bei ihren nationalen Währungen geblieben sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir Österreicher sind nunmehr seit 20 Jahren Nettozahler der Europäischen Union, d.h. wir zahlen viel mehr ein, als wir zurückbekommen, wir blechen für Banken und marode Staaten, wie eben Griechenland. Die Asylkrise hat ja andere Themen jetzt überlagert, wie z.B. Griechenland und es ist ja unfassbar, wir haben immer wieder darauf hingewiesen und

gefordert, Griechenland endlich aus der Eurozone zu entlassen, weil das einfach nicht mehr funktionieren wird, weil das ein Fass ohne Boden wird. Und jetzt ist der linksradikale Regierungschef Tsipras wieder bestätigt worden in Athen bei den Wahlen und hat sofort, und hat sofort von sich gegeben, dass jetzt nachverhandelt werden muss über die Auflagen, über die Sparprogramme der Europäischen Union. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es hier noch einmal, ich habe es in der vergangenen Periode gesagt, die FPÖ hat das immer gesagt: Schluss mit diesen massiven Verschwendungen, Verschwendungssorgien von Steuern in Milliardenhöhe an solche Staaten wie Griechenland, das wird denen nichts helfen und das ist unser Geld, um das es geht. *(Beifall bei der FPÖ)* Und Sie wissen ja ganz genau, dass von diesen Milliarden kein Cent beim griechischen Volk ankommt, sondern dass alles für die Rettung des Finanzsektors der Banken und des kaputten Systems insgesamt aufgewendet wird. Das ist ja so, wie wenn man versucht, einen Alkoholkranken mit Schnaps zu therapieren. Das wird auf Dauer nicht funktionieren. *(Erheiterung bei der FPÖ)* Ein weiterer Punkt: Die Türkei hat noch immer den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Wir haben immer wieder verlangt, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei endgültig abzubrechen. „Ja“ zu wirtschaftlichen, partnerschaftlichen Beziehungen, „Nein“ zu einer Vollmitgliedschaft, und wenn man gegen eine Vollmitgliedschaft ist, es heißt immer, es sind Verhandlungen mit offenem Ausgang, aber mich wundert es immer wieder, dass nach wie vor Asylanträge gestellt werden von der Türkei und diese nicht sofort abgelehnt werden, weil immerhin ist ja das ein Beitrittskandidat, also müsste es ein sicherer Staat sein, wo kein Asylgrund besteht. Wird nicht gemacht. Wir als Freiheitliche bleiben dabei, die Türkei als wirtschaftlicher, strategischer Partner „Ja“, aber „Nein“ als Vollmitglied, denn die Türkei ist weder geografisch noch kulturell, noch religiös, ein Teil Europas, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ein weiterer Punkt, der uns alle trifft und den vor allem auch die Menschen zu spüren bekommen, ist der unglaubliche und massiv voranschreitende Regulierungswahn und Zentralismus der EU-Bürokraten in Brüssel und Straßburg, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Kollege Schnitzer hat ja beim Asylthema gesagt, wir brauchen nicht weniger Europa, wir brauchen mehr Europa. Und wenn ein ÖVP-Vertreter von Europa spricht, meint er damit natürlich die EU, obwohl Europa schon größer ist, als die EU und Europa nicht nur aus der EU besteht. Aber wenn ÖVP-Vertreter von mehr Europa sprechen und somit mehr EU, dann geht das auch in eine Richtung von Vorstellungen und Ideen, die sowohl ÖVP-Vertreter als auch SPÖ-Vertreter, unter anderem der ehemalige Landeshauptmann Voves,

aber auch vom Landesrat Jörg Leichtfried in seiner Funktion als damaliger EU-Abgeordneter, habe ich diesen Ausspruch schon vernommen und zwar „der Weg hin zu den Vereinigten Staaten Europas“. Also das ist ein Modell und eine Idee, und das ist eine Richtung, in der sich scheinbar die EU bewegt, mit den sozialdemokratischen und auch konservativen Regierungen dieser EU, den wollen wir sicher nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn die Vereinigten Staaten von Europa, was immer das auch bedeuten soll, wahrscheinlich ist ein Bundesstaat EU gemeint mit einer zentralen Regierung, das kann es nicht sein, das gilt es, entschieden zu verhindern. Nein zu einem Bundesstaat EU, ja zu einem Staatenbund souveräner Nationalstaaten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Herr Kollege Schwarz, Sie lachen schon wieder, aber das, was ich hier meine, das ist ein Europa der Vaterländer und kein Europa eines zentralen Bundesstaates, der von Brüssel und Straßburg aus regiert wird. Das wollen wir nicht, denn das bedeutet de facto und auch de jure in letzter Konsequenz die Aufhebung der Nationalstaaten. Es ist mir schon klar, dass Sie in diese Richtung gehen wollen, aber die Menschen wollen das nicht, wir wollen das nicht und wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es nicht so weit kommt, dass unsere Nationalstaatlichkeit begraben wird. *(Beifall bei der FPÖ)*

Weiterer Punkt zum Themenkomplex 20 Jahre Mitgliedschaft in der EU. Das ist der aktuelle Punkt und wir haben auch heute schon darüber debattiert, das ist dieses massive Asylchaos, Sie sagen, es ist kein Chaos, es ist ja alles in Ordnung und es funktioniert alles so wunderbar an den Grenzübergängen, ein Asylchaos, das die EU nicht im Stande ist, zu lösen. Die EU ist nicht im Stande, ihre Außengrenzen zu sichern mit den eigenen Gesetzen wie Schengen, die sich die EU selbst auferlegt hat. Da kann man nur sagen „Schengenland ist abgebrannt“, meine Damen und Herren. Das ist ein Wunschdenken, das funktioniert nicht. Und wir werden uns über Alternativen zu Schengen auch Gedanken machen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Aber solange das gültige Recht ist, so, wie es funktioniert, gehört es auch exekutiert und bemerkenswerterweise ist der Einzige, der laut Schengen seine EU-Grenzen, die Außengrenze ordentlich sichert, der ungarische Premier Orbán, der von Ihnen dafür geprügelt wird. Also das versteht ja kein Mensch mehr. Also der Einzige, der sich an gültige Rechte hält, *(LTabg. Schwarz: „Aber Kroatien ist keine EU-Außengrenze!“)* Herr Kollege, bitte. *(LTabg. Schwarz: „Naja, Kroatien ist keine EU-Außengrenze!“)* Sehr geehrte Damen und Herren, auch im Zusammenhang mit dem Asylchaos diese Quotendebatte, diese Quotenfantasie, die da immer wieder in den Raum gestellt wird von der gerechten Verteilung von Flüchtlingen, ja selbstverständlich bin ich auch dafür, dass nicht nur Österreich, die

Bundesrepublik und Schweden die Hauptlast der Flüchtlingskrise tragen, aber wissen Sie, warum Ihre Quotenillusion eine Illusion bleiben wird und in der Realität nicht funktioniert? Weil die Damen und Herren, großteils sind es ja Herren, Asylforderer aus allen Herren Ländern in Staaten wie Polen, Rumänien, Bulgarien ja gar nicht um Asyl ansuchen werden und wollen, und wenn sie dort hinkommen, werden sie sich auf die Reise machen und wieder versuchen, nach Österreich und in die Bundesrepublik zu gelangen. Und warum? Weil sie sich natürlich, einem Asyltourismus gleich, die sichersten Länder, sicher sind ja alle EU-Länder, aber auch die Länder mit dem höchsten sozialen Standard und mit den höchsten Sozialleistungen aussuchen und das spricht sich ja auch herum, nach Asien, in den arabischen Raum, auf den afrikanischen Kontinent, dass man, wenn man ein anerkannter Asylant ist, in Österreich beispielsweise sofort Zugang zur Mindestsicherung hat und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann es nicht sein. Deshalb wird hier Ihre Quotenfantasie nicht funktionieren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und in diesem Zusammenhang, weil es thematisch gerade dazu passt zum Asylchaos, das ja auch ein Chaos der Europäischen Union bedeutet und ist, möchte ich kurz zum Entschließungsantrag der Grünen Fraktion kommen, den wir ablehnen werden. Das wird Sie höchstwahrscheinlich nicht überraschen, ich werde Ihnen aber selbstverständlich begründen, warum wir diesen Antrag ablehnen. Also im Antrag der Grünen geht es um die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, die EZA, auf 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes, meine sehr geehrten Damen und Herren. Derzeit werden für die Entwicklungszusammenarbeit 0,26 % des BIP aufgewandt. Ich bin der Meinung, das reicht vollkommen und ich kann es nicht verstehen, wie man fordern kann 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, wenn für das österreichische Bundesheer nur beschämende 0,63 % des BIP aufgewendet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Also das ist beschämend. *(Beifall bei der FPÖ)* Das ist wirklich beschämend, dass wir nicht einmal bereit sind, ein einziges jämmerliches Prozent des BIP für unser Bundesheer auszugeben, und Sie wollen für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich mehr Geld ausgeben, wie für unser Bundesheer, das ja glücklicherweise für uns Tag und Nacht bereit steht, aber finanziell immer mehr ausgehungert wird. Aber das nur am Rande, Frau Kollegin. Ich möchte Ihnen auch begründen, warum Ihr Antrag am eigentlichen Ziel, das Sie hier auch in der Begründung formulieren, vorbei schießt. Die EZA-Mittel werden derzeit vorrangig für Besprechungen, für Konferenzen und Evaluierungen *(LTAvg. Schweiner: „So ein Blödsinn!“)* ausgegeben. Das heißt, das ist eine Verwaltungsgeschichte und es kann nicht die Aufgabe der EZA sein, gute Jobs im Bereich der Bürokratie für Entwicklungshilfe zu schaffen, meine

Damen und Herren, und ich kann Ihnen auch, wenn Sie so lachen, ein Beispiel liefern: Vor der Ausgliederung der Entwicklungshilfeagentur ADA waren 60 bis 70 Mitarbeiter im Außenministerium für Entwicklungshilfe beschäftigt und jetzt sind es drei bis vier Mal so viel in diesem Bereich. Also diese Ausgaben dienen der Bürokratie, sie dienen für Konferenzen, Besprechungen und Evaluierungen, das kann es nicht sein und ich sage Ihnen an dieser Stelle auch, ja, ich bin auch der Meinung, dass Geld in die Hand genommen werden muss, um den Menschen vor Ort zu helfen (*LTabg. Lercher: „Das brauchen wir ja nicht!“*) – hör mir zu, Max, lass mich ausreden –, um Asylaufnahmezentren, Asyllager in der Nähe der Herkunftsländer der Flüchtlinge zu schaffen, denn Sinn und Zweck des Asyls ist ja auch, wenn der Asylgrund erlischt, wieder zurück zu gehen und darum wäre es sehr, sehr wünschenswert, dass Mittel eingesetzt werden (*LTabg. Petinger: „Aber nicht aus Österreich!“*), aber nicht aus Österreich, ja, schon aus Österreich (*Allgemeine Heiterkeit*), aber, Herr Kollege, diese Mittel sollen von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt werden, (*LTabg. Schwarz: „Aber wir sind ein Teil der Union!“*) und nicht von Österreich. Wir sind als Nettozahler eh dabei, Herr Kollege. Wir sind ja als Nettozahler mehr als genug dabei bei diesen Zahlungen und darum sollen diese Mittel auch aus EU-Töpfen genommen werden, aber nicht durch eine Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit in Österreich. Also das kann es nicht sein. Das Geld ist vorhanden, als Nettozahler ist es natürlich ohnehin zu einem großen Teil auch unser Geld, meine sehr geehrten Damen und Herren. Gut.

Kommen wir zum nächsten Punkt. Die EU wird von den EU-Bejublern, nenne ich das einmal so, gerne als erfolgreiches Friedensprojekt dargestellt. Da muss man sich aber schon auch die Frage stellen, ist die Europäische Union tatsächlich ein Friedensprojekt? War es überhaupt die Gründungsidee der EU, ein Friedensprojekt zu sein? Oder war es nicht nur ein Projekt wirtschaftlicher Interessen, das möchte ich einmal so in den Raum stellen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Nein!“*) Sie sagen nein. Dann schauen wir uns an, wie das Friedensprojekt Europäische Union aktuell wirkt und aktuell in der Friedenspolitik unterwegs ist, sehr geehrten Damen und Herren. Also, der Kollege Murgg hat ja das einmal angesprochen, ist leider in der Debatte ein bisschen untergegangen, die EU als sehr, sehr enger strategischer Verbündeter von US-Amerika, die EU als Friedensprojekt und als Friedensnobelpreisträger schafft es nicht, die amerikanische, die US-amerikanische Politik zu kritisieren, und zwar für ihre Destabilisierungspolitik, die ja uns in letzter Konsequenz auch dieses Asylchaos und diese Masseninvasion nach Europa beschert hat. Die US-Amerikaner und die NATO, die ja

von den Amerikanern dominiert wird und militärisch geführt wird, hat ja nichts dazu beigetragen, wahrscheinlich. Wer, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hat die Staaten destabilisiert? (LTabg. Lercher: „Ihr wolltet eh immer in die NATO!“) Wir wollen nicht zur NATO, sehr geehrter Herr Kollege. (LTabg. Lercher: „Genau wie Russland nicht die Krim!“) Nein, nein. Das ist mit der Neutralität nicht vereinbar, lesen Sie unser Parteiprogramm. Wer hat die Staaten destabilisiert, wie z.B. Irak, völkerrechtswidrige Geschichte übrigens damals, was sie jetzt Russland immer vorwerfen, Afghanistan, Libyen, wer hat denn diese Staaten destabilisiert aus wirtschaftlichen und militärischen Interessen und auch (LTabg. Schwarz: „Der Jörg Haider, weil er dort war!“), ja, der Jörg Haider, ja, genau, das hat noch gefehlt in der Debatte, der Jörg Haider. (LTabg. Schwarz: „Der Jörg Haider war ja der beste Freund von Gaddafi!“) Das Friedensprojekt EU schafft es nicht, einerseits Amerika für diese unglaubliche Art der Destabilisierungspolitik entschieden zu kritisieren und sich dieser entgegenzustellen, aber sie macht mit bei sämtlichen Zündeleien in der Ukraine. In der Ukraine hat man früher nie etwas gehört von großartigen Konflikten, dann wird unter fragwürdigsten Vorgängen eine demokratisch gewählte Regierung und der demokratisch gewählte Präsident aus dem Lande gejagt und seitdem herrscht dort Chaos und einerseits haben wir die Russlandsanktionen, die neutralitätswidrigen Russlandsanktionen, die mit der österreichischen Neutralität einfach nicht vereinbar sind, andererseits akzeptieren wir es unwidersprochen, dass militärische Güter in die Ukraine geliefert werden und der Außenminister Kurz spricht sich sogar dafür aus, dass österreichische Drohnen dort eingesetzt werden. Das ist ein Friedensprojekt, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das ist das Friedensprojekt Europäische Union? Das ist die Politik des neutralen Österreichs? Sie wissen ja, dass diese unfassbaren Sanktionen gegen Russland nicht nur unsere Wirtschaft schädigen, auch den Bauernstand, aber da werden wir in der Dringlichen Anfrage noch darauf zu sprechen kommen, aber sie sind einfach mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar und deshalb stelle ich einen Entschließungsantrag:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Sich in ihrer Europastrategie zu einer Aussöhnung mit Russland zu bekennen,
2. Sich bei der Bundesregierung für
 - a. die sofortige Aufhebung aller Sanktionen gegen Russland
 - b. den Stopp aller geplanten Lieferungen von militärischer Ausrüstung an die ukrainische Armee sowie

- c. tripolare Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU einzusetzen.

Frau Präsident, ich stelle gleich selbst den Antrag auf punktuelle getrennte Abstimmung der zwei Hauptpunkte, denn ich denke, dem ersten Punkt, ich lese ihn noch einmal vor, im ersten Antrag „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in ihrer Europastrategie zu einer Aussöhnung mit Russland zu bekennen“ werden Sie hoffentlich nicht dagegen stimmen und wenn ja, würde mich sehr interessieren, aus welchen Gründen Sie da dann dagegen stimmen werden. Also das ist der Entschließungsantrag.

Ich komme langsam aber sicher zum Abschluss meiner Wortmeldung. Wie gesagt, die Europäische Union ist Träger des Friedensnobelpreises, das ist natürlich eine schwere Niederlage für den Preis, auch Obama ist Träger dieses Friedensnobelpreises, obwohl wir alle wissen, in wie viele Konflikte und Kriege Amerika aktuell verwickelt ist und zum Abschluss noch einmal eines: Auch wir Freiheitlichen sind Europäer und sind auch überzeugte Europäer, aber wir sind zuerst Österreicher und wir haben eine andere Vorstellung als Sie von diesem Europa. Wir wollen keinen EU-Einheitsbrei, der sich in Richtung eines gefährlichen Projektes zur Unterdrückung der europäischen Völker entwickelt, wir wollen die Vielfalt dieses europäischen Kontinentes erhalten, wir wollen keinen EU-Zentralstaat, sondern ein Europa der starken Vaterländer mit einem starken, souveränen, neutralen Österreich. *(Beifall bei der FPÖ – 13.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Franz Fartek. Bitte, Herr Abgeordneter.

LTabg. Fartek – ÖVP (13.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Vertreter der Landesregierung, liebe Kollegen hier im Hohen Haus, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich stehe heute das erste Mal hier vorm Rednerpult, bin natürlich schon ein bisschen irritiert über so manche Wortwahl und manche Ausdrucksweise, aber trotzdem sollten wir das gute Miteinander, auch wenn es unterschiedliche Meinungen gibt, in den Vordergrund für unsere zukünftige Zusammenarbeit stellen. Ich möchte trotzdem ein paar Besonderheiten aus dem Europabericht bringen. Der vorliegende Europabericht gibt einen Überblick über Aktuelles aus der EU, sowie Aktivitäten des Europaressorts im ersten Quartal 2015. Ein toller Bericht, muss man sagen, und ich darf hier auch ein herzliches Dankeschön an die Fachabteilung und

auch ein Danke an dich, Herr Landesrat, für die tolle Arbeit weitergeben. Dieser Bericht umfasst die Schwerpunkte, die Steiermark in der EU und auf der anderen Seite Europa in der Steiermark. Immer getrennt mit Thementeil und Infoteil. Hierauf will ich nicht näher eingehen, das lässt sich alles abrufen, aber trotzdem einige Dinge zum Thementeil: Die Steiermark in der EU, das ist Punkt 1, das europäische Jahr für Entwicklung, haben wir schon gehört, und Punkt 2, 20 Jahre Österreich in der Europäischen Union. Das europäische Jahr für die Entwicklung in der Steiermark in der EU steht das Jahr 2015 im Zeichen der Entwicklungspolitik. Ziel des europäischen Jahres ist die Einbeziehung der Menschen, insbesondere junger Menschen, über die drei Schwerpunkte, die das Motto des europäischen Jahres darstellen: Unsere Welt, unsere Würde und unsere Zukunft. Dazu gibt es auch viele Aktivitäten und hier möchte ich im Besonderen herausfiltern, die Steiermark ist unter den österreichischen Bundesländern dabei besonders aktiv und führt unter der Dachmarke „Fair Styria“ Schulwettbewerbe, Projekte und viele weitere Veranstaltungen durch. Zum Thema 20 Jahre Österreich in der Europäischen Union, und ich muss da schon widersprechen, ein Wirtschaftsprojekt und ein Friedensprojekt, 1995 ist Österreich der Europäischen Union beigetreten. Aus diesem Anlass fanden auch einige Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen zum 20jährigen Jubiläum statt. Dabei geht es immer wieder um die zukünftigen Herausforderungen für Europa. Besonders zu erwähnen ist aber, die zahlenmäßig größte Veranstaltung wurde von der steirischen Landesschülervertretung am 25. Februar durchgeführt. Zum ersten Jugendkongress für Europa folgten 700 Schülerinnen und Schüler aus der Steiermark dieser Einladung. Viele junge Menschen, Schülerinnen und Schüler, die hier mit großem Interesse dabei waren, denen kann man nur ein herzliches Danke sagen. Ein weiterer Schwerpunkt: Europa und die Steiermark. Hier möchte ich noch das eine Thema Energie herausstreichen, Energiesicherheit in Europa. Dazu gab es Diskussionen mit Vertretern der Europäischen Kommission, aber auch den zuständigen Ausschüssen. Das Thema der Energiesicherheit rückte insbesondere durch die Krise der Ukraine in das Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit. Zur Frage der Energie-Union waren sich die Teilnehmer einig, dass es eine zukunftsorientierte Klimapolitik mit klaren und verlässlichen Standpunkten braucht. Eine klare Botschaft dabei ist, dass es auch wichtige Schritte geben muss, einen starken Integrationsprozess und mehr Energie aus erneuerbaren Ressourcen. Natürlich gibt es hier unterschiedliche Zugänge, es kommt aber trotzdem zum Ausdruck, zur Stärkung von Energiesicherheit dürfte nicht vernachlässigt werden, dass auch der Rückgang der Nachfrage eine wesentliche Rolle spielt. Betont wird auch, dass mehr Augenmerk auf Heizung und

bauliche Veränderungen, z.B. Dämmung und Sanierung gelegt werden soll. Das sind gute Ansätze, die wir hier im Bericht sehen und herauslesen können, aber trotzdem, so glaube ich, stehen wir in Europa in allen Lebensbereichen vor großen Herausforderungen. Wir sind Europa, deshalb müssen wir unsere Aufgaben erfüllen, haben wir unsere Arbeiten zu leisten. Wir brauchen ein starkes Europa, um unsere zukünftigen Herausforderungen meistern zu können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.29 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Max Lercher. Bitte.

LTabg. Lercher – SPÖ (13.29 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß jetzt gar nicht, was ich sagen soll, weil Hannes, ich habe gerade bemerkt, wir waren ja fünf Jahre als Jugendsprecher miteinander verbunden, anscheinend sind wir jetzt beide Europasprecher. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Wir sind beide zu alt geworden!“)* Naja, zu alt geworden sind wir, aber auf der anderen Seite werden wir uns auch in dieser Periode wahrscheinlich ausgiebiger miteinander beschäftigen, aber mir soll es recht sein. Es gibt schon viel zu replizieren, weil so, wie du das erläutert hast, darf man Europa nicht stehen lassen. Europa, geschätzte Damen und Herren von der FPÖ, ist ein Friedensprojekt und hätten wir nicht Europa, glaube ich nicht, hätten wir eine so lange Friedensperiode in unserem Kontinent erlebt und deswegen wäre ich ganz vorsichtig *(LTabg. Amesbauer, BA: „Stimmt ja nicht!“)*, ganz vorsichtig, wenn man Europa als Friedensprojekt in Abrede stellt. Weil es ist ein Friedensprojekt. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Der Bericht ist ausgezeichnet aufbereitet, der Kollege hat das gut erwähnt, ich glaube, da werden wir uns einig sein, der verlangt Zustimmung. Ich möchte aber auf noch etwas replizieren, das du erwähnt hast, nämlich den Schengen-Raum. Du hast in de facto liquidiert in deiner Wortmeldung, weil er gescheitert ist. Du bist Obersteirer. Unsere Industrie in der Obersteiermark lebt fast ausschließlich vom Export und wenn du den Schengen-Raum in einer Wortmeldung lapidar für beendet erklärst, dann erklärst du auch hunderttausend Exportarbeitsplätze für beendet. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das heißt, als Obersteirer, wo just in time wichtig ist, sollte man vielleicht auch bedenken, wenn ihr immer nach Grenzkontrollen schreit, was die Industrie da auch für Herausforderungen vor sich hatte, konkurrenzfähig zu bleiben, man muss immer mitbedenken, dass es da um Abertausende Jobs in der Obersteiermark geht.

Zweitens, Russland: Also mir ist es ja fast so vorgekommen in deiner Wortmeldung, Europa als Aggressor und Putin als kommenden Friedensnobelpreisträger. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „*Das habe ich nicht gesagt!*“) Du replizierst ja auch oftmals, ich habe es so herausgehört zwischen den Zeilen, weil der Herr Putin ja auch dafür bekannt ist, dass er eher einer ist, der den Frieden vorantreibt und das auch so in seiner Außenpolitik verfolgt. Fakt ist, als neutrales Land haben wir das Recht darauf, unser Wort zu erheben, wenn Soldaten Grenzen übertreten, lieber Hannes. Und das haben wir getan, als Europa und auch als Österreich im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, weil das Vorgehen der russischen Föderation – und das werden alle westlichen Verfassungsrechtler und Völkerrechtler auch so bestätigen – absolut völkerrechtswidrig war. Und deswegen hat Europa in dieser Vorgehensweise das Recht auf Sanktionen und es ist gut und wichtig, politisch hier auch Sanktionen zu setzen, auch mit wirtschaftlichen Schattenseiten, aber wir haben das Recht im Sinne unserer Werte, im Sinne unserer Aufklärung Sanktionen zu setzen und Aggressoren entgegenzutreten, weil die Grenzsicherung ist euch ja ein wichtiges Anliegen, dann gilt sie aber auch dort, und nicht nur in Ungarn und anderswo. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Zur Quote auch, weil du das so beiläufig erwähnt hast, und wir uns eigentlich alle einig sind, dass wir eine gute Quotenverteilung in der Europäischen Union brauchen, der Abgeordnete Mayer hat das ja gut auf den Punkt gebracht. Ehemaliger Klubobmann, auch sehr bekannt in diesem Hause, schade, dass er heute nicht hier ist, er hätte ja die Möglichkeit und Rederecht, hat ja eigentlich auch immer versprochen, er wird dieses Rederecht sehr ernst nehmen und wahrnehmen in diesem Hause; werden wir schauen, wie oft er anwesend ist, ich glaube, er hat es auf den Punkt gebracht, wie die FPÖ auch bei der europäischen Quote tickt, nämlich ablehnend. Dagegen gestimmt, an keiner Aufteilung und keiner Lösung interessiert und das ist unglaublich spannend, dass er das, ich glaube, im Hohen Haus, auch so bezeichnet hat und von sich gegeben hat, weil ich höre eher in der österreichischen Politik von freiheitlichen Positionen, dass es sehr wohl wichtig ist, solidarisch in Europa eine Verteilung zu schaffen, um den sogenannten und auch von euch betitelten Problemen in der Aufteilung Herr zu werden. Das heißt, da so reden, in Europa anders zu agieren, das muss man, glaube ich, aufzeigen. Mir wäre es wichtig, da von dir zu hören, welche Linie die FPÖ jetzt vielleicht vertritt. Gibt es da jetzt bis ins Europäische Parlament eine Linie, oder hält man fest an blankem Populismus, überall, wo man gerade im Parlament sitzt. Die Wahrheit wird sein, lösen werden wir alles nur mit einem starken Europa, in einer globalisierten Welt, mit Industriebetrieben. Als Exportland werden wir nur überleben und Jobs halten, in einem

starken Europa und der Abgeordnete Schnitzer hat es vollkommen richtig gesagt, wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Europa und nur dieses Bekenntnis kann Frieden sichern, kann Arbeitsplätze sichern und kann in Wahrheit die Herausforderungen der großen Migrationsströme lösen und da ist mir dieses Projekt viel zu wichtig, als es für billigen Populismus zu missbrauchen. Und, lieber Hannes, sei da bitte vorsichtig, wir werden da hoffentlich noch einige Male in dieser Periode darüber diskutieren, wie du über Europa sprichst. Es gibt Kritikpunkte, die muss man lösen, aber es braucht ein starkes Europa, damit es auch eine starke Steiermark gibt und das sagt dir einer, der zu allererst Steirer ist und dann glühender Europäer. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.35 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Jörg Leichtfried. Bitte.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (13.36 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Herr Kollege, geschätzte Damen und Herren!

Ich hätte mich eigentlich zu diesem Thema eigentlich nicht melden wollen, weil ich ja fachlich nicht zuständig bin. Aber der Herr Amesbauer hat mich namentlich angesprochen, deshalb habe ich mir gedacht, sage ich auch etwas dazu, weil mich auch die Wortmeldung von Ihnen etwas verwirrt hat. Ich gebe das offen zu. Ich habe ein paar Sachen nicht, ich werde jetzt nicht zu allem etwas sagen, aber ein paar Dinge habe ich einfach nicht verstanden. Ich habe die Debatten im Landtag heute sehr intensiv und aufmerksam verfolgt, weil natürlich die Diskussion über Flüchtlinge eine ist, die jeden bewegt, auch wenn es unterschiedliche Zugänge gibt, aber ich habe eines herausgehört, das war eigentlich fast Tenor bei allen Fraktionen, nämlich, Europa muss in der Flüchtlingsfrage besser funktionieren, um das einmal so zusammenzufassen. Es müssten die Außengrenzen überwacht werden, es müsste eine faire Aufteilung innerhalb der Europäischen Union stattfinden und so weiter, und so fort. Das war ziemlich einstimmig hier zu hören. Und dann kommen Sie jetzt und sagen: „Aber ich bin gegen diesen Zentralismus, aber ich bin dagegen, dass in Europa entschieden wird irgendetwas, ich bin dagegen, dass die Europäische Union Aufgaben an sich zieht.“ Ja, wie soll denn das funktionieren, wenn es nicht zentral entschieden wird, Herr Amesbauer? Wie geht denn das? Entweder wir haben zentrale Entscheidungen in gewissen Fragen oder das funktioniert nicht. So ist es, da müssen Sie sich halt entscheiden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und zum Euro, der angeblich mitsamt dem Schengenland abgebrannt ist: Sie haben

gesagt, Sie sind zuerst Österreicher. Nachdem, was Sie gesagt haben, glaube ich Ihnen das nicht. Das ist jetzt eine subjektive Empfindung von mir. Ich glaube es Ihnen nicht. Wissen Sie, wieso ich es Ihnen nicht glaube? Weil wir scheinbar eine unterschiedliche Art von Österreich kennen. Das Österreich, das früher einmal war, vor dem EU-Beitritt, das ist jetzt ein anderes geworden. Wir waren früher ein Tourismusland mit etwas Industrie, relativ starker Landwirtschaft, und ich kann mich noch erinnern, wie ich jung war, das ist auch schon eine Zeit her, war die Leistungsbilanz positiv, wenn viele Touristen aus Deutschland gekommen sind; war die Leistungsbilanz negativ, wenn das nicht der Fall war. Dieses Österreich gibt es nicht mehr. Österreich ist jetzt ein Land, wo der Gesamtanteil an der Wertschöpfung, an der gesamten österreichischen Wertschöpfung, der Exportindustrie und der Kollege Lercher hat es schon angesprochen, der Exportindustrie in den letzten 10 Jahren von 31 auf 56 % gestiegen ist und das hat mehrere Gründe. Gerade in der Obersteiermark produzieren wir meines Erachtens derzeit die besten Metallerzeugnisse der Welt. Ob es Böhler ist, ob es Voest ist, Voest Tubulars, Austria Draht, die machen das Beste, was es gibt weltweit, derzeit. Und da waren zwei Voraussetzungen dafür notwendig: Ausgezeichnete Mitarbeiter, ausgezeichnet ausgebildete Mitarbeiter, die hervorragende Produkte herstellen, aber auch Chancengleichheit. Es gibt in Österreich derzeit zwei Industriebundesländer, das ist Oberösterreich und das ist die Steiermark. Die Wenigsten wissen, dass es einmal ein Drittes gegeben hat, das war Kärnten. Da ist die Industrie ruiniert worden. Nicht vom Jörg Haider, der hat dann den Rest ruiniert. Aber die Industrie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist in Wahrheit von der italienischen Währungspolitik ruiniert worden. Was haben die gemacht? Wenn die österreichischen Produkte zu sehr auf den italienischen Markt gedrängt haben, weil sie bessere Produkte waren, haben die die Lire abgewertet. Was war der Erfolg? Die Kärntner Industrie ist „Tschare“ gegangen. Und unsere Mitgliedschaft im Euro hat dazu geführt, dass das nicht mehr möglich war. In Wahrheit waren wir, die Deutschen, die Holländer, die Finnen die wahren Profiteure der Euro-Einführung. Es ist nicht mehr gegangen, dass die Italiener, die Franzosen, die Spanier oder sonst wer, abgewertet haben, wenn unsere Produkte gekommen sind. Wenn Sie jetzt sagen, wir brauchen den Euro nicht mehr, er ist ein Teuro, er ist für nichts. Wenn Sie das sagen, und das sagt Ihre Partei auch in mehreren Aussendungen, die ich kenne, dann sind Sie gegen diese Entwicklung, dann sind Sie gegen den Exporterfolg unserer obersteirischen Industrie und gegen obersteirische Arbeitsplätze, um das geht es da nämlich. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Verkaufen Sie sich nicht als Österreicher, wenn Sie den Österreichern die Arbeitsplätze wegnehmen wollen, geschätzter Herr Amesbauer, um das geht

es nämlich bei dem, was Sie gesagt haben. Und das ist es, um das geht es in dieser Diskussion. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Regen Sie sich nicht so auf!“*) Ja, da rege ich mich auf, wenn es gegen meine Landsleute geht, dann rege ich mich auf. So ist es. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.43 Uhr*)

Präsidentin Khom: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Hannes Amesbauer. Bitte, Hannes.

LTabg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident!

Also, ich habe ja nicht vorgehabt, mich ein zweites Mal zu Wort zu melden, aber die Wortmeldung des geschätzten Kollegen Lercher und auch des Herrn Landesrates Leichtfried haben mich schon noch einmal dazu bewogen, einige Dinge kurz nochmal richtig zu stellen. Max, das mit den Russland-Sanktionen, du stellst das so hin, als wären wir die großen Fürsprecher des Herrn Putin. Ich habe nie gesagt, dass ich alles, was der Herr Putin macht, der russische Präsident, für richtig und gut empfinde und dass ich sein Chefverteidiger bin. Ich bin aber auch nicht sein Chefankläger, so wie ihr das gerne macht. Man muss vorsichtig sein, weil du die Krim ins Treffen geführt hast, ja, das ist eine heikle Geschichte, natürlich. Aber es ist da auch kein einziger Schuss gefallen und die Krim ist mehrheitlich russisch, mit deutlicher Mehrheit russisch besiedelt, seit Ewigkeiten war sie russisch und ukrainisch wird dort gar nicht gesprochen. Die Menschen haben sich in einer Abstimmung dafür entschieden und haben in Wahrheit auch vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Anspruch genommen. (*Beifall bei der FPÖ*) (*LTabg. Lercher: „Das ist trotzdem völkerrechtswidrig. Dort gilt das Gesetz nicht!“*) Und du hast gesagt, und du Max hast in deiner Wortmeldung gesagt: „Gerade als neutraler Staat können wir solche Entwicklungen nicht tolerieren und müssen uns an den Sanktionen beteiligen.“ Gerade mit Sanktionen sollten wir Österreicher vorsichtig sein. Erinnern wir uns zurück an das Jahr 2000, wo diese tolle Wertegemeinschaft EU unser Land nach einer demokratischen Wahl mit Sanktionen belegt hat. Daran sollten wir uns kein Vorbild nehmen. (*Beifall bei der FPÖ*) (*LTabg. Lercher: „Dort war keine Wahl!“*) Und diese Wertegemeinschaft, wie ihr sie gerne seht, dieses Friedensprojekt Europa, das ja völlig zu Recht den Friedensnobelpreis bekommen hat, obwohl es an zahlreichen Eskalationsstrategien US-Amerikas und der NATO beteiligt ist, behandelt eines ihrer Mitgliedsländer, nämlich Ungarn, ist heute auch schon diskutiert worden, nicht gerade wie es in einer europäischen Wertegemeinschaft sein soll. Also immer sich nur gewisse Staaten auszusuchen, die dann die

Bösen sind und die Schlechten sind, nur weil der Viktor Orbán sich an gültiges EU-Recht auch hält, das musst du mir noch einmal erklären, lieber Max Lercher. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und, Max, und auch Herr Landesrat, kurz noch zu den Quoten: Ihr habt gesagt, wir fahren da einen Zick-Zack-Kurs, das ist ja überhaupt nicht wahr. Es gibt eine klare Linie der Freiheitlichen Partei. Natürlich wäre eine gerechtere und bessere Verteilung der Asylwerber auf die EU-Staaten wünschenswert, weil es kann ja nicht sein, dass drei Länder, nämlich Österreich, die Bundesrepublik und Schweden die Hauptlast tragen, aber ich in meiner Kritik bin darauf eingegangen, dass diese Quoten einerseits eine Illusion bleiben werden, weil einfach die Menschen, die um Asyl ansuchen, das nicht in Staaten wie Bulgarien oder Rumänien oder auch Polen machen werden, weil die ihnen einfach nicht die sozialen Leistungen bieten, wie wir das hier machen. Das wird nicht funktionieren. Und ich denke auch, eine verbindliche Quote, wenn das rein in EU-Hand liegen würde, wäre auch sehr, sehr gefährlich, weil dann „drücken die uns alles aufs Auge, was sie wollen“. Und die Ablehnung rührt auch daher, dass im EU-Parlament, das zwar beschlossen wurde jetzt, aber da überhaupt keine Debatte in den Ausschüssen stattgefunden hat. Und das kann es nicht sein, sehr geehrte Damen und Herren. Also, ich denke, es muss gemeinsame Anstrengungen geben, das ist klar, aber die letzte Entscheidung, wie viele Asylwerber dann aufgenommen werden, muss in nationalstaatlicher Hand bleiben, meine sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* *(LTabg. Lercher: „Das ist ja wieder widersprüchlich!“)* Das ist kein Widerspruch. Und eine ganz kurze Berichtigung noch, das ist wirklich eine Berichtigung zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Leichtfried. Ich habe in meiner Wortmeldung, da können Sie im Protokoll nachlesen, mit keinem Satz den Ausstieg Österreichs aus dem Euro gefordert. Das habe ich nie gesagt, würde auch in der jetzigen Situation gar keinen Sinn machen. Sie wissen ja, der Schilling war immer an die D-Mark gekoppelt stark und jetzt als einziges Land auszusteigen, würde sehr, sehr schwierig sein. Ich habe gesagt, dass der Euro in Wahrheit eine Entwicklung annimmt und angenommen hat, die sehr, sehr gefährlich ist für diese Währung und wahrscheinlich für die Nationalstaaten auf Dauer nicht verkraftbar sein wird, und als Beispiel habe ich, Max, angeführt, die Griechenland-Geschichte, die ja sich zu einem Fass ohne Boden entwickelt und durch den ESM immer mehr Milliarden da hinein gepumpt werden und das einfach verschiedene Volkswirtschaften sind. Aber das wäre eine ganz eine andere, lange, intensive Debatte, *(LTabg. Lercher: „Die werden wir auch noch führen!“)* wie man das behandeln würde. Das können wir gerne in den nächsten fünf Jahren ausführlich auch im EU-Ausschuss diskutieren, wäre sicher sehr interessant. Aber darauf lege ich schon

Wert, dass hier nicht einfach auch ein Regierungsmitglied sich hinstellt und Behauptungen aufstellt und mir Wörter und Aussagen in den Mund legt, die ich so nicht getätigt habe. Ich habe nicht (*Beifall bei der FPÖ*), ich habe mit keinem Satz gefordert, aus dem Euro sofort auszusteigen aus Österreich, ich habe aber sehr wohl darauf hingewiesen, dass es wirtschaftlich erfolgreiche Länder gibt, wie Großbritannien und Schweden, die EU-Länder sind, die ihre eigenen Währungen beibehalten haben und ich habe darauf hingewiesen, dass der Euro keine gute Entwicklung nimmt und letztlich auch von der Bevölkerung zu Recht als Teuro bezeichnet wird, denn diese Teuerung gibt es und da brauchen wir jetzt keine große Wirtschaftsdebatte führen, da brauchen Sie nur mit einer Hausfrau reden. (*Beifall bei der FPÖ- 13.49 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl. Bitte.

LTabg. MMag. Eibinger-Miedl – ÖVP (13.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen und meine sehr geehrten Damen und Herren im Zuschauerbereich!

Es ist wieder einmal so, dass dieser EU-Vierteljahresbericht zu einer sehr breiten Debatte führt und auch zu einer sehr emotionalen Debatte. Ich denke, seitens des Landesrates Leichtfried, der viele Jahre in Europa vor Ort gearbeitet hat, ist ja etliches schon ins rechte Licht gerückt worden und ich denke, es ist auch wichtig, dass wir Österreicherinnen und Österreicher in Brüssel an zentralen Stellen haben und dort vor Ort auch die Entscheidungen mittreffen. Ich erlaube mir daher auch den Hinweis, dass wir mit Landesrat Buchmann seit Anfang dieses Jahres auch erstmals einen Österreicher in einer wichtigen Funktion haben, nämlich er hat den Vorsitz der Fachkommission ECON, also einer Fachkommission, die sich um wirtschaftliche Fragen kümmert. Das ist ganz wichtig, dass wir hier eine starke Stimme jetzt auch im Ausschuss der Regionen in Brüssel haben. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und weil uns auch heute in der Debatte vorgeworfen wurde, wir würden Europa glorifizieren, dem ist nicht so, denn gerade auch der Europalandesrat und gerade auch meine Fraktion weisen immer darauf hin, dass man sehr genau hinschauen muss und zwar auch auf erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen. Und Sie werden in meiner Fraktion immer auch die Menschen finden, die einfordern, dass wir bei der Bürokratie abbauen, dass wir bei den Regeln herunterkommen, daher sehr wohl ein differenziertes Betrachten der Europäischen

Union, aber insgesamt, und ich glaube, das kann man nicht weg-reden, ist es mit 70 Jahren Frieden in Europa das Friedensprojekt, das es beispielsweise auf der ganzen Welt gibt. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Zum europäischen Jahr der Entwicklung darf ich kurz auf den grünen Antrag eingehen, der hier eingebracht wurde. Wir werden dem zustimmen, weil, auch das hängt mit der heute schon geführten Debatte zum Flüchtlings- und Asylwesen zusammen, wir fordern nämlich immer, dass wir die Flüchtlinge in den Regionen vor Ort besser versorgen müssen, damit sie nicht nach Europa kommen. Denken wir etwa an die zwei Millionen Menschen, die von der Türkei aufgenommen wurden. Genau dort gilt es jetzt auch, dafür zu sorgen, dass entsprechende Nahrungsmittel, dass etwa Bildung vor Ort ermöglicht wird und nur dann werden wir auch die Menschen von der Flucht abhalten nach Europa und diese Menschen in der Region halten können. Das heißt, diesem Antrag zuzustimmen macht nur Sinn, wenn man das auch im Zusammenhang sieht mit dem heute schon debattierten zur Flüchtlingsfrage. Kollege Amesbauer hat gesagt, Österreich soll da nichts bezahlen, das soll die Europäische Union zahlen, (*LTAbg. Amesbauer: „Wir sind Nettozahler!“*) dann erlaube ich mir nur den Hinweis, es gibt eine Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten, die 0,7 % des BIP zu erfüllen. Es gibt einen Nationalratsbeschluss, der dies auch bestärkt hat aus dem Mai des heurigen Jahres, d.h. es geht hier um die Einhaltung einer schon bestehenden Rechtslage. Wenn ich mich recht erinnere, habt ihr das heute an anderer Stelle gefordert, also gilt das jetzt auch hier, dass es hier um die Einhaltung der Beschlüsse geht und der Rechtslage geht, dass diese 0,7 % des BIP hier aufgebracht werden.

Ganz kurz zu Russland: Wir haben bei uns im Haus schon öfter debattiert über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Und wir haben schon oft festgestellt, dass Europa mit einer einheitlichen Stimme sprechen muss. Es wird in der Weltpolitik nicht anders möglich sein, als dass wir hier eine gemeinsame Vorgehensweise haben und die Sanktionen mit Russland sind wirtschaftlich eine schwierige Sache. Und daher setzen wir auch alles daran, um diesen Dialog mit Russland aufrecht zu erhalten und hier rasch auch Lösungen zu finden in der Ukraine. Aber eines, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf man nicht vergessen, das war ein eindeutiger Völkerrechtsmissbrauch und den kann man nicht völlig unbeantwortet lassen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Die FPÖ hat heute an anderer Stelle mehrmals die Sicherung der Grenzen gefordert. Ich kann nur darauf hinweisen, dass Russland die ukrainischen Grenzen eben missachtet hat, d.h. hier haben wir einen Verstoß gegen Grenzen, d.h. ihr messt da schon auch mit zweierlei Maß und es ist von eurer Seite da eben leider keine klare Linie zu erkennen, d.h. bei euch kommt es immer darauf

an, wer welchen Verstoß macht, so hat man zumindest den Eindruck. Die Europäische Union ist momentan zweifelsohne in einer schwierigen Phase. Wir haben ja heute den Gipfel der EU-Innenminister und morgen auch den Gipfel der Regierungschefs und ich hoffe sehr, dass man im Bereich einer gemeinsamen Flüchtlings- und Asylpolitik große Schritte nach vorne macht, denn wir brauchen hier eine europäische Lösung. Wir brauchen hier ein starkes Europa, ein starkes Europa, das mit einer Stimme spricht und vor allem wir brauchen eben ein Europa, das Lösungen für die großen Probleme und Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, findet. Der Weg, der hier vorgeschlagen wird, dass wir uns wieder auf nationalstaatliche Ebenen zurückziehen, das würde in weiterer Folge auch einen Zerfall der Europäischen Union bedeuten, das ist ganz sicher der falsche Weg, diesen Weg, den die FPÖ vorschlägt, den werden wir nicht mittragen können und eines möchte ich schon auch noch in Erinnerung rufen, Kollege Leichtfried hat es auch angesprochen, die 20 Jahre, die Österreich jetzt Mitglied ist in der Europäischen Union, haben uns Arbeitsplätze gebracht, haben uns Wirtschaftswachstum gebracht und Wohlstand gebracht. Wir wären ohne die Europäische Union nicht so weit gekommen, wie wir sind. Setzen wir dieses Projekt nicht aufs Spiel, sondern versuchen wir es gemeinsam weiter zu entwickeln und glauben wir bitte an diese europäische Idee. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.56 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Letzter zu Wort gemeldet Landesrat Christian Buchmann. Bitteschön, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (13.56 Uhr): Sehr geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierung und des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass die Vierteljahresberichte immer sehr schön über Gang und Lage des europäischen Einigungsprozesses berichten, insbesondere die Auswirkungen auf unsere Region und wir müssen ja wissen, dass die Steiermark in diesem gemeinsamen Europa eine von rund 270 Regionen ist, wo wir auch die Möglichkeit haben, uns einzubringen und in den entsprechenden Gremien auch unsere Meinung einzubringen und damit gemeinsam versuchen können, etwas zu beeinflussen in der Richtung, in der wir es auch hier im Hohen Haus diskutieren. Und ich möchte schon die Gelegenheit dieser Diskussion auch dazu nutzen, noch einmal darauf hinzuweisen, dass das, was Frau Klubobfrau Eibinger-Miedl gerade angesprochen hat, dass dieses Europa in den 20 Jahren, in dem Österreich Mitglied dieses

gemeinsamen Europas sein kann, auch für die Steiermark sehr, sehr positive Wirkungen erbracht hat. Nicht nur, dass wir Teil dieser Friedensgemeinschaft sind und ich füge hinzu, weil ich glaube, von der Werthaltung es auch wichtig ist, dass es ein Frieden in Freiheit ist, weil Frieden gibt es ja in manchen Regionen, wo die Freiheit des Individuums nicht so großgeschrieben ist, dass wir in diesem gemeinsamen Europa Frieden in Freiheit haben und dass es selbstverständlich auch eine wirtschaftliche Komponente dieses gemeinsamen Europas gibt, und wenn man sich die Historie anschaut, herauskommend aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis zu den heutigen gemeinsamen Wirtschaftsregimen und der gemeinsamen Währung bei allen Schwächen, die eine solche Systematik immer auch mit sich bringen kann, war das für die Steiermark durchaus eine Erfolgsgeschichte. Kollege Amesbauer, weil Sie immer nur die eine Seite der Medaille sehen und manche Kritiken anbringen, möchte ich auch die andere Seite der Medaille schon beleuchten und sagen, es haben uns diese 20 Jahre in der Steiermark und Kollege Leichtfried hat das auch angesprochen, wirtschaftliches Wachstum, damit wirtschaftliche Dynamik und damit eine Wohlstandsmehrung gebracht und wir haben in diesen 20 Jahren in der Steiermark nachweislich alleine durch den EU-Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze bekommen und es ist durchaus eine Erfolgsgeschichte, die mit diesem EU-Beitritt verbunden ist und wir haben insgesamt über 2,5 Milliarden an europäischen Strukturfondsmitteln einwerben können, jetzt sage ich in Klammer schon dazu, ich weiß schon, dass Österreich Nettozahler ist und dass wir einen Teil dieser Mittel auch selbst eingebracht haben, aber wir haben damit Projekte realisieren können, die es Menschen in der ganzen Steiermark, in allen Regionen, weil nur die Obersteiermark heute angesprochen worden ist, in allen Regionen der Steiermark wirtschaftliches Wachstum und Dynamik gebracht hat und wo unsere Wirtschaft, die großen industriellen Leitbetriebe, gleichermaßen wie auch die KMU's die Chance bekommen haben, auf internationalen Märkten durch Exporte sehr, sehr erfolgreich zu sein. Durch Warenexporte und durch Dienstleistungsexporte und damit das zu erfüllen, weshalb Wirtschaft eigentlich stattfindet, nämlich Arbeitsplätze abzusichern, wenn es geht, neue zu schaffen, Einkommen ins Land zu bringen und damit eine Steigerung der Lebensqualität zu bewirken. Und das sollten wir gemeinsam nicht kleinreden, sondern darüber sollten wir uns freuen, dass es bei allen Schwächen dieser Europäischen Union gelungen ist, hier die Steiermark in diesem gemeinsamen Europa entsprechend zu positionieren. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es, glaube ich, klug war von der Steiermärkischen Landesregierung, und das ist ganz besonders auch mein persönlicher

Ehrgeiz, dass wir auch jungen Menschen Europa und insbesondere auch das Funktionieren dieses gemeinsamen Europas näher bringen und Barbara Eibinger-Miedl hat es angesprochen, wir wollen über erwünschte und unerwünschte Wirkungen offen und transparent informieren und deswegen schaffen wir es, dass wir rund 700 Schülerinnen und Schüler jedes Jahr zu den europäischen Institutionen bringen, zu den politischen Repräsentanten bringen, um ihnen in einer Hintergrundbeleuchtung einfach auch zu zeigen, wie dieses Europa funktioniert, damit sie spüren, welche Chancen in diesem Europa stecken, aber selbstverständlich auch, welche Risiken mit so einer Europäischen Gemeinschaft verbunden sein können und dasselbe gilt für Lehrlinge, denen wir ein ähnliches Programm offerieren. Ich kann berichten, dass das sehr, sehr gut ankommt und es ist wirklich herzerfrischend, was ich auch an Reaktionen dann von den Schulklassen oder von den Lehrlingen an Postkarten oder Briefen bekomme, die spüren, dass dieses Europa schon eine gemeinsame Chance ist. Weil in der Diskussion heute die Flüchtlingsthematik eine große Rolle spielt, ich will mich nicht auch noch hier jetzt verbreitern, aber schon dazu sagen, dass wir hier Ursache und Wirkung nicht vermengen sollten, weil Europa hat ja das Problem nicht verursacht, sondern Europa ist eigentlich ein Lebensraum, der so etwas wie der ersehnte Lebensraum jetzt der Flüchtlinge auch ist, weil wir es hier geschafft haben, Frieden in Freiheit zu generieren, weil wir hier wirtschaftliches Wachstum geschafft haben und weil es ein soziales Miteinander gibt. Ich würde also nicht immer nur auf Europa und den europäischen Institutionen herumhacken, sondern schon einmal auch das von der anderen Seite sehen, weshalb wir so begehrt sind hier als vermeintlich sicherer Hafen für viele Flüchtlinge und es auch einmal von dieser Warte her diskutieren wollen. Es wurde vom Abgeordneten Amesbauer angesprochen, dass wir bei der Entwicklungszusammenarbeit vermeintlich zu viele Mittel investieren wollen, es gibt einen Antrag, der sagt, es sollen mehr aus Österreich investieren. Ich kann dem einiges abgewinnen. Was ich nicht abgewinnen kann, ist das gegenseitige Auseinanderdividieren. Ich bin dafür, dass wir ein starkes Bundesheer haben und damit unsere Landesgrenzen sichern können, ich bin aber auch dafür, dass wir in der Entwicklungszusammenarbeit einen vertretbaren Beitrag leisten und wenn das jetzt die 0,7 % sind, zu dem sich auch der Österreichische Nationalrat und die Bundesregierung verständigt hat, dann soll es mir Recht sein. Ich glaube, dass diese Mittel, wenn sie zielgerichtet eingesetzt werden und nicht in der Bürokratie irgendwo versickern, einen wesentlichen Beitrag auch leisten können dazu, dass wir hier für Menschen in Regionen, wo es nicht so einfach ist, eine Perspektive eröffnen. Und ich habe mir das auch angeschaut, was dieses gemeinsame Europa für europäische Zusammenarbeit an Mitteln

einsetzt und ich möchte Ihnen sagen, dass das mehr als die Hälfte der Investitionen der Welt sind, die dieses gemeinsame Europa in der Entwicklungszusammenarbeit leistet. Also wenn Österreich hier seinen Beitrag mit leistet, ist das, glaube ich, gut investiertes Geld für die Menschen in den Regionen, die es brauchen, ohne dabei zu vergessen, dass wir auch in der Heimat gewisse Aufgaben zu erfüllen haben. Ich möchte abschließend eine Einladung aussprechen. Es wurde vom Herrn Abgeordneten Fartek auch bereits darauf hingewiesen, dass wir den „Fair Styria Tag“ haben, wir werden am 30. September wieder einen „Fair Styria-Tag“ am Vormittag im Burghof durchführen, danke, Herr Landeshauptmann, für diese Möglichkeit, wo wir Schülerinnen- und Schülerinitiativen in mehreren Stationen einladen, ihre Perspektiven aufzuzeigen. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir damit auch in die Öffentlichkeit gehen, den öffentlichen Raum entsprechend erobern und damit auch auf die Bedeutung von guten Entwicklungszusammenarbeitsprojekten hinweisen. Das führt mich dazu, meiner Abteilung mit dem Abteilungsvorstand Patrick Schnabl, der da ist, herzlich zu danken, ihr habt, glaube ich, diesen „Fair Styria-Tag“ sehr gut vorbereitet und ich würde mich freuen, wenn viele Abgeordnete auch die Chance ergreifen würden, am nächsten Mittwoch, am 30. September, am Vormittag in den Burghof zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 134/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Einstimmige Annahme.

Den Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 134/4 betreffend „Aufhebung der Sanktionen und Ende der Eskalationsdiplomatie gegen die russische Föderation“ werden wir punktuell abstimmen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt eins zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt zwei ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen Einl.Zahl 134/3 betreffend „Mittel für EZA und internationale Flüchtlingsbetreuung erhöhen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Gegen die Stimmen der FPÖ zugestimmt.

Präsident Dr. Kurzmann: Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 126/2, über den Prüfbericht zu Gesundheitszentren Steiermark.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Barbara Riener.

LTabg. Riener - ÖVP (14.06 Uhr): Danke sehr, Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben heute den Landesrechnungshof bezüglich der Gesundheitszentren auf der Tagesordnung. Hier geht es darum, dass im Jahr 2009 ursprünglich basierend auf einer 2002 gesetzten Novelle des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes der Landtag die Regierung aufgefordert hat, bezüglich Maßnahmen zu setzen, eventuell in peripheren Krankenhäusern auch die Funktion von Gesundheitszentren aufzubauen und zu schauen, welche Funktion diese Gesundheitszentren haben sollten. Es sollte hier in den Regionen auf fehlende Angebote reagiert werden, sowohl im präventiven als auch im kurativen Bereich. Die Koordination diesbezüglich sollte der Gesundheitsfonds übernehmen. 2010 entfiel aber diese gesetzliche Grundlage und auf Anfrage an die Bundesregierung wie sie es denn sehe, welches Leistungsspektrum könnten Gesundheitszentren in Österreich haben, wurde uns mitgeteilt, dass das nicht so einfach zu sagen sei, weil letztendlich jede Region ihren eigenen Bedarf hätte und somit gibt es keine einheitliche Definition. In der Steiermark wurden Evaluierungen durchgeführt und mehrmals das Konzept angepasst. Letztendlich aber haben wir nach wie vor keine einheitliche oder keine konkrete Definition, welche Leistungen die Gesundheitszentren in der Steiermark haben sollen. Es sind vier an der Zahl entstanden, nämlich im Zeitraum

2010 bis 2013 wurde Mürzzuschlag, wurde Bad Aussee, Hartberg und auf der Stolzalpe ein Gesundheitszentrum aus der Taufe gehoben. Ich glaube auch dadurch, dass es keine konkrete Definition gegeben hat, hat sich der Bedarf einfach entwickelt und zurzeit können wir sagen, dass sich der Bedarf hauptsächlich im Pflegebereich entwickelt hat. Hier wird koordiniert und vor allem informiert, wie es meines Erachtens die Patientinnen und Patienten einfach gefordert haben. Aber der Rechnungshofbericht zeigt uns vor oder zeigt uns auf, dass auch die KAGes inzwischen sich weiter entwickelt hat. Die KAGes hat eine Richtlinie herausgegeben zum Entlassungsmanagement, das teilweise in den Häusern auch schon sehr gut umgesetzt ist und somit wurde auch aufgezeigt, dass es da zu Doppelgleisigkeiten kommen kann. Auch möchte ich erinnern, dass wir hier im Hohen Haus in der letzten Legislaturperiode aufgrund der am 15. Oktober stattfindenden Pflegeenquete auch die Landesregierung beauftragt haben, ein flächendeckendes Case- und Care-Management einzuführen. Warum bringe ich gerade diese beiden Bereiche jetzt zur Sprache? Es ist ganz wichtig, dass es letztendlich zu einem Gesundheitssystem kommt, und das habe ich auch schon öfters in diesem Haus gesagt, das gut aufeinander abgestimmt ist, wo man mal schaut, wo entsteht Bedarf, wo entstehen Lücken und diese dann zu schließen. Bezüglich der Gesundheitszentren muss man leider auch anmerken, dass dem Auftrag oder dem Charakter von Gesundheitsprävention nicht wirklich Rechnung getragen wurde und Entwicklungen, wie zum Beispiel, dass eben über die Bundes-Zielsteuerungskommission und auch die Landes-Zielsteuerungskommission es zu einem Konzept kommen soll, wo es um multiprofessionelle und interdisziplinäre Primärversorgung in Österreich und auch in der Steiermark gehen soll. Das heißt, diese Rolle müssen wir letztendlich zu Papier bringen und auch in die Umsetzung bringen und im Hinblick darauf, dass die Leistungsangebote gerade in der Steiermark in einem Guss gut aufeinander abgestimmt, nach dem Motto ambulant vor stationär und Wohnortnahe – dort wo möglich, aber auch zentral und stationär wo notwendig, dass diese Abstimmung erfolgen soll, möchte ich einen unselbständigen Entschließungsantrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert zu überprüfen, welche Leistungen durch Gesundheitszentren im Hinblick auf die zukünftige Einführung von flächendeckenden Case- und Care-Management und Primary Health Care-Zentren (PHC) angeboten werden können.

Dabei sollen die Veränderungen der PatientInnenströme hin zum niedergelassenen Bereich berücksichtigt werden, ohne Doppelgleisigkeiten zu erzeugen. Ziel ist die Schaffung von bedarfsgerechten, effizienten Angeboten für die Steirerinnen und Steirer in den Regionen.

Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.12 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wieser. Er hält heute seine erste Rede.

LTAbg. Mag. (FH) Dr. Wieser – SPÖ (14.12 Uhr): Herzlichen Dank. Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuschauer und Zuschauerinnen hier im Haus und über Livestream!

Danke, Frau Kollegin Riener, für die meiner Meinung nach sehr gute Zusammenfassung des Berichtes des Landesrechnungshofes. Von meiner Seite ist nur mehr zu ergänzen bzw. auch unseren Standpunkt hier kurz darzustellen, heißt, unser Ziel ist es, die Medizin näher zu den Menschen zu bringen und damit ist es egal, wie das Kind heißt, ob Gesundheitszentren, Primärversorgungszentren, wie auch immer. Klar dahinter stecken Konzepte, aber wichtig ist dabei, die Medizin zu den Menschen zu bringen, heißt: eine optimale Versorgung vor Ort sicher zu stellen und zu garantieren. Und um etwas weiterzuentwickeln, so wie wir es auch immer gesagt haben und auch die Gesundheitszentren weiter zu entwickeln, ist es wichtig, das auch regelmäßig zu evaluieren um dann eine entsprechende Weiterentwicklung gewährleisten zu können. Es entspricht auch dem Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP jetzt für die XVII. Gesetzgebungsperiode in dem wir ja Zukunft gestalten wollen, dass hier auch eine regelmäßige Überprüfung des Gesundheitssystem notwendig ist, weil einfach durch geänderte Rahmenbedingungen, durch auch neue gesetzliche Bedingungen Strukturanpassungen und Optimierungen einfach von Nöten sind. Die Entwicklung und Etablierung neuer steirischer Versorgungsmodelle im Sinne des „best point of service“ steht einfach hier im Fokus und im Mittelpunkt und dementsprechend haben wir gemeinsam diesen Antrag gestellt und ich bitte auch um die Zustimmung. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und Grünen – 14.14 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Staller. Ich erteile ihr das Wort. Auch bei ihr ist es die erste Rede hier im Landtag.

LTAbg. Dipl.-Ing. Staller - FPÖ (14.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen in den Reihen der Abgeordneten, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn hunderttausend Besucher aus der Steiermark zum Aufsteirern nach Graz strömen, ist das sehr erfreulich. Für unser Gesundheitssystem wünschen wir uns diesen Zustrom nach Graz nicht. Daher ist die Schaffung von Anlaufstellen für alle Fragen zum Gesundheitsangebot in allen Regionen der Steiermark wichtig und richtig. Im Jahr 2009 beschloss der Steirische Landtag die Einführung von sogenannten Gesundheitszentren. Wir haben es soeben gehört. Im Zeitraum 2010 bis 2013 wurde diese umgesetzt. Wir haben heute vier Gesundheitszentren, in Mürzzuschlag, Bad Aussee, Hartberg und auf der Stolzalpe. Die Gesamtkosten für das Projekt Gesundheitszentrum belaufen sich laut Prüfbericht des Landesrechnungshofes bisher auf 1,4 Millionen Euro. Und heute, fünf Jahre nach Einführung des ersten Gesundheitszentrums stellen sich die Regierungsparteien selbst die Fragen: Welche Aufgaben diese Gesundheitszentren in Zukunft übernehmen sollen? Wozu die Gesundheitszentren eigentlich gut sind? Erster Aufgabenbereich Pflege: Ich zitiere aus dem Regierungsübereinkommen: „Für den Pflegebereich ist ein Case- und Care-Management zu entwickeln und regional nach Möglichkeit bei den Sozialhilfeverbänden anzusiedeln.“ Bei den Sozialhilfeverbänden? Man sucht hier vergeblich nach den teuer installierten Gesundheitszentren. Der zweite mögliche Aufgabenbereich Primärversorgungszentren – Primary Health Care-Zentren: Im Konzept der Bundeszielsteuerungskommission zur Primärversorgung in Österreich findet sich kein Hinweis auf die Gesundheitszentren. Was bleibt für das Leistungsangebot also noch übrig? Dazu kommt ein schlechtes Marketing. Was macht der Durchschnittsteirer, wenn er sich zu einem bestimmten Thema informieren will? Er durchforstet das Internet. Laut Rechnungshofbericht gibt es auf den Homepages der Landeskrankenhäuser Bad Aussee, Hartberg und Mürzzuschlag keine Hinweise auf die dort eingerichteten Gesundheitszentren. Die steirischen Freiheitlichen unterstützen selbstverständlich die Schaffung von bedarfsgerechten Anlaufstellen für alle Fragen zum Gesundheitsangebot in der Steiermark. Wie auch immer das Kind im Endeffekt dann heißen soll. Einer Evaluierung der Gesundheitszentren auf deren Sinnhaftigkeit stehen wir daher

positiv gegenüber. Im Zuge dieser Überprüfung aufgedeckte Widersprüche und Doppelgleisigkeiten müssen im Interesse der Steirer so schnell wie möglich behoben werden. *(Beifall bei der FPÖ)* Weitere Verschwendung ohnehin nicht vorhandener Budgetmittel, wie zu Beispiel der im Rechnungshofbericht angeführte Betrag von 302.000 Euro für Aufträge an externe Beratungsunternehmen, brauchen wir nicht. Das Wichtigste ist ein effizientes Angebot für die steirische Bevölkerung in den Regionen und zwar rasch. *(Beifall bei der FPÖ – 14.18 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Moitzi. Bitte.

LTAbg. Moitzi - FPÖ (14.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, werte Abgeordnete und geschätzte Zuhörer!

Wie wir wissen, ist die Situation der steirischen Gesundheitsversorgung nicht zum Besten bestellt. So wird im Prüfbericht des Landesrechnungshofes zu den steirischen Gesundheitszentren festgestellt, dass derzeit viele gesundheitsfördernde Maßnahmen und Angebote bestehen. Diese werden von verschiedenen Stellen wahrgenommen. Das heißt, wir haben auf der einen Seite ein Überleistungsangebot und auf der anderen Seite kommt es in wichtigen Bereichen der Berufsausbildung zu einem massiven Einschnitt. In der Vergangenheit wurden an der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark am Standort in Leoben Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung angeboten. Das Stundenausmaß hierfür war für die Fächer Deutsch und Mathematik 200 Stunden und für das Fach Englisch 210 Stunden. Das heißt, es bestand für Personen ohne Matura die Möglichkeit, die Berufsreifeprüfung zu absolvieren und damit gleichwertige Berechtigungen, wie die einer Reifeprüfung an einer höheren Schule zu erwerben. Die Voraussetzung dafür war eine mindestens dreijährige Ausbildung nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz bzw. ein erfolgreicher Abschluss einer Ausbildung in dem medizinischen Fachbereich. Damit war man dann für den Besuch von Kollegs, Fachhochschulen, Universitäten, Privatuniversitäten etc. berechtigt. Dies stellte vor allem für junge Menschen die Chance für die Zukunft dar oder eine wichtige Chance für die Zukunft dar und wurde daher auch von zahlreichen Schülern in Anspruch genommen. Jetzt aber finden diese Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung aufgrund von Einsparungsmaßnahmen keine Relevanz mehr und diese finden ab Herbst dieses Jahres nicht mehr statt. Damit gehen eindeutig Bildungschancen für

vor allem junge Menschen verloren, die bereit sind, neben einer medizinischen Ausbildung zusätzlich noch die Berufsreifeprüfung abzulegen. (*Beifall bei der FPÖ*) In einem Schreiben der Direktorin der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark in Leoben hat in einem Brief, in einem Schreiben vom 14.08. mitgeteilt, dass es diese Vorbereitungskurse für alle Bewerber nicht mehr geben wird. Zudem wurde mitgeteilt, dass alle bisher eingelangten Ansuchen keine Berücksichtigung mehr finden können. Das heißt, wie so oft, wird wieder im Bildungsbereich gespart. Daher bringen wir heute folgenden Entschließungsantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Schülern der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark am Standort Leoben auch ab Herbst 2015 wieder die Absolvierung von Vorbereitungslehrgängen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 14.22 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Krautwaschl. Bitteschön.

LTabg. Krautwaschl – Grüne (14.23 Uhr): Danke Herr Präsident! Noch einmal Begrüßung an Alle!

Ich möchte nur ganz kurz zum Entschließungsantrag unsere Position einbringen. Wir werden dem auch zustimmen. Für mich ist aber wichtig, ein paar Punkte dazu noch anzuregen bzw. klar zu stellen, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind. Wir haben, also meine Kollegin und Vorgängerin Ingrid Lechner-Sonnek hat sich zum Zeitpunkt 2009 sehr stark gemacht für dieses Thema und es gab zum damaligen Zeitpunkt kein Angebot in diesem Bereich, das wirklich bedarfsorientiert an die Menschen vor Ort herangetragen werden konnte. Gesundheitsprävention und auch der Bereich Pflege und vor allem die Informationsträger unabhängige Information über das Angebot in diesem Bereich war nicht vorhanden. Die weitere Entwicklung hat dazu geführt, dass – und da teilen wir die Kritik des Rechnungshofes – relativ viel Geld ausgegeben wurde, für eine Maßnahme, die jetzt nicht ganz klar oder wo nicht ganz klar ist, wie es damit weitergehen soll. Dennoch wurde sehr wertvolle Arbeit aus unserer Sicht in diesen Gesundheitszentren geleistet, weil vor allem Menschen, die nicht aus dem Krankenhaus entlassen werden, sondern Pflege und Beratung brauchen, aus einer

Situation heraus, wo sie aus gesunden Zustand dann eben Pflegebedarf entwickeln, weil für diese Menschen eben keine Anlaufstelle vorhanden, noch nicht vorhanden ist. Also wir hoffen und gehen davon aus, dass das Konzept des Case- und Care-Management, das versprochen wurde und von dem wir auch seit langem überzeugt sind, dass es auch in der Steiermark notwendig ist, wir sind hier wirklich das Schlusslicht in Österreich, dass dieses Konzept nun kommen wird und möglicherweise sind dann gewisse Bereiche, die Gesundheitszentren bis jetzt abgedeckt haben, dort nicht mehr notwendig. Aber solange wir diese Case- und Care-Management Versorgung nicht haben, solange wir sie nicht am Tisch haben, wir das Konzept nicht am Tisch haben, ist es natürlich wichtig, dass die Arbeit, die dort geleistet wird, in den Gesundheitszentren und für die ich mich auch eindeutig bedanken will, bei den vielen engagierten Menschen, die das vor Ort betreiben, dass diese Arbeit einfach noch weiter geht. Für mich ist ganz wichtig, das auch noch einmal zu betonen, dass ein Entlassungsmanagement alleine die Versorgung vor Ort abdecken kann, weil eben nicht alle, die dann einen Bedarf haben an Pflege, an sonstigen sozialen Leistungen, weil die nicht alle aus dem Krankenhaus immer entlassen werden. Also das alleine ist jetzt nicht ein Grund, Gesundheitszentren sozusagen in Frage zu stellen. Was sehr wohl in Frage gestellt wird auch von uns, wie gesagt sind die Kosten. Explizit erwähnen möchte ich die externen Beratungskosten, die eben trotz Aufstockung des Personalstandes im Gesundheitsfonds auf 300.000 Euro gestiegen sind. Da teilen wir die Kritik des Rechnungshofes. Letztlich geht es darum, ein Angebot zu haben, egal wie es heißt, dass den Bedarf der Bevölkerung wirklich abdeckt, also das nicht einfach ein Angebot darstellt und dann müssen die Leute nehmen, was es halt grad gibt, dass man sich dann wirklich genau anschaut, was ist der Bedarf? Was brauchen die Menschen? Und da werden wir in jeder Hinsicht mitgehen, wenn diese Bedarfsorientierung durch ein neues Instrument oder auch durch Weiterführung der Gesundheitszentren abgedeckt wird. Ja, Danke für die Aufmerksamkeit oder auch Nichtaufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.27 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke, Frau Abgeordnete. Als Letzter in dieser Debatte zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Drexler. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegin auf der Regierungsbank, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bedanke mich für alle Beiträge in dieser Debatte, die ja eigentlich über diesen Rechnungshofbericht über die Gesundheitszentren abgeführt worden ist und ich möchte nur in einigen wenigen Sätzen dort anschließen, wo ich letzte Woche im Gesundheitsausschuss aufgehört habe, wenn Sie so wollen. Zum einen, der vorliegende Landesrechnungshofbericht über diese sogenannten Gesundheitszentren ist uns mit Sicherheit Anlass, sehr eingehende Überlegungen gemeinsam mit allen Partnern im System und selbstverständlich auch mit allen hier im Hause vertretenen Parteien anzustellen, wie wir dieses Projekt in die Zukunft weiterführen wollen. Ich habe schon im Ausschuss gesagt und ich denke bei Frau Kollegin Krautwaschl ist es angekommen, es hat insbesondere in der XV. Gesetzgebungsperiode hier im Haus sehr intensive Debatten gegeben, wo immer wieder die Einführung sogenannter Gesundheitszentren gefordert worden sind. Das Problem war in diesen Debatten nur, der Titel war immer der gleiche, aber jeder hat sich was anderes darunter vorgestellt und gegen Ende der XV. Gesetzgebungsperiode hat es dann Beschlüsse gegeben: Jetzt wollen wir das machen. Allerdings ist nicht weiter ausdefiniert worden, was man genau machen will. Und das klingt auch ein wenig durch bei diesem Landesrechnungshofbericht, dass das, was man konkret gemacht hat, nämlich in aktuell oder an aktuell vier Standorten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. solche Gesundheitszentren „anzuflanschen“ wenn man so will, an die Landeskrankenhäuser, dass das vielleicht nicht allein glücklich machen ließ. Ich habe auch schon darauf hingewiesen, und das ist in der Debatte auch schon rezipiert geworden, dass es natürlich so etwas wie eine Begriffsverwirrung gibt. Einerseits reden wir von diesen Gesundheitszentren, die zum Teil exzellente Arbeit leisten, die zum Teil nicht mehr sind als qualifiziertes Entlassungsmanagement oder zur Verfügungstellung von allerhand Unterlagen und Zurverfügungstellung einer freien Telefonleitung, wenn sie gerade frei ist, das haben wir auf der einen Seite. Auf der anderen Seite gibt es eine bundesweit vereinbarte Gesundheitsreform, die, wie ich heuer im Sommer einmal in einem Interview gesagt habe, leider in Zeitlupe umgesetzt wird, obwohl sie im Zeitraffer umgesetzt werden sollte. Ein Kernpunkt dieser Gesundheitsreform ist ein Primärversorgungskonzept, das sogenannte Primary Health Care-Centers vorsieht, als Anlaufstellen für die Grundversorgung, für die Primärversorgung und als oder sagen wir es anders herum, zumindest zwei Motive gibt es dafür, das eine Motiv in den urbanen Ballungsräumen, Entlastung der Spitalsambulanzen und Ergänzung zum klassischen niedergelassenen Bereich durch bessere Öffnungszeiten, durch mehr Flexibilität wenn man so will im Angebot, insbesondere natürlich für chronisch Kranke und Ältere und Zweitens im ländlichen Raum, zweites Motiv, zur

Bekämpfung des Problems, das wir zunehmend haben werden, dass nämlich der klassische niedergelassene Bereich ausdünnert oder auszudünnen droht. Schauen Sie sich an, wie alt unsere Damen und Herren niedergelassenen Ärzte sind. Wie viele da in den nächsten Jahren in Pension gehen oder schon unmittelbar davor stehen, in Pension zu gehen und wie viele Interessenten es gibt. Wir haben über Eisenerz zuletzt diskutiert. In Eisenerz ist zum zweiten Mal ausgeschrieben, eine praktische Kassenarztfachstelle, praktische Kassenarztstelle, wo es keinen Bewerber gegeben hat oder Bewerberin. Und dieses Problem kommt uns von der Peripherie, der Peripherie über die Peripherie bis herein in die zentralen Räume und hier müssen wir Antworten finden. Das, was mit der Gesundheitsreform an sich auch in einer 15a Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, ist eigentlich ein Weg diesen Dingen zu begegnen. Das wollen wir tun. Das steht im Übrigen auch im Regierungsübereinkommen, weil jemand darauf Bezug genommen hat und das ist mit Sicherheit mein Ansinnen, hier gemeinsam mit der Sozialversicherung, gemeinsam mit der Standesvertretung der Ärztinnen und Ärzte und unseren Expertinnen und Experten im Gesundheitsfonds, zu Lösungen zu kommen, die sozusagen adäquat sind und passen. Das fängt an von der schwierigen Debatte im Mariazellerland, über die Debatte in Eisenerz und Umgebung – Region, aber auch in einer generellen Dimension, wie wir das in Zukunft für die Steiermark aufstellen wollen. Und um hier Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, braucht es einfach kluges Nachdenken, wie wir dieses Projekt der Gesundheitszentren an den Standorten der Kages weiterentwickeln können, sinnvoll ergänzend und ineinandergreifend, hier ein Modell entwickeln wollen. Und ich kann Ihnen wirklich berichten, dass wir, etwa wo es die Spezialproblematiken besonders dislozierter Gegenden unseres Landes betrifft – noch einmal gesagt Mariazell Eisenerz – dass wir hier wirklich in guten und konstruktiven Gesprächen sind. Und was mich freut, dass es gelungen ist, in den letzten Monaten hier in der Steiermark auch ein ganz bewusstes, einen bewussten Gegenentwurf eigentlich darzustellen, zu den zum Teil schrillen Diskussionen auf Bundesebene zwischen Standesvertretungen, Berufsvertretungen, Sozialversicherung, Gebietskörperschaften. Ich habe den Eindruck, ohne den Tag vor dem Abend loben zu wollen, dass wir hier in der Steiermark auf einen guten Weg konstruktiver Debatten sind. Nachdem von den Englischstunden die Rede war, könnte man jetzt ein englischen Sprichwort einbinden „the proof of the pudding is in the eating“. Das heißt, es wird natürlich erst am Ende des Tages, wenn wir auch tatsächlich Lösungen haben, feststellbar sein, ob das konstruktive Diskussionsklima, ob der konstruktive Zugang aller Partnerinnen und Partner im System, auch tatsächlich zu adäquaten Lösungen führt. Ich bin

aber guter Dinge, dass das so sein wird. Insofern nehme ich gern die Anregungen auf, in die Richtung hier diesen Landesrechnungshofbericht zum Anlass zu nehmen, diese Gesundheitszentren sehr konkret noch einmal zu überlegen, wie wir das für die Zukunft anlegen werden, wie es zu einer sinnvollen Ergänzung insgesamt kommt und wie wir ein System aufstellen können für die Steiermark, das eine flächendeckende und qualitätsvolle Primärversorgung für alle Steirerinnen und Steirer sicherstellt, aber natürlich auch eine flächendeckende und qualitätsvolle Versorgung in weiteren Versorgungsstufen. Das ist das eine, was ich Ihnen kurz sagen wollte und insofern bin ich auch der Kollegin Staller sehr dankbar für ihre Hinweise im Rahmen ihrer Wortmeldung, weil das Bild, dass wir sehr froh sind, wenn hunderttausende Leute nach Graz kommen zum Aufsteirern oder mehr als hunderttausend Leute, aber weniger froh sind, wenn alle Hunderttausend auch zu den Ambulanzen im LKH oder LKH West oder LKH Graz Südwest Standort West oder sonst wohin kommen, ist durchaus ein treffliches Bild und Ziel ist es natürlich, dass wir die Spitalsambulanzen entlasten und durch andere Angebote sozusagen aber unsere steirischen Landsleute mit entsprechender Versorgung bedienen können. Ich komme zu dem Punkt, der von der Kollegin Moitzi angesprochen worden ist, im Zusammenhang mit den Krankenpflegeschulen. Schauen Sie, ich glaube, der Entschließungsantrag wird heute keine Mehrheit finden, wenn ich recht informiert bin, aber ich bitte zu bedenken, dass wir uns hier in einer Umbruchsituation befinden, was die Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe betrifft. Und auch diese Maßnahmen sind in dem Zusammenhang der Änderungen in diesem Bereich zu sehen. Ich habe gerade gestern erst eine Besprechung gehabt, mit Vertretern der Medizinuniversität Graz, der Fachhochschule Joanneum, der Abteilung 8 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung und es wird fortwährende Besprechungen zu diesem Thema geben auch einschließlich Vertreter der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft. Warum? Sie wissen, dass derzeit eine Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes des Bundes in Ausarbeitung ist, wenn ich so sagen darf, es hat ein Begutachtungsverfahren gegeben. Das Land Steiermark hat den Konsultationsmechanismus in Bewegung gesetzt, weil wir auf Basis des aktuellen Standes der Überlegungen zu dieser Novelle wesentliche Fragen noch zu diskutieren haben, insbesondere im Hinblick auch was die Kosten betrifft. Weil Sie dürfen eines nicht vergessen, das GuKG ist ein super Gesetz, ein Bundesgesetz, das sozusagen Ausbildung, Berechtigungen, Berufsbilder in diesem Bereich normiert, ein Bundesgesetz, das aber hauptsächlich Länder und Gemeinden anzuwenden haben. Also ein Bundesgesetz, das Länder und Gemeinden

zahlen, könnte man sagen. Warum? Weil natürlich dadurch, dass die Spitäler aber auch die Pflegeheime, aber auch die mobilen Dienste in ganz Österreich Aufgabe der Länder und Gemeinden sind, natürlich wir die Hauptverantwortung für diesen Bereich tragen. Der Bund regelt, wir müssen dann zahlen was da fehlt, geregelt oder nicht geregelt oder falsch geregelt wird. Deswegen nehmen wir die Debatte um diese Reform sehr ernst und haben auch den Konsultationsmechanismus ausgelöst und all das, was Sie von Leoben berichten und von anderen Standorten der Krankenpflegeschulen, ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Weil eines ist relativ klar, diese Novelle wird tertiäre Ausbildung für den gehobenen Dienst im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege bringen. Tertiäre Ausbildung durchgeführt durch die Fachhochschulen. Und nun müssen wir einerseits, weil ich klipp und klar gesagt habe, wenn das kommt, möchte ich, dass unsere steirische Fachhochschule Joanneum, als eine der beiden Fachhochschulen, die wir haben, wie Sie wissen, jedenfalls auch, wie auch bei anderen Gesundheitsberufen, die ja bereits einer tertiären Ausbildung zugeführt worden sind, wenn Sie an Diätologinnen/Diätologen denken, wenn Sie an die Physiotherapeutinnen/Physiotherapeuten denken oder auch an die röntgentechnischen Assistentinnen und Assistenten, wir hier auch eine entsprechende Fachhochschulausbildung in der Steiermark vorhalten wollen. Das wird Auswirkungen auf die Krankenpflegeschulen haben. Und die genaue Gestalt dieser Auswirkungen können wir erst absehen, wenn wir das konkrete Gesetz auf Bundesebene vorliegen haben. Weil ich muss ja einmal wissen, welche Berufsberechtigten haben wir genau? Welche Berufsbilder haben wir genau? Eines ist aber klar, und auch das habe ich intern bereits, glaube ich, festgelegt, wir wollen natürlich unsere Standorte der Krankenpflegeschulen jedenfalls erhalten. Und dort, wie auch immer dann das im neuen Gesetz heißt: Pflegefachassistenz, Pflegeassistenz, im Übrigen zum Teil eine furchtbare Terminologie, die in diesem Gesetz Einzug gehalten hat, aber es ist ja insgesamt offensichtlich in Österreich irgendwie verloren gegangen, die Kultur einer auch sprachlich eleganten Legistik, ja, die ist abhanden gekommen. Noch schlimmer ist es in 15a Vereinbarungen und ähnlichen Dingen, da kann man aber eh sich auch nur selbst an der Nase nehmen. Das heißt, wenn wir in Hinkunft die akademischen Linien der Pflegeausbildung im Zusammenwirken von Universität und Fachhochschule neu aufstellen wollen, wird eben eine Situation eintreten, dass wir vielleicht das konkrete Angebot, das Sie angesprochen haben, nicht mehr brauchen werden. Das ist der einfache Hintergrund. Wenn es aber darum geht und wenn die Sorge der Freiheitlichen Partei jene ist, dass wir Entwicklungsmöglichkeiten für jene Damen und Herren, die jetzt konkret in einer Ausbildung stecken, wenn man so will,

oder die dereinst auch künftig Ausbildungen machen werden, an den Krankenpflegeschulen abschneiden würden, wenn wir hier sozusagen Sackgassen konstruieren wollen, kann ich Ihnen versichern, dass wir mit Sicherheit darüber diskutieren werden, wie wir Angebote schaffen können auch in Zukunft, damit es nicht zu solchen Sackgassenentwicklungen kommt. Aber zuerst einmal müssen wir klären, wie schaut das Gesetz aus? Müssen wir klären, wie können wir das, was derzeit an der Medizinuniversität Graz angeboten wird, Pflegewissenschaften auch in einer dualen Ausprägung, wo wir mit der Krankenpflegeschule am Landeskrankenhaus Universitätsklinikum Graz sozusagen eine Ergänzung zur universitären pflegewissenschaftlichen Ausbildung anbieten – läuft auch aus; Also falls Sie das nächste Mal einen Antrag stellen wollen, dass das auch weiterlaufen soll, läuft aus, weil wir uns jetzt vorbereiten auf den neuen Ausbildungsstrang an den Fachhochschulen und hier auch in der Steiermark. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist sehr vieles in Fluss. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns sehr bemühen hier in den Verhandlungen mit dem Bund einerseits aber auch in Verhandlungen mit allen betroffenen Interessensvertretungen zu soliden und passgenauen Lösungen zu kommen. Und das Letzte was wir wollen, ist es den ganzen Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe unattraktiv zu machen. Das Gegenteil wollen wir. Weil ich will ja nicht in vier Jahren da stehen oder in fünf Jahren da stehen oder wann auch immer da stehen und Ihnen Ähnliches berichten, wie wir es jetzt bei den Ärztinnen und Ärzten haben, nämlich einen sehr nachfragedominierten Arbeitsmarkt – Euphemismus für Mangel, und daher müssen wir schauen, dass diese Bereiche attraktiv bleiben und Sie können mir glauben dass wir das tun, was die Ausbildung betrifft, aber auch was Verhandlungen etwa innerhalb der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft betrifft, wo wir die Lebensphasen orientierte Attraktivierung, ich habe Ihnen schon gesagt, die sprachliche Eleganz nimmt rapide ab, also die Lebensphasen orientierte Attraktivierung, die wir bei den Ärztinnen und Ärzten in der KAGes und darüber hinaus bereits umsetzen konnten, auch auf den Bereich der Pflegeberufe auszudehnen. Das aber alles vor der Hintergrundbeleuchtung unserer konkreten Budgetsituation und vor der Hintergrundbeleuchtung, dass bei allen möglichen Gelegenheiten geklagt wird, dass wir steigende Kosten im Gesundheitsbereich haben. Also, ich denke, dass wir in vielen Gesprächen dabei sind, die angesprochenen Probleme zu erfassen und auch Lösungsvorschläge zu erarbeiten und insofern bin ich durchaus auch froh, über den von der Kollegin Riener eingebrachten Entschließungsantrag, der in diese Richtung weist, der in diese

Richtung weist und bedanke mich für alle Wortmeldungen im Zuge dieser Debatte und erst recht für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.44 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 126/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 126/5, betreffend Überprüfung der zukünftigen Leistungen der Gesundheitszentren ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Ebenfalls einstimmig.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 126/4, betreffend Vorbereitungslehrgänge für die Berufsreifeprüfung an der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege des Landes Steiermark am Standort Leoben ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die Mehrheit.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt. Zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 127/2, über den Prüfbericht zur Steiermärkischen Medizinarchiv GesmbH (marc).

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Bitte Frau Abgeordnete. Zur Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Wallner-Liebmann.

LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann - ÖVP (14.47 Uhr): Geschätztes Präsidium, geschätzte Regierung, geschätztes Forum des Hohen Landtages!

Ich darf hier ein Kurzstatement zum Prüfbericht zur Steiermärkischen Medizinararchiv Gesellschaft geben und habe damit die Ehre, die hohe Kompetenz dieser mehr als zehnjährigen Erfolgsgeschichte dieses Projektes darstellen zu können. Ich möchte dies ganz besonders auch in Richtung der Öffentlichkeit tun. Der Landesrechnungshof hat eine Prüfung der Gebarung der Steiermärkischen Medizinararchivgesellschaft gemäß des Artikels 52 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes durchgeführt und die Prüfung umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2009 bis 31. Jänner 2015 zu den Prüfungskompetenzen und Prüfungsmaßstab. Als Prüfungsmaßstäbe hat der Landesrechnungshof die ziffernmäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Rechtsvorschriften, die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit herangezogen. Grundlage für die Prüfung waren Auskünfte und vorliegende Unterlagen der geprüften Gesellschaften, der für diese im Amt der Steirischen Landesregierung zuständigen Abteilung 8 – Wissenschaft und Gesundheit, des Gesundheitsfonds Steiermark sowie eigene Recherchen und Wahrnehmungen des Landesrechnungshofes. Die marc ist ein Joint Venture, eine gemeinsame Gesellschaft der Siemens Austria und der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft und die Gesellschaft bietet allgemein IT-Lösungen für die wichtige Archivierung und Verteilung von medizinischen Bilddaten. Die KAGes ist hier in der marc zu 48 % beteiligt. Ende 2013 wurde die marc mit der Errichtung und den Betrieb der ELGA Affinity Domain Steiermark und das ist eine dezentral eingerichtete Onlineportalmöglichkeit zur Speicherung und zum Austausch von Daten der elektronischen Gesundheitsakte ELGA beauftragt und diese soll damit einen standardisierten Austausch der ELGA-Daten innerhalb des Versorgungsraumes Steiermark und mit der Affinity Domain in weiteren Anknüpfungspunkten die Versorgungsräume weiterhin eröffnen. Den Gesellschaftern an sich bringt das gemeinsame Joint Venture einige Vorteile, die wichtigsten, die man hier nennen sollte, sind die Nutzung vorhandener Stärken in Marketing und Betrieb, Marktzugang zu radiologischen Bildarchivierungen und Austausch und Versand und vor allem natürlich auch der Austausch der radiologischen Bilddaten in und außerhalb der KAGes. Die Nutzung von know how ist ein wichtiges Thema und damit vorhandene Strukturnutzung am Markt, Beitrag zur Abdeckung des Betriebsabganges durch regelmäßige Gewinnausschüttungen. Darüber hinaus muss man aus der Sicht des Landes Steiermark weiteren Nutzen hervorheben, vor allem die Verbesserung der Vernetzung im Gesundheitswesen und die Aufnahme und Vermeidung der Doppeldarstellungen. Zu ganz wichtigen Punkten des sehr positiven Berichtes wäre darzustellen, dass vor allem die Prüfung der Grundlagen der Gesellschaft hier sehr positiv ausgefallen ist. So wurde eine Neufassung

des Gesellschaftsvertrages unter anderem im Hinblick auf die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes und die Errichtung und der Betrieb der ELGA Affinity Domain Steiermark und der Abschluss von eigenen Geschäftsführerverträgen empfohlen. Wichtig ist der Aspekt, der Betrachtung des Zusammenhangs von der Gesellschaft marc und ELGA und hier ist zu erwähnen, dass der bestehende technische Vorsprung im Bereich der digitalen Archivierung und im Bilddatenaustausch bzw. die derzeitige Marktausstellung im südsteirischen, im südösterreichischen Raum ermöglicht, dass hier weiterhin mit ELGA hier eine Nische abgedeckt werden kann. Mit der ELGA Affinity Domain Steiermark hat sich die marc darüber hinaus ein weiteres Standbein damit geschaffen, das die geprüfte Gesellschaft mittelfristig sehr gut absichert. Die allgemeine Geschäftsgebarung wurde in Ordnung empfunden und wir haben hier eine Bilanzsumme von 1,3 Millionen vorliegen und damit auch eine positive Jahresergebnisentwicklung, die hier sehr, sehr beachtlich ist. Es wurde dazu empfohlen, den nächsten Jahresabschluss einer externen Prüfung zu unterziehen und dies zumindest dreijährig in Abständen zu wiederholen. Entscheidend hat die geprüfte Gesellschaft am Ende des Prüfungsraumes hier ein IT-Equipment auf den Standard der Integrating healthcare enterprise umgestellt und zwar um hier natürlich die breite Kompatibilität für die Zukunft sicher zu stellen und andererseits natürlich aber auch im Hinblick, das Geschäftsfeld von ELGA Affinity Domain Steiermark. Der Aspekt, der IT-Qualität und Sicherheit wird in der Gesellschaft sehr intensiv wahrgenommen. Es wurden hier keine bedeutenden Störungen oder Sicherheitsvorfälle bekannt gegeben. Die Vorkehrungen dafür sind für den Ernstfall ganz stringent vorhanden. Konkurrenzsituation, wichtig für die Bewertung eines Unternehmens, wurde von der marc im Prüfzeitraum kontinuierlich beobachtet und auch in den betreffenden Beiratssitzungen immer wieder besprochen. Hier wird empfohlen, diese Vorgangsweise weiter zu verfolgen, um hier im Anlassfall rasch reagieren zu können. Der wichtige Punkt der Compliance, gemeint als Einhaltung bestimmter Gesetze oder Regeln, wird hier auch kompetent aufgegriffen und hierin wird auch angegeben, dass generelle Vorgaben von Siemens aufgegriffen werden oder beantragt oder Business Conduct Guidelines, hier gibt es natürlich dann aber auch einen eigenen Compliance Officer in der Gesellschaft. Somit ist festzuhalten, dass die Marktposition in den Geschäftsfeldern und Geschäftsfeldern, digitale Bildarchivierung und Bilddatenaustausch bzw. der Versand von digitaler radiologischer Bilddatenreihen und natürlich der Betreibervertrag mit ELGA Affinity Domain Steiermark hier Aussichten auf eine sehr gute weitere Entwicklung in den nächsten Jahren gibt und abschließend vielleicht der Satz, dass wir es hier wirklich mit einem

steirischen Erfolgsprojekt zu tun haben, das als Säule unserer Gesundheitsversorgung gilt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.55 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke, Frau Abgeordnete. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 127/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Einstimmig. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt zu Punkt

9. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 166/1, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Aufwind – Das Zentrum für Wohnen und Ausbildung“ (Einl.Zahl 2915/5, Beschluss Nr. 1079).

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir dann zum nächsten und 10. Tagesordnungspunkt - zur Abstimmung, alles klar.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 166/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nächster Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 163/1, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. 4 des L-VG zu dem Bericht des Landesrechnungshofes betreffend „Schulsozialarbeit in der Steiermark“ EZ. 3072/3 (Beschluss Nr. 1104).

Ich ersuche um Wortmeldungen.

Abgeordneter, Hannes zu zehnten? Okay. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Hannes Amesbauer.

LTabg. Amesbauer, BA - FPÖ (14.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Maßnahmenbericht des Landesrechnungshofes zur Schulsozialarbeit in der Steiermark liegt uns allen vor, wurde auch im entsprechenden Ausschuss schon behandelt. Ganz kurz einige grundsätzliche Bemerkungen. Die Schulsozialarbeit in der Steiermark ist eine Einrichtung, ohne die es nicht gehen wird. Leider wird das benötigt, das steht außer Frage. Es dient, wie wir ja alle wissen dazu, sich um Schüler zu kümmern, die einen besonderen Betreuungsaufwand haben, die aus Elternhäusern kommen, wo sie Gewalt erleben, in der Schule vielleicht auch Gewalt erleben, vielleicht auch Gewalt selbst ausüben, viele Fehlstunden haben, Schulabbrecher sind und auch Mobbing ausgesetzt sind. Also das sind so wichtige Kernbereiche der Schulsozialarbeit in der Steiermark. Den Maßnahmenbericht des Rechnungshofes, es werden einige Maßnahmen vorgeschlagen, auf die möchte ich jetzt nicht einzeln eingehen, das ist uns allen ja bekannt, wenn wir den Maßnahmenbericht des LRH gelesen haben. Ich möchte aber schon eine Anmerkung machen, und zwar mit der Ausführung der Leistungen im Rahmen der steirischen Schulsozialarbeit werden insbesondere immer zwei Organisationen beauftragt und somit auch mit Steuermitteln des Landes subventioniert, wenn man das so sagen will und das sind zum einen ISOP zum anderen die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus und wir haben das in der vergangenen Legislaturperiode so gehandhabt, dass wir eigentlich durchwegs gegen Fördermittel und Zahlungen des Landes an diese beiden Organisationen aufgetreten sind und ich möchte Ihnen auch sagen warum. Weil gerade diese beiden Organisationen, nämlich ISOP und die ARGE sehr stark politisch links orientiert sind, immer wieder auch im schulnahen Bereich Workshops und Veranstaltungen organisieren, wo auch ganz klar gegen die Freiheitliche Partei Österreich agitiert wird und ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Freiheitliche Partei bundesweit und auch in der Steiermark, die mit Abstand größte und erfolgreichste demokratisch gewählte Oppositionskraft ist und somit verwehren wir uns nach wie vor, dass die Aufträge an diese genannten Organisationen vergeben werden. Wie auch im Verwaltungsbereich, im Bereich der Bestellung von Schuldirektoren und Lehrerposten, gilt auch hier Parteipolitik und Ideologie raus aus dem Bildungsbereich, Ideologie und Parteipolitik raus aus der Schule. *(Beifall bei der FPÖ – 15.00 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dolesch. Bitte.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (15.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Halten wir grundsätzlich einmal fest, Schulsozialarbeit ermöglicht es soziale Problemlagen im Rahmen des Lebensortes Schule möglichst frühzeitig zu erkennen und mit den Methoden der sozialen Arbeit auch Lösungsansätze entsprechend zu entwickeln. Es gibt auch eine Fülle an Vorschlägen im Landesrechnungshofbericht, wo man zusammenfassend sagen kann, dass diese auch zur Gänze entsprechend umgesetzt wurden, dass diese zur Gänze befolgt wurden. Halten wir fest, durch die niederschweligen Angebote und die kontinuierliche Präsenz der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an Schulen können eben diese sozialen Problemlagen schon im Anfangsstadium entsprechend erkannt, entschärft und sogar in vielen Fällen gelöst werden. Durch diese präventiven Maßnahmen kann entsprechend frühzeitig geholfen werden und Kinder und Jugendliche kann man festhalten und werden hier im Prozess des Erwachsenwerdens begleitet und entsprechend unterstützt. Warum sage ich das? Weil hier die objektive Arbeit im Vordergrund steht und nicht wie Herr Abgeordneter Amesbauer sofort wieder gemutmaß hat, in irgend einer parteipolitischen, ja fast Verfolgung, dass hier sogenannte linke Organisationen automatisch entsprechend immer nur bevorzugt werden, die gegen die Freiheitliche Partei agitieren. Halten wir fest, im Landesrechnungshofbericht ist festgehalten, dass hier mit den entsprechenden Bestbiestern verhandelt wird und mit diesen zwei Bestbiestern sind auch immer diese Gespräche geführt worden und der Bestbieter hat dann entsprechend den Zuschlag auch bekommen. Also hier immer so zu tun, die armen verfolgten benachteiligt Unterdrückten auf der einen Seite und auf der anderen Seite jene, die immer nur hinpecken, das stimmt einfach nicht. Orientieren wir uns an den sach- und lösungsorientierten Ebenen, die hier meinen, dass wir hier entsprechend präventiv zum Wohle der Kinder und Jugendlichen arbeiten und das nicht – ausdrücklich nicht – parteipolitisch missbraucht wird. Ich danke. *(Beifall bei der SPÖ – 15.03 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke Herr Abgeordneter. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 163/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten N1 und N2 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu

N1. Bericht des Ausschusses für Regionen über den Selbstständigen Ausschussantrag, Einl.Zahl 170/6, betreffend Novellierung des Baugesetzes betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen.

Der zweite Antrag. Das ist

N2. Bericht des Ausschusses für Regionen über den Antrag, Einl.Zahl 170/7, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Sandra Krautwaschl betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen für die Unterbringung von Flüchtlingen unter erleichterten bau- und raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen.

Als Erster zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Petinger. Bitte.

LTabg. Petinger – SPÖ (15.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mit dem Antrag N2, also mit dem Abänderungsantrag beginnen, das ist eine formalrechtliche Geschichte, um den ursprünglichen selbständigen Antrag der Grünen Fraktion auch ordnungsgemäß abzuhandeln. Wesentlich ist und da darf ich mich durchaus als Vorsitzender im Ausschuss bedanken, dass es letztendlich zu einem selbständigen Antrag aus dem Ausschuss gekommen ist, zur Abhandlung der Novellierung des Baugesetzes betreffend, vorübergehender Betreuungseinrichtungen und da lassen Sie mich noch vorher sagen, heute

ist sehr oft und vielfach das Wort Chaos und Katastrophe gefallen und dass es Verbesserungsbedarf und Maßnahmen bedarf, eben um hier besser einzugreifen und bessere Richtlinien zu haben. Wir haben jetzt formalrechtlich hier einen Antrag liegen, wo wir genau das machen können, um hier auch Rechtssicherheit zu schaffen, und zwar Rechtssicherheit für den Bürgermeister als erste Instanz im Bauverfahren, Rechtssicherheit auch für die Eigentümer der Objekte und auch für die Betreiber dieser Maßnahmen und ich möchte mich da recht herzlich bei allen Ausschussmitgliedern bedanken, für die gute Zusammenarbeit und auch bei der Beamtenschaft für die Verfassung der Novellierung. Wir werden in Zukunft schauen und das ist vielleicht nicht ganz auch in meinem Interesse gewesen, dass das so kurzfristig passiert ist, dass man dementsprechend auch diese Novellierungsanträge frühzeitiger an die Fraktionen zustellt und dann im Ausschuss dementsprechend auch vorbereitet zu sein. Aber wie gesagt, ich glaube, das ist eine wesentliche Maßnahme im Vollzug dieser Flüchtlingsströme, die wir ja heute haben, für jene, die bereits in Betreuungseinrichtungen sind, im sogenannten § 21a und für jene Personen, die zu uns kommen und noch keinen Status haben, mit dem Zusatz im § 3 des Baugesetzes können wir heute und ich gehe davon aus, die FPÖ hat ja oftmals heute gesprochen, dass wir Gesetze einhalten müssen und sollen und hier schaffen wir die Grundlage dafür, dass wir auch zukünftig nicht nur bei Flüchtlingsströmen, sondern auch bei anderen Katastrophen, bei Hochwasserkatastrophen oder bei größeren Maßnahmen, die erforderlich sind, auch hier in der Steiermark den dementsprechenden handelnden Personen eine gesetzliche Grundlage geben. Deswegen darf ich auch gleichzeitig einen Antrag stellen, zu diesem selbständigen Antrag der Ausschüsse und ich möchte hier beantragen, dass dieser Gesetzesbeschluss gemäß Artikel 72, Abs. 3, Landesverfassungsgesetz für Dringlich erklärt wird und hoffe wirklich, dass wir eine breite Zustimmung bekommen, denn genau das schafft eben diese Sicherheit, die hier gefordert wurde beim Fremdenpolizeigesetz, bei anderen Gesetzen, um richtig ausgeglichen und vorsorglich handeln zu können. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.08 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Deutschmann.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (15.08 Uhr): Danke Herr Präsident, werte Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Zum Thema Novellierung des Baugesetzes betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen lassen Sie mich ein paar kritische Anmerkungen zu diesem Thema durchführen. Vorweg lieber Kollege Karl Petinger, selbstverständlich im Rahmen des Gesetzes wollen wir, dass Gesetze eingehalten werden. Die Frage ist nur, ob dieses Konvolut, das hier vorliegt, sinnvoll ist, im Sinne der Umsetzung. Aber ich versuche das sowohl sachlich und möglich über unsere Warte aus darzustellen. Das vorliegende Konvolut zum Versuche – was es ja ist – zur vorübergehenden Novellierung des Bau- und Raumordnungsgesetzes, glaube ich, ist in vielerlei Hinsicht ein untauglicher Versuch, das Flüchtlingsquartierproblem zu lösen. Wenn man bedenkt, dass ein normales Verfahren, wo Sie ja auch die Vergleiche sehen, im Rahmen der gültigen Gesetzesmaterien, für alle Einreichenden, klaren Regeln unterworfen ist, so hebt man hier, mit einer sogenannten Novelle, die hier am Tisch liegt, hergebrachte und vor allem gesetzeskonforme Unterlagen aus. Dies noch mit der Verschärfung, dass nicht nur die Verfahren auf wackelige Fundamente gestellt werden, sondern auch, und das ist noch wesentlich verwerflicher, alle Nachbarrechte im Bauverfahren missachtet werden. Alle Grundverständnisse, wie Abstandsregeln, Orts- und Landschaftsbild, Nutzungskategorisierungen, ja bis hin zum erlaubten Bauen auf Verkehrsflächen und im Freiland hebeln meines Erachtens alle Gesetze aus und müssen, geschätzte Damen und Herren, bei allen anderen Bauwerbern, die ordnungsgemäß einreichen müssen, selbstredend auf Unverständnis stoßen. (*Beifall bei der FPÖ*) Ferner gestatten Sie mir den Vermerk, dass ich meines Erachtens hier die Frage der Verfassungskonformität stelle, noch viel mehr ja auch deshalb, da ja offensichtlich nur Bauten, welche das Land selbst betreibt oder organisiert, gemeint sind und in diesen zweifelhaften Erleichterungsgenuss kommen können und alle anderen nicht. Außerdem ist hier zu lesen, geschätzte Damen und Herren, werden auch bautechnische Richtlinien, welche hier lange und durchwegs in Fülle mühsam erstellt wurden, auf einmal innerhalb einer Woche über Bord geworfen. Es wird hier von einem tragbaren Maß gesprochen. Ich habe im Ausschuss nach diesem tragbaren Maß gefragt, eine wirkliche Antwort ist hier nicht über den Plan gekommen. Was das bedeutet, weiß heute wahrscheinlich auch wirklich noch niemand, weil es auch noch nicht praktiziert wurde. Wird aber in der Umsetzung mehr als spannend, geschätzte Damen und Herren, vor allem wenn man die Thematik oder es ist eine wichtige, der einzelnen Haftungen für Gebautes ins Kalkül zieht. Hier kann ich nur sagen „quo vadis Baukultur“. Wenn man bedenkt, dass wir hier im Hause für eine Erleichterung in den Wohnbaustandards Jahre gebraucht haben und noch immer lange nicht fertig sind, wirkt dieser Schnellschuss bautechnischer Prägung wie

ein Hohn. Ich bezweifle hier, dass die gültigen OIB Richtlinien vom Brandschutz beginnend, bis hin zu Gebäudeklasseneinteilungen und vieles mehr berücksichtigt werden können. Was werden die Bürgermeister als erste Bauinstanz mit ihren technischen Sachverständigen zu beurteilen und zu überprüfen haben, wenn ohnehin das freie Spiel der Kräfte beginnt? Damit wird über die Interessen der Gemeinden meines Erachtens hinweg entschieden, eine, wie ich meine, undemokratische Haltung. Die baupolizeiliche Kompetenz, geschätzte Damen und Herren, wird mit dieser Gesetzesmaterie eindeutig ausgehebelt, *(Beifall bei der FPÖ)* wenn man aber bedenkt, dass seit mehreren Jahren an der Raumordnungsgesetznovelle gearbeitet wurde und wird, ein Novellenentwurf seit Jänner 2015 am Tisch liegt und bis dato erfolgreich ignoriert wurde, wenn man bedenkt, dass eine Baukulturenquete abgehalten wurde und bis dato keine Umsetzung der hehren Ziele gelungen ist, wenn man bedenkt, dass für den sozialen Wohnbau viele Stunden verdiskutiert wurden und Taskforces getagt haben mit mäßigen Erfolg, wenn man bedenkt, dass die Schuldenlast des Landes erdrückend hoch ist und für den Wohnbau bald das Geld fehlen wird, wenn man bedenkt, dass für das Asylwesen das Budget gleich um 23 Millionen Euro aufgestockt wurde und nun mit 50 Millionen Euro zu Buche steht, und meines Erachtens das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht sein wird, wenn man bedenkt, dass wir ca. 55 Millionen Euro pro Jahr für die Wohnbeihilfe benötigen und 55 Millionen Euro pro Jahr für den umfassend sanierten Wohnbau budgetiert ist, dann geschätzte Damen und Herren, ist diese Vorgangsweise, die Sie hier durchwinken werden, eine klare Niederlage und für uns Freiheitliche völlig inakzeptabel. *(Beifall bei der FPÖ)* Über alle anderen Großbauten-, Geschoßbauten-, Einkaufszentrenproblematik, Gemüseanlagen etc. wurden Raumordnungsdebatten streng gerichtet und geführt. Freiland muss Freiland bleiben, ein klares hehres Ziel in der Raumordnung, ein richtiger Grundsatz, den Sie jetzt locker-flockig über Bord werfen. Orts- und Landschaftsbild, geschätzte Damen und Herren, der Aufhänger für die Enquete – völlig unwichtig – Hauptsache wir können Großquartiere errichten, welche aus vielerlei Hinsicht abzulehnen sind. Die Zukunft wird uns das zeigen, auch wenn es dann leider zu spät sein wird, klüger zu werden. Auch wenn Sie einwerfen werden, das gilt ja ohnehin nur bis 2017, belügen Sie sich selbst. Denken Sie daran, Provisorien halten bekanntlich ewig und in der Steiermark werden nicht einmal illegal errichtete Gebäude entfernt, auch wenn sie im Freiland gebaut wurden. Das kennen die Insider sehr gut und das ist praktiziert worden und ist auch so. Also wozu wollen Sie ein solches Wackelwerk installieren? Erstens, verschandeln Sie ohnehin die belastete Landschaft. Zweitens: 80 Prozent der Unterzubringenden werden ohnehin hier bleiben wollen und feste

Quartiere benötigen. Drittens: Handeln Sie meines Erachtens verfassungswidrig und undemokratisch, denn mit diesem Schritt ist der Bauanarchie Tür und Tor geöffnet. *(Beifall bei der FPÖ)* Meines Erachtens wäre es besser, dem Kampfgebiet Wohnbau kritisch ins Auge zu blicken und dieses existentielle Gut in seinem Fortkommen, nämlich wirklich in seinem Fortkommen, sinnvoll voranzutreiben. Der Mangel an leistbaren Wohnungen, an leistbaren Wohnungen, wird immer eklatanter. Das zu reparieren, ist eine epochale Herausforderung – für uns alle nämlich. Neuesten Expertenberichten zufolge werden in den nächsten 15 Jahren weltweit eine Milliarde Wohnungen benötigt. In Deutschland sind es 400.000 und hier bei uns in der Steiermark rechnen wir es auf die Steiermark herunter bis 2030, 20.000 Wohneinheiten, aber jene, die sich jene leisten können, die wenig in der Tasche haben und keine Luxusgüter kaufen können. Anstatt solche Schnellschüsse zu verursachen, wäre es nachhaltiger, sich diesem Thema kritisch zu widmen. Erleichterungen ja, aber sinnvoll im Sinne unserer Landschaft. Vereinfachte Verfahren ja, aber im Sinne des vorhandenen Baugesetzes und der Richtlinien, Kostenreduktion zum leistbaren Wohnen mit der Reduktion der überbordenden Standards und den Anforderungen, die hier im Hause schon so oft diskutiert wurden. Ja, aber dann bitte auch umsetzen. Umdenken in der Wohnraumschaffungspolitik in Bezug auf den Wohnungsnutzen und das sind ja auch neue Studien, die das zeigen und in den geänderten Ansprüchen auch hinsichtlich durchaus der geänderten Familienverhältnisse. Da wäre wichtig rasch zu reagieren, Geld in die Hand zu nehmen, die Bauwirtschaft zu beleben und einen Impuls zu starten und vor allem die Wertschöpfung im Lande zu halten. Das, geschätzte Damen und Herren, wäre der ehrliche und der nachhaltige Weg für Unterbringungsmöglichkeiten. Daher werden wir aus diesen Gründen dieser Änderung nicht zustimmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 15.17 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Jungwirth. Bitteschön.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (15.17 Uhr): Ja, danke Herr Präsident!

Herr Kollege Deutschmann, an und für sich sind wir beiden ja hier im Haus diejenigen, die mit Baurecht aus der Praxis kommend am meisten befasst sind und ich finde halt schon ziemlich überzeichnend, was Sie hier eben von sich gegeben haben. Weil Sie zeichnen jetzt Szenarien, an die eigentlich niemand hier tatsächlich denkt. Von Landschaftsverchandlung zu sprechen, halte ich, halte ich tatsächlich für überzogen. Denn wir wissen alle, es handelt

sich um temporäre Maßnahmen um die es hier geht. Und auch wenn Sie so tun, als ob das dann alles für immer und ewig stehen bleiben wird, das ist nicht vorgesehen und das will auch niemand. Und es sind auch Passagen in diesem Entwurf, in diesem Gesetzesvorschlag jetzt drinnen, die hier ganz klar einen Riegel vorschieben, sodass es dazu nicht kommt. Also der Antrag, über den wir heute diskutieren, ist ja, geht ja zurück auf eine Initiative von uns und baut im Wesentlichen auch darauf auf, dass es ja auch auf der Bundesebene beschlossen worden ist, dass es eine Quote geben soll, die sich über das ganze Bundesgebiet erstreckt und dass es dazu auch Maßnahmen braucht, damit bei Bundesunterbringungen rasch und unbürokratisch auch entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden können, damit eine gleichmäßige Verteilung hergestellt werden kann. Und das Ganze wurde deswegen notwendig und wird auch auf der Landesebene deswegen notwendig, weil es offensichtlich in der Praxis nicht so einfach ist, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – wobei bei uns sind es soweit ich es wahrnehmen kann tatsächlich mehr die Bürgermeister und wir haben auch nicht so viele Bürgermeisterinnen – dazu zu bringen, sich auch an der Versorgung von den Flüchtlingen zu beteiligen und das ist genau das gleiche Thema, das heute schon in der Früh diskutiert worden ist. Es geht immer darum, eine solidarische Verteilung der Belastungen zustande zu bringen. Und wenn es welche gibt, die dann hergehen und das Baurecht, das Raumordnungsrecht und auch das Gewerberecht bemühen und als Krücke benutzen, um irgendwelche Argumente zu finden, warum etwas nicht geht, und ich denke da zum Beispiel an den Beitrag der im ORF vor einigen Wochen gelaufen ist, wo – in dem Fall war es ein Kärntner, eine Kärntner Gemeinde – wo ein leerstehendes Hotel, ein größeres Objekt umgenutzt werden hätte sollen und da alle möglichen Argumente gefunden worden sind, warum das nicht geht, weil keine Ahnung, was alles nicht in Ordnung sei. Das Objekt war im Fernsehen zu sehen und so viel verstehen wir zwei von dem Ganzen, dass wir eigentlich schon wissen, dass dieses Objekt sehr wohl nutzbar gewesen wäre, aber man wollte es eben einfach nicht. In dem Fall fand dieser Bürgermeister als Behörde einfach Argumente, weil er in Wahrheit keine Flüchtlinge im Ort haben wollte, ja. Und so etwas kann einfach nicht toleriert werden, wenn auf der anderen Seite Gemeinden wie Mürzsteg, Herr Kollege Amesbauer, eine der Gemeinden, die Ihnen besonders am Herzen liegt und auch mir, besonders überbelastet sind und wo es notwendig ist, dass die entlastet werden und andere, die sich nicht beteiligen, vielleicht doch einmal ein bisschen Verantwortung wahr nehmen, ja. Dazu dient das Ganze. Und eines ist auch klar, ich gehe davon aus, dass mit so einem Instrument schon sorgfältig umgegangen wird. Es wird bestimmt nicht leichtfertig, einfach da

und dort und ich weiß nicht irgendwo was ganz und gar überhaupt nicht sozial verträglich ist etwas hingestellt werden, aber wenn Not am Mann und der Frau ist, dann wird es das eine oder andere Mal halt auch notwendig sein, gegen den Willen der lokalen Akteurinnen und Akteure vorzugehen und etwas durchzusetzen und das befürworte ich, weil wir brauchen das einfach und ich bin sehr, sehr zufrieden mit dieser Erledigung unseres Antrages, so wie er hier heute vorliegt. Dieser Gesetzesvorschlag setzt das wirklich auf perfekte Art und Weise um und ich bedanke mich auch bei SPÖ und ÖVP, dass das auf so schnelle und unkomplizierte Art und Weise durchgezogen wurde, weil wir hatten ja an und für sich in der Sondersitzung schon die Willensbekundung dazu und das ist nun eben innerhalb von – sind es jetzt 14 Tagen – passiert, sage ich Dankeschön. Wenn das öfters so möglich wäre, wäre es überhaupt ganz fein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 15.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dirnberger.

LTabg. Dirnberger - ÖVP (15.22 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Landesrätin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich zu diesen zwei Nachtragstagesordnungspunkten selbstverständlich auch zu Wort melden und die Debatte heute ist im Wesentlichen geprägt von natürlich den alles überstrahlendem Thema Asyl und Flüchtlinge, Europa und beides hängt auch zusammen und wenn dann nun heute hier, so ich vernommen habe, dass eigentlich die EU keine Erfolgsgeschichte ist, dann glaube ich schon sehr wohl, weil es immer wieder jetzt Nationalstaaten gibt und Europa ist größer als die EU, die eigentlich sehr gerne in diese Europäische Union kommen würden, und gerade weil es eine Erfolgsgeschichte ist, gerade weil hier Frieden herrscht seit 70 Jahren und es ist egal aus welchen Gründen, aus wirtschaftlichen Interessen, das man das geschafft hat, 70 Jahre, 7 Jahrzehnte Frieden zu haben, ist auch der soziale Wohlstand sehr gestiegen und weil in unseren Ländern der soziale Wohlstand sehr hoch ist, sind wir auch sehr begehrt. Wären hier in europäischen Staaten ebenfalls Kriegshandlungen, würde kein Asylant und Flüchtling aus Syrien und dergleichen zu uns strömen. Also ist es sehr wohl ein Verdienst dieser Europäischen Union, aber auch natürlich mit all ihren Schwächen und damit der Handel dementsprechend floriert, damit, auch die Industrie ist angesprochen worden vom Landesrat Leichtfried und Landesrat Buchmann, dass man natürlich aufgrund des Abbaues der Handelshemmnisse, Abbau der

Grenzen, auch Vorteile lukriert hat, wertvolle Arbeitsplätze geschaffen hat, zum Preis, dass die Grenzen halt jetzt offen sind. Das ist schon ganz klar, das ist ein Geben und Nehmen und wenn da angesprochen wird und du Kollege Amesbauer das so vermittelt hast in deiner ersten Rede, du hast es nicht ganz konkret gesagt aber du hast es vermittelt: Der Euro ist eigentlich gescheitert und es wäre viel gescheiter, wenn wir aus dem Euro austreten. In der zweiten Rede hast du noch die Kurve gekratzt und hast dann auch gesagt: Österreich alleine mit dem Schilling wäre verloren. Ich brauche nur Zurückblenden bevor der Euro war. Österreich hat sich immer beinhart an der D-Mark orientiert und dadurch hatten wir auch Erfolg. Mit dem Schilling allein wären wir hilflos auf den internationalen Finanzmärkten, also das muss man schon erkennen. Und so wie der Euro halt auch Vorteile hat, gibt es auch gewisse Nachteile. Das, glaube ich, müssen wir leider feststellen und ich bin auch mit guten Tipps und guten Ratschlägen rasch zur Stelle, so wie wir sie heute alle hier weitergeben, nur konkret tun wir uns schwer. Na selbstverständlich wäre es wichtig, in diesem Krisenland Syrien direkt dort Maßnahmen zu setzen, aber als neutraler Staat sind uns erstens einmal die Hände gebunden, zweitens wollen wir es ja auch gar nicht und selbst wenn wir Geld in die Hand nehmen müssen, tun wir uns schon schwer. Das man natürlich diese Länder Türkei, Libanon und Jordanien unterstützen sollten, wo die Masse der Flüchtlinge ist, ist aus meiner Sicht auch selbstverständlich, müssen wir aber etwas mehr Geld in die Hand nehmen, ziehen wir uns schon wieder zurück. Also da sind wir auch alle miteinander und vor allem die FPÖ-Fraktion schon ein bisserl scheinheilig. Na klar, dass uns auch allen die Meinungen, die draußen die Bevölkerung beschäftigt, Befürchtungen, Ängste und dergleichen, die mit so einem Massenzustrom auf uns zukommen, auch auf uns einstürmen, aber ich glaube, es wäre schon wichtig, nicht noch diese Ängste verstärken sondern versuchen, wirklich durch sinnvolle Maßnahmen doch zu versuchen, einigermaßen geordnet abwickeln zu lassen. Und genau dieser Antrag heute hier, den wir beschließen, ist eine Maßnahme, damit wir bei der Abwicklung dieser Flüchtlingsströme in geordnete Bahnen kommen. Persönlich habe ich auch nichts davon gehalten, dass Deutschland Dublin Drei ausgesetzt und ganz offeriert hat: Freunde, ihr seid's alle Willkommen. Das ist der Massenansturm, den wir jetzt zu bewältigen haben. Und die Allermeisten ziehen ja noch durch nach Deutschland. Auch Ungarn winkt anscheinend noch immer die Züge durch, also so viel zum absoluten Grenzzaun – winkt's genauso durch. Aber wir haben jede Menge Asylanten in unserem Land und die gilt es, und das ist mein persönlicher Zugang, menschlich zu behandeln, nicht blauäugig und nach unseren Spielregeln. Ich habe Erfahrung auch mit Asylanten seit dem Oktober letzten Jahres

und weil auch USA und Russland angesprochen worden sind; Eines steht schon fest, in der Ukraine drüben gibt es Kriegshandlungen, das können wir nicht von der Hand weisen und dass da Russland ganz stark mitmischet und das unterstützt, das müssen wir auch wissen, weil nicht umsonst wären sonst auch in meiner Gemeinde Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Also das können wir jetzt nicht hochjubeln und hochstilisieren, als wie wenn Russland das Größte wäre und die Amerikaner die Verdammten, es hat jede Nation ihre eigenen Stärken und Schwächen und auch vor allem Schwächen, die es gilt, das man sie verbessert. Jetzt zum konkreten Antrag, wir haben diese Anzahl der Asylanten übernommen und der erste Teil und Kollege Deutschmann, na selbstverständlich wissen wir, dass man da jetzt die Regelung, die wir uns vorgenommen haben, alles geordnet mit Nachbarrechten usw. jetzt außer Kraft gesetzt sind. Da brauchen wir gar nichts beschönigen, aber, warum machen wir es? Weil wir eine sogenannte Notsituation haben. Wir müssen es händeln und das ist zum Teil zum Schutz der Gemeinden und der Bürgermeister, weil gerade in diesen drei Gemeinden, wie ich jetzt glaube in Graz, in Feldkirchen und in Unterpremstätten, sind große Quartiere, die im rechtsleeren Raum dort eigentlich agieren und um das jetzt von den Bürgermeistern abzuwenden, ist diese Novelle hier notwendig. Das ist der eine Punkt im § 3 des Baugesetzes, wo das Baugesetz nicht angewandt wird in der Ziffer 9 jetzt neu, dass es halt hier nicht zur Anwendung des Baugesetzes kommt, wenn es Notmaßnahmen erfordert. Und der zweite Punkt ist der § 21a, dort geht es darum, wenn Menschen, Flüchtlinge, Asylanten in unserem Land um Asyl angesucht haben, werden sie einer Unterbringung zugeführt, zu festen Quartieren, dazu bekennen wir uns, auch dass sie geordnet auf ihr Asylverfahren und in festen Quartieren das abwarten können. Und dazu brauchen wir Quartiere. Und jetzt haben wir die Probleme, dass wir sehr hohe Standards haben in unserem Raumordnungsgesetz aber auch im Baugesetz. Und um diese Standards senken zu können, um leichter Quartiere zu bekommen, gibt es diese Novelle. Also das ist jetzt auch nicht im rechtsleeren Raum, sondern die Landesregierung wird dazu eine Verordnung erlassen, was die Mindestanforderungen sind und das finde ich insofern positiv, weil das wieder von den Gemeinden und den Bürgermeistern entzogen ist, unter Anführungszeichen. Das heißt, der Gemeinde muss eine Bestätigung vorgelegt werden, von einem befugten Sachverständigen, dass diese Normen, die in der Verordnung präzisiert oder dort festgelegt werden, auch eingehalten werden, damit ist es für die Gemeinde erledigt. Ich kann ja nicht überall solche Quartiere dann im zweiten Schritt errichten, es muss eine Baulandkategorie vorhanden sein, es muss eine Baulandkategorie vorhanden sein – tu bitte lesen die Erläuterungen, Baulandkategorie, Verkehrsflächen

(LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Ich hab’s schon gelesen.“) und im Freiland gibt es nur auf solchen Flächen, die einer Sondernutzung unterliegen, sprich, das sind Sportplätze und dergleichen. Das ist sehr klar geregelt, auch wer das eigentlich dann in Anspruch nehmen kann. Im Paragraph, § 3, Ziffer 9 geht es um den Ausnahmetatbestand, da werden zum einen die Naturkatastrophen angesprochen, wie Hochwasser, Murenabgänge, Erdbeben, Lawinen, da ist in Zukunft, wenn eine Katastrophe ausgerufen wird, das Land dann zuständig, und für humanitäre Gründe, wie Flüchtlingsströme ist der Bund zuständig. Das heißt, auch das ist geregelt, wer ist für die Gemeinden quasi dann Ansprechpartner und natürlich kann der Bund und das Land dann mit diversen Trägern auch Verträge abschließen, wo das alles klar geregelt ist. Auch im Vertrag verankert muss sein, auch wieder die Entfernung der Objekte und wir gehen ja davon aus, dass das wirklich zeitlich begrenzt ist, wobei keiner von uns noch wirklich sagen kann, wie sich die Krise im Endeffekt entwickelt. Also wir stehen zu diesen Sonderbestimmungen, die wir heute hier beschließen, weil es hier um einen Ausnahmezustand geht, um diesen sogenannten Flüchtlingsstrom zu bewältigen, geordnet unter gewissen gesetzlichen Rahmenbedingungen und vor allem auch, dass die Gemeinden und die Bürgermeister hier nicht im rechtsleeren Raum agieren, eigentlich ja straffällig werden, wenn sie das Baugesetz nicht einhalten und um diese Verantwortung denen abzunehmen, ist diese Novelle einfach notwendig geworden und um auch dementsprechend rasch solche Quartiere zu schaffen, vor allem für die, die bei uns um Asyl angesucht haben, bis das Asylverfahren abgewickelt ist und dann wirklich der Status ob Ablehnung oder Anerkennung festgestellt wird. Das sind die zwei Bereiche. Wenn es dann in die Fixunterkünfte geht, das betrifft das Gesetz nicht. Sobald er den Asylstatus hat oder nicht, muss die betreffende Person aus diesen Quartieren ausziehen und muss sich dann am freien Markt ein dementsprechendes Quartier dann auch suchen. Also hier würde ich bitten, wirklich auch genau die Erläuterungen zu lesen und dann das ganze Prozedere und Herr Kollege Deutschmann, du bist ja Experte, du verstehst es sicher, und da ersuche ich dich, nicht unnötig hier wieder Ängste zu schüren und nur Populismus zu üben. Ich danke für die Aufmerksamkeit und ersuche um Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ- 15.33 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Seitens der Abgeordneten liegt mit keine weitere Wortmeldung mehr vor. Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Landesrat Mag. Jörg Leichtfried. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (15.33 Uhr): Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Der Kollege Dirnberger hat es derart ausführlich erklärt, dass ich eigentlich nicht mehr viel hinzufügen mag. Es ist genauso wie erläutert, wenn vielleicht auch Kollege Deutschmann, den ich jetzt ansprechen würde, da drüben, mir seine Aufmerksamkeit schenken könnte, ich habe es gerade gesagt, der Kollege Dirnberger erklärt das eh perfekt (*LTA*bg. *Dipl.-Ing. Deutschmann*: „*Nein, umgekehrt!*“) aber weil ich mich extra zu Wort gemeldet habe, ich glaube das Wesentliche dabei ist, es geht um Folgendes: Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind derzeit in der Situation, wenn sie Hilfe gestatten wollen, manchmal ein bisschen im rechtsfreien Raum zu agieren und diese Novelle des Baugesetzes sollte diesen Zustand einfach beenden und für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gewisse Rechtssicherheit wieder bringen, wenn Flüchtlinge beispielsweise in Turnhallen oder in ähnlichen Gebäuden untergebracht werden. Es geht da dabei ausschließlich um vorübergehende – und vorübergehend ist meines Erachtens ganz wichtig – Betreuungseinrichtungen, die dann umgebaut werden können oder die neu oder zugebaut werden können, da aber ausschließlich in Leichtbauweise, so dass das nachher wieder entfernt werden kann. Also die Situation, dass es da zu einer dauerhaften Verschandelung der schönen steirischen Landschaft kommt, ist meines Erachtens nicht gegeben. Wichtig ist dabei auch der Abs. 4 den Sie angesprochen haben, mit der Frage des tragbaren Maßes. Das war nämlich, ist es noch abgeändert worden und ich weiß jetzt nicht, welche Version Ihnen da zur Verfügung gestanden ist, da wird eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung geschaffen, wo sie dieses tragbare Maß konkretisieren kann und auch die Fragen Brandschutz, Hygiene, Sicherheit usw. noch konkretisieren kann. Also ich denke, unter den Umständen ist diese Formulierung eine juristisch handhabbare Möglichkeit, um einerseits Hilfe zu ermöglichen und andererseits aber auch unsere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen aus der Haftung zu ziehen. Das ist ja unglaublich schwierig für die, als Baubehörde erster Instanz hier, wenn wir das Baugesetz nicht geändert hätten, das richtige zu machen. Und es geht dabei bei dieser Änderung nicht ausschließlich um Flüchtlinge, es geht auch um humanitäre Katastrophen im Inland. Wenn man schaut, wenn so etwas passiert, wie Galtür, eine riesen Lawine runter kommt und die Leute ihre Häuser verlassen müssen, müssen auch gewisse Bautätigkeiten unter Umständen unglaublich rasch und schnell vorgenommen werden, damit die in Sicherheit gebracht werden können.

Das ist auch mit dieser Novelle so möglich und ich würde meinen, dass es eigentlich etwas ist, dem man schon zustimmen kann, wenn man genau mitverfolgt, was jetzt inhaltlich sich noch geändert hat. Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich komme damit zur Abstimmung.

Die Abgeordneten, die dem Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 170/6, enthaltenen Selbstständigen Ausschussantrag betreffend Novellierung des Baugesetzes betreffend vorübergehende Betreuungseinrichtungen ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme dieses Antrages.

Außerdem wurde ein Antrag auf Dringlicherklärung gemäß Artikel 72, Abs. 3 Landesverfassungsgesetz gestellt. Für diesen Antrag ist eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag auf Dringlicherklärung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Dieses Quorum ist ausreichend.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme mit dem notwendigen Konsensquorum fest.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 170/7, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Nachdem die ordentliche Tagesordnung erschöpft ist, kommen wir nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage. Am Donnerstag, dem 17. September 2015 wurde um 11.33 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Johann Seitinger, betreffend „Bauernsterben verhindern, steirische Landwirte unterstützen!“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Mario Kunasek das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTabg. Kunasek – FPÖ (15.39 Uhr): Ja, herzlichen Dank Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Lassen Sie mich zunächst für die Begründung dieser Dringlichen Anfrage ein paar allgemeine Gedanken auch ins Treffen führen. Ich glaube, wir können mit Recht behaupten, dass es unser aller Wunsch sein muss, morgen aber auch in Zukunft unsere Tische mit wertvollen Lebensmittel zu decken und es muss auch ein großes Anliegen sein, dieses schöne Land zu pflegen, fruchtbar zu halten, die hohe Lebensqualität und Lebenskultur zu sichern. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür brauchen wir unsere Bauern, faire Chancen und Rahmenbedingungen, um überleben zu können. Hiefür Voraussetzungen zu schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt zu einem großen Teil bei uns. Der Griff zum heimischen Produkt entscheidet letztlich wie das Land morgen aussehen wird, nur ein einziges Prozent mehr regionaler Produkte in den Einkaufskörben gibt Tausend Menschen in Österreich einen neuen Arbeitsplatz. *(Beifall bei der FPÖ)* Das wäre ein wichtiges Zeichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945. Weiters möchte ich aber auch hier an dieser Stelle an die Vertreter unserer Handelsketten auch ein Wort richten und ihnen ins Gewissen reden. Der Lohn, den die Bauern für ihre harte Arbeit erhalten und der Preis, den die Kunden für Produkte zahlen, passt einfach nicht mehr zusammen. Wenn ein Milchbauer für einen Liter Milch noch ca. 32 Cent bekommt, im Geschäft aber dafür einen Euro bezahlt, da müssen wir dringend handeln und das gilt auch für viele andere bäuerliche Produkte, wie wir wissen. Es braucht einfach mehr Fairness am Markt. *(Beifall bei der FPÖ)* Denn da geht es längst nicht mehr um die Existenz unserer bäuerlichen Familien, sondern um eine zukünftige Abhängigkeit von ausländischen Massenprodukten, die keiner von uns haben will. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es in diesem Lande eine Gerechtigkeit gäbe, würden die heimischen Landwirte den doppelten Lohn und die halbe Bürokratie verdienen. Es kann nicht sein, dass unsere Sozialpartner im Besonderen die Arbeiterkammer ständig von unleistbaren Lebensmitteln sprechen und jedes Mal der Bauer dafür die Rechnung bezahlt. Die Vergleiche, die hier angestellt werden stinken zum Himmel. Die Verantwortlichen der Arbeiterkammer sollten an Folgendes denken: Mit jedem zugesperrten Hof verlieren drei Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft ihren Job, vom Bauarbeiter bis zum Mechaniker, vom Bäckerlehrling bis zum Fleischermeister. 3.000 Arbeitnehmer waren dies in der Steiermark allein im vergangenen Jahr. Stirbt der Bauer, stirbt das Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Was jetzt etwas für mich eigenartig anmutet, ist der Fakt, dass jetzt der Applaus

von meiner Fraktion gekommen ist und eigentlich von der ÖVP keiner. Weil der Herr Landesrat hinter mir, lieber Hans, der liebe Hans, hat diese Rede erst vor wenigen Tagen am Grazer Hauptplatz gehalten und dort sehr wohl auch großen Zuspruch, großen Zuspruch auch von eurer Fraktion erhalten, aber das zeigt auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie man – ich gebe es zu, ich habe es ein bisschenl abgekürzt, weil sie war etwas langatmig, lieber Hans – aber das zeigt auch, wie man in dieser Diskussion in Wahrheit auch nicht ehrlich oft zugeht oder auch mit dieser Diskussion umgeht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zu den Freiheitlichen Positionen, da tu ich mir jetzt auch ein bisschenl leichter, da brauch ich weniger runterlesen, ich glaube, wir alle sind uns einig, dass unsere Heimat oder das Schicksal unserer Heimat auch mit der Zukunft unserer Bauern, unserer steirischen Landwirte, ja nicht nur eng zusammen hängt, sondern in unmittelbarem Zusammenhang auch natürlich zu sehen ist. Wir alle wissen, dass es für viele Bauern und ich sage auch ganz offen, für leider viel zu viele Bauern oftmals unmöglich ist, in der heutigen Zeit noch weiter zu existieren, weiterhin auch diese hochwertigen Produkte uns eben auf die Tische zu legen, die wir ja an und für sich alle auch haben wollen. Wir wissen auch, dass die Landwirte wertvolle Arbeit leisten, wenn es darum geht auch entsprechend, ja die typische steirische Kultur auch in der Landschaft zum Ausdruck zu bringen, einen wertvollen Beitrag auch für den Tourismus entsprechend, auch für unser Heimatland sicherstellen und wir wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass oftmals gerade in ländlichen Bereichen, ja, die Landwirte, die Bauern auch Motor des regionalen gesellschaftlichen Lebens auch sind. Und, meine sehr geehrten Dame und Herren, und deshalb wäre es wirklich höchst an der Zeit, endlich auch einmal ein Zeichen zu setzen. Deshalb haben wir uns auch entschlossen nicht nur wegen der Bauerndemonstration, die zu Recht auch durchgeführt worden ist, das nicht falsch zu verstehen, sondern auch einmal dieses Thema hier im Landtag zu besprechen, weil ich ganz offen sage, bei allem Aktionismus, bei allem auch Aufmerksam machen auf das Problem, ist es schon auch unsere Verantwortung hier als Politiker Lösungen entsprechend anzubieten. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Beifall bei der FPÖ*) meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Sie jetzt nicht mit Zahlen sozusagen ermüden, weil wir alle diese Zahlen, und sehr viele werden diese Zahlen kennen, wir wissen, dass es eine dramatische Entwicklung gibt nach unten, was die landwirtschaftlichen Betriebe in der Steiermark aber auch österreichweit betrifft. Seit 1999 hat sich diese Zahl in der Steiermark halbiert.

Wir wissen auch, dass im Schnitt jeden Tag drei Landwirte sozusagen das Handtuch werfen und sagen: Ich kann es mir nicht mehr leisten, das im Nebenerwerb entsprechend durchzuführen und damit auch entsprechende Leistung zu erbringen. Wir wissen auch und jetzt sind wir auch im Bereich, wo man heute noch Anträge auch einbringen wird, dass der Kampf unserer Landwirte oder unserer Bauern gegen Großkonzerne auf der internationalen Ebene, ja ein Kampf David gegen Goliath darstellt, wenn wir nicht auch, und das sind durchaus auch wir hier im Landtag in der Verantwortung, entsprechende Antworten geben und auch Druck aufbauen, nämlich nicht so wie das der Herr Landesrat, der liebe Hans, am Hauptplatz gegeneinander gemacht hat, sondern oftmals miteinander auch nur im Schulterschluss entsprechend möglich ist. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, *(Beifall bei der FPÖ)* ich sage deshalb auch ganz offen und das ist ja heute schon auch im Zuge der EU-Debatte, aber auch in anderen Bereichen oftmals auch ja der Begriff wieder TTIP gekommen, dieses Freihandelsabkommen. Ja, da würde ich mir wünschen, dass wir, dass Sie vor allen Dingen auch als Abgeordnete, dass der liebe Hans Seitinger auch sagt, dieses TTIP, dieses Freihandelsabkommen wird nicht zu einer Erleichterung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe für unsere Bauern führen, sondern nein, es wird die Abhängigkeit nach USA in die USA und natürlich auch den Druck der Großkonzerne noch verschärfen. Und da wundert es mich schon, ganz offen, wenn man dann im Neuen Land, in der Bauernzeitung des Bauernbundes, dann Stellungnahmen von Wissenschaftlern liest, dass das TTIP, das überhaupt nicht, das wird ganz toll werden für unsere Bauern, da tun wir uns noch viel leichter wie vorher. Wir alle wissen doch, dass das alles nur – Entschuldigung den saloppen Ausdruck – a „Schmäh“ ist, wo man jetzt sozusagen auf Zeit spielt und im Endeffekt abwartet, bis Rot, Schwarz und mit tatkräftiger Unterstützung der Grünen, dieses Abkommen im Europäischen Parlament auch durchwinken wird. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Freihandelsabkommen, da gibt es ja auch andere Beispiele, wie das Nafta Abkommen zwischen der USA, Mexiko und Kanada, wo natürlich die kleinbäuerlichen Strukturen in Mexiko auf der Strecke geblieben sind, wo natürlich die Lebensmittelstandards in vielen Bereichen heute nicht mehr so zur Umsetzung gelangen, wie wir uns das vorstellen und im Endeffekt auch damit ein Verdrängungswettbewerb auch am südamerikanischen Kontinent aber auch für den kanadischen Raum eingesetzt hat. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das muss doch auch irgendwo die Alarmglocken in uns auslösen, wenn man sagt, die USA hat ja nur freundschaftliche Absichten was das betrifft, dann glaube ich schon, dass wir hier auch einen Konterpunkt setzen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und

ich möchte auch ganz offen sagen, dass wir vor allen Dingen für unsere Milchbauern, aber auch für unsere Obstbauern, für unsere Schweinebauern, wo auch immer, endlich wieder Regelungen brauchen, dass man wieder mit diesem Verdienst an der Gesellschaft – und so sehe ich das – auch wieder ein Auskommen finden. (*Beifall bei der FPÖ*) Und ich hab's schon erwähnt, dass man vor allen Dingen mit dem Auslaufen der Milchquotenregelung – und ich meine jetzt reden wir wirklich vom Gleichen – ja mit dem Auslaufen der Milchquotenregelung natürlich für die Milchbauern eine Verschärfung der Situation herbeigeführt hat, dass der jetzt übliche Marktpreis natürlich nicht dazu dient, ein Überleben zu sichern, und in vielen anderen Bereichen auch, und jetzt komme ich zu einem anderen Bereich, den wir heute schon diskutiert haben, nämlich die Russlandsanktionen, natürlich auch mit diesen Russlandsanktionen, für viele andere Bereiche, die Situation noch einmal verschärft hat. Und liebe Barbara Eibinger, liebe Barbara, ich sage es da, du hast heute gesagt, dass kann nicht ohne Konsequenz bleiben, wenn man Völkerrecht bricht, jetzt sage ich aber auch, jetzt sage ich aber auch, wenn wir uns als neutrales Land, als erster, und ich war damals noch im Parlament, ich kann mich erinnern, an die Worte des Außenministers, von eurer Fraktion, als erster sofort in die erste Reihe stellt, wenn es darum geht, zu sanktionieren, ob zu strafen mit dem erhobenen Zeigefinger durch die Weltgeschichte zu laufen und im Endeffekt damit erzeugen, dass unsere Betriebe, unsere Bauern unter Druck kommen, da sage ich, da hätte ich mir das zweimal überlegt, ob ich da nicht einmal auch als neutrales Land sagen kann: Wenn ihr Sanktionen wollt, dann macht ihr es, wir sind dieses Mal nicht dabei. (*Beifall bei der FPÖ*) Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Dringliche Anfrage mit 26 sage ich einmal ganz konkreten Fragen heute an den zuständigen Landesrat soll auch erster Schritt einmal sein, diese Diskussion auch hier im Landtag, diese Diskussion hier im Haus, wieder zu führen, sage ich einmal, vor allen Dingen auch wieder einmal Positionen auszutauschen, auch natürlich klarerweise hoffentlich Antworten zu erhalten, aber vor allen Dingen, und das darf ich auch ankündigen, wir werden dann in der Wechselrede auch noch Anträge einbringen. Es darf dann mit dem heutigen Tag nicht abgetan sein. Jetzt zu sagen, jetzt beantworten wir die 26 Fragen, dann sind die Freiheitlichen zufrieden und die Medien haben ein bisserl was berichtet und für die Bauernzeitung habe ich auch wieder etwas. Das wäre meiner Meinung nach jetzt dann nicht der richtige Weg, sondern wir sollten den heutigen Tag dafür nutzen, da einen Startschuss zu geben, wirklich auch zu zeigen und da bin ich mir ziemlich sicher, in vielen Bereichen gar nicht einmal soweit auseinanderstehen, ja, und dass sicherlich viele Schnittmengen auch parteiübergreifend vorhanden wären, um wirklich auch endlich

Hilfestellung für unsere Landwirte, für unsere Bäuerinnen und Bauern, die Großartiges leisten auch entsprechend sicher zu stellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Darf somit und das ist jetzt leider wieder eine Vorleseübung, da sollte man dann auch einmal in der Geschäftsordnung schauen, das man das ändert, die Dringliche Anfrage Betreff: „Bauernsterben verhindern, steirische Landwirte unterstützen!“ einbringen. Es werden folgende Dringliche Anfragen gestellt:

1. Welche Maßnahmen haben Sie bereits gesetzt, um dem akuten Bauernsterben entgegenzuwirken?
2. Sind künftig Maßnahmen durch Ihr Ressort angedacht, um den dramatischen Entwicklungen im landwirtschaftlichen Sektor entgegenzuwirken?
3. Wenn ja, wie stellen sich diese konkret dar?
4. In welchem Zeitraum ist mit der Umsetzung dieser zu rechnen?
5. Sind diese Maßnahmen an die individuellen regionalen Problemstellungen angepasst?
6. Welche Budgetmittel sind dafür vorgesehen?
7. Haben Sie externe Personen beziehungsweise Stellen zur fachlichen Unterstützung in der Maßnahmenausarbeitung hinzugezogen?
8. Wenn ja, welche?
9. Welche negativen Auswirkungen haben die Russlandsanktionen auf die steirischen Landwirte?
10. Welche Unterstützungsmaßnahmen werden von Ihnen als Referent Land- und Forstwirtschaft in der Landesregierung gesetzt, um die negativen Auswirkungen der Russland-Sanktionen (Umsatzeinbußen, Preisverfall, Absatzschwierigkeiten) zu kompensieren?
11. Werden Sie sich auf bundespolitischer Ebene für eine umgehende Aufhebung der Russland-Sanktionen einsetzen?
12. Wenn ja, was werden hierzu konkret Ihre nächsten Maßnahmen sein?
13. Wenn nein, warum nicht?
14. Welche Veränderungen für die steirischen Landwirte erwarten Sie sich durch den bevorstehenden Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union?

15. Wurden bereits Konzepte ausgearbeitet, um einem drohenden Verdrängungswettbewerb zu Lasten der steirischen Landwirte entgegenzuwirken?
16. Wenn ja, sind Sie bereit, dem Landtag diese zur Verfügung zu stellen?
17. Warum wurden die Freigaben der Agrarinvestitionskredite (AIK) über einen langen Zeitraum, in manchen Fällen bis zu 18 Monate, zurückgehalten?
18. Werden die den Landwirten daraus entstandenen Zinsmehrbelastungen vom Land Steiermark ausgeglichen?
19. Wenn ja, welche Modalitäten gibt es dahingehend?
20. Werden Sie sich dafür einsetzen, das bestehende AIK-Modell derart abzuändern, dass im Sinne einer finanziellen Planungssicherheit für Landwirte die Auszahlung der Zinsförderung innerhalb eines angemessenen festen Zeitraums ab Antragstellung erfolgt?
21. Können Sie die Warnungen der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer vom 7. Juli 2015, deren zufolge die Auszahlungstermine der Fördermittel (ÖPUL und AZ) im laufenden Kalenderjahr nicht eingehalten werden können, bestätigen?
22. Wenn ja, was sind die Gründe für eine drohende verspätete Auszahlung der Leistungsabgeltungen?
23. Was haben Sie als fachlich zuständiges Mitglied der Landesregierung getan beziehungsweise gedenken Sie noch zu tun, damit die Planungssicherheit der steirischen Landwirte durch solche Verspätungen nicht gefährdet wird?
24. Ist Ihnen bekannt, ob die in Frage 21 genannte Problematik im Rahmen eines EU-Agrarministerrats behandelt wurde?
25. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
26. Wie hoch ist der steirische Anteil der kolportierten zusätzlichen Finanzmittel, die von der EU für Österreich (Medienberichten zufolge rund sieben Millionen Euro bundesweit) vorgesehen sind?

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, das waren die 26 wirklich, glaube ich, ganz konkreten Fragen. Freue mich auf eine angeregte Diskussion, freue mich vor allen Dingen auch auf die Antworten und verbleibe jetzt einmal in der ersten Runde, weil wir haben ja dann noch die Möglichkeit zu debattieren, wirklich auf einen gelungen Startschuss, um für unsere Landwirte hier in der Steiermark das Beste auch sicher zu stellen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 15.54 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile Herrn Landesrat Johann Seitinger das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Seitinger - ÖVP: *(15.54 Uhr):* Danke, Frau geschätzte Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Frau Landesrätin, Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete und liebe Zuhörer in den Zuschauerreihen und via Livestream!

Sehr gerne und selbstverständlich beantworte ich dem Hohen Haus diese Dringliche Anfrage, diese sensible Dringliche Anfrage, wenn es um das „Sterben“ der Bauern in unserem Land und darüber hinaus geht und ich stehe auch sehr gerne Rede und Antwort über die künftigen Fragen, die auf mich zukommen werden. Sehr geehrter Herr Klubobmann, danke dir, dass du heute meine Rede noch einmal vorgetragen hast, das beweist, dass die Freiheitliche Partei auch eine entsprechende Wertschätzung mir gegenüber hier abgibt und wenn du die noch einmal wiederholst, dann ist es also wirklich ein höchster Beweis der Wertschätzung. Ich habe mich ja fast wehren müssen, dass sie in den ländlichen und landwirtschaftlichen Mitteilungen bzw. im Neuen Land noch einmal abgedruckt wird, aber der Chefredakteur hat darauf bestanden, aber dass du die jetzt noch einmal bringst, das ist ja schon fast an der Grenze der Kitschigkeit. Aber ich danke dir dafür. So, bevor ich natürlich jetzt eingehe zu den 26 Fragen, erlauben Sie mir doch ein paar Bemerkungen, ein paar Vorbemerkungen, weil ich auch unter anderem die Aussagen, die getätigt wurden, anlässlich eurer Pressekonferenz am vorigen Freitag, vernommen habe, und auch eure Anfragebegründung sehr aufmerksam gelesen habe. Glauben Sie mir meine lieben Freunde, im Besonderen der FPÖ, die politische Situation im Agrarsektor ist derzeit so sensibel, dass es nicht angebracht ist, hier Kleingeld zu wechseln. Das setze ich einmal voraus, dass wir das heute hier nicht tun, sondern dass wir eine sehr inhaltliche und sehr inhaltlich reiche Diskussion hier führen. Das ist mir wichtig, denn wenn täglich drei Bauern ihren Hof zusperren müssen und ihre Existenz am Spiel steht, dann sollten wir hier keine billige polemische Diskussion abführen. Diese Bitte habe ich

gleich voraus. Es muss uns dieser Tage und dieser Wochen bewusst sein, dass die Frage des Bauernsterbens und auch die Frage der Unterstützung letztlich der Bauern in unserem Lande, ein eminent wichtiges, ein eminent wichtiges gesellschaftspolitisches Thema ist, das uns alle angeht. Es geht hier nicht nur um die Bauern, um die bäuerlichen Familien, die mir ein besonderes Anliegen sind und ich bin sicher, Ihnen allen auch, sondern es geht hier um das ganze Land, es geht hier um die Steiermark, meine Damen und Herren. Meine Damen und Herren, im Besonderen hier im Hohen Haus, in diesem Zusammenhang möchte ich hier auch Sie alle um diese große Verantwortung bitten. Denn gerade der ländliche Raum braucht große Impulse in Zukunft, braucht wirtschaftliche, nachhaltige Zeichen und ich brauche hier auch Ihre breite Unterstützung. Mich hat es vor wenigen Tagen sehr getroffen, als der chinesische Regionalminister, Entschuldige, der japanische Regionalminister bei uns war und an der Technischen Universität einen Vortrag über das Problem Chinas, nämlich ebenso unser Problem, das Abwandern aus dem ländlichen Raum und er hat das sogar dramatisch auf einen Punkt gebracht und hat gesagt: China gibt es in 900 Jahren nicht mehr, Japan gibt es in 900 Jahren nicht mehr, weil in Tokio keine Kinder auf die Welt kommen, die kommen nur im ländlichen Raum auf die Welt und Japan stirbt aus, weil die Menschen massenweise aus den ländlichen Räumen abwandern und in die Hauptstädte Japans einziehen. Wir haben ihm dreimal sozusagen die wiederholte Frage gestellt, ob das sein kann, dass das so ist, dass das so rasch geht? Wir wissen ja alle, die Bevölkerungsdichte in Japan ist ja nicht klein. Er hat das bestätigt und seine Demografen und Rechner haben das mehrmals als das entscheidende Element der künftigen japanischen Politik hingestellt. Meine Damen und Herren, das kann man auch auf unsere steirischen Verhältnisse umlegen, es geht hier im ländlichen Raum, wie gesagt um diesen wichtigen Zukunftsimpuls und dazu braucht es die Unterstützung Aller, wenn wir hier keinen volkswirtschaftlichen irreparablen Schaden in Zukunft sozusagen erwarten dürfen. Das Schließen der Höfe ist ein Zeichen eines solchen volkswirtschaftlichen Schadens. Und jeden Tag sperren eben derzeit rund drei Bauern in der Steiermark ihre Höfe zu oder sind gezwungen, ihre Höfe zuzusperren und alle wissen und das hast du ja völlig richtig gesagt und wiederholt, lieber Klubobmann, „stirbt der Bauer, stirbt das Land - lebt der Bauer, lebt das Land“. Also ich bin eher beim zweiten Satz, denn der gibt Hoffnung und der gibt uns eine gewisse Zuversicht. Aber die Folgen sind nicht nur sozusagen eine Ausdünnung des ländlichen Raumes, sondern die Folgen sind hier ganz entscheidend auch die große Frage oder ist die große Frage: Wie können wir die Versorgungssicherheit in unserem Land in Zukunft sicherstellen? Wie können wir die Lebensqualität in unserem Land sicherstellen?

Wie können wir letztlich die Lebenskultur, die so hohe Lebenskultur in unserem Land nicht gefährden? Und mehr noch, da wurde auch gesagt und das habe ich auch am Hauptplatz vorige Woche gesagt: Jeder Hof, der zusperrt, bedeutet ein böses Schicksal auch für viele Arbeitnehmer in diesem Lande, von Bad Radkersburg bis Bad Aussee, von Murau bis Mürzzuschlag, wenn Sie das Kreuz so sehen wollen. Es waren im Jahr wirklich 3.000 Arbeitnehmer, die hier im Rahmen der agrarischen Produktion im vor- und nachgelagertem Bereich ihren Job verloren haben. Und das ist traurig genug und das trägt auch dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit ganz entscheidend steigt. Ich sage es aber jetzt schon trotzdem, lieber Herr Klubobmann, weil Sie es ja auch bei der Pressekonferenz auch so deutlich gesagt haben, dass ich mich dann hinstelle und so quasi als populistischer Bauernretter hier auftrete. Ich möchte das sehr klar und deutlich zurückweisen. Ich trete in dieser Zeit nicht als Bauernretter auf, sondern ich habe mich sehr, sehr berührt gefühlt, von all diesen Bewegungen innerhalb der Bauernschaft und von den Problemen, die außerhalb der Bauernschaft mit dem Problem sozusagen des Höfe zusperrens, entstanden sind. Die Wahrheit ist, die schwierige Situation am Agrarsektor derzeit ist mittlerweile längst nicht nur mehr eine nationale und europäische, sondern mittlerweile eine globale. Das wissen wir und das werden wir heute auch noch diskutieren. Und da spiele ich ganz sicher nicht den Zauberer, der in der Steiermark sozusagen alles sozusagen hinbauen kann, was sich die Bauern so wünschen, Gelder auftreiben kann, die man so brauchen würde. Da weiß ich, wie es uns geht in unserer gespannten, finanziellen Budgetwelt auch, aber ich versuche hier Lösungen zu finden, für unsere Bäuerinnen und Bauern, damit sie ein würdiges Überleben haben, trotz all dieser Schwierigkeiten, die wir haben. Eines musst du schon akzeptieren, lieber Klubobmann, und das sollten wir hier alle wissen: die Politik kann keine Preise machen und schon gar keine Preise diktieren. Das ist nicht möglich. Das sage ich auch ein bisschen in Richtung KPÖ, die ja auch in Ihrem heutigen Entschließungsantrag erinnern, wir sollten wieder Preise festschreiben, für Produkte, die wir sozusagen unter der Kategorie Lebensmittel einschreiben. Das ist schlicht weg nicht mehr möglich. Das müssen wir wissen. Diese Zeiten gab es schon lange nicht mehr und sind vorbei. Ich sage das ganz bewusst auch, auf die beantragte Enquete, weil damit natürlich auch immer wieder auch gedacht ist, no-na, dass wir hier dieses Thema, die Politik soll etwas unternehmen, dass die Preise wieder stabiler werden usw., in die Richtung geht. Das möchte ich gleich vorweg sagen: Wir müssen wissen, die Preispolitik ist eine Frage des Marktes, eine Frage des Angebotes und letztlich auch selbstverständlich eine Frage der Nachfrage, meine Damen und Herren. Der kleine Unterschied und im Besonderen

sage ich das in Richtung FPÖ, mein Arbeitsplatz ist tagtäglich der harten Realität geschuldet, der harten Realität und der res publica, des großen Gemeinwohls, des übergeordneten Gemeinwohls, das weit über die Agrarpolitik hinausgeht. Und ich muss oft Mehrheiten für meine Interessen finden. Das ist nicht immer ganz einfach, das kann ich Ihnen sagen und ich muss oft Kompromisse schließen, die mir auch nicht passen, die mir oft unbehaglich hier sind, aber so funktioniert eben Demokratie. Auch die Bauern, wenn sie gut organisiert sind, können nicht erwarten, dass sie in allen Punkten sozusagen sich durchsetzen können. Ja, und ich gebe auch zu, dass mehrmals auf europäischer Ebene Entscheidungen getroffen wurden, die auch mir und uns in Österreich nicht gepasst haben und an den bäuerlichen Interessen massiv zuwider laufen. Und ich denke da an die angesprochene Milchquotenauflösung im heurigen Jahr. Das ist ein Thema, das uns seit Jahren beschäftigt, aber wir müssen hier demokratisch zur Kenntnis nehmen, dass mehr als 20 Nationalstaaten in Europa gesagt haben: Ja, wir wollen die Milchquote auflösen, die gibt es nicht mehr ab morgen – und wir als Österreicher waren dagegen, das möchte ich hier auch einmal sehr klar positionieren. Auch die Diskussion um TTIP ist für uns Agrarpolitiker nicht immer ganz einfach, wenn man den Gesamtzusammenhang in dieser Frage sieht oder auch die Kürzung der europäischen Finanzmittel für die Agrarpolitik insgesamt. Nur meine Damen und Herren, das ist eben so, das ist die Demokratie, auch oft die harte Auseinandersetzung in der Demokratie und auch das Fertigwerden mit den Beschlüssen letztendlich. Nur wie ist es mit der FPÖ als Bauernpartei. Diesen Spaß möchte ich mir schon ein paar Minuten jetzt erlauben. Ich frage euch schon, meine Damen und Herren der FPÖ, wie versteht es ihr dann mit euren markanten Ansagen eurer Spitzenpolitiker oder Handlungen eurer Kameraden, wenn ich da zum Beispiel erinnern darf, dass euer Chef des Bundes, FPÖ-Chef H.C. Strache im Parlament verlangt hat, im Rahmen eines Entschließungsantrages, die Subventionen zu halbieren, die Förderungen eben auch für die Bauern zu halbieren. Ist dem Herrn Strache bewusst – na, entschuldige, ihr braucht's jetzt nicht mit dem Kopf wackeln, das ist so – ist dem Herrn Strache bewusst, dass durch eine Halbierung der Förderungen, hier oder der Leistungsabgeltungen, die Bergbauern 50 Prozent und mehr ihres Einkommens verlieren würden? Wenn das eingetreten wäre, was da hier in dem Entschließungsantrag gestanden ist, meine Damen und Herren, dann bräuchten wir über Existenzen unser Bergbauern nicht mehr zu sprechen, die gäbe es schlicht weg nicht mehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Oder ich zitiere hier einen gewissen Andreas Mölzer, ich weiß schon, nicht wahr: „Vorrangiges Ziel muss es sein, umfassende Renationalisierungen der Agrarpolitik einzuleiten.“ Ja, was heißt das, meine liebe Freunde, Renationalisierungen

der Agrarpolitik? Das heißt mit anderen Worten, dass wir die 50 Prozent-Mittel, die wir erhalten, das sind 7,7 Milliarden Euro in dieser Periode, in Brüssel liegen lassen, wenn wir renationalisieren, und diese Gelder, als große Nettozahler uns von Brüssel nicht abholen, das muss ich schon wissen, wenn ich sowas sage, was ich hier auch zum Ausdruck bringen will. Oder meine lieben Freunde und das möchte ich euch auch sagen, vielleicht kann man dem Herrn Kollegen Harald Jannach, eurem Agrarsprecher, auch einmal sagen, der unser Landwirtschaftsschulwesen, unser Schulwesen als respektlos sozusagen hier und in einer Form respektlos und unwürdig bezeichnet hat. Er hat nämlich gesagt: „Das landwirtschaftliche Schulwesen ist konzeptlos, ist ohne Kontrolle“, und ich würde euch mitgeben, lieber Mario, frag den jungen Herrn einmal, ob er weiß, das 96 % der Absolventen der landwirtschaftlichen Schulen sofort nach der Absolvierung einen Arbeitsplatz haben; 96 % dieses konzeptlosen Schultyps. Ich würde also schon bitten, hier ein bisschen sozusagen differenzierter und vorsichtiger mit den Worten hier umzugehen. Und dann kommen wir vielleicht noch in die Steiermark, lieber Kollege Gerhard Kurzmann, am Beispiel des belastenden Regionalprogrammes, ich muss es hier sagen, weil es auch so ist, für Graz-Umgebung, für die Süd- und Oststeiermark, welches in eurer Regierungszeit noch kurz vor der Landtagswahl verordnet wurde. Da geht es nicht nur um die Gemüsebauern, die keine Chance mehr haben, im Grazer Umfeld frisches Gemüse hier anzubauen und auf die Grazer Märkte zu bringen, sondern da geht es hier um einen Kahlschlag innerhalb der Schweinebranche, die wir derzeit miterleben, durch dieses Programm, das wir nicht mehr aushalten, weil auch damit über 15.000 Menschen Beschäftigung finden – in den Schlachtbetrieben, in den Veredelungsbetrieben, in den verschiedenen Zulieferbetrieben. Meine lieben Freunde, da haben wir hier schon auch mit entsprechendem Augenmaß zu arbeiten, denn hier geht es auch ums Geld, hier geht's um sehr viel Geld. Es geht um über zwei Millionen Euro, die mit dieser Verordnung sozusagen unseren Bauern nicht mehr zukommen können, aus dem gesamten Projekt der Öpulmaßnahmen heraus und ich sage es ganz offen, das hat uns sehr, sehr geschmerzt und ich hoffe, dass wir jetzt – und ich bin in guten Gesprächen mit Kollegen Jörg Leichtfried – dass wir vieles von dem wieder korrigieren können, was hier wirklich in die falsche Richtung gegangen ist.

Meine Damen und Herren, da komme ich jetzt zu Ihren Fragen und möchte Sie gerne beantworten.

Zu Pkt. 1: „Welche Maßnahmen haben Sie bereits gesetzt, um dem akuten Bauernsterben entgegenzuwirken?“ Ich werde die Fragen dann nicht mehr vortragen, aber diese erste Frage ist eine sehr entscheidende.

Wir haben erstens die erforderlichen Landesmittel aufgestellt, um das große Programm der ländlichen Entwicklung umzusetzen. Wir haben zweitens, als erster Nationalstaat innerhalb der EU von insgesamt 118 Regionen, die hier Regionalprogramme eingereicht haben, die Genehmigung erhalten, unser Programm umzusetzen. Wir haben drittens, meine Damen und Herren, die Förderung für die biologische Landwirtschaft in Österreich von 97 auf 112 Millionen Euro angehoben. Das gilt im Übrigen auch natürlich für die steirische Biolandwirtschaft. Viertens haben wir zusätzlich zu den 30 Bildungsmillionen für Weiterbildungsmaßnahmen weitere zwei Bildungsmillionen ausverhandelt, um speziell den jungen und auch betriebsführenden bäuerlichen Familien eine Weiterbildungschance zu geben. Wir haben einen großen Part für die Forschung und Entwicklung aufgebracht, wir haben Geld für innovative und alternative Produktionen im Tier- und Pflanzenschutz aufgestellt. Tierschutzmaßnahmen waren uns sehr, sehr wichtig und wir haben sehr, sehr viele Millionen auch investiert im Rahmen dieser Tierschutzmaßnahmen in den vergangenen Jahren. Wir haben neue alternative Haltungsformen im Schweinebereich entwickelt, wir haben neue Bekämpfungsmethoden des Maiswurzelbohrers entwickelt und auch finanziert. Wir haben das Forschungsprogramm „Biene“ - ein ganz, ganz wichtiges Projekt - mit sehr viel Geld finanziert, oder auch die pilzwiderstandsfähige Rebsorten - ein entscheidendes Thema auch im Rahmen der Rebzikade. Oder, meine Damen und Herren, wir haben – Stichwort Risikoabdeckung - da die Naturkatastrophen exorbitant zunehmen, zehn Millionen Euro auf Bundes- und Landesebene aufgestellt, um unseren Landwirten die überlebenswichtige Versicherungsprämie leistbar zu machen, die Hagelversicherungsprämie nämlich. Und so könnte ich diese Liste noch umfassend weiterführen: Von der Dürre-Entschädigung bis zu den notwendigen und gestützten Almmaßnahmen und von den Landesförderungen für extreme Bergbauernbetriebe zur Abfuhr ihrer Milch, bis hin zu wichtigen Einrichtungen, die wir für die professionelle Vermarktung in unserem Landes brauchen - Stichland Oberlandhalle. Sie sehen, meine Damen und Herren der FPÖ, wir tun hier was und ich könnte hier noch viele Bereiche aufzählen, aber ich will das der Zeitökonomie entsprechend nicht tun.

Zu Pkt. 2: Ja.

Zu Pkt. 3: Ergänzend zur Beantwortung der Frage eins bemühen wir uns derzeit mit den Handelsketten, tragfähige Lösungen herbeizuführen, also mehr regionale Produkte, mehr Bewusstseinsbildung auch für heimische Konsumenten. Gleichzeitig hat Bundesminister Andrä Rupprechter gemeinsam mit den Ländern Exportoffensiven in den amerikanischen, asiatischen und nordafrikanischen Kontinent gestartet. Zum Dritten rufen wir die Konsumenten auf, noch stärker zu heimischen Produkten zu greifen. Zum Vierten wollen wir auch die unhaltbaren Auflagen der FPÖ - Stichwort Regionalprogramm - auf eine verträgliche Ebene zurückführen.

Zu Pkt. 4: Die laufen bereits.

Zu Pkt. 5: Ja, selbstverständlich.

Zu Pkt. 6: 68,5 Millionen Euro: Mit diesen Budgetmitteln hebeln wir Leistungsabgeltungen für die steirische Landwirtschaft in der Höhe von mehr als 170 Millionen Euro, das sind also die bundes- und EU-kofinanzierten Mittel im Wesentlichen.

Zu Pkt. 7: Ja.

Zu Pkt. 8: Da geht es hier um die Beratungseinrichtungen, die der Landesrat beizieht, wenn es um wichtige agrarpolitische Fragen geht. Wir ziehen hier bei, das Institut für Agrarwissenschaften, ich ziehe bei die Universitäten in Graz, die TU Graz, die Karl-Franzens-Universität, Universität für Bodenkultur in Wien und unser Joanneum Research. Wir ziehen bei die AGES und unsere Veterinärabteilung, wir ziehen bei auch die Experten der Landwirtschaftskammer, bäuerliche Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften, den Biobauernverband, die Land- und Forstbetriebe, das land- und forstwirtschaftliche Forschungs- und Versuchsanstalten und viele weitere mehr, aber das waren die wichtigsten, die meine Beratereinheiten sind, wenn es um die Entwicklung neuer Produkte und neuer Maßnahmen für die Landwirtschaft geht.

Zu Pkt. 9: Einkommensverluste von 50 Millionen Euro pro Jahr in den Branchen Obst, Fleisch und Milch. Es ging hier um die Russland-Sanktionen.

Zu Pkt. 10: Was machen wir dagegen?

Exportoffensiven in den asiatischen, pazifischen Raum, in den nordafrikanischen und US-amerikanischen Raum, Marketingoffensiven im In- und Ausland, organisatorische Unterstützung von steirischen Exportoffensiven in der Startphase - z. B. waren das vor kurzem Qualitätskirschen nach Bangkok, nach China - breit gestreute Lebensmittelaktionen in Schulen, in Firmen, in den Institutionen.

Der steirische Apfel liegt beinahe und Gott sei Dank - und danke allen, die hier mitmachen - in jedem Büro. Das ist mir auch wichtig: Die Gründung einer Exportservicestelle für österreichische Unternehmen, insbesondere für agrarische Unternehmen, die derzeit sich in Gründung befinden.

Zu Pkt. 11: Ich bin der Meinung, dass die Wirtschaftssanktionen allein nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Es bedarf vielmehr einer wesentlich tieferen diplomatischen und politischen Anstrengung, um diese kriegerischen Auseinandersetzungen so schnell wie möglich zu beenden. Am liebsten wäre es mir, wenn das heute noch möglich wäre.

Zu Pkt. 12: Wohlwissend, dass dies nationale und europäische Maßnahmen verlangt, lasse ich keine Möglichkeit aus, um diesbezüglich Gespräche mit Außenminister Sebastian Kurz und Minister Andrä Rupprechter zu führen.

Zu Pkt. 13: Die Frage erübrigt sich.

Zu Pkt. 14: Die nächsten Verhandlungsrunden werden im Oktober und Dezember 2015 stattfinden. Zum landwirtschaftlichen Kapitel liegen derzeit, wie Sie wissen, noch keine konkreten Verhandlungsergebnisse vor. Ganz klar ist - und dafür setze ich mich massiv ein und auch in der Breite der Agrarreferenten Österreichs gemeinsam mit dem Minister - dass es für den Agrarbereich, der insgesamt beim TTIP nur ein kleiner, aber ein enorm wichtiger Bereich ist, ganz klare „rote Linien“ gibt, d.h. Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen. Dazu nenne ich u.a. die Sicherstellung unserer wichtigen geografisch geschützten Produkte, das Kapitel Gentechnik-Freiheit, den Erhalt unserer hohen Tier- und Umweltschutzstandards, die Qualität der Bio-Landwirtschaft und die wettbewerbsrechtlichen Positionen, die so gestaltet sein müssen, dass sie diesen Namen auch innerhalb der Agrarpolitik verdienen.

Zu Pkt. 15: Ja.

Zu Pkt. 16: Ja.

Zu Pkt. 17: Weil die dementsprechenden Richtlinien seitens der Europäischen Kommission nicht vorher genehmigt wurden und darauf aufbauend die technische Programmierung und Vorbereitung zur Genehmigung neu erfolgen musste. Im Übrigen hat Österreich mit dem neuen Förderprogramm auf ein gänzlich neues Fördermodell umgestellt, Sie wissen, das ist das Regionalmodell. Bis Ende des Jahres wird in der Steiermark ein AIK-Volumen von voraussichtlich 51 Millionen Euro für die steirische Landwirtschaft zur Auszahlung gelangen. Allein diese Woche wird der Landesregierung ein AIK-Auszahlungsvolumen meinerseits von sieben Millionen zur Freigabe vorgelegt.

Zu Pkt. 18: Nein, weil der administrative Aufwand in keinem Verhältnis zum allfälligen Auszahlungsbetrag steht, aufgrund der niedrigen Zinsen, Gott sei Dank. Und dazugesagt gehört durchaus noch, dass viele die Investitionen noch nicht getätigt haben und jetzt erst in die Investitionsbereitschaft eintreten.

Zu Pkt. 19: Frage erübrigt sich.

Zu Pkt. 20: Ja.

Zu Pkt. 21: Nein.

Zu Pkt. 22: Auch diese Frage erübrigt sich damit.

Zu Pkt. 23: Ich habe mich beim zuständigen Bundesminister und auch in der Europäischen Kommission stark gemacht, dass die Auszahlung des wesentlichen Teils der Leistungsabteilungen der ersten und zweiten Säule bereits im heurigen Jahr erfolgen kann. Hinzu merke ich an, dass wir in Österreich innerhalb der EU die einzigen sind, welche diese Mitteln im heurigen Jahr zur Auszahlung bringen. Und meine Damen und Herren, das ist eine besondere Leistung und war eine besondere Kraftanstrengung auch bei der letzten und vorletzten Ministerratssitzung, wo ich auch selbst dabei sein durfte und den Minister dort vertreten durfte.

Zu Pkt. 24: Ja.

Zu Pkt. 25: 50 % der Säule 1 und 75 % der Säule 2.

Zu Pkt. 26: In Bezug auf die zusätzlichen Mittel gibt es im Agrarministerrat in Kürze eine weitere Verhandlung über die Aufteilung der Gelder.

Meine Damen und Herren, im Besonderen der FPÖ, zum Abschluss sei mir noch eine kleine Bemerkung erlaubt. Glauben Sie mir, innerhalb der Bauernschaft ist uns der Begriff des „Erbhof“ unwahrscheinlich wichtig in unserer gesamten Generationenverantwortung. Und die Bauern wissen, was sie unter dem Begriff des Erbhofes auch verantworten müssen und verstehen müssen. Und ich übertrage das jetzt einmal auf die politische Realität, mit der ihr euch, meine lieben Kollegen in der FPÖ, vielleicht auch einmal auseinandersetzen solltet. Wenn es darum geht, auf Bundesebene bei unseren Agrarlandesrätekonferenzen Beschlüsse zu fassen, um unseren Bauern in den Ländern zu helfen, aus der schwierigen Situation heraus zu helfen, dann vernehme ich von meinem Kärntner Agrarlandesrat, den ich sehr schätze, immer einen Stehsatz und der heißt: „Es tut mir sehr leid für euch“, da meint er uns Landesräte, „und für meine Bauern, aber ich kann euch nichts geben. Kärnten hat kein Geld!“

Wissen Sie, das tut mir sehr oft weh, das ist nicht die Begrifflichkeit des Erbhofes, bei uns nennt man so etwas „Abbrandlerhof“ und das sollten wir auch einmal überlegen. Ich weiß, da passieren sehr viele „Kindesweglegungen“, wenn man über Kärnten spricht. Aber ich sage euch eines: Das tut uns sehr oft weh, wenn es hier um große Beschlüsse geht, die den Bauern vom Bregenzerwald bis zum Neusiedler See helfen sollten und dann sagt ein Land: „Ich kann hier nicht mitzahlen. Entweder zahlt ihr für uns mit, damit ich meinen Bauern helfen kann, oder meine Bauern müssen auf diese Mitteln verzichten.“ Darüber sollten wir einmal nachdenken, wenn es um die Verantwortung im Lande geht, wenn es um die Verantwortung geht rund ums „heilige Geld“ und wenn es um die Verantwortung geht auch innerhalb der Agrarpolitik. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Wir kommen jetzt zur Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Lambert Schönleitner von den Grünen.

LTabg. Schönleitner - Grüne (16.22 Uhr): Ja danke Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist klar, dass die Landwirtschaft ein sehr sensibles Thema ist aus unterschiedlichen Gründen: Es ist die Preissituation, es war die Witterungssituation, vor allem im letzten Jahr. Heuer war es besser, Gott sei Dank, in der Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern. Aber ich glaube schon auch - du hast jetzt sehr staatstragend versucht darzustellen, was du als Landesrat, was die ÖVP alles macht. Aber unlängst, wie die Bauerndemo halt war, die wir unterstützt haben, wir haben gesagt, dass es wichtig ist, es zu sagen, ist schon die Frage zu stellen, wer in den letzten Jahren für das Ganze verantwortlich war. Da ist es halt mit der Glaubwürdigkeit – und ich sage bewusst „Glaubwürdigkeit“ – geschätzter Herr Landesrat, nicht sehr weit her. Wir haben verschiedene Themenbereiche immer wieder gehabt auch hier im steirischen Landtag, die die Landwirtschaft betreffen, wo ich das Gefühl gehabt habe, du bist eigentlich einer, der auf der Bremse steht, wenn es darum geht, die Bauern auch zu unterstützen. Du bist sicher einer, der die Problematik kennt, du bist fachlich sicher sehr bewandert, aber ich habe extra zwei Beispiele heute rausgenommen mit unseren Entschließungsanträgen, wo ich konkret messen will: Was macht die ÖVP, wenn es darauf ankommt, die Bauern zu unterstützen? Der eine Bereich – und ich gehe gleich darauf ein – war dieses Glashausprojekt in Bad Blumau, wo du ganz genau weißt, dass es die Bauern waren, die Gemüsebauern, die gesagt haben: „Wir wollen das nicht haben, das räumt uns

eigentlich unsere letzten Absatzmärkte weg.“ Wenn jetzt eines passiert – und das ist ja das Dramatische, was wahrscheinlich einer der Dinge, das hast du jetzt nicht angesprochen, der Problematiken und der großen Herausforderungen der nächsten Jahre sein wird - dass nämlich der Lebensmittelhandel, der jetzt eh schon die Bauern massiv unter Druck bringt mit seiner Preispolitik, mit den kurzfristigen Verträgen, dass die nämlich hergehen und selbst in die Produktion einsteigen. Das ist ja das Absurdeste, was es überhaupt gibt, wenn ich einen Lebensmittelhandelskonzern anstelle von Bauern dazu hernehme, um die Lebensmittel zu produzieren. Weil dann – da sind wir uns glaube ich einig, das wirst du gleich sehen – dann steht das Wasser sicher schon höher wie bis zum Hals. (*Landesrat Seitinger: „Du weißt, dass das nicht so ist, Lambert!“*) Da warst du einer – lass mich vielleicht kurz ausführen, du kannst dich ja nachher noch, oder wirst dich noch einmal melden – da warst du einer von jenen, der bis zum heutigen Tag und der Einzige, der mir noch einfällt, weil selbst der Landwirtschaftsminister Rupprechter hat sich gegen dieses Projekt ausgesprochen, weil er sagt, er will diese Tendenz nicht, diese Entwicklung. Ganz ein konkretes Beispiel - man muss über Konkretes reden, dann sieht man, ob Politik glaubwürdig ist oder nicht – er hat sich dagegen ausgesprochen. Wir haben es zusammengebracht auf unser Bestreben hin, gemeinsam mit dem Tourismus die Landwirtschaftskammer davon zu überzeugen, einen Beschluss zu fassen und sich gegen dieses Projekt auszusprechen. Präsident Titschenbacher war gestern bei uns im Grünen Landtagsklub mit Werner Bruggner und der Kollegin Pein, wir haben über Landwirtschaft diskutiert und die haben klar bestätigt: Die Landwirtschaftskammer hat sich dagegen ausgesprochen. Du bist der Einzige, und da möchte ich von dir einmal etwas hören zu diesem konkreten Fall, der bislang noch nichts gesagt hat als höchster Agrarvertreter der Steiermark: „Ich will das nicht haben, ich möchte nicht, dass unseren Bauern der Grund und Boden abgenommen wird“, und dass letztendlich die letzten Absatzmärkte für jene Gemüsebauern – wir haben eh schon wenige, wir wissen, wie die unter Druck waren und wie die Zustände in diesem Bereich sind - dass die quasi durch dieses Projekt auch noch massiv unter Druck gebracht werden. Und du hast dich nicht dazu deklariert. Wir haben heute wieder einen Entschließungsantrag hier, wir werden sehen, wie die ÖVP bei diesem Entschließungsantrag letztendlich entscheidet. Wir hätten uns auch noch bemüht, einiges abzuändern, das hat leider letztendlich dann auch nicht funktioniert. Aber anhand solcher Beispiele, das möchte ich noch konkret sagen, wird es dann halt sichtbar, ob deine staatstragenden Reden – du hast eine Super-Rede gehalten dort, bei deinem Podest, das wird überall gesagt, wenn man es emotional sieht, wenn man es inhaltlich sieht - aber so es

um die Umsetzung geht, dass das getan wird, was wir in der Landwirtschaftspolitik schon lange tun müssten, sind wir halt in Wirklichkeit ganz, ganz weit hinten.

Da gehe ich noch auf einen zweiten Themenbereich ein, der mir sehr wichtig ist, weil ich unlängst wieder in der Südsteiermark war, auch mit Bauern gesprochen habe, das ist der Schweinemastbereich in der Steiermark. Wir wissen natürlich, dass wir einen sehr hohen Anteil in diesem Marktsegment haben, da ist die Steiermark stark vertreten, wir wissen auch, dass die Stückzahl, das ist richtig, und die Produktion gesamt sogar ein bisschen zurückgegangen ist. Aber dennoch ist es so, dass das Bauernsterben in diesem Bereich besonders rasant ist, wie wir sehen. Die Größenordnungen gehen massiv nach oben, es wird nach wie vor über 10.000er-Einheiten diskutiert. Du hast dich zwar von dem, wie die Kritik groß war, ein bisschen abgegrenzt, aber es ist trotzdem ein Faktum, dass du immer noch hergehst und deine Fördermittel nicht für die Umstellung in neue Marktbereiche hinein - was so unheimlich wichtig wäre, weil man muss ja die Bauern unterstützen, wenn sie was Neues machen sollen - dass man da hineininvestiert, sondern du investiert immer noch in die ganz konventionelle Schweinemast. (*Landesrat Seitinger: „Stimmt nicht, das ist falsch!“*) Oh doch. Du kannst reden, mit dem du willst, da kommt von dir immer das Beispiel: „Ja schau dir die Deckungsbeiträge an, wir müssen ja mithalten können.“ Aber ich sage dir, wir werden mit Nordrhein-Westfalen, mit jenen Ländern, mit den Niederlanden, mit anderen, die in ganz anderen Größenordnungen drinnen sind, überhaupt nicht konkurrieren können, das funktioniert nicht. (*Landesrat Seitinger: „Sag da vorne nicht falsche Dinge! Ich fördere alle Initiativen innerhalb der Produktion, auch innovative, die in die tiefste Biologie hineingehen!“*) Du kannst dich dann noch einmal melden, aber die in die tiefste Biologie hineingehen, allein die Landesunternehmungen, das ist unser zweiter Antrag, da haben wir den Bioanteil angeschaut – danke für die Antwort, die wir bekommen haben von den unterschiedlichen Ressorts - was das Land Steiermark selber tut, um in ihrem Bereich die regionale Versorgung und die Bioversorgung zu verankern. Du weißt, wir sind im minimalen Bereich, wir sind im Prozentbereich drinnen, wir sind ganz unten, auch ein Problem der Glaubwürdigkeit. Wenn du sagst, du tust eh alles und machst eh alles richtig und die ÖVP ist da voll drauf und ist die Bauernpartei schlecht hin, dann sage ich dir: Das ist, wenn man sich die Fakten anschaut, letztendlich völlig unrichtig. Um noch einmal auf den Schweinebereich zurückzukommen, ja du bitte, wenn wir es nicht schaffen – ich rede ja gar nicht von Bio, der Herbert Kain, Biochef sagt mir immer, Ernteverband etc., wir hätten ein Riesenmarktsegment im Bioschweinefleisch, sagt er. Der legt mir die Zahlen am Tisch und sagt: „Nur keiner

produziert es, weil keiner umstellen kann.“ Kein Betrieb macht die Investition, dass er dort hineingehen kann. Das sind einfach Dinge, die am Tisch liegen und wenn wir es dann nicht schaffen – und auf das wollte ich raus – ich glaube irgendwann muss man auch über Glaubwürdigkeit reden können, weil wenn wir 20, 30, 40 Reden da herinnen haben, Sonntagsreden und jeder sagt, er stehe eh hinter der Landwirtschaft und es sei eh alles perfekt und es gehe eh gut und dann sagst du auch noch, bei der Milchquote hättet ihr auch noch gut verhandelt in Brüssel, das glaubt ja niemand mehr. Das glaubt niemand mehr. Und beim Schweinebereich z. B. - nur ein Beispiel noch, weil wir sind im Landtag herinnen, da muss man über die konkreten Dinge reden - da gibt es ein AMA-Gütesiegel, das weißt du, steht für österreichische Qualität, soll es stehen. Das ist eine Qualitätskennzeichnung, da gibt es klare Kriterien, aber ein Kriterium haben wir noch nicht geschafft festzulegen, nämlich dass im heimischen Schweinefleischbereich keine genveränderten Futtermittel drinnen sein dürfen. Ja stell dir das einmal vor: Du redest, du tust etwas für die Qualität und die ÖVP hat es bis heute nicht geschafft – das ist eine Realität – auf österreichischem Schweinefleisch das AMA-Gütesiegel nur dann aufzubringen, wenn tatsächlich kein Gensoja drinnen ist. Das ist ja eine Qualitätssache. Ich bin ja völlig bei dir, wenn du zur KPÖ sagst: „Wir können die Preise nicht wieder alle regeln oder vorgeben“, das glaube ich auch, da hast du völlig Recht. Wir können nicht wieder eine Preispolitik machen und sagen: „Das garantieren wir halt und egal, dann produzieren wir halt“, weil dann spielt sich das Ganze nicht ein von den Lenkungsmaßnahmen. Aber natürlich die Rahmenbedingungen können wir verändern. Es ist da eine entscheidende Frage, ob wir die Qualität in der Landwirtschaft so festsetzen, dass andere Produkte – andere Produkte – letztendlich nicht zur Konkurrenz werden können und das Billigprodukt das Qualitätsprodukt raushaut. Und manchmal muss man halt auch den Mut haben – und da geht es wirklich um Mut – in der Qualitätskennzeichnung zu sagen: Dieses Produkt verdient ein Gütesiegel und ein anderes Produkt, das ist klar unterscheidbar, oder was das Beste wäre, das habe ich im Warenregal in diesem Supermarkt gar nicht mehr drinnen. Weil es ist richtig, wir können appellieren an die KonsumentInnen, wir können alle schauen, dass wir biologisch einkaufen, dass wir regional einkaufen, tun wir auch, aber das wird zu wenig sein, irgendwann muss auch die Politik den Mut haben – weiteres Beispiel eben das AMA-Gütesiegel, wo die Glaubwürdigkeit der ÖVP nicht mehr vorhanden ist. Und bei der Milchquote, die speziell die Grünlandbauern im Bergbereich natürlich massiv betrifft, ja das ist ja nicht von heute auf morgen gekommen. Über Jahre hat man diskutiert, die IG-Milch und andere haben Maßnahmenpakete am Tisch gelegt im Parlament, die Opposition über die

Parteigrenzen hinweg, oder Maßnahmenpaket im Milchbereich am Tisch gelegt, was man tun könnte. Speziell ist es z. B. - ich sage nur wieder etwas Konkretes - darum gegangen, dass man europaweit Kriterien schafft, dass man die Milchproduktion an einen gewissen Flächenschlüssel bindet. Weil es ist eh klar, es ist ja im Schweinebereich genau das gleiche Problem, wenn die Verhältniszahl zwischen Tier und Fläche nicht stimmt, und das ist unser größtes Problem, was wir haben, dann kann ich natürlich auch keine Qualität festmachen. Dann ist eh klar, dann kaufe ich Futtermittel zu, das hat nichts mehr zu tun mit landwirtschaftlichem Boden, ist weit weg von der Landwirtschaft. Da möchte ich dir einfach sagen – und damit ist dann eh schon alles gesagt – dass alles, was du hier wirklich salbungsvoll vorträgst und wunderbar erklärst, was alles gemacht und getan wird, halt insofern doch sehr unglaubwürdig ist, wenn man sieht, wie es aussieht. Wie schaut es aus bei den Landeseinrichtungen mit regionalen Produkten? Schlecht schaut es aus. Wie schaut es aus mit dem AMA-Gütesiegel? Schlecht schaut es aus. Wir sichern keine österreichische Qualität im Schweinefleischbereich, die für den Konsumenten nachweisbar unterscheidbar wäre. Wir müssen einfach raus aus der Masse. Wir werden Wettbewerb auf europäischer Ebene, im Landwirtschaftsbereich sicher nicht gewinnen. Das Einzige, was wir tun können ist letztendlich die Qualitäten abzusichern, zu schauen, dass wir hier in eine andere Richtung gehen. Ich kann mich noch erinnern, wie wir den Maisbauern in den Steiermark massiv kritisiert haben, haben Sie immer gesagt: „Ja den brauchen wir, ohne den Mais geht ja gar nichts!“ Dann hat es das Riesenproblem mit dem Maiswurzelbohrer gegeben, wir haben es eh immer noch, nur heuer war es witterungsmäßig besser, das wissen wir auch, darum schaut es gesamt ein bisschen anders aus – aber da muss man halt auch früh genug umstellen, dann muss man halt in Alternativen hineingehen. Jetzt gibt es ein paar Forschungsprojekte, das ist richtig, im Bereich der Hirse und andere Dinge, wo man auf andere Bereiche umsteigt, aber es muss die Politik den Mut haben und sagen: Es braucht so etwas in der Steiermark, wie eine neue Landwirtschaftsstrategie. Ich kann nicht sagen: „Ich mache immer gleich weiter, oder der Deckungspreis passt nicht, jetzt muss ich noch billiger produzieren und nur mehr in diesen Bereich hineingehen.“

Das Letzte, was mir unlängst aufgefallen ist von Menschen, die wirklich mit der Landwirtschaft zu tun haben im Forschungsbereich, das war die Geschichte bei Raumberg-Gumpenstein, da gibt es jetzt ein Forschungsprojekt im Bereich der Schweinemast.

Du kennst wahrscheinlich die ganze Geschichte, wo das Land Steiermark, ich nehme an, auch hineinfördert, wo auch die Styriabrid – muss man eh schon vorsichtig sein – hineinfördert in das Projekt, wo es um Filteranlagen für geschlossene Stallungen geht. Also wieder in Richtung konventionell und in Richtung Masse. Wenn dann schon die Leute, die in der Forschung dort vor Ort arbeiten – Karl Lackner, du kennst sicher einige von denen – zu uns her kommen, zu den Grünen, und sagen: „Das kann ja nicht sein, wir müssten ja alles tun, dass wir aus diesem Massenbereich herauskommen, dass wir die Qualität stärken, dass wir Haltungsformen stärken, wo es möglich wird für den Bauern zu produzieren, für einen Markt, wo er für sein Produkt auch etwas bekommt“, dann stimmt irgend etwas nicht. Das ist, glaube ich, die Geschichte, wo die Glaubwürdigkeit der ÖVP halt ganz einfach nicht mehr vorhanden ist.

TTIP hast du angesprochen. „Ja das Landwirtschaftskapitel“, hast du ganz locker gesagt, „ist ja noch fertig verhandelt.“ Das stimmt schon, aber du weißt auch, was die Bundesländer für eine Stellungnahme abgegeben haben? Und dass ausgerechnet die Steiermark mit dem Landesrat Buchmann, der im letzten Moment eine kritische Stellungnahme dann noch verhindert hat, nämlich Österreichs und der Bundesländer gemeinsam in diesem Bereich ... dann ist es halt nicht sehr glaubwürdig, wenn da ein oberer Bauernbündler auf Bundesebene, der Jakob Auer, halt wirklich es nicht schafft, sich mit Rückgrat hinzustellen und sagt: „Wir sind dagegen, wir wollen das nicht mehr. Das ist eine weitere Verschärfung, die TTIP-Angelegenheit!“ Dann ist es halt letztendlich nicht sehr viel Rückgrat, was da in der ÖVP-Landwirtschaftspolitik vorhanden ist. Ich glaube, wir müssen alles tun, um die Qualitäten zu stärken. Wir brauchen es für den Tourismus, ich glaube, das ist vom Kollegen Kunasek schon erwähnt worden. Wenn die Landwirtschaft nicht vorhanden ist, gerade im Milchbereich z. B., dann haben wir natürlich gröbere Probleme in allen Folgebereichen, dann ist die Steiermark wirklich wirtschaftlich in unterschiedlichen Bereichen stark beeinträchtigt.

Darum bringen wir heute wieder, weil es um Konkretes geht, Anträge ein, Entschließungsanträge, wo ich mich wirklich freuen würde, wenn ihr einmal über euren Schatten springen würdet und einmal sagt: „Wir stehen jetzt einmal dazu, wir wollen nicht, dass die Lebensmittelkonzerne in die Produktion einsteigen, den Bauern den Grund und Boden abnehmen“, und dass wir unsere Landesunternehmungen, wir wissen, es ist gesamt gesehen nur ein kleiner Anteil, aber zumindest eine Zielfestsetzung machen, Bio auf 50 %, regional auf 80 %, ich habe bewusst keine Zeiten hineingeschrieben, bis wann, sei es 2030, sei es 2040, vielleicht könnt ihr trotzdem über den Schatten springen und bei dem Antrag

mitgehen. Das würde mich sehr freuen. Ich darf nunmehr die Grünen Entschließungsanträge zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen. Der eine ist, wie gesagt, der Entschließungsantrag, was das Projekt in Bad Blumau anlangt, da geht es um die Raumordnung. Wir wollen erreichen, dass wir in der Raumordnung genau eine Unterscheidung haben zwischen den bäuerlichen Betrieben, der Bauer, der wirklich einen Betrieb hat, der mit der Familie diesen Hof bewirtschaftet und der Agrarindustrie auf der anderen Seite, wo letztendlich 27 Hektar, finanziert von Spar – das ist die Realität im Hintergrund – hingestellt werden und unsere Bauern beeinträchtigt werden. Das ist ganz ein wichtiger Entschließungsantrag, den ich hiermit einbringen möchte. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark spricht sich gegen das Agrarindustrieprojekt in Bad Blumau aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Novelle des Raumordnungsgesetzes vorzulegen, die sicherstellt, dass derartige Agroindustrieprojekte nicht unter dem Deckmantel der Landwirtschaft im Freiland bewilligt werden können, und insbesondere zu verankern, dass ab einer Größe von 5 ha im Flächenwidmungsplan verpflichtend eine Sondernutzung im Freiland auszuweisen ist.

Und der zweite Entschließungsantrag, den ich hiermit auch einbringen möchte, betrifft eben den Bioanteil und den regionalen Versorgungsanteil bei Lebensmitteln, der lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Maßnahmenplan vorzulegen, damit Bio- und regionale Lebensmittel in landeseigenen Einrichtungen Priorität haben und die Ausschreibungen entsprechend gestaltet werden mit dem Ziel, dass der Bioanteil auf 50% und der regionale Anteil im heimischen Lebensmittelsegment auf 80 % gesteigert wird.

Ich würde mir wirklich wünschen, wir bringen für die heimischen Landwirte was weiter und lieber Hans Seitinger, sei mir nicht böse, aber ich glaube, man muss schon sagen: Wenn die Totengräber die Sterblichkeitsrate beklagen – und ein bisschen war es so, da muss man immer vorsichtig sein – in dem Fall, wenn die ÖVP das Bauernsterben beklagt und Jahrzehnte zuständig ist für diesen Bereich, dann ist schon einmal die Frage zu stellen, ob die Politik letztendlich im Interesse der Landwirtschaft ist. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 16.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Kunasek, bitte.

LTabg. Kunasek - FPÖ (16.38 Uhr): Danke Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Landesrat Hans Seitinger, ich sage einmal danke für die Beantwortung, aber ich möchte schon festhalten, dass es schon einigermaßen lustig ist, fast schon amüsant, wenn du von uns eine sachliche Diskussion einforderst und dann selbst in Wirklichkeit polemisierst. Ich möchte daran erinnern, wenn dann das Beispiel Kärnten immer wieder kommt und uns Freiheitlichen vor allen Dingen, die, die hier sitzen, quasi suggeriert wird, wir wären da verantwortlich für das Chaos, was da passiert. Das letzte Regierungsmitglied, das diesen Versuch unternommen hat, uns Freiheitlichen in der Steiermark Kärnten umzubinden, ist heute kein Regierungsmitglied mehr, das war nämlich der ehemalige Landeshauptmann Voves, (*Beifall bei der FPÖ*) also würde ich das als Beispiel nicht bringen. Und insgesamt – und ich möchte wirklich alles, nur keine Hypo-Debatte führen – und insgesamt ist ja auch die Rolle der ÖVP in dem ganzen Hypo-Debakel durchaus eine interessante, wenn man sich die Verurteilungen bis jetzt anschaut.

Aber kommen wir wieder zurück zum Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe ein paar Dinge schon auch aufgeschrieben, wo ich sage: Da müssen wir jetzt einhacken. Der Landesrat Seitinger hat gesagt: „Die Politik macht keine Preise.“ Das habe auch ich nicht behauptet, ich habe immer nur gesagt, die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen und deshalb werde ich dann auch einen Antrag einbringen, um eben die Wirtschaft, sprich den Handel, um eben die Bauernvertreter und uns Politiker auf einen Tisch zu bringen, um auch entsprechend Gespräche zu führen. Das wir keine Preise festsetzen können, zum Leidwesen der KPÖ - darum können wir bei diesem Antrag auch nur punktuell mitgehen, möchte da auch eine punktuelle Abstimmung fordern - ist schon klar. Aber deshalb sozusagen gleich einmal von Haus aus zu sagen: „Wir können keine Gespräche führen“, das sehen wir nun einmal anders. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Hans Seitinger, da wurde von irgendwelchen Anträgen gesprochen, die der Bundesparteiobmann einbringt im Parlament, was die Förderung oder Kürzung der Förderung um 50 % betrifft – mir ist so ein Antrag nicht bekannt bzw. welcher das es ist. Aber was Faktum ist, meine sehr geehrten Damen und Herren: 45 % der Beiträge Österreichs in die Europäische Union, also rund 400 Millionen Euro fließen in die europäische Agrarsubventionspolitik, das ist Faktum. Wenn man sich dann einmal anschaut, wie sich dann diese Subventionen aufteilen und wer dann die

großen Fördernehmer sind, dann kommt man drauf, dass da schon Ungleichgewichter auch feststellbar sind, wenn wir wissen, dass 50 % der Betriebe insgesamt 13 % der Summe bekommt und auf der anderen Seite ein Prozent der Betriebe 10 % der gesamten Fördersumme bekommen, nämlich im Schnitt 78.000 Euro und die große Masse mit ca. 1.500 bis 2.000 Euro abgespeist wird, dann sage ich: Da müssen wir schon auch einmal nachdenken, ob diese Art der Subventionspolitik wirklich zielführend und das Gelbe vom Ei ist. Diese Diskussion dürfen wir auch hier in diesem Haus führen, da dürfen wir uns, glaube ich, auch hier den Mund nicht verbieten lassen. *(Beifall bei der FPÖ)* Weil was steht dagegen, einmal nachzudenken, ob man nicht einen europäischen Schulterchluss auch irgendwann einmal versucht und zu sagen: Teilbereiche der Agrarwirtschaft wieder in nationalstaatliche Kompetenzen und auch in nationalstaatliche Strukturen zurückzuführen, um eben nicht nur von Subventionen abhängig zu sein? Weil das ist das, du hast gesagt, du möchtest positiv denken: Lebt der Bauer, lebt das Land. In Wahrheit war deine Anfragebeantwortung eine Negativdarstellung, weil ich habe nur gehört: „Wir sind abhängig von Förderungen und Subventionen.“ Es kann doch bitte nicht unser Ansatz sein, Abhängigkeiten herzustellen, das tut man nämlich in der Wirtschaft auch ganz gerne, sondern wir wollen einen selbständigen Landwirt haben, der wieder in der Lage ist, auch mit seinen Produkten entsprechend zu überleben und uns gute, qualitativ hochwertige Produkte auf den Tisch zu bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Deshalb möchte ich zum Abschluss sozusagen replizieren auf die Anfrage, wir sind nicht immer einer Meinung, der Lambert Schönleitner und ich, aber Glaubwürdigkeitsfragen darf man auch stellen, glaube ich, in diesem Haus. Wenn man sich jetzt, lieber Hans, deine Laufbahn auch anschaut: Über 30 Jahre, seit 1984, habe ich da recherchiert, federführend auch im Bauernbund tätig, in der Landwirtschaftskammer in vielen Bereichen, seit zwölf Jahren jetzt auch bereits Regierungsmitglied, glaube ich, stimmt, gell? Seit zwölf Jahren Regierungsmitglied, in vielen Doppelfunktionen auch entsprechend vertreten, ja dann muss man doch auch hier die Frage stellen dürfen, vor allem als Oppositionspartei: Na, wie glaubwürdig ist dann das eine oder andere, wenn jetzt die ÖVP von der Rettung der Bauern spricht und von Sonstigem? *(LTAbg. Karl Lackner: „Wer sagt das?“)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, das war kein persönlicher Angriff, überhaupt nicht, eine Feststellung, dass man auch erkennen muss ... schauen Sie, liebe Freunde von der ÖVP, die Bauernschaft ist nicht von der ÖVP gepachtet in irgendeiner Form, oder der Steireranzug oder irgendetwas.

Sondern, nein, schauen Sie sich einmal die Wählerstromanalysen an. Ich kann ja auch parteitaktisch nicht mehr folgen. Ich kann euch realpolitisch nicht mehr folgen in vielen Bereichen und parteitaktisch kann ich es mir auch nicht mehr richtig erklären, wenn ich mir die Wählerstromanalysen anschau, wo ja schon längst auch die bäuerlichen Betriebe und die Landwirte eh schon freiheitlich wählen, nur mehr die großen natürlich – haben wir eh gerade vorgerechnet, warum – die ÖVP unterstützen. Dann sage ich als Landespartei sekretär weiß ich nicht, wer euch berät in dieser Frage. Da würde ich einmal umdenken anfangen und auch einmal erkennen: Es gibt nicht nur schwarze Bauern, es gibt sehr wohl auch unabhängige Bauern, es gibt auch freiheitliche Bauern und so soll es in einer Demokratie auch sein.
(Beifall bei der FPÖ)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, jetzt kommen wir wieder zurück zur sachlichen Debatte und ich würde wirklich jetzt bitten, wenn ich jetzt einen Antrag einbringe, zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, eben nicht in diesem Rahmen, sondern in einer Enquete nächstes Jahr mit Vertretern der Politik, mit Vertretern der Landwirte und mit Vertretern auch des Handels, sprich der Wirtschaft, einmal Gespräche zu führen. Ich darf deshalb auch einen Antrag einbringen, Betreff Abhaltung einer Enquete zum Thema „Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauernsterbens“. Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark wird im Jahr 2016 eine Enquete zum Thema „Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauernsterbens“ abhalten.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, warum 2016? Das hat zwei Gründe, ich sage das auch, in Wirklichkeit müssten wir es morgen abhalten, aber es hat zwei Gründe: Erstens, wenn du das ernsthaft vorbereiten willst und auch entsprechend mit Persönlichkeiten ausstatten willst, die was bringen, brauchst du Zeit. Und zweitens, weil sonst wäre sofort wieder der Vorwurf gekommen: „Die Freiheitlichen wollen nur schnell vor der Landwirtschaftskammerwahl Theater machen!“ Machen wir es 2016, nach der Landwirtschaftskammerwahl, dann nimmt das für uns alle ein wenig Druck heraus und wir können seriöser diskutieren. *(Beifall bei der FPÖ – 16.45 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Werner Murgg von der KPÖ.

LTabg. Dr. Murgg - KPÖ (16.45 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, im Besonderen Herr Landesrat Seitinger, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auch von unserer Seite ein paar Worte zu dieser Dringlichen Anfrage, die ich für sehr wichtig halte, denn ich glaube, das Problem des Bauernsterbens ist ein virulentes Problem, an dem wir alle gemeinsam arbeiten sollten. Ich war vergangenes Wochenende, wo diese Bauernproteste stattgefunden haben, auch bei dem Protest im Bezirk Leoben, hat ja in Trofaiach stattgefunden und ich habe ein bisschen im Umfeld, im Internet geschaut, was da die diversen Organisationen, Bauernorganisationen zu diesen Protesten sagen. Und die unabhängigen Bauern im Ennstal, die haben etwas Richtiges gesagt: Dass die Bauern, die jetzt mit der Landwirtschaftskammer und mit dem ÖVP-Bauernbund gegen diese Begleitumstände protestieren, die den Bauern das Leben schwer machen – tatsächlich schwer machen – eigentlich gegen ihre eigenen Organisationen protestieren müssten, da haben Sie heute auch, Kollege Schönleitner, gesagt, das ist vollkommen richtig. Aber ich habe ihnen – ich kenne ein paar davon – auch gesagt: Liebe Leute, sind wir nicht „seckiererisch“, die Zeit ist gekommen, wo wir alle gemeinsam, Bäuerinnen und Bauern, aber jeden, den die bäuerliche Landwirtschaft in Österreich am Herzen liegt, gemeinsam an einem Strang ziehen müssten. Deswegen habe ich es für falsch gefunden, dass diese unabhängigen Bauern sich an diesen Demonstrationen nicht beteiligt haben. Aber für mich war es auch erschütternd als Vertreter der KPÖ, dass bei dieser Demonstration in Trofaiach – gut, die Grünen sind vor Ort nicht sehr stark, sie fahren eh von Radkersburg bis Bad Aussee und sind unterwegs, ist klar, da ist niemand da gewesen ist. Aber ich hätte mir schon erwartet, dass von der Sozialdemokratie beispielsweise jemand dort gewesen wäre oder auch von der Freiheitlichen Partei. Auch da war niemand dort, es waren zwei oder drei ÖVP-Mandatare dort und der kommunistische Abgeordnete und die KPÖ-Vizebürgermeisterin auch Trofaiach, soviel zu diesen Protesten. Aber ich wollte jetzt sagen: Die Proteste sind berechtigt, was der Klubobmann Kunasek gesagt hat über die Rahmenbedingungen, kann ich im Wesentlichen unterstreichen, auch was der Lambert Schönleitner sagt und auch was Sie sagen, Herr Landesrat. Denn Sie zeigen ja den Finger auf die Probleme und auf die Wunde und sagen genau, das von Japan, das Beispiel kann man, ich glaube, ich will nicht sagen eins zu eins, aber das können wir zeitversetzt auf Österreich genauso umlegen. Da werden auch wir große Probleme bekommen und darum sage ich: Es ist höchste Zeit, einen Schulterchluss zu machen.

Denn die Bauern leiden unter einem extremen Preisverfall ihrer Produkte und gleichzeitig schöpfen aber immer noch genug Organisationen Gewinne ab und machen mit diesen Produkten gewaltige und schöne Gewinne. Das sind die weiterverarbeitenden Betriebe teilweise und das sind auch die Handelsketten. Und da kann man jetzt natürlich viel lamentieren und ins Detail gehen, aber den großen Rahmen darf man auch nicht aus den Augen verlieren. Denn letztlich zeigt sich an dieser Fehlentwicklung – und das eine Fehlentwicklung in ganz Europa, wir haben ja die Proteste erlebt in Belgien, in Frankreich, bei uns in Österreich – es zeigen sich die Folgen eines hemmungslosen, deregulierten Kapitalismus. Und die EU ist der Auslöser und der Verstärker dieses hemmungslosen und deregulierten Kapitalismus. Da höre ich von den Bäuerinnen und Bauern zu wenig. Wenn man mit ihnen dann unter vier Augen redet, dann geben einem viele Recht, dann kommt natürlich einer wieder vom Bauernbund vorbei und wenn man dann hinkommt, dann reden sie wieder anders, aber das vergessen sie dann eh gleich, weil sie erleben ja die Realität und sehen, in welches Schlamassel sie seit dem EU-Beitritt geraten sind. Und eine Säule dieses EU-Konstruktes ist natürlich der freie, hemmungslose freie Warenverkehr, das ist einer der Grundpfeiler der EU und davon profitieren die Großbetriebe, die es hauptsächlich in Dänemark – ich rede jetzt von der Landwirtschaft, bei uns profitiert die VOEST Alpine davon beispielsweise, aber wenn wir von der Landwirtschaft reden, profitiert natürlich davon Dänemark, Niederlande, Deutschland und in Österreich aber sehr, sehr wenige. Die mittleren und die kleinen Bauern leiden. Und es ist nicht nur ein ökonomischer Wahnsinn, es ist auch ein ökologischer Wahnsinn. Ich bin da jetzt direkt mit der Nase darauf gestoßen worden anlässlich dieser Flüchtlingsströme und Flüchtlingstragödien. Da sind in Deutschland die Grenzen kontrolliert worden, stichprobenartig nur, und dann hat es geheißen: 30 km LKW-Rückstau am Walserberg. Jetzt frage ich mich - vor 20 Jahren ist jeder kontrolliert worden und die LKW's sind am Walserberg auf die Seite gefahren beim Zollamt, dort ist das angeschaut worden - jetzt frage ich mich: Was ist in diesen 20 Jahren für ein Wahnsinn passiert, dass, wenn ich nur eine stichprobenartige Kontrolle mache, der LKW-Verkehr vollkommen zusammenbricht? Sie und wir alle wissen, dass 50 % mindestens dieses LKW-Verkehrs mit der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nichts zu tun hat, das ist das Gegenteil von volkswirtschaftlicher Wertschöpfung und vieles trifft auch die Landwirtschaft. Da wird deutsches Joghurt nach Griechenland transportiert und billiges holländisches Schweinefleisch in die Steiermark und was da alles noch dranhängt und auch darüber wird man sprechen müssen.

Und ich sage: Mit gutem Zureden und mit Händefalten und mit den Handelsketten sprechen, das wird nicht reichen. Da wird man – hat man jetzt gesehen - ich sage einmal französisch reden müssen. Das hat vorläufig auch nicht viel gewirkt, aber die Franzosen sind widerständiger, jetzt zumindest, als die Steirer noch sind. Aber es wird sich ändern und es wird sich auch in der Steiermark ändern und man wird eines brauchen: Man wird regulieren müssen und nicht deregulieren, man wird entschleunigen müssen und nicht beschleunigen und wir werden auch wieder Kontrollen haben müssen, auch bei den Preisen. Warum macht man keine Kontingente und führt nicht wieder Kontingente ein? Warum beschränkt man nicht die Einfuhr, ich sage gar nicht verbieten, aber beschränken, von, ich will nicht sagen minderwertigen, aber von nicht hochqualitativen Lebensmitteln? Warum gibt es keine Mindestabgabepreise? Sie haben heute gesagt und auch der Lambert Schönleitner hat gesagt: „Ja, das geht alles irgendwie nicht, weil das kann niemand durchsetzen“, ja natürlich, das geht in der Europäischen Union nicht. Ich sage Ihnen, selbst da funktioniert es noch auf anderen Feldern. Warum haben wir in Slowenien beispielsweise immer noch eine Benzinpreisregelung? Oder warum sind die Richtwerte bei den Mieten geregelt? Das geht alles, wenn man will und mit Ihrem freien Markt sage ich: Lassen Sie mich damit in Ruhe! Weil das, was wir heute haben in der Landwirtschaft, ist kein freier Markt, das ist Oligopol, wo die Großen sich 90 % unter den Nagel reißen, kartellmäßig, und die Kleinen unter die Räder kommen. Das hat doch mit dem freien Markt von Adam Smith vor 200 Jahren, die unsichtbare Hand, nichts zu tun, so schaut es aus, lieber Gemeindebundpräsident Dirnberger. (LTabg. Dirnberger: „Dein staatliches System ist auch gescheitert!“) Was ist gescheitert? (LTabg. Dirnberger: „Dein staatliches System ist auch gescheitert!“) Ich sage einmal so: Vor 20 Jahren oder vor 30 Jahren in Österreich, wie noch eine gewisse Regulierung vorgeherrscht hat, sind wir besser gefahren. Warum das heute nicht mehr ist, da kann die KPÖ nichts dafür. Also wir waren nicht für den EU-Beitritt und haben also alle Regulationsschranken hinweggefegt. Gescheitert ist es deswegen, weil die großen österreichischen Parteien, die ÖVP und die SPÖ sich eingebildet haben, sie müssen die Großen schützen, damit die Kleinen unter die Räder kommen. So schaut es aus. Und das verstehen – ich bin jetzt beim Anfang – das verstehen die Bauern. Ich komme auch viel herum, nicht weil ich ein Bauern-Experte bin, wie der Lambert Schönleitner in vielen, sondern weil mich andere Sachen auch interessieren – ich sage gar nicht was – wo ich auch viel in der Landwirtschaft bin und mit Bauern rede. Die meisten sind bei uns kleine und mittlere Bauern und die haben die EU bis daher satt, das sage ich Ihnen. Die Großen nicht, weil die profitieren davon. Ich brauch ja nur hineinschauen ins

Internet, wer die EU-Agrarförderungen abschöpft: 90 % sind Agrarkonzerne, die mit einem bäuerlichen Leben überhaupt nichts zu tun haben. Deswegen ist unser Antrag hochaktuell und dem kann man natürlich zustimmen. Dass das unter den derzeitigen Rahmenbedingungen, die wir haben – nicht nur die EU, auch andere – ein gewisses Krachen im Gebälk erzeugen würde, das ist mir klar, aber das wollen wir ja in dem Fall, wir als Kommunisten, dass dort ein wenig Krachen in die Maschinerie kommt. Deswegen stellen wir folgenden Antrag – es ist übrigens auf Bitten der Grünen, eine gute Idee, habe ich nichts dagegen, ist ein Halbsatz in Pkt. 1 hineingekommen. Ich werde ihn - ich hoffe, Sie haben ihn vorliegen – aktuell vorlegen: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. zumindest für die Milchproduktion wieder eine Quotenregelung oder eine alternative, wirksame Nachfolgeregelung – so war es, glaube ich – eingeführt wird und
2. ein Mindestabnahmepreis für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte eingeführt wird, der für die Betriebe tatsächlich kostendeckend ist.

Danke. (*Beifall bei der KPÖ – 16.56 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Abgeordneter Cramer bitte von der FPÖ.

LTAbg. Cramer - FPÖ (16.56 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren von der Landesregierung, liebe Kollegen im Plenarsaal, sehr geehrte Zuseher und Zuhörer im Publikumsraum und via Internet!

„Es ist sehr schwer die Fackel der Wahrheit durchs Gedränge zu tragen, ohne nicht irgendjemandem dabei den Bart zu versengen“, Zitat von Georg Christoph Lichtenberg. Das ist mir in dem Fall eingefallen, wie ich deine Ausführungen gehört habe, weil, lieber Hans Seitinger, wir kennen uns doch wirklich schon über Jahre hinweg, weil wir uns immer wieder bei den verschiedensten Weinbauveranstaltungen und Bauernveranstaltungen gesehen haben. Du wirst mir ja wohl sicher zuerkennen, dass ich ein bisschen eine Ahnung von diesem Metier habe als gestandener Weinbauer und vielleicht auch nicht als ganz erfolgloser Weinbauer. Ich muss auch feststellen, dass mir bei deiner Rede ein bisschen bei einem Punkt die Wahrheit gefehlt hat und ich werde auch genau sagen wo. Wenn du erzählst, dass: „... viele Projekte, was den AIK betrifft, halt noch nicht abgeschlossen sind usw. und es dauert halt so lange“, dann sage ich dir: Es wurde seit eineinhalb Jahren kein einziges ausbezahlt, weil das Land keine Richtlinien herausgegeben hat, worauf man eine Förderungsfreigabe stützen könnte. Es gibt da Milchbauern, die haben Ställe gebaut, die stehen jetzt da, müssen

teuer zwischenfinanzieren, nebenbei fällt ihnen die Milchquote weg, dass die schlecht schlafen, kann ich mir denken. Ich meine, die Weinbauern haben es immer leichter gehabt. Warum? Weil sie sich nie auf die Agrarpolitik vom Bauernbund und von den Kammern eingelassen haben. Die Weinbauern waren immer Eigenbrödler, darum hast auch nie so eine richtige Freude gehabt mit uns. (*Landeshaupt Schützenhöfer: „Aber mit dem Wein schon!“*) Aber wir waren doch erfolgreich ... ja, mit dem Wein, das hoffe ich auch. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, wie du das so einfach wegwischst. Ich meine, es ist Tatsache, es gibt keine Auszahlung der AIK seit Jänner des Jahres 2014. Die Leute warten auf ihr Geld, die sitzen da und wissen nicht, wie sie es finanzieren sollen. Und du gehst mit einem Taferl in der Hand und sagst: „Mehr Lohn für die Bauern!“, und wirst dabei nicht einmal rot. (*Beifall bei der FPÖ*) Sei mir nicht böse. Ich gebe zu, es war jetzt vielleicht wenig sachlich und ein bisschen emotional, aber wenn man selbst betroffen ist und selbst in diesem Metier steckt, dann wird man halt emotionaler, als wenn man es nur von der sachlichen, politischen Ebene her sieht. Ich glaube, dass wir hier alle zusammen einmal schauen sollten, dass wir den Bauernstand weiterhin in eine Form bringen, wo man auch wirklich leben kann. Weil an dem Bauernstand hängt unser Tourismus, hängt unser Land und es hängt die Zukunft der Steiermark – schließlich und endlich ist sie eine grüne Mark. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ – 17.00 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Karl Lackner bitte von der ÖVP.

LTAbg. Karl Lackner – ÖVP (17.00 Uhr): Herr Landeshauptmann, geschätzte Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frauen und Männer in unserem Hohen Hause!

Thema der heutigen Dringlichen der Freiheitlichen: „Bauernsterben“. Zunächst zu den Fakten. Leider hat dieses Bauernsterben eine sehr lange Historie, zieht sich nicht nur Jahrzehnte, sondern beinahe über Jahrhunderte hinweg. Zurzeit haben wir 37.500 bäuerliche Betriebe, wovon 10 % Biobetriebe sind, in einigen Bezirken, so wie bei uns oben im Oberland, im Bezirk Liezen, sind es 30 %. Nachdem heute schon so viel über die EU diskutiert und geschimpft und kritisiert worden ist, darf ich dazusagen, dass seit dem EU-Beitritt entgegen vieler Behauptungen sich das Bauernsterben extrem verlangsamt hat und dass der EU-Beitritt sich auf die Entwicklung der Landwirtschaft positiv ausgewirkt hat: Seit dem EU-Beitritt sind es 1,5 bis 2 % im Jahr und vorher waren es 2,5 bis 4 %. Dazugesagt

gehört wohl dringend auch, dass Österreich mit seinem Binnenmarkt die Marktchancen im Ausland und besonders auch im europäischen Raum nutzen muss und dass gerade die Lebensmittelindustrie sehr exportorientiert unterwegs ist, der Jahresproduktionswert 13 Milliarden Euro ausmacht, 27.000 Beschäftigte leben davon. Wenn ich nur denke, bei uns auch ein Bezirksbeispiel, die Landgenossenschaft Ennstal: 1.200 Arbeitsplätze, der größte Arbeitgeber in unserem Bezirk. Wenn ich aber anschau, was die FPÖ motiviert hat, diese Dringliche einzubringen – Klubobmann Kunasek hat gesagt: „Das ist der erste Schritt“, also bereits fast die schärfste Waffe ist der erste Schritt. Wir sind dann alle sehr neugierig, was der zweite Schritt sein wird. Ich möchte nur dazusagen, dass die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land durchaus auch sehr sauer sind im Zusammenhang mit der Gesetzgebung der letzten Periode, die auch von einem Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann mitbestimmt wurde. Unser Landesrat Hans Seitinger hat es bereits in der Anfragebeantwortung angeführt, das Regionalprogramm zum Schutz der Gewässerstrecken von Radkersburg bis Graz und die Fakten sind da wohl klar und eindeutig: 26.000 Hektar sind von diesem Regionalprogramm betroffen, bisher waren es knapp 10.000 und insgesamt 1.750 Betriebe, bisher 800, und das Geld, das damit verloren geht, hat der Landesrat auch bereits gesagt. Ich erinnere mich ganz klar, und das kommt nachher auch noch einmal in Erwähnung, wir verhandeln schon sehr, sehr lange das Baugesetz im Unterausschuss und wenn ich nur denke, wie schwierig es geworden ist aufgrund der geltenden Gesetzeslage, wir haben uns immer dagegen gewehrt, dass im Dorfgebiet keine Entwicklung möglich ist, das ist fast schon bald zu akzeptieren. Aber dass es auch im Freiland schon schwierig geworden ist, bäuerliche Betriebe weiterzuentwickeln, das ist schlimm und schwierig. Ich denke auch nur, die FPÖ hat uns bei dieser Baugesetzwerdung oder der Raumordnung nicht nur nicht unterstützt, sondern die Abteilung und auch die FPÖ haben sich immer ganz klar dagegen gewehrt. *(Beifall bei der ÖVP)* Und der Herr Landesrat hat auch ausgeführt und natürlich der Klubobmann Kunasek tut das ein bisschen hinunter und sagt: „Förderungen, was soll denn das überhaupt?“, aber weil das eben Aussagen von hochrangigen Freiheitlichen Mandataren waren, also Herr Klubobmann: Heilsbringendes Wirken für die Bauernschaft war das gerade nicht, was der Mölzer, was der Strache oder auch der Jannach von sich gegeben haben. Auch wirklich schwierig: Die FPÖ hat sich immer in ihrer Amtsperiode Kurzmann für die Erweiterung von Naturschutzgebieten ausgesprochen, und eigentlich nur die Nachverhandlungen intensiverweise von der ÖVP waren es dann, dass die Grundeigentümer keine Nachteile erfahren haben.

Und ich denke, wenn man schon so eine Dringliche einbringt, die den Titel „Bauernsterben“ hat, die ÖVP total in Verantwortung zieht, dann muss ich euch ganz ehrlich sagen, geschätzte Kollegen – weil die Kolleginnen waren damals noch nicht dabei – geschätzte Kollegen: Ihr seid eigentlich Sterbehilfe für die Bauern und nicht etwas, was das Bauernsterben verhindern sollte. Und den Anfragepunkt eins bis acht in der Dringlichen Anfrage zum Bauernsterben, das hättet ihr euch selber beantworten können, weil da habt ihr aktiv mitgewirkt und keine Möglichkeit ausgelassen, dass die Probleme für die Bauern eigentlich noch größer geworden sind. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – LTAbg. Kunasek: „Das glauben nicht einmal die eigenen Abgeordneten!“*) Viel mehr, sage ich dazu, ist es der steirischen Landesregierung unter Seitinger und auch anderen Landesräten gelungen, für die Bauern viel zu erreichen, in schwierigen Verhandlungen, was die GAP anbelangt hat, wieder das gleiche Budget aufzustellen, war österreichweit eine großartige Leistung des Ministers, der Bundesregierung und auch der ÖVP-Regierer, aber auch wieder für die benachteiligten Gebiete, für die Bergbauern der Zonen drei und vier dementsprechende Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Das, glaube ich, ist auch besonders unseren Regierern zu verdanken. Man muss ja bitte schon einhergehend sagen in der Gesetzgebung: Was kann die steirische Politik bewirken und was ist Bundesgesetzgebung oder überhaupt EU-Gesetzgebung. Beim Biolandbau ist sogar eine Ausweitung der Mittel von 97 Millionen auf 112 Millionen gelungen und ich glaube, das ist auch eine wichtige Geschichte. AZ – Ausgleichszahlungen, und auch immer wieder gehört erwähnt, dass die Katastrophenschutzmittel nach wie vor in großem Maße bereit stehen für Hochwässer und Dürreschäden. Ich glaube, dass das sehr, sehr wichtig ist auch im Hinblick, dass jene, die in Not geraten sind, dementsprechend die Unterstützung haben. Dass es in den Berggebieten wieder möglich war, den sogenannten FB3-Beitrag für die Milchbetriebe aufzustellen und dementsprechend auch Mittel zur Auszahlung zu bringen, erleichtert diesen Betrieben auch das Wirtschaften. Ein besonderes Thema war TTIP. Zu sagen, dass das toll werden wird, Herr Klubobmann, das hat niemand gesagt. Das hat keiner gesagt, ganz im Gegenteil: Die Sorgen der Bevölkerung, der Bäuerinnen und Bauern, sind ernst zu nehmen, werden ernst genommen und der Landesrat selber hat es gesagt, dass es ganz klare „rote Linien“ gibt, die nicht überschritten werden dürfen und wir uns ganz klar auch dafür einsetzen werden, dass diese auch nicht überschritten werden.

Entgegen verschiedener Aussendungen der politischen Konkurrenz muss man auch ganz klar dazusagen, dass der Außenhandel, dass die Außenhandelsbeziehungen für Österreich einen enormen wirtschaftlichen Wert darstellen, dass jede zweite, dritte Arbeitsplatz mit dem Außenhandel verbunden ist und dass, glaube ich, auch darauf Rücksicht zu nehmen ist, wenn letztendlich Verhandlungsergebnisse vorliegen, die wir uns ganz genau anschauen werden.

Ich möchte nunmehr zu den Entschließungsanträgen kommen. Entschließungsantrag der Grünen betreffend „bäuerliche Landwirtschaft statt Agrarindustrie“: Wieder einmal, geschätzter Klubobmann Schönleitner, möchte ich darauf verweisen, dass wir erstens eine klare Gesetzeslage mit Obergrenzen haben, weil du die Schweinemast angesprochen hast. Wieder einmal möchte ich darauf verweisen, um was es eigentlich geht bei den Dimensionen, die hier immer wieder auch so kolportiert werden: In Dänemark 2.000 Schweine im Durchschnitt pro Betrieb, in den Niederlanden 1.400, in Deutschland 350 und in der Steiermark 122. Was auch nicht zielführend ist, das sage ich auch dazu, da Hektarzahlen festzulegen. Wir sind in einem tätigen Unterausschuss und werden in der Raumordnung auch noch ganz klar mitverhandeln. Was die Befürchtungen anbelangt, dass derartige Glashäuser flächendeckend am Land und überhaupt gebaut werden könnten, ist schon allein die Vorgabe, dass ein so ein Glashaus in dieser Größenordnung nur mit der geothermischen Nutzung kostendeckend und wirtschaftlich ist, glaube ich, ganz klar auch geregelt, dass eine weitere oder viele weitere Projekte sehr, sehr unwahrscheinlich sind.

Zu TTIP, ein weiterer Antrag der FPÖ, klar unsere Stellungnahme dazu: Verhandlungen laufen und erst nach Ende der Verhandlungen kann man sich dazu genau und klar äußern. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ)*

Dann die Grünen betreffend „regionale Lebensmittel in landeseigenen Einrichtungen“, sage ich auch dazu, eigener Entschließer, Kollege Toni Gangl wird diesen einbringen. In vielen öffentlichen Einrichtungen, Spitälern, Pflegeheime, werden derartige Lebensmittel bereits in großem Maße auch verwendet. Aber Zahlen festzulegen, finden wir unrealistisch und werden auch diesem Antrag nicht zustimmen.

KPÖ, Milchquote: Da sage ich aber vorher noch, geschätzter Kollege Murgg, der UBV war sehr wohl bei der Bauerndemo in Graz, Landeskammerrat Kammerhofer war mit dabei. Es war nur ein Problem, dass ihn begleitet hat: Uns wurde es untersagt, lebende Tiere mitzunehmen bei der Demo, der Kammerhofer ist mit seiner schwarz-bunten Kuh gekommen und hat deswegen warten müssen.

Aber er war dabei und er war auch am Hauptplatz mit dabei. Aber zum Allgemeinen, Kollege Murgg, als Weltverbesserer ein bisschen darf ich dich ansprechen: Dein Grundsatzprogramm, oder jenes der kommunistischen Partei war halt in letzter Zeit auch nicht sehr erfolgreich. Und zur Milchquote: Wir haben halt einmal den freien Markt. Die Marktordnung wieder einzuführen, anders ginge es ja gar nicht, ist mit Sicherheit nicht möglich, weil sie damals vor dem EU-Beitritt ausgelaufen ist, weil sie ja nicht mehr finanzierbar war. Österreich – bitte nicht vergessen – war bei allen diesen Verhandlungen gegen das Auslaufen der Milchquote und hat leider verloren. Wir sehen diesen Antrag eher als populistisch.

Dann zu einem weiteren Antrag der Russland-Sanktionen der FPÖ wiederum: Also, da weisen wir auf einen Entschließer zur Europa-Debatte hin, da könnten wir ja an und für sich ab und zu was mittragen mit den Freiheitlichen. Aber immer wieder auch auf populistische Art und Weise mithinein verpacken: „Ende der Eskalierungsdiplomatie“, ja wer macht denn Eskalierungsdiplomatie? Wir wären auch froh, wenn diese Sanktionen aufgehoben werden würden, aber nicht in der Form und Ausführung dieser Antragstellung.

Der letzte Entschließer der FPÖ auf Bundes- und Landesebene, vor allem auf EU-Ebene, würde ich sagen: Die eigenen Mandatare auf Vordermann bringen, was den Entschließer anbelangt „Abhaltung einer Enquete“, die gesamte Sichtweise bitte einbringen – Kunasek, oder Diplomingenieur, Sie können ruhig lachen – (*LTabg. Kunasek: „Ich hör nichts, bitte noch einmal!“*) ... ja, die gesamte Sichtweise sehen, nicht nur das Bauernsterben, sondern Regionen stärken. Denn das hängt insgesamt zusammen, eine Enquete zu „Regionen stärken“ so etwas wäre ein Thema, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Sagt gleich, dass ihr nicht zustimmen wollt!“ Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der FPÖ*) das wir bereits in einem Papier „Land-Raum-Zukunft“ ganz klar angesprochen haben und auch ein Papier ausgearbeitet haben, dann ist dies der Weg in die richtige Richtung. Aber alleine zum Bauernsterben, wo man selber Sterbehilfe leistet, das wird zu wenig sein.

Die Förderungen, wenn sie angesprochen worden sind, sind eine Leistungsabgeltung, ist allgemein bekannt, sogar der Bevölkerung sehr bewusst, für die Leistungen, die die Bauernschaft, die Bäuerinnen und Bauern, Familien, erbringen für das Land und sie sind auch notwendig. Wir müssen auch schauen, dass wir es weiter erhalten können, lebendiger Bauernstand – wenn ich mir den Sager erlauben darf – in einem blühenden Steirerland. Und die Dringliche - da sage ich euch nur, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen - hättet ihr euch erspart. Danke. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.15 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Renate Bauer von der SPÖ bitte.

LTAbg. Bauer - SPÖ (17.16 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Landesräte!

Ja, mein Vorredner, der Kollege Lackner hat gemeint, die Dringliche hätte sich die FPÖ erspart, nur überrascht hat sie mich nicht wirklich. Wenn auch der Herr Kunasek gemeint hat: „Ja, jetzt wird wieder so geredet werden wegen der Landwirtschaftskammerwahl.“ Jetzt weiß ich schon, der Herr Klubobmann war in der letzten Legislaturperiode nicht dabei, aber ich kann mich nicht erinnern, dass sich in den letzten fünf Jahren die FPÖ-Fraktion irgendwie stark gemacht hätte für die Landwirtschaft, für die Bauern. Es ist schon spannend, dass ihr jetzt vier Monate vor der Landwirtschaftskammerwahl auf einmal groß eine Hymne singt auf die Bauern und dann auch noch von der Glaubwürdigkeit reden. Also, das lasse ich jetzt wirklich einmal so im Raum stehen, da soll sich jeder ein Bild machen. Aber wie auch immer, es ist ein sehr sensibles Thema, darum kann ich da nur unserem Landesrat Recht geben: Es eignet sich nicht dazu, politisches Kleingeld zu wechseln und ich glaube, wir sind ganz einfach alle gefordert. Uns ist allen klar, dass die in der Landwirtschaft diejenigen sind, die für unsere Bevölkerung wertvolle Lebensmittel produzieren - ich sage bewusst Lebensmittel und nicht Nahrungsmittel - die unsere Natur erhalten und die Umwelt schützen. Darum sind wir, glaube ich, alle gefordert, unsere Landwirte zu unterstützen und sei es nur – es ist heute auch schon angesprochen worden - dass man Bewusstsein schafft bei den regionalen Produkten. Da vielleicht auch ganz kurz gleich zum Entschließungsantrag der Grünen Fraktion: Wir haben ja euer Thema heuer groß behandelt, es hat ja schon einmal so einen Antrag gegeben von euch, wo es darum gegangen ist, einfach die Biolebensmittel und die regionalen Produkte zu steigern, wo ich euch zum Großteil zustimmen kann, vor allem was die regionalen Produkte anbelangt, nur finde ich es auch nicht sinnvoll, wenn wir da mit Zahlen spielen oder mit Prozenten, weil das, glaube ich, einfach schwer nachvollziehbar ist und nicht festzulegen ist. Was mir aber ein ganz großes Anliegen ist, sind die regionalen Produkte. Weil, wenn wir regionale Produkte kaufen, dann kaufen wir auch saisonale Produkte, das bringt es, glaube ich, mit sich. Und Bio-Lebensmittel - meine Vorgängerin hat zu diesem Thema, ich glaube sogar in der letzten Sitzung in der letzten Periode gesprochen, wo wir gesagt haben: Wir wissen, dass es Betriebe gibt, auch bei uns in der Steiermark, die tolle Produkte herstellen, die gute Qualität haben, aber sie haben halt keine Biozertifizierung.

Darum muss ich ehrlich sagen, ist mir schon wichtiger, wir stehen ein für regionale Produkte, ob die jetzt biozertifiziert sind oder nicht, ich will das Bio jetzt nicht schlechtreden und wir wissen, dass es da auch tolle Förderungen gibt und dass auch viel passiert, aber mir ist es schon wichtiger, dass wir regionale Produkte kaufen und nicht irgendwelche Bioprodukte aus Italien oder gar Spanien. Und ich denke mir, dass wir da einfach alle gefordert sind, natürlich ist es wichtig, dass die öffentlichen Einrichtungen als Vorreiter agieren. Das Bauernsterben - der Kollege Lackner hat es schon gesagt - das ist historisch und ich glaube auch, und es passiert ja auch schon sehr viel, dass man sich neue Nischen überlegen muss. Dass man einfach, sei es im Tourismus, sei es in der gesunden Ernährung oder wo auch immer, einfach anschließen muss und neue, gute Dinge in Kauf nehmen muss. Was ich schon auch sagen möchte von der SPÖ-Fraktion auch an unseren Herrn Landesrat: Da hat auch die SPÖ-Fraktion eine andere Position, wo wir sicher nicht ganz d'accord gehen, aber der Herr Landesrat kennt das ja schon von meiner Vorgängerin. Ich weiß, dass ihr da schon intensive Diskussionen gehabt habt, wenn es ganz einfach um die Förderungen geht, wenn es um die Direktzahlungen geht, wo ich sage: Okay, wir sollten halt wirklich auch die Klein- und Mittelbetriebe fördern. Die Regionalförderung ist ganz wichtig, die Entwicklung im ländlichen Raum, da gehen wir, glaube ich, völlig d'accord. Ich würde mir halt wünschen, dass man doch mehr die Anzahl der Arbeit fördert und ein bisschen weniger die Größe der Grundstücke. Das ist so mein Anliegen, was ich jetzt als Landwirtschaftssprecherin der SPÖ unserem zuständigen Landesrat mit auf den Weg geben darf. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 17.21 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Royer von der FPÖ.

LTabg. Royer - FPÖ *(17.21 Uhr):* Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, Mitglieder der Landesregierung, vor allem lieber Hans Seitinger als Landesrat für Agrar, liebe Kolleginnen und Kollegen im Plenum!

Ich freue mich, dass ich heute zum ersten Mal dastehen darf als neuer Agrarsprecher des Freiheitlichen Landtagsklubs. Ich möchte gleich einmal dazusagen: Ich freue mich auch sehr, dass der Hans Seitinger unsere Pressekonferenz am Freitag so aufmerksam verfolgt hat. Wir werden das auch in Zukunft wieder auf Livestream übertragen, weil man da schon sieht, dass das etwas bringt. Vielleicht könnt ihr auch noch etwas lernen von uns. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zur Bauerndemonstration am 12. September möchte ich etwas sagen, weil das der Kollege Murgg angesprochen hat: Also ich persönlich – ich bin ja selber Milchbauer im Ennstal – ich wäre sehr gerne mitgegangen, wir haben zweitägige Klubklausur gehabt, das ist schon zwei Monate vorher terminisiert worden. Die Demonstration war ja sehr kurzfristig, nachdem scheinbar der Leidensdruck unter den Bauern und Bäuerinnen so groß geworden ist, dass der große Bauernbund dann auch nicht mehr auskönnen hat und dann die Organisation organisiert hat. Ich wäre gerne mit euch mitgegangen mit einer Einschränkung – Karl Lackner, weil du so schaut – ich wäre nicht in der ersten Reihe mit euch Berufspolitiker gegangen, sondern irgendwo weiter hinten mit den Bauern und Bäuerinnen. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir haben derzeit natürlich massive Probleme auf den verschiedenen Sektoren, sei es im Schweinefleischbereich, im Obstbereich, im Milchbereich, da passen die Preise nirgendwo. Gleichzeitig hat es in den letzten Wochen eine massive Verunsicherung gegeben, was die Auszahlungstermine von der Agrarmarkt Austria im Bereich ÖPUL und AZ betroffen hat. Da habe ich heute vom Herrn Seitinger gehört, das wäre scheinbar jetzt geklärt. Ich hoffe nur, dass der Herr Landwirtschaftsminister Rupprechter, von dem ja scheinbar die positive Information kommt, da auch Wort hält und das nicht nur irgendein billiger Gag ist vor der Landtagswahl in Oberösterreich. Weil, der Herr Rupprechter, Landwirtschaftsminister seines Zeichens, hat auch vor einem Jahr schon den Almbauern erklärt: „Die Almbauernproblematik ist positiv erledigt.“ Unsere Almbauern warten bis heute auf eine positive Erledigung. Es sind nur negative Bescheide hinausgegangen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zum Milchbereich: Wie gesagt, ich komme da her, ich stehe morgen Früh wieder selber im Kuhstall - ihr sagt, ihr hättet überall dagegen gestimmt. Ihr ward ein bisschen doppelzünftig, daheim habt ihr immer erzählt, ihr seid dagegen, in Brüssel draußen war das nicht ganz so bei den Abstimmungen. In Wahrheit habt ihr es ja eigentlich gar nicht erwarten können, dass die Mengen-Quotensteuerung dann fällt, weil ihr eure großen Turbobetriebe, die Betriebe, die schnell wachsen wollen, die schnell groß werden wollen vom Pachten und viele Kühe im Stall stehen haben wollen, die wollt ihr fördern und fordern und die Masse der kleinen Bergbauern, die da nicht mitgehen wollen, die werden von euch eigentlich sowieso selten vertreten. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich darf nur darauf hinweisen, dass die Vertreter vom Bauernbund im Milchbereich noch vor einem Dreivierteljahr das Modell „20 20 60“ vorgestellt haben, wo ihr erklärt habt: 20 % mehr Milch am Markt bringt einen 20 % höheren Preis bei 60 % Exportquote.

Exportquote damals 48 %, nur 20 % mehr Menge und 20 % mehr Preis, ich weiß nicht, wer sich so etwas ausgedacht hat. Ich hoffe, der gute Mann ist therapiert worden und ist in der Zwischenzeit wieder gesund. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der FPÖ)* Dann habt ihr noch angekündigt: „Soft landing“, so hat das immer geheißen auf neudeutsch, sanfte Landung – ja, wenn ich mir jetzt die Milchpreise so anschau ... ich meine, ich habe wirklich das Glück, dass ich im Landtag ein bisschen Geld verdiene und nicht mehr so auf meine Milchgeldrechnung angewiesen bin, aber sanfte Landung ist das keine, das war eine Bruchlandung. Also wäre es ein Flieger, wäre er kaputt, das muss ich schon sagen. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der FPÖ)*

Zur Milchmengensteuerung: Da fordern wir natürlich eine Wiedereinführung europaweit, aber ein bisschen ein intelligenteres System, vielleicht mit einer Monitoringstelle, wo man dann von Jahr zu Jahr dem Bauern sagen kann: „Heuer könnt ihr ein wenig mehr liefern“, oder „heuer dürft ihr weniger liefern“. Da darf man darauf verweisen, dass der bayrische Landwirtschaftsminister Brunner vor zwei oder drei Tagen gefordert hat: „Freiwilliger Lieferverzicht mit Ausgleichszahlungen für die Bauern, die den Kuhstand vorübergehend reduzieren, damit einmal weniger Menge auf den Markt kommt“, ist vielleicht auch eine vernünftige Idee, über die man diskutieren könnte.

Eines muss ich auch noch bekritteln: Ihr habt die Mutterkuhprämien abgeschafft, damit ihr eben die Turbo-Milchbetriebe gefördert habt, weil ihr wollt, dass die großen Milchbauern die Flächen zur Pacht bekommen und nicht die kleinen Mutterkuhbauern da irgendwie extensiv weitermachen. Das ist schon politisch gesteuert für die Marktpreise. Weltweit könnt ihr nichts, aber für die Rahmenbedingungen, da ist schon die Agrarpolitik in Österreich und der Steiermark zuständig. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ein Satz vielleicht noch zum Landwirtschaftsminister Rupprechter: Der ist jetzt vor ein paar Tagen nach Brüssel gefahren und hat gefordert: „Wir brauchen so ungefähr 100 Millionen für die österreichischen Milchbauern“, und dann ist er mit sieben Millionen heimgekommen. Na grandios! *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ)*

Zu TTIP noch eine Bemerkung: TTIP ist natürlich möglicherweise dann der Todesstoß für unsere Landwirtschaft - ich will es nicht hoffen. Weil ich gehört habe „rote Linien“, scheinbar haben die zwei Kollegen Buchmann und Seitinger da verschiedene „rote Linien“. Aber vielleicht können sie uns das einmal näher erläutern, welche „rote Linie“ dann gilt, die „rote Linie Buchmann“ oder die „rote Linie Seitinger“. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der FPÖ)*

Zum Abschluss möchte ich noch was berichten, damit ich dann wirklich auf die Russland-Sanktionen komme. Ist ja traurig genug, dass der Herr Seitinger sagt: „50 Millionen haben wir Einbußen durch die Russland-Sanktionen.“ Wir haben vor meiner Haustüre sozusagen in Gröbming voriges Jahr eine riesen Aufbruchsstimmung gehabt, ganz tolle Aufträge im Schnittkäsebereich aus Russland, die Käserei ist baulich erweitert worden, ist verdoppelt worden, die Arbeitnehmer wären verdoppelt worden, eine riesen Aufbruchsstimmung auch bei der Landgenossenschaft Ennstal, die der Karl Lackner schon erwähnt hat, noch bei der Generalversammlung im April 2014. Und im August dann, eine Woche vor der Eröffnung, war dann das ganze Theater mit den Sanktionen. Es ist wirklich traurig, was da passiert ist.

So, dann darf ich den Antrag einbringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. einen Evaluierungsbericht über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen in Bezug auf die steirische Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Sparten der heimischen Landwirtschaft in Auftrag zu geben und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten,
2. sich gegen jegliche Sanktionen wirtschaftlicher Art gegen Russland auszusprechen und
3. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sich gegenüber der Europäischen Union für eine schnellstmögliche Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen einzusetzen.

Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 17.28 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ein weiteres Mal zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Cramer.

LTabg. Cramer - FPÖ (17.30 Uhr): Danke Frau Präsident, geschätztes Hohes Haus!

Herr Kollege Lackner, ich weiß nicht, wie du dir das vorstellst mit der TTIP. Warten wir einmal bis sie kommt und dann reagieren wir darauf? Oder machen wir eine Stellungnahme vorweg? Ich würde schon sagen, dass es ganz klug wäre, wenn wir unseren Standpunkt schon klären, bevor „die Kuh aus dem Stall ist“. *(LTabg. Karl Lackner: „Hat der Landesrat ganz genau gesagt, Standards usw.!“)* Ja, na gut.

Seit Juli 2013 verhandelt die Europäische Union mit den Vereinigten Staaten von Amerika über das Zustandekommen des sogenannten „Transatlantic Trade and Investment Partnership-Abkommens“ - TTIP. Die Kritik in Bezug auf die zu erwartenden Ergebnisse werden immer lauter. Es besteht die Befürchtung, dass der Abschluss unter anderem zu einer Aufweichung unserer österreichischen Lebensmittelstandards sowie des heimischen Umwelt- und Arbeitnehmerschutzes führen wird. (*LTA*bg. Mag. Pichler-Jessenko: „Haben wir jetzt eine Vorlesung?“) Das ist ein Entschließer. (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ – LTA*bg. Amesbauer, BA: „Was ist denn mit dir los?“) In diesem Zusammenhang gibt es bereits negative Beispiel, nämlich das 1994 in Kraft getretene „North American Free Trade Agreement-Abkommen“, NAFTA, zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko. Abgesehen von wenigen Hauptnutznießern sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von NAFTA als negativ zu beurteilen. Mexiko, ein ehemaliges Selbstversorgerland, wurde mit hochsubventionierten amerikanischen Lebensmitteln überschwemmt und somit in die Abhängigkeit der USA gedrängt.

Auch trat die vor Abschluss des Abkommens erhoffte Spezialisierung der mexikanischen Landwirtschaft nicht ein. In Kanada nahmen aufgrund des Abkommens zwar ausländische Direktinvestoren zu, vor allem aber in Form von Übernahmen und Fusionen von Unternehmen. Großkonzerne und deren Profite wurden also größer, gleichzeitig schrumpfte hingegen die heimische Produktivität der kanadischen Wirtschaft. Das Land wurde wieder zu einem Exporteur von Rohstoffen, vor allem von Erdöl aus dem umstrittenen Ölsandvorkommen. Kanada hat heute verstärkt mit Umweltproblemen zu kämpfen, während gleichzeitig die internationale Ölwirtschaft Druck auf die Umweltschutzstandards macht.

TTIP stellt eine massive Gefahr für die heimische Landwirtschaft dar und kommt einer Kapitulation vor der mächtigen Agrarindustrie gleich, mit katastrophalen Auswirkungen für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und die Qualität unserer Nahrungsmittel. Das Freihandelsabkommen ist für die USA die Möglichkeit, unseren Markt mit Billigprodukten zu überschwemmen. Batterieeier, Chlorhühner, genmanipuliertes Getreide und hormonverseuchtes Fleisch würden die qualitativ hochwertigen Produktstandards unserer Bauern aus den Regalen verdrängen.

Eine Vertragsunterzeichnung des „Transatlantic Trade and Investment Partnership-Abkommens“ entspricht daher keinesfalls dem Wohle der europäischen Bevölkerung und daher müssen die Verhandlungen über den Abschluss des Abkommens demnach umgehend ausgesetzt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, sich auf europäischer Ebene mit Nachdruck für einen umgehenden Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP einzusetzen.

Ich bitte um Abstimmung. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 17.34 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Präsident Dr. Kurzmann.

Präsident Dr. Kurzmann - FPÖ (17.34 Uhr): Danke Frau Präsident, lieber Hans Seiting!

Ich hätte mich als Historiker nicht zu einer Landwirtschaftsdebatte gemeldet, aber ich bin selbst von dir angesprochen worden und deswegen eine kurze Replik. Lieber Hans, man sollte nicht mit Halbwahrheiten agieren, weil einen die Wahrheit meist einholt. Der Versuch, mich in den Bauernzeitungen vor der Wahl noch „anzupatzen“, das hat - wenn man sich die südsteirischen Wahlergebnisse der Freiheitlichen Partei ansieht - auch nicht gefruchtet. Ich habe aber als Landesrat für Umwelt das sogenannte Feinstaub-Vertragsverletzungsverfahren geerbt, bin damals dazugekommen wie die Jungfrau zum Kind. Ich habe aber mit Unterstützung aller, der gesamten steirischen Landesregierung, auch mit dem damaligen EU-Abgeordneten Leichtfried, alle Maßnahmen gesetzt, auch mit Unterstützung der heutigen Landtagspräsidentin, damals Finanzreferentin, um dieses für Österreich unangenehme Verfahren wegzubekommen. Und wir haben das auch vor der Wahl noch geschafft. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn ich aber als für die Umwelt zuständiges Regierungsmitglied damals nicht das Regionalprogramm Grundwasserschongebiet, nämlich den Schutz des gesamten Grundwasserkörpers von Graz bis Leibnitz, nach jahrelangen Gesprächen unterschrieben hätte, dann hätte Österreich und die Steiermark damit das nächste Vertragsverletzungsverfahren durch die Europäische Union gedroht. Denn dieses Programm, das wir auf den Weg gebracht haben nach wirklich jahrelangen Diskussionen zwischen den ÖVP-dominierten Wasserverbänden und den Bauern, haben wir gesagt: Wir müssen die EU-Richtlinie, die uns dazu zwingt - die EU-Richtlinie 2000 - auch sachlich umsetzen. Damals hat nämlich diese EU-Richtlinie damals vorgeschrieben: Die Grundwasserqualität muss bis 2015 in gutem Zustand sein, also Trinkwasserqualität haben. Diese Doppelstrategie ist natürlich auch aus einem Brief nachweisbar, der mir vorliegt.

Du hast, lieber Hans Seitinger, an den Obmann der Wasserversorgungsverbände – in diesem Fall an Herrn Dipl.-Ing. Saurer – am 30. Dezember 2013 einen Brief geschrieben, den ich als Beweis für meine Behauptungen zitieren möchte. Du hast geschrieben: „In meiner Eigenschaft als sowohl für das Wasser, als auch für die Landwirtschaft verantwortliches Regierungsmitglied darf ich dir“, nämlich dem Herrn Dipl.-Ing. Saurer, „versichern, dass mir gerade die Versorgung mit qualitativ einwandfreiem Trinkwasser besonders am Herzen liegt“ usw., dass die Wasserverbände ganz wichtig sind und dann hast du gesagt: „die Sicherung unseres hervorragenden Grundwassers ist mir ebenso ein Anliegen, wie die Sicherung von annehmbaren Bedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ich setze mich daher betreffend das Regionalprogramm Graz - Bad Radkersburg, wie schon in der Vergangenheit, für eine alle zufriedenstellende Lösung im Sinne des Landes Steiermark ein.“ Dann kommt der Schlusssatz: „Die rechtliche Abwicklung“, und das war dir in diesem Moment sicher bewusst, „im Rahmen des Verfahrens zur Erlassung der Verordnung obliegt, wie ohnedies bekannt ist, dem für das Wasserrecht zuständigen Regierungsmitglied, Landesrat Gerhard Kurzmann.“ Damit hast du den Ball weitergespielt. Ich habe diesen Ball aufgenommen und verantwortungsbewusst im Interesse der Steiermark gelöst. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, zum Abschluss zu dieser Richtigstellung, weil so sehe ich das und nicht als Beitrag zur Landwirtschaftsdebatte, möchte ich zum Unselbständigen Entschließungsantrag der KPÖ noch etwas sagen, und zwar, wir stellen den Antrag auf punktuelle Abstimmung, da gibt es zwei Punkte. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 17.39 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als nächstes ist der Abgeordnete Gangl zu Wort gemeldet.

LTAbg. Gangl - ÖVP (17.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Wir erleben eine herzhaft Agraardebatte und wenn man allen Wortmeldungen sozusagen folgt, dann könnte man – Klammer auf, Klammer zu – zusammenfassend sagen: Irgendwie hat ein jeder etwas dazu beigetragen, dass wir heute eine inhaltliche Diskussion zum Thema Landwirtschaft führen. Wir haben ein Baugesetz geerbt, dass wir so nicht wollten, wir haben ein Regionalprogramm bekommen, dass wir so nicht wollten und Herr Kollege Kurzmann, Herr Präsident: Na klar, es ist Ihre Verantwortung. Ich meine, er kann ja eine Kugel nicht weiterschieben, die er selber nicht verantworten kann, weil er nicht die Zuständigkeit hat.

Zum Zweiten: Das Programm ist so von uns nicht gewollt worden, wir sind nicht gegen ein Regionalprogramm, aber es muss praxistauglich sein und das ist die Diskussion, die geführt wird. Ich möchte auch erinnern, dass von allen gefordert wurde, dass die Landwirtschaft sich neu orientieren muss. Gerade die FPÖ war diejenige, die die Kammerförderung ankreidet und sagt: „Das ist alles zu viel“, und schauen Sie einmal, wie viel Betriebsführerinnen und Betriebsführer die Kammerberatung in Anspruch nehmen, pro Betrieb viereinhalb bis fünf Mal im Jahr, also eine wesentliche Unterstützung für die landwirtschaftlichen Betriebe. Ja, wir haben im Landtag auch viele Beschlüsse gefasst, wo es darum geht, die Qualitätsstandards Österreichs im Rahmen der TTIP-Verhandlungen nicht aufs Spiel zu setzen, da haben wir alle mitbeschlossen, soweit ich mich recht erinnere. Ja, und vielleicht haben wir dort auch als ÖVP im Rahmen der agrarpolitischen Arbeit – weil wir arbeiten ja auch für die Bauern dort und da – vielleicht nicht alles richtig gemacht, aber so geht es uns ja alle, wenn wir ganz ehrlich sind. Ich möchte auch zu den Grünen sagen, denen nehme ich ja noch eher ab, dass sie es ernst meinen mit der Landwirtschaft, sage ich ganz offen und ehrlich. Denn dass wir heute hier diskutieren, hat ja auch damit zu tun, dass wir eine Demo gemacht haben und die ist euch halt leider in die Quere gekommen und passt euch nicht, dass wir das Thema jetzt so angezogen haben. Das muss man ja auch dazusagen. Sonst täten wir ja heute nicht die Landwirtschaftsdebatte führen. *(Beifall bei der ÖVP)* Aber zu den Grünen möchte ich schon sagen: Ich bitte euch – ich meine, heute war das ja eh schon ein bisschen anders – immer diese deutliche Trennung zwischen biologisch und konventionell, also die konventionellen Betriebe in Österreich und in der Steiermark, die wirtschaften im Verhältnis zu anderen Regionen sehr ökologisch. Und diese ständige Auseinanderdividierung - und ich sage sogar „leichte Diskriminierung“ - dieser Betriebe führt auch dazu, dass sie dann im Lebensmittelhandel auch dementsprechend unter Druck stehen, wenn es um Preisverhandlungen geht. Ich glaube, wir brauchen nichts auseinanderdiskutieren - wir haben biologisch, wir haben konventionell und da sind sehr, sehr viele eh im ÖPUL-Programm. Und warum wir demonstriert haben, das ist am Rande ja heute ein paar Mal angesprochen worden: Es gibt ganz einfach die Tatsache, dass landwirtschaftliche Lebensmittel sich gut verkaufen lassen. Das Problem das wir haben ist, dass an dieser Wertschöpfungskette der Produzent, der Rohstofflieferant aus unserer Sicht nicht gerecht beteiligt ist. Das ist kein agrarpolitisches Programm, sondern da muss sich in den Köpfen der handelnden Personen, der Konsument, der gezielt zugreifen kann, aber vor allem auch im Lebensmittelhandel etwas ändern und das war der Aufruf.

Ich bitte auch hier die Grünen, da sind ja die NGO's, auch wesentliche Partner des Lebensmittelhandels, die euch ja sehr nahe stehen, und all die Programme, die die landwirtschaftlichen Betriebe zu erfüllen haben, die Branchen zu erfüllen haben, die müssten wir auch einmal anschauen. Aber leider ist ja das schon ein gutes Geschäft, solche Programme zu schreiben und dem Lebensmittelhandel zu übergeben, dass man hier auch nicht mehr unbedingt eine kritische Position einnimmt. Daher bitte ich hier schon, nicht nur zu polemisieren und nicht nur seine Argumente herauszusuchen, sondern die Diskussion im Gesamten zu sehen.

Ich möchte vielleicht zu den zwei Entschließungsanträgen der Grünen noch Stellung nehmen. Ich möchte mich da ganz klar positionieren und ich sage auch gleich vorweg: Ich hätte ja fast mitstimmen müssen mit den Grünen, wenn wir nicht schon einen Antrag hätten, wo die Raumordnung, das Baugesetz und die Bauordnung verhandelt wird und wir dieses Thema im Unterausschuss zu behandeln haben und die fünf Hektar eine vorausseilende Festlegung sind, die sachlich noch nicht ausdiskutiert ist und sind, weil wir hier noch differenzierende Meinungen haben. Aber ich bekenne mich dazu, dass es nicht sein kann, dass jene, die aus den landwirtschaftlichen Produkten Gewinne erzielen, mit diesen Gewinnen beginnen, Landwirtschaft zu betreiben. Dagegen verwehre ich mich und das sage ich hier auch ganz deutlich. Das ist nicht das, was sozusagen in meine Unterstützungsbreite hineinfällt. Ich möchte es auch ganz deutlich sagen und ich bitte daher, hier sehr deutlich in der Diskussion zu differenzieren. Zu den biologischen bzw. zur Versorgung von 50 % bzw. 80 % von regionalen Lebensmitteln in den Landesbetrieben, das ist eine sehr hohe Zahl und wir wissen, dass diese Zahl nicht realistisch erreichbar ist, die 50 % Biolebensmittel nicht und auch die 80 %. So etwas festzuschreiben, finde ich gewagt und wir können aber diesem Antrag sehr, sehr viel abgewinnen und daher haben wir auch einen Entschließungsantrag eingebracht, als ÖVP-Fraktion, einen Unselbständigen Entschließungsantrag. Ich möchte jetzt nicht mehr die Details vorlesen, sondern eigentlich nur den Antrag, den wir stellen wollen und der lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterstützen und zu forcieren, um den Anteil an Bio- und regionalen Lebensmittel in landeseigenen Einrichtungen weiter zu steigern.

Ich möchte zum Schluss sagen: Wichtig ist, dass wir über Landwirtschaft diskutieren, wichtig ist aber auch, dass das keine parteipolitischen Diskussionen sind, denn die Bäuerinnen und Bauern erhalten unsere Kulturlandschaft, sie sorgen für gesunde Lebensmittel, sie sind draußen die Träger der Gesellschaft und der Kultur, vor allem in den ländlichen Räumen. Selbst beim „Aufsteuern“ hat man gesehen, wie gut das den Grazern tut und es ist schade, wenn auf dieser Gruppe parteipolitischer Aktionismus betrieben wird. Versuchen wir, die Landwirtschaft gemeinsam zu unterstützen und zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.46 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Abschließend zu Wort gemeldet hat sich das zuständige Regierungsmitglied Hans Seitinger, bitte Hans.

Landesrat Seitinger - ÖVP (17.46 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke auch für die anregende Diskussion, möchte überhaupt allen „Jungfernerednerinnen und –rednern“, die heute hier am Pult das erste Mal gestanden sind, gratulieren. Es waren mutige Redner und das lässt erwarten, dass auch in Zukunft gute und fruchtbare Debatten in diesem Landtag passieren können. Gratuliere also allen, die heute hier das erste Mal standen. Ein paar zusammenfassende Bemerkungen muss ich doch sagen, weil angesprochene Themen so im Raum nicht stehen bleiben können. Kollege Schönleitner, du hast dich zuerst zu Wort gemeldet und ich möchte zwei Dinge oder drei ganz kurze Bemerkungen zu deiner Rede sagen. Zum Ersten, zum Glashaushaltsprojekt Blumau: Glaube mir, und ich habe das immer gesagt, das ist eine Sache, die mich nicht glücklich stimmt – in der Summe nicht glücklich stimmt. Der Punkt, warum wir hier eine klare Haltung haben, ist, dass ein Staat und auch ein Land Rechtssicherheit braucht. Und wenn ein Verfahren eingeleitet ist, wenn ein Verfahren mit verschiedensten Gutachten, Vorbereitungen und vielem mehr bereits läuft und dann ein Anlassgesetz sozusagen gestartet wird, um das abzdrehen, ist es eine Frage der Rechtssicherheit in einem Lande. Das ist der Punkt grundsätzlich, der uns hier im Wesentlichen eint, dass wir hier für die Zukunft neue Inhalte novellieren müssen im Raumordnungsgesetz, das ist überhaupt keine Frage für mich, aber jetzt aus Anlass dieses Falles sozusagen hier eine Änderung vorzunehmen, würde den gesamten Rechtsstaat und auch die Verlässlichkeit eines Rechtsstaates in Frage stellen.

Für die Zukunft sind wir in diesem Bereich zu vielem bereit zu diskutieren, das ist überhaupt keine Frage, ich selbst will auch keine Großstallungen, ich will auch keine Agrarindustrie, die vom Handel betrieben wird, generell nicht und ich weiß, welchen Wert unsere Familienbetriebe in unserem Lande haben und auch in Zukunft haben sollen. Das ganz klar zu diesem Thema. Zum Zweiten, was die Gentechnik, Soja, in der Schweinemastfütterung anbelangt, auch eine klare Ansage: Wir denken darüber nach, diese Dinge, um einen Wettbewerbsvorteil zu haben, umzustellen. Derzeit ist es Faktum, dass wir am Markt mit unseren Produkten auch mangels teilweise vorhandener Marken keine Chance hätten sozusagen, unseren Bäuerinnen und Bauern hier diesen harten Wettbewerb gewinnen zu lassen. Ein Einsatz von Donausoja z. B. in der Schweinefütterung, eines gentechnikfreien Produktes eben, würde etwa zwischen 10 und 15, ja sogar 20 Euro pro Schwein mehr kosten und derzeit verdient ein Bauer, wenn er ein Schwein fünf Monate zuhause mästet und dann dem Schlachthof verkauft, 20 Euro, meine Damen und Herren. 20 Euro pro Schwein, das muss man wissen, das ist der Deckungsbeitrag für die Schweinemast zurzeit. Abschließend, Kollege Schönleitner: Du kannst dich noch gut erinnern, als wir die Pressekonferenz da unten im Landhauskeller hatten, mit dem Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen. Als ich ihn gefragt habe, welche Größenordnung er befürworten würde – bitte, das ist ein Grüner Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen – hat er gesagt, also für ihn wäre die Größenordnung bei 10.000, die er befürworten würde, dann wäre er schon sehr, sehr froh. Ich weiß, dass du damals fast verschwunden wärst unter dem Fußboden, aber das ist nun mal so und das war so.

Zum Kollegen Klubobmann Kunasek: Lieber Freund, ich weiß, ein Landtag eignet sich natürlich auch, hin und wieder das eine oder das andere Wort nicht so abzuwägen, aber ich musste diese Sache mit Kärnten einfach sagen, was mir immer wieder weh tut, wenn wir beieinander sitzen und gemeinsame Lösungen finden. Ich weiß schon, das ist immer eine verzerrte Darstellung, das habt ihr nicht gern und wir wollen es ja irgendwann auch einmal nicht mehr sagen – hoffentlich kommt einmal der Zeitpunkt – aber mir tut es halt im Herzen weh, wenn dieser arme Teufel keine Möglichkeiten hat und es geht nicht von der Hypo aus. Das ist die Frage der Landesschulden insgesamt in Kärnten, die aufgebaut wurden, aber lassen wir das jetzt, damit endlich einmal der Frieden zwischen uns zwei da herrscht.

Aber einen zweiten Punkt – und da gebe ich dir schon Recht und das solltest du aber auch so sehen: Die kleinstrukturierte Landwirtschaft, die wir hier im Lande haben, hat niemals oder kann niemals einen Preiswettbewerb mit den großen Giganten, global und auch in Europa, finden oder gewinnen. Daher können wir nur mit Qualität, mit klassischen Marken, die unsere Konsumenten auch schätzen und annehmen, mit der Frage der Frische, mit der Frage der Regionalität und mit hoffentlich noch einigen anderen Teilen, die angenommen werden aus unserer kleinräumigen und kleinbäuerlichen Produktion gewinnen. Aber ohne Unterstützung der Gesellschaft, ohne Unterstützung der Öffentlichkeit wird ein Bauer unserer Größenordnung nicht überleben können. Daher musste ich es auch sagen, dass solche Anträge, die mit 50 % Subvention – ich weiß, die klingen immer gut, ist auch hier in unserem Hohen Haus mehrmals ausgesprochen worden – die klingen immer gut, man muss es immer zu Ende denken. Ich bin ein alter Schachspieler, ich weiß was es heißt, einen letzten Zug zu machen oder einen letzten Zug zu denken und daher sollte man das auch so sehen. Im Großen und Ganzen sage ich, weil die Demos in Graz immer mit Bauernwahlen im Zusammenhang gebracht werden: Ich glaube nicht, dass die Franzosen an die steirische Landwirtschaftskammerwahl jetzt gedacht haben, oder die Belgier, wie sie draußen demonstriert haben, an die steirische Landwirtschaftskammerwahl gedacht haben – es ist ein nationales, europäisches und globales Problem, das wir derzeit aufzuarbeiten haben und das ist ein äußerst schwieriges. Ich danke dir trotzdem unterm Strich für die sehr faire Diskussion und auch für die faire Abhandlung dieser Dringlichen Anfrage.

Zum Kollegen Murgg: Herr Kollege Murgg, eine Einfuhr verbieten, weil die Qualität in irgendeiner Form nicht passt, ist sicher hier am Rednerpult leicht gesagt. Aber den Selektionsmeister möchte ich kennen, der dann sagt: „Das Produkt aus Deutschland, aus Bayern, ist mir zu schlecht, das darf nicht nach Österreich. Das aus Frankreich darf nicht nach Österreich. Das aus Amerika, oder wo immer es herkommt, darf nicht hierher.“ Wir wissen alle, dass das in der Praxis nicht möglich ist. Wir leben in einem liberalisierten Markt, der natürlich auch seine Nachteile hat - die haben wir heute mehrfach aufgezeigt - und daher bitte ich dich, schon auch zur Kenntnis zu nehmen: So einfach ist es mit geordneten Märkten und mit festgeschriebenen Preisen und Kontingenten nicht mehr wie es in der Vergangenheit halt einmal in einer Aufbauphase eines Landes, nach einem schrecklichen Krieg notwendig war, mit Lebensmittelmarken, mit allen möglichen Kontingenten, Quoten und vielem mehr. Die Zeiten haben sich Gott sei Dank im 21. Jahrhundert und zu Ende des 20. Jahrhunderts zu unser aller Gunsten verbessert.

Lieber Weinbauer – hoch geschätzt – Christian Cramer, glaube mir: Die EU-Debatte TTIP ist für uns Bauern ein hochsensibler Bereich. Ich will mich nicht noch einmal verlängern und ich habe es schon in meiner Anfragebeantwortung gesagt: Wir haben hier ganz klare Grenzen und wir wissen, dass wir in einigen Bereichen mit unseren Wirtschaftsfreunden und mit einigen anderen, die die großen Märkte ohne Wenn und Aber haben wollen, die durchaus konkurrieren oder in schwerer Abstimmung sind. Aber das sind für uns heilige Linien, denn wir können diese hart aufgebaute und sehr, sehr sozusagen nachhaltige Landwirtschaft in unserem Land einem solchen Spiel nicht aussetzen. Aber trotzdem sage ich: Eine Verhandlung schon vorher zu beenden, bevor sie überhaupt begonnen hat, eine Verhandlung vorher einzuschneiden, bevor wir überhaupt wissen, worüber dort geredet wird, das entspricht auch nicht einer Kultur Europas, wenn es darum geht, Wirtschaftssysteme auszugleichen und Erleichterungen zu finden. Ich bitte, das durchaus auch zu sehen und wir werden hier unseren Beitrag auch in der sehr, sehr scharfen Beobachtung dieser Szene und auch Einleitung unserer Forderungen schon verstanden wissen. Die Weinbauern sind meine Freunde, das möchte ich dir auch sagen, die schätze ich sehr. (*LTA*bg. Cramer: „*Wir sehen uns ja oft genug!*“) Ja, die schätze ich sehr. Und noch einmal zu deiner AIK-Geschichte. (*LTA*bg. Cramer: „*Das wollte ich wissen!*“) Ja, das wolltest du wissen. Du musst wissen: Eine Umstellung, eine so gigantische Umstellung, wie wir sie jetzt von der Periode sieben bis 13 auf 14 bis 20 gestellt haben in Österreich, die braucht auf Bundesebene und auf europäischer Ebene eine Genehmigung der Vorbereitungszeit von der technischen Umstellung bis hin zur legislativen Umstellung. Wir haben als Allererstes – ich wiederhole mich jetzt und ich habe es schon einmal gesagt – als Allererstes die Zustimmung der Europäischen Kommission erhalten, diese Projekte umzusetzen und sofort sind wir darangegangen und haben die Programmierungsphasen gestartet. Ich war auch immer der, der gesagt hat: Wir müssen den Bauern schnellstmöglich Investitionshilfen geben. Es ist eh die Zeitspanne schon zu lange gewesen, wo er nicht investieren hat können, weil er die Förderung nicht genehmigt bekommen hat können aufgrund der Vorgaben der Europäischen Union. Aber wir sind am Donnerstag, diesen Donnerstag – jetzt ist leider kein Regierungskollege mehr unter uns – so weit, dass wir die ersten sieben Millionen beschließen und es werden heuer noch über 50 sein und ich bin sehr froh darüber.

Zum Kollegen Lackner: Danke Karl, dass du das auch angesprochen hast und das ist ein wichtiger Punkt, weil das wird uns immer vorgeworfen. Die Strukturbereinigungen in der Landwirtschaft bis zum Jahr 1995 waren bei vier Prozent pro Jahr und nach 1995, wo viele über die EU geschimpft haben, wo viele über den Beitrag geschimpft haben – und wir waren alle kritisch, wie wir da gesessen sind, in vielen Sektoren hat jeder sein kritisches Auge gehabt, aber wir haben das reduzieren können durch diesen Ausgleich auch auf zweieinhalb Prozent. Wobei ich immer noch sage: Jeder Einzelne, der seinen Hof zusperrt, ist ein trauriger Fall. Ich danke euch allen und Ihnen allen, die heute hier mit ihren Worten einen Beitrag geleistet haben und gesagt haben, dass die Zukunft der Bauern uns wichtig und wert sein muss, im Besonderen auch dir, liebe Frau Abgeordnete Bauer, du hast es völlig am Punkt getroffen. Wo sitzt sie jetzt? Da hinten. Nomen est omen, habe ich gesagt, als Agrarsprecherin der SPÖ; Bauer zu heißen ist schon eine besondere Wertstellung. Regionale Produkte und saisonale Produkte, das muss unser Ziel sein und nicht der Kampf bio gegen regional und bio gegen konventionell, sondern wir müssen alle leben lassen und brauchen neue Nischen - völlig richtig gesagt.

Lieber Freund Royer, auch eine gute Antrittsrede gehalten: Du kannst dem Minister nicht unterstellen, dass er für die Alm nichts getan hätte. Der Minister Rupprechter hat mehr getan, als er durfte und darf und wir sind alle mit ihm mitgegangen, d.h. natürlich braucht es auch seine Zeit, bis alles aufgearbeitet und alles bereinigt ist, das weißt du am allerbesten. Und noch etwas: Er ist auch nicht nach Brüssel gefahren, um von 500 Millionen Euro 100 Millionen Euro für die Milchwirtschaft zurückzuführen nach Österreich. Unser Anteil ist ein sehr bescheidener, du weißt, der liegt bei zwei Prozent. Die EU hat 140 Millionen Tonnen Milch in der Produktion und die Steiermark 3,3 Millionen Tonnen. Dass man da mit einem Fünftel vom Budget heimfährt, das hast du ja wohl selber nicht geglaubt. Aber es war zumindest ein sehr aufheiternder Beitrag, danke dir auch dafür. Und eines muss ich dir aber sagen, lieber Freund, und das war ein bisschen eine Unterstellung, das lasse ich so nicht stehen, dass wir für die kleinen Bauern nichts übrig hätten. Die gesamten Ausgleichszahlungen, die AZ's und all die Beträge, die wir zusätzlich für junge, bäuerliche Betriebe, für Übernehmerbetriebe die 10-%igen Zuschläge in der ersten Säule, in der Investitionsfrage – du weiß das, ich brauche dir das jetzt im Detail nicht sagen – die haben wir alle nur für die Kleinen gemacht, dass die Kleinen eine Chance haben.

Und es ist wirklich nicht richtig, was du gesagt hast, dass wir die Kleinen vergessen hätten und nur die Großen fördern, im Gegenteil, meine Lieben Freunde – im Gegenteil, das Gegenteil ist der Fall! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Lieber sehr geschätzter Gerhard Kurzmann, lieber Präsident: Im Regionalprogramm, dass du hinausgegeben hast - was uns sehr weh getan hat, ich sage es noch einmal – stand vieles drinnen, mit dem wir nicht mitkonnten, weil wir es nicht ganz verstanden haben, obwohl sich die Bauern in den letzten 20, 30 Jahren massiv bemüht haben, diese Nitratwerte herunterzuschrauben, dass man ihnen jetzt die Latte so hoch legt. Wir wissen, wir haben lange diskutiert über vieles mehr und ich stehe auch zu diesem Brief im Übrigen, den ich da geschrieben habe, an den Herrn Bruno Saurer, weil nichts Falsches da drinnen steht. Ich stehe dazu, dass wir gute Grundwasserbestände brauchen, dass wir gute Wasserversorgungen im Lande haben. Als Wasserlandesrat wäre ich hier völlig falsch am Platz, wenn ich das nicht auch voll leben würde, aber man muss immer wissen: Es gibt Grenzwerte, die dann letztlich einen Berufsstand umbringen, aber auf der anderen Seite der Wasserqualität keinen wesentlichen Fortschritt mehr bringen. Und über die wollten wir diskutieren und ich hoffe, dass wir zu einer guten Lösung kommen, wobei ich schon sagen möchte, dass ich die Gesprächsebene mit dir immer in einer hohen Qualität geführt habe, das möchte ich hier schon durchaus anmerken, wenn wir auch nicht immer gleicher Meinung waren, wie in dieser konkreten Frage zum Beispiel.

Abschließend nur noch zum Toni Gangl: Danke Toni, du hast das sehr klar und deutlich auch gesagt wo deine Position ist – da vorne sitzt er. Dass wir mit dem Antrag auch nicht mitkönnen, obwohl wir ihn gerne unterstützen würden in der Sache, aber 50 % Biolebensmittel in den Krankenhäusern, Sozialheimen, Pflegeheimen etc., weißt du, lieber Lambert, das ist technisch, organisatorisch nicht möglich, weil es die Lebensmittel nicht gibt, die hier nachgefragt werden würden. Daher konnten wir diesen Antrag in dieser Detailfrage nicht mittragen. Aber im Grundsätzlichen, und das hat der Toni schon völlig richtig gesagt, wollen wir natürlich - und das sollte auch die Botschaft dieser Bauerdemonstration sein – dass nicht nur der Konsument mehr und vermehrt auf die Produkte hingreift, die wir im Lande erzeugen, sondern auch unsere öffentlichen Einrichtungen. Das ist eine Verpflichtung, glaube ich, die wir hier in diesem Hause auch leben sollten und ich bin mir auch sicher, dass Christopher Drexler als Gesundheits- und Sozillandesrat das auch sehr, sehr ernst nimmt und hier auch wesentliche Schritte einleitet.

In diesem Sinne danke ich Ihnen noch einmal sehr, sehr herzlich für die Agrardiskussion, eineinhalb Stunden, eineinhalb wertvolle Stunden für die steirische Bauernschaft, allen, auch wenn es kritische Wortmeldungen waren, das gehört hier in diesem Hause auch durchaus her. Es war fruchtbringend und letztlich bitte ich euch auch nur, dass ihr all das Gesagte: „Wir müssen die Bauern unterstützen, das Land braucht eine gute Zukunft mit ihren Bauern“, auch so halten, wenn es dann hart auf hart und ums Budget geht und um wesentliche Anträge geht, die wir hier einbringen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 18.02 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Damit ist die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage beendet und ich komme zur Abstimmung der insgesamt sieben Entschließungsanträge.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend Anteil der Bio- und Regionallebensmittel in öffentlichen Einrichtungen erhöhen, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme dieses Entschließungsantrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend sofortige Einstellung der Verhandlungen über TTIP, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauernsterbens“, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Aufhebung der Russland-Sanktionen, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend bäuerlicher Landwirtschaft statt Agrarindustrie, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend bio- und regionale Lebensmittel in landeseigenen Einrichtungen, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Quotierung und Mindestabnahmepreise, hier ist eine punktuelle Abstimmung beantragt. Ich stimme daher zuerst den Pkt. 1 dieses Entschließungsantrages, dass zumindest für die Milchproduktion wieder eine Quotenregelung eingeführt wird. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Pkt. 2, ein Mindestabnahmepreis für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Die Behandlung der Dringlichen Anfrage ist beendet. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 20. Oktober statt und wird verbindlich dann auf elektronischem Wege eingeladen. Die Sitzung ist beendet. Glück auf!

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr